

## **Zweites Buch**

**1 Juni 2014**  
**(Erste Erklärung von Hans Roth nach dem ersten Buch)**  
**bis**  
**17.12.2014**  
**(Petition in Hessen „erledigt“)**

## 1. Hans Roths „Erklärung vom 1.6.2014

Licht ist Energie. Wie Dunkel. – Da gibt es den neuen Horizont der Menschenrechts-Erklärung von 1789; deren leuchtendes Grund-Wort ist das der ‚Résistance à l’Oppression‘, des Widerstands gegen Unterdrückung. – Da gibt es das Gegen-Wort der ‚Depression‘, das kaum je als politische Kategorie begriffen wird. Die ein Leben zersetzt, zerfetzt.

Erinnerungs-Fetzen. Wahrheits-Splitter. – Ein Bericht über Folter-Ausbildung mit vielen Folgen: einem offiziellen Bestreiten mit nachfolgender Rücknahme des Bestreitens, ein Experten-Hinweis: ‚Wer v. d. H. getäuscht hat, hat sein Leben lang nichts mehr zu lachen ...‘, ein Gerücht. Das Gerücht, zu einem falschen Aktenmenschen verdichtet, wird Gegenstand eines geheimen Verhörs, mehrerer Berufsverbote, staatlicher und kirchlicher, mehrerer Umzüge: wer will schon einen ‚Kommunisten‘, einen ‚Extremisten‘ beherbergen, auf den immer wieder hingewiesen wird, telefonisch und schriftlich?

Gegen das geschichtsmächtige Gerücht, ein ‚Kommunist‘ zu sein, hilft kein Bestreiten, keine rechtskräftige Erklärung, nie ‚Kommunist‘ gewesen zu sein, kein Gerichtserfolg mit Sieg zu 100%. – Noch in diesem Jahr habe ich jenen bösen Hinweis bekommen, ich möge nicht vergessen, auf einer kommunistischen Liste gestanden zu haben – 41 Jahre nach dem ersten geheimen Verhör, nach dem ersten Berufsverbot.

Erinnerungs-Fetzen, Wahrheits-Fragmente. – Berufsverbot: keine Arbeit, kein Geld, keine Wohnung, keine Familie und so weiter und sofort. Nach dem gigantischen Verlust einer ganzen Liebesheimat erste Depressionen. Im Dunkelhirn wird die ungeheure Vergewaltigung sichtbar, auch ein erstes Wissen darum, daß von da an man weniger ein Leben lebt als daß man von ihm gelebt wird; im Lichthirn (auch Depressionen enthalten Paraphrasen von Hellsicht) wird klar, daß ‚Résistance à l’Oppression‘ angesagt ist, mit Klage und monströs langem Rechtsweg, mit seelischen Sicherheits-Systemen. – Man muß aus dem, was mit einem gemacht worden ist, etwas machen. – Dieser Gedanke wird beflügelt mit einem Lichtblick, dem Wunder eines Briefs von Heinrich Böll, in dem er schreibt: ‚Ihre Sache ist ernster als meine. Ich bin ja nicht an der Ausübung meines Berufs behindert.‘ – Immer wieder dies: viel Dunkel, wenig Licht.

Die Energie des Dunkels äußert sich in allen möglichen Formen: einem geheimen Buch zum langen Prozeß, geheimen Besuchen mit Diebstählen und Zerstörungen, Zynismen und Sarkasmen, Spitzen und Witzeleien. Als Reisebücher verkleidete Erfahrungsberichte eines anfangs Obdachlosen, dann Hilfsarbeiters im Exil (zu dem ihm geraten wurde), werden so kommentiert: ‚Der macht sich ein schönes Leben ...‘; ‚Der vergnügt sich mit einer Französin ...‘ – Bosheiten über Bosheiten. – Böses tun tut offenbar gut.

Wieviel Bosheit braucht der Mensch? - ‚Niemand ist freiwillig böse‘, meint Sokrates im ‚Georgias‘. Gezwungenermaßen ist man böse in abgedichteten Identifikationssystemen mit klaren Feindbildern, im Namen des ‚Guten‘, des ‚freien Westens‘ usw. Da genügt dann manchmal ein Gerücht, um ein Leben zu zerstören, zu zerfetzen, auszulichtern.

Die hier zusammengestoppelten Wahrheits-Momente und Erinnerungs-Splitter, von banal bösen Granaten verursacht, müßte man wie beim Dichter zusammenkleben können zum folgenden Ganzen: ‚Was du Empfindung wahnst, ist nur Gedanke, und der Gedanke schrumpft dir ein zum Wort, und um des Wortes willen wirst du hassen, verfolgen, töten.‘ (Grillparzer, Libussa)

Wir sind zu Gutem fähig wie zum Bösen. In Sachen Böses sind wir am besten.

Hans Roth“

Zu Fronleichnam 2014 stellte ich diese neue Erklärung von Hans Roth ins Netz<sup>1</sup>. Eigentlich hatte ich gedacht, daß ich jetzt erst einmal ein bißchen Ruhe finden würde. Ich hatte meine zweite Petition eingereicht, mein Buch geschrieben und es an ein paar Menschen verschickt. Nun wollte ich mich erholen. Aber die Geschichte ging weiter – wie sie das seit 45 Jahren tut.

Zu Hans Roths neuer Erklärung fielen mir Redewendungen ein, die sehr drastisch dartin, wie seelische Zustände sich körperlich äußern (können): Manches „schlägt einem auf den Magen“, „geht an die Nieren“ oder „unter die Haut“, „zerbricht jemandem das Herz“ oder „bricht einem das Rückgrat“, „macht Kopfzerbrechen“, „versetzt Nackenschläge“, „raubt den Atem“, „betäubt die Sinne“, läßt einem „die Galle überlaufen“ u.v.a.m.

Ich liebe die deutsche Sprache sehr – wie jeder hoffentlich die seinige; in ihrer manchmal erschütternden Präzision übersetzt sie „Depression“ mit „Niedergeschlagenheit“ und „depressiv“ mit „niedergeschlagen“. Und in dem Wort steckt drin, was Herr Roth wohl meinte: niedergeschlagen – von wem oder was bzw. wovon? Wie muß sich jemand fühlen, der zum „Fall“ gemacht und dem nach 45 Jahren noch immer keine „Wiedergutmachung“ für das immer und immer wieder bzw. permanent an ihm begangene Unrecht zuteil geworden ist?

„Ich bin auf einem Weg gegangen, den ich nicht bereue. Ich bin immer den Verheißungen von Demokratie und Rechtsstaat gefolgt, jetzt 35 Jahre lang“, schrieb Hans Roth vor einigen Jahren. Was für eine Prozeßion! Was für eine Trauer – seit so langer Zeit:

sie aufgreift: Wir sind "geschossene Hasen", Verwundete, in tiefster Seele Verletzte; ich sage "wir", und ich gebrauche das alte Wort "Seele". Wir schämen uns ja, davon zu sprechen und so zu sprechen, und wir schaffen es nicht, den Menschenverhalt zur Sprache zu bringen, daß jemand unter die Staats-Maschinerie (und unter Justiz-Mühlen) geraten kann wie unter eine Straßenbahn; nur sind dann nicht beide Beine ab oder andere Gliedmaßen, sondern es gibt Verluste, die man nicht sieht, und Leid, das keinen Trost findet. Wir schämen uns ja zutiefst, zur Sprache zu bringen, daß wir alles verloren haben, was man in dieser Republik verlieren kann, daß unsere Träume zerbrochen sind, daß Freundschafts-Bande zerrissen wurden und Liebes-Bindungen zerschnitten; verschämt verweisen wir auf fremde Bilanzen, um uns darin zur Sprache zu bringen, wie etwa auf die des McCarthyismus: "Zerstörte Leben, zerbrochene Freundschaften, besudelte Reputationen...". Wir <sup>2</sup>

„Wir sind ‚geschossene Hasen‘ ...

---

<sup>1</sup> Erklärung vom 1.6.2014: <http://www.heise.de/tp/foren/S-Erklaerung-von-Hans-Roth-vom-1-6-2014/forum-152348/msg-25379857/read/>

<sup>2</sup> „Dokumentation zu Hans Roth. ‚Es gab nie einen Grund, an Ihrer Verfassungstreue zu zweifeln‘“ von 1986: [http://aljas.files.wordpress.com/2008/12/hans\\_roth\\_blaue\\_mappe1.pdf](http://aljas.files.wordpress.com/2008/12/hans_roth_blaue_mappe1.pdf); S. 8



Sagt euren Kindern, daß wir so etwas noch gesehen haben:  
Ruhe, die nicht in Schweigen übergeht;  
Möwen, die nur sich selber überlassen scheinen;  
Menschen, in die Natur erhoben;  
Freunde, ineinander hell verwoben;  
Haare, spielend mit dem Wind;  
ein Vater spielt mir seinem Kind;  
Schuhe, die mit Felsen hadern;  
Pullis, die im Sande liegen.  
Tang liegt auf den Steinen.

Sagt euren Kindern, daß wir so etwas noch gesehen haben:  
Wasser, an die Orte spülend;  
Tropfen, wunde Seelen kühlend;  
Küste, die auch Narben heilt;  
Kinder, an denen man verweilt;  
Moos, das weich die Wangen streichelt;  
Bäume, die wiegen,  
sich an dich schmiegen.  
Große, sandige Füße.

Sagt euren Kindern, daß wir so etwas noch gesehen haben:  
schreiende Kinder, die niemand quält;  
Orangen, die wohl niemand schält;  
Schuhe, die schlürfen, weil sie es dürfen;  
ungebrauchte Genüsse, nicht gezählte Flüsse;  
Stärke, die sich nicht verliert,  
auch wenn sie in die Ferne stiert.  
**Ungebrochene Trauer.**

---

<sup>3</sup> Szene aus Sendung von „Report Mainz“ vom 1.12.2008 als Video mit Sendemanuskript auf <http://www.swr.de/report/-/id=233454/did=4124472/pv=video/gp1=4248512/nid=233454/1nob9as/index.html>

Dieses ältere Gedicht fiel mir immer wieder zu dieser Geschichte ein.<sup>4</sup>

Nie werde ich irgend jemandem auf dieser Welt gegenüber ausdrücken können, wie sehr mir die Lektüre der letzten Monate zugesetzt hatte. „Der moderne Kleinkrieg“<sup>5</sup> des Friedrich August Freiherr von der Heydte war mit Abstand das Schrecklichste, was ich seit langem hatte lesen müssen. Es war diese ungeheure Kälte gewesen, die mich entsetzt hatte, entsetzt und fassungslos gemacht. Ich hatte unter dieser Sprache gelitten, denn es war für mich einfach undenkbar, wie ein Mensch so schreiben konnte: so kalt, so berechnend, so technisch, ohne jede Skrupel, ohne jede Rücksicht. Krieg als Handwerk. „Menschen haben Menschheit vor mir verborgen, als ich an Menschheit appellierte“, sagt Friedrich Schillers Moor in „Die Räuber“. Diese Kälte würde mir bald als Bauwerk begegnen - in einen Berg geschlagen ...

Edward Snowden – Glenn Greenwald – The Guardian – Hochverrat - die rein demonstrative Zerstörung der doch sicherlich längst kopierten Dokumente im Keller mittels Preßluftschlämmern – die Festsetzung von David Miranda auf dem Londoner Flughafen – die Warnung, die Drohung, die darin lag – Sebastian Haffners Worte von 1962 „Wenn die deutsche Öffentlichkeit sich das gefallen läßt, dann adieu Pressefreiheit, adieu Rechtsstaat, adieu Demokratie!“ – Spiegelaffäre – „Der Generalanzeiger“ – so war er in mein Leben gekommen –

und jetzt stand er vor wirklich vor mir: Friedrich August von der Heydte.



Plötzlich war ich sicher, daß die Quälerei nicht umsonst war; mein Gefühl hatte mich nicht betrogen, und ich konnte – und mußte - mich hemmungslos auf ich einlassen.

<sup>4</sup> An die Evangelische Kirche: [http://aljas.wordpress.com/files/2009/05/an\\_die\\_evangelische\\_kirche.pdf](http://aljas.wordpress.com/files/2009/05/an_die_evangelische_kirche.pdf)

<sup>5</sup> „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“, Band 3 der „Würzburger Wehrwissenschaftlichen Abhandlungen“, Würzburg 1972 (Holzner), neu aufgelegt Wiesbaden 1986 mit einem Vorwort von Lyndon LaRouche von den „Patrioten für Deutschland“

<sup>6</sup> aus „die story: Jagd auf Snowden - Wie der Staatsfeind die USA blamierte“, Film von John Goetz und Poul-Erik Heilbuth.

## 2. Ein sonderbarer Schwärmer

Mit seinen Zeilen von „jugendliche(m) Idealismus“ und „jugendliche(m) Radikalismus, der den Dingen ‚bis an die Wurzel‘ nachgehen und ‚Übelstände‘ an der Wurzel packen will“, und die sich „beim Studenten mit dem Wunsch (verbinden), sich nicht mit der Theorie ... abfinden zu müssen, sondern Gelerntes und Erkanntes so bald wie möglich zu erproben“ hatte mich Friedrich August Freiherr von der Heydte auf die Idee gebracht, daß über ihn und seinen ehemaligen Jura-Studenten Hans Roth ein Theaterstück zu schreiben wäre. In seinem Buch „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“ spricht der Professor vom „Don-Carlos-Komplex eines jungen Menschen (), der mit zwanzig Jahren überzeugt ist, nicht nur etwas ‚für die Unsterblichkeit‘ zu tun, sondern dabei auch die Welt verändern und verbessern zu müssen. ‚Die Studenten fühlen sich‘ nach einem Wort Hermann Gebharts, das nicht nur für Lateinamerika gilt, ‚als Avantgarde des Volkes‘“<sup>7</sup> Immer neue Textstellen aus „Don Carlos“ fielen mir ein, drängten sich mir regelrecht auf, besonders die Bezeichnung **Philipps II.** für Marquis Posa: „Sonderbarer Schwärmer!“

Sonderbare Schwärmer – das waren sie beide, der Professor und sein Student, der Freiherr und der Citoyen. Wobei die Bezeichnung immanent widersprüchlich ist: Zunächst als Begriff für Wesen gebraucht, die sich im Schwarm bewegen, erfuhr das Wort laut Duden in der Reformationszeit die Bedeutung „Sektierer“ und meinte später „begeisterter Phantast“. Phantast wiederum assoziiert Eigenschaften wie „verstiegen“ und „wirklichkeitsfremd“.

Nun ist die Begeisterungsfähigkeit von Menschen für mich wesentlich, und ich liebe Menschen, die sich für etwas begeistern können. Dabei kommt es nur auf zweierlei an: Das Wichtigste ist die Fähigkeit, mit seiner Begeisterung umzugehen, sich also zurücknehmen zu können, sobald ein Anderer betroffen ist; erst danach ist von Bedeutung, wofür man schwärmt. Eine Begeisterung als solche aber direkt als „wirklichkeitsfremd“ abzutun, scheint mir jedenfalls selbst wirklichkeitsfremd zu sein; mit wie viel Begeisterung manche Menschen sehr realitätsnah agieren, erfahren wir immer wieder.

Auf der Suche nach dem Menschen Friedrich August Freiherr von der Heydte hatte ich also eine weitere Gemeinsamkeit gefunden: Ein Schwärmer war er auch. Wofür begeisterte er sich?

Sechs Seiten lang ist Walther K. Nehrings Artikel „Der militärische Werdegang von Friedrich August Freiherr von der Heydte“ in der Festschrift „Um Recht und Freiheit“ zu seinem 70. Geburtstag im Jahr 1977<sup>8</sup>, und die Liste seiner Veröffentlichungen im Anhang, häufig zu „wehrwissenschaftlichen Themen“, benötigt allein zwölf Seiten.

Ein Jahrzehnt später schrieb er seine Lebenserinnerungen „ ‚Muß ich sterben, will ich fallen...‘“<sup>9</sup>, und während „I. Kindheit und Jugend“ 30 Seiten<sup>10</sup>, „II. Vor dem Krieg“ 36 Seiten<sup>11</sup> und „IV. Nach dem Krieg“ 60 Seiten<sup>12</sup> umfassen, ist „III. Im Krieg“ mit seinen 111 Seiten das längste Kapitel. 80 Jahre währte sein Leben bis dahin, und in seinen Lebenserinnerungen nehmen 74 davon 126 Seiten ein und 6 davon 111 Seiten. Natürlich: der

<sup>7</sup> „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“, Band 3 der „Würzburger Wehrwissenschaftlichen Abhandlungen“, Würzburg 1972; S. 126

<sup>8</sup> Festschrift für Friedrich August (Freiherr) von der Heydte: „Um Recht und Freiheit“, Berlin 1977 (Duckler & Humblot)

<sup>9</sup> Friedrich August Freiherr von der Heydte: „ ‚Muß ich sterben, will ich fallen...‘. Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel)

<sup>10</sup> a.a.O., S. 9-38

<sup>11</sup> a.a.O., S. 39-75

<sup>12</sup> a.a.O., S. 189-249

Krieg! Über jeden Tag ließe sich ein Buch schreiben – ein Buch voller Elend, Trauer, Verzweiflung, Heimweh, Hunger, Elend, Mitleid, Tod, Sterben, zerfetzten Gedärmen, abgerissenen Armen, Beinstümpfen, zerschossenen Augen, der letzten Zigarette, dem letzten „Mamm! Mamm!“ – all die Geschichten, die ich von meinem Vater kannte. (Allein die Geschichte mit Jürgen Beling, der mit ihm auf dem gleichen Schnellboot war, zwanzig Minuten vor dem Beschuß mit meinem Vater die Plätze tauschte und durch Granatsplitter seine Augen verlor, würde reichen. Mein Vater fühlte sich zeit seines Lebens in seiner Schuld: „Dem verdanke ich meine Augen.“ Jedes Mal, wenn die Granatsplitter in seinen Händen herumwanderten und für einige Sekunden heftige Schmerzen verursachten (drei Fingerstümpfe waren gut verheilt, aber die kleinen Dinger konnte man damals nicht entfernen), dachte er an Jürgen Beling und seinen toten Bruder, verfluchte den Krieg und freute sich, daß er noch lebte.)



All die Geschichten, die er erzählte von seinen Klassenkameraden, wenn wir wieder einmal „Die Brücke“<sup>14</sup> guckten – die Geschichte vom kleinen Siggi und dem Offizierssohn Jürgen, von Walther, dem Sohn des Parteifunktionärs, von Klaus mit seiner Armbanduhr, die er Franziska geliehen hatte, von Hans, der auf Albert aufpassen sollte und Karl mit seinem „Kindergarten“. Natürlich hießen die Klassenkameraden anders (Fringse Jünn zum Beispiel); auch der Lehrer Stern, der zum Kompanieführer Fröhlich geht, hieß „Jummi“, weil er sich „Newman“ nannte; der stand am Tag nach dem Novemberpogrom in der Klasse am Fenster, sah in Richtung abgebrannter Synagoge und sagte: „Jungs, das wird uns teuer zu stehen kommen.“

Bilder aus einem Familienalbum neben vielem Anderen gaben ihm recht.

<sup>13</sup> Wahlplakat der SPD 1953 gegen die Remilitarisierung

<sup>14</sup> Regie Bernhard Wicki, Deutschland 1959



15

Es war also weiß Gott nicht erstaunlich, daß ein ehemaliger Soldat einen Großteil seiner Lebenserinnerungen dem Krieg widmete. Rein rechnerisch ergibt sich bei von der Heydte (80 Jahre, davon 126 Seiten für 74 – also rund 1,7 Seiten pro Jahr - und 111 Seiten für die 6 Jahre des Zweiten Weltkriegs – also 18,5 Seiten pro Jahr) ein Verhältnis von knapp 1:19. Das ist eigentlich wirklich nicht erstaunlich.

Aber nirgendwo fand ich Elend, Trauer, Verzweiflung, Heimweh, Hunger, Elend, Mitleid, Tod, Sterben, zerfetzte Gedärme, abgerissene Arme, Beinstümpfe, zerschossene Augen, eine letzte Zigarette oder ein „Mamm! Mamm!“ Nirgendwo fand ich die daraus folgende logische Konsequenz meines Vaters:



16

Er war gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands – für ihn war es unerträglich, nach nur zehn Jahren schon wieder deutsche Soldaten erleben zu müssen. Er war für Verhandlungen, gerade mit „den östlichen Nachbarn“. Auch durch seinen jüdischen Schulfreund Booms Arth wußte er um die schrecklichen Verbrechen gerade „im Osten“, und daß ausgerechnet die „erfahrenen alten Männer“ nun wieder auch im Soldatenrock zu „Amt und Würden“ kamen, war für meinen Vater einfach schrecklich. Deutschland habe den Krieg verloren und sei

<sup>15</sup> Die Heimatstadt meines Vaters: „Ich wußte nicht mehr, in welche Richtung ich gehen mußte, um nach Hause zu kommen.“

<sup>16</sup> Wahlplakat der SPD 1953 gegen die Remilitarisierung

gewiß nicht in der Lage, einfach Forderungen zu stellen, meinte er; deshalb seien Verhandlungen bzw. möglichst gute Gespräche mit allen eben so wichtig.

**Ratifizierung der Pariser Militär-Verträge durch den Bonner Bundestag heißt:**

1. Eingliederung Westdeutschlands in den westlichen Militärblock (Westeuropäische Union und NATO)
2. Aufstellung einer westdeutschen Armee von 500 000 Mann
3. Jährliche militärische Kosten von rd. 12 Milliarden DM
4. Drei-Jahres-Ausgaben für Erstausrüstung der 500 000 Mann in Gesamthöhe von 80 bis 100 Milliarden DM
5. Endgültige Eingliederung der Sowjetzone in den östlichen Militärblock
6. Umorganisation der kasernierten Volkspolizei in eine mitteldeutsche Armee von mindestens 350 000 Mann
7. Weitere Verelendung der mitteldeutschen Bevölkerung und steigende Preise und Senkung der Sozialausgaben in der Bundesrepublik durch Aufstellung der beiden Armeen
8. Vertiefung der Spaltung Deutschlands durch Eingliederung der beiden deutschen Teilstaaten in die einander gegenüberstehenden Militärblöcke
9. Vernichtung jeder ernsthaften Chance der für uns Deutsche und für Europa lebensnotwendigen Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit auf dem Verhandlungswege
10. Verwandlung unseres deutschen Vaterlandes in ein europäisches Korea und Gefahr des Bruderkrieges

**Das darf nicht kommen!**  
**Lieber ein Jahr verhandeln als einen Tag Krieg!**  
**Für Verständigung, Frieden und Freiheit!**



Herausgeber: Vorstand der SPD, Bonn, 1.55 — Druck: DRUCKHAUS DEUTZ

17

Friedrich August Freiherr von der Heydte hingegen nahm so bald als möglich wieder Kontakt zu westlichen militärischen Befehlshabern auf,



18

<sup>17</sup> SPD-Wahlplakat von 1953

<sup>18</sup> Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Muß ich sterben, will ich fallen...“. Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel); zwischen S. 128 und 129. Unterzeile: Begrüßung durch den US-General Maxwell Taylor, Stadtkommandant von Berlin, anlässlich einer Tagung in Chicago.“ Stadtkommandant von Berlin war Maxwell D. Taylor von 1949-51.



Als Gast in Spanien – bei einer Tagung über das Thema Außenpolitik am 20. Sept. 1953.

19

und Konrad Adenauer führte Verhandlungen ausschließlich mit den drei westlichen Befreierern vom Nationalsozialismus, also nicht mit den Befreierern von Auschwitz, die die gleichen waren, die die meisten Toten zu beklagen und die größten vollkommen zerstörten Städte: 27 Millionen Tote, die u.a. in Stalingrad und Leningrad gewohnt hatten.



20

1955 hatte er sein Ziel erreicht: Es gab wieder eine Bundeswehr,



21

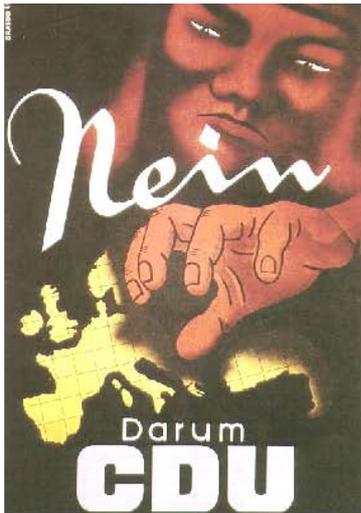
und Deutschland war endgültig gespalten: ein Teil gehörte zum „Ostblock“ und galt damit als „kommunistisch“ (also als häßlich, arm, elend, unfrei – und manch ein Wahlplakat übernahm deutlich rassistische Vorstellungen der zurückliegenden zwölf Jahre)

---

<sup>19</sup> Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Muß ich sterben, will ich fallen...“. Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel); zwischen S. 128 und 129. Unterzeile: „Als Gast in Spanien – bei einer Tagung über das Thema Außenpolitik am 20. Sept. 1953.“

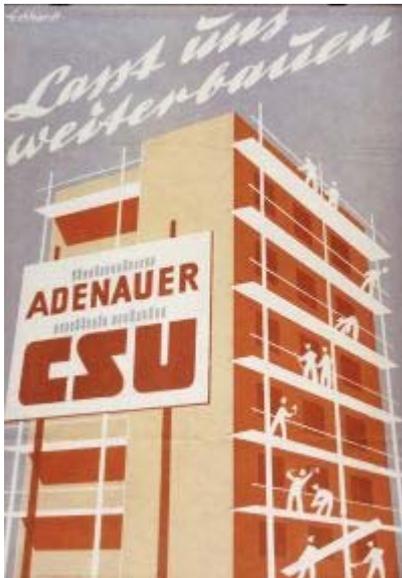
<sup>20</sup> Verhandlungen zu den „Pariser Verträgen“

<sup>21</sup> Vereidigung der ersten westdeutschen Soldaten nach dem Krieg



22

der andere Teil gehörte zum „Freien Westen“ (also demokratisch, schön, reich, stark und frei).



23

Mein Vater schrie nachts im Schlaf., und schon ein Jahr nach ihrer Gründung wurde Franz-Josef Strauß, vormals „Atomminister“, der „Verteidigungsminister“ der neuen Bundeswehr.



24

<sup>22</sup> Wahlplakat der CDU 1953

<sup>23</sup> Wahlplakat der CSU 1957

<sup>24</sup> Wahlplakat der CSU 1957

Friedrich August Freiherr von der Heydte sollte seiner Armee sein ganzes Leben lang treu bleiben. Nicht nur der Titel seiner Memoiren, sondern auch die 33 Photos in seinen Memoiren vermittelten mir jedenfalls diesen Eindruck, wenn er so angeregt mit Maxwell D. Taylor als Stadtkommandant von Berlin (also 1951 oder noch früher) spricht,



Begrüßung durch den US-General Maxwell Taylor, Stadtkommandant von Berlin, anlässlich einer Tagung in Chicago.

25

sich 1957 dann als Oberst der Reserve zeigt,



Als Oberst der Reserve der Bundeswehr, 1957 auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr.

26

aber leider kein Datum für dieses Bild angibt, auf dem er keine Uniform (mehr?) trägt und das die Unterzeile hat: „Geländebesprechung der belgischen Armee mit General Hasso von Manteuffel (Mitte) und mir.“

<sup>25</sup> Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Muß ich sterben, will ich fallen...‘.Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel); zwischen S. 128 und 129. Unterzeile: Begrüßung durch den US-General Maxwell Taylor, Stadtkommandant von Berlin, anlässlich einer Tagung in Chicago.“ Stadtkommandant von Berlin war Maxwell D. Taylor von 1949-51.

<sup>26</sup> a.a.O.; Unterzeile: „Als Oberst der Reserve der Bundeswehr, 1957 auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr.“



Geländebesprechung der belgischen Armee mit General Hasso von Manteuffel (Mitte) und mir.

27

Mit so vielen Militärs war er tief verbunden: Stolz präsentiert er seine griechischen Freunde von 1970,



Ankunft in Athen als Gast der griechischen Regierung im Jahr 1970.

28

besonders einen, Oberst N. Makarezos.



Der griechische Koordinationsminister, Oberst N. Makarezos, begrüßt meine Frau und mich zu einem Dinner der „Auberge“ am 28. 5. 1970 in Athen.

29

<sup>27</sup> Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Muß ich sterben, will ich fallen...‘.Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel); zwischen S. 128 und 129

<sup>28</sup> a.a.O.; Unterzeile: „Ankunft in Athen als Gast der griechischen Regierung im Jahre 1970.“

<sup>29</sup> a.a.O.; Unterzeile „Der griechische Koordinationsminister, Oberst N. Makarezos, begrüßt meine Frau und mich zur einem Dinner der ‚Auberge‘ am 28.5.1970 in Athen.“

Nikolaos Makarezos wird auch in „Die Verschwörung im Zeichen des Kreuzes“<sup>30</sup> erwähnt, ebenso wie im Artikel „**Griechenland. Krücke für Chrike. Franz Josef Strauß und seine CSU unterstützen in Griechenland eine rechtsextremistische Junta-Partei**“<sup>31</sup>: „Die Regierung des Konservativen Konstantin Karamanlis fühlt sich bedroht: von einer ausländischen Schwesterpartei, die sich der politischen Erben der gestürzten Militärdiktatur angenommen hat. Nach ergebnislosen Protesten hat Athen eine Untersuchung über die Aktivitäten der bayrischen CSU an der Ägäis begonnen. Die Fährten sucher wurden vielfach fündig. Zu offen pflegte die CSU ihre Kontakte zu hellenischen Rechtsextremisten; sie reichen bis in die Anfänge der Obristendiktatur zurück.

Häufiger Junta-Gast aus Bayern war auch der Würzburger Berufs-Abendländer Professor Friedrich August von der Heydte. Bei einem Besuch im Mai 1970 - zusammen mit neun CSU-Abgeordneten des Bayerischen Landtags sowie zwei CSU-Bundestagsmitgliedern samt Frauen auf Spesen der Militärregierung - rechtfertigte sich von der Heydte: ‚Wenn man nach Moskau fahren kann, kann man auch nach Athen.‘

Dafür empfing der Freiherr gerührten Dank von einem der drei Junta-Führer, dem damaligen Vizepremier Oberst Nikolaos Makarezos (der jetzt eine lebenslängliche Strafe für Hochverrat im Kordyallos-Gefängnis von Piräus absitzt).

Makarezos an den ‚lieben Baron‘: ‚Das griechische Volk und seine nationale Regierung sind Ihnen zu besonderem Dank verpflichtet ... Mit dem gesamten Ansehen Ihrer hervorragenden Persönlichkeit unterstützen Sie unsere aufrichtigen Bemühungen, die ungünstigen Auswirkungen einer ungerechten und - was noch schlimmer ist - falschen Politik gegenüber Griechenland zu mildern.‘

Bei Makarezos, ehemals Militärattaché in Bonn, saß auch jener Mann, der ständige Verbindung zwischen den Rechten in Athen und München hielt:

Ingenieur Fotios Gouras, Mitglied der Münchner CSU (‚Ich bin ein persönlicher Freund von Strauß‘), der schon wenige Wochen nach dem Athener Obristenputsch in Bayern eine sogenannte ‚Nationale Bewegung der Griechen in der Bundesrepublik Deutschland‘ (E.K.E.) gegründet hatte.

Die E.K.E. schmückte sich offen mit dem Putschisten-Emblem, einem Phönix mit bajonettbewehrten Soldaten. Die von Gründer Gouras auf die ‚von Gott inspirierte Anleitung des nationalen Führers Georgios Papadopoulos‘ eingeschworenen E.K.E.-Kader bespitzelten griechische Gastarbeiter, terrorisierten gegen die Militärs demonstrierende griechische Studenten und Wissenschaftler im Ausland.

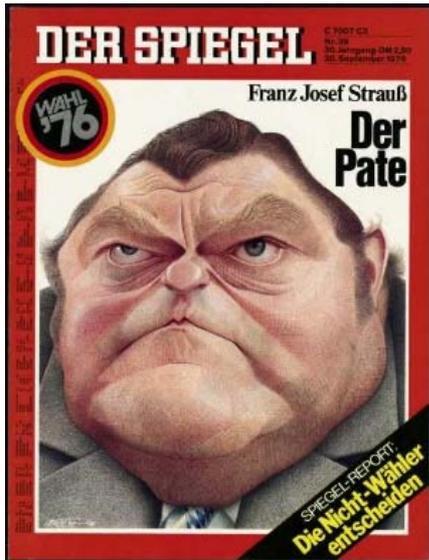
Die Agenten-Bewegung konnte sich eines noblen ‚Förderers‘ rühmen - des CSU-Abgeordneten Prinz Konstantin von Bayern, der damit offenbar alte bayrische Tradition fortsetzen wollte: Als die Griechen vor anderthalb Jahrhunderten das Joch der türkischen Besatzung abgeschüttelt hatten, holten sie den Bayernprinzen Otto als König ins Land. Zwar jagten die rebellischen Untertanen den ungeliebten Wittelsbacher bald wieder fort, doch die weiß-blauen Nationalfarben behielten sie bis heute bei.“

In dem Bericht wird auch erwähnt, daß dem griechischen Rechnungshof „Abrechnungen vom Presseattaché der Kgl. Griechischen Botschaft in Bonn ans Athener Generalsekretariat für Presse und Information (vorliegen), in denen 1000-Mark-Zahlungen für genau mit Daten, Titeln und Medien angeführte juntafreundliche Artikel“ u.a. an G. v. Reth vom „Rheinischen Merkur“ aufgezählt werden. Der „Rheinische Merkur“ – schon wieder.<sup>32</sup> Dieser Artikel erschien in DER SPIEGEL 39/1976:

<sup>30</sup> Oliver Schröm und Egmont R. Koch: „Verschwörung im Zeichen des Kreuzes. Die Ritter vom Heiligen Grabe“, München 2002 (Orbis Verlag), Sonderausgabe. Titel der Originalausgabe: „Das Geheimnis der Ritter vom Heiligen Grabe“, Hamburg 1995 (Hoffmann und Campe)

<sup>31</sup> DER SPIEGEL 39/76 vom 20.9.1976: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41157504.html>

<sup>32</sup> vgl. Zweite Petition für Hans Roth (Kapietel), als PDF unter [http://www.gew-hessen.de/fileadmin/user\\_upload/themen/berufsverbot/hans\\_roth\\_zweite\\_petition.pdf](http://www.gew-hessen.de/fileadmin/user_upload/themen/berufsverbot/hans_roth_zweite_petition.pdf), S. 85



33

Auch *ehemalige* Soldaten gehören zu den besonders hervorgehobenen Kontakten des Freiherrn:



34

Inzwischen war der Kardinal kein Soldat im Dienste des Deutschen Reiches mehr, sondern gehörte „nur noch“ zu den „Miles Christi“, den „Soldaten von Christus“ - „Miles Christi“ – „Krieger Christi“, so bezeichnen sich die Grabesritter in ihren Gebetbüchern. Sie sehen sich in der Tradition des Kreuzritters Gottfried von Bouillon, der am 15. Juli 1099 Jerusalem eroberte und unter dem Schlachtruf ‚Deus lo vult‘ ein Blutbad unter den Muslimen anrichtete“<sup>35</sup>. Aber das folgende Photo von 1941 nach seiner Weihe zum Bischof zeigt Lorenz Jaeger mit seinen im Ersten Weltkrieg erworbenen Eisernen Kreuzen:

<sup>33</sup> DER SPIEGEL 39/1976 vom 20.9.1976

<sup>34</sup> Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Muß ich sterben, will ich fallen...‘.Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinkel); zwischen S. 128 und 129. Unterzeile: „Im Gespräch mit Kardinal Jäger, dem früheren Erzbischof von Paderborn.“

<sup>35</sup> Egmont R. Koch und Oliver Schröm: „Dunkle Ritter im weißen Gewand“, Artikel in der „Zeit“ vom 25.3.1994: <http://www.zeit.de/1994/13/dunkle-ritter-im-weissen-gewand>



36

Zu den „Miles Christi“ gehörte der Freiherr ja weiß Gott auch. 1954 in den römisch-katholischen „Ritterorden vom Heiligen Grab zu Jerusalem“ durch die „Investitur“ von Kardinal Jaeger aufgenommen, war er von 1958-65 „Statthalter der Deutschen Statthalterei“. Und auch hier wird er wieder ausgezeichnet: 1958 mit dem „Großkreuz“, 1960 wird er „Komtur mit Stern des Gregoriusordens“.<sup>37</sup>



38

<sup>36</sup> aus Peter Bürger / Jens Hahnwald / Georg D. Heidingsfelder: „Zwischen Jerusalem und Meschede. Die Massenmorde an sowjetischen und polnischen Zwangsarbeitern im Sauerland während der Endphase des 2. Weltkrieges und die Geschichte des ‚Mescheder Sühnekreuzes‘“, Eslohe 2015

<sup>37</sup> Egmont R. Koch und Oliver Schröm: „Verschwörung im Zeichen des Kreuzes. Die Ritter vom Heiligen Grab“, München 2002 (Orbis)

<sup>38</sup> Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Muß ich sterben, will ich fallen...‘.Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel), zwischen S. 128 und 129. Unterzeile: „Auszug der Ritter vom Hl. Grab aus der Peterskirche – rechts hinter mir: Prinz Xavier de Bourbon.“

Und so kennt er nicht nur Kardinal Jaeger, sondern auch Kardinal Tisserant, dem ich auch schon ausführlich in Egmont R. Kochs und Oliver Schröms „Verschwörung im Zeichen des Kreuzes. Die Ritter vom Heiligen Grabe“ begegnet war:



39

Daß Friedrich August Freiherr von der Heydte natürlich auch Photos von sich als deutscher Soldat im Zweiten Weltkrieg in seinen Memoiren zum Besten gibt, versteht sich von selbst:

- „1939 am Westwall in der Nähe von Saarbrücken mit meinem Hauptfeldwebel.“
- „Athen/ Akropolis im Jahr 1941 mit meinem Regiments-Kommandeur, Oberstleutnant Richard Heidrich. Heidrich war einer der ersten Fallschirmjägeroffiziere und zeichnete sich als Generalleutnant und Kommandeur der 1. Fallschirmjäger-Division bei der Schlacht um Cassino 1944 besonders aus.“
- „Als Batallionskommandeur Einzug in Braunschweig am 27. Juli 1941.“
- „Nach der Verleihung des Ritterkreuzes im Führerhauptquartier bei Rastenburg am 23. Juni 1941.“
- „Auf dem Marsch zum Flugplatz in der Nähe von Braunschweig zum Flug nach Afrika. Neben mir mein Adjutant, Hauptmann Mager, gefallen Ende Dez. 1944 an der Westfront.“
- „Als Major und Kommandeur des Fallschirm-Lehr-Bataillons in Döberitz.“<sup>40</sup>

<sup>39</sup> Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Muß ich sterben, will ich fallen...‘.Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel), zwischen S. 128 und 129. Unterzeile: „Im Gespräch mit Kardinal Tisserant in Rom im Jahr 1960.“

<sup>40</sup> a.a.O., zwischen S. 64 und 65

Der Freiherr ist ein Soldat, durch und durch,



und ein „Krieger Christi“ („Deus lo vult“ = „Gott will es“), durch und durch.



41

Sein Vater war auch Soldat. Das erste Photo in seinen Lebenserinnerungen ist mit der Unterzeile versehen: „Mein Vater, Rudolf Freiherr v. d. Heydte, als Rittmeister der Cheveaux-Legers um 1900 bei einem Besuch eines französischen Geistlichen in der Nähe von Dieuze.“<sup>42</sup>

Langsam verstand ich den Buchtitel und das alte Familienlied immer besser.

„Steigt ein Heydte in den Sattel  
Für des Kaisers Majestät,  
In der Faust den blanken Degen,  
Auf den Lippen ein Gebet:  
Pflicht und Ehr’  
Und nicht mehr  
Werden ihn dann leiten!“<sup>43</sup>

„Muß ich sterben, will ich fallen.“ Soldaten „fallen“ – jedenfalls in bestimmten Kreisen. Sie sterben eben nicht, sondern „fallen“. Nicht nur in Deutschland. „Die Gefallenen“ heißen in

<sup>41</sup> <http://www.oessh.net/ueber-den-orden/organisation-des-ordens.html>

<sup>42</sup> Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Muß ich sterben, will ich fallen...‘.Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel), zwischen S. 64 und 65

<sup>43</sup> am Ende von Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Muß ich sterben, will ich fallen...‘.Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel)

Spanien „los caídos“. Während mein Vater also im Krieg „durch die Scheiße gegangen“<sup>44</sup> war und sein „Nie wieder!“ an seine Kinder und Enkel vererbt hatte, gab es anscheinend auch Menschen, die gern Soldat waren und auch ihre Söhne und Enkel als Soldaten sehen wollten. Es bleibt wohl alles in der **Familie** ...

#### Josef und seine Söhne

Josef war mein Urgroßvater. Er hatte zwölf Kinder, von denen zwei sehr früh starben. Einen seiner Söhne nannte er Theo, einen anderen August, einen weiteren Leo. August und Leo starben als Soldaten im Ersten Weltkrieg. (Leo war noch von „der Front“ nach Hause geflohen, weil er solche Angst um sein Leben hatte. Dort sagten sie aber, daß er sich nicht ungestraft „von der Truppe entfernen“ könne und sofort zurück müsse. Kurz danach war er tot. Verdun.)

Theo war mein Großvater. Er hatte drei Söhne. Die nannte er Alfred, August und Leo. Alfred wurde „als Flieger“ mit 20 Jahren abgeschossen (Wie viele Menschen mag er wohl getötet haben, dieser Junge, der so gern fliegen wollte und sich am letzten Morgen zuhause vor lauter Zittern kaum noch rasieren konnte?), August verlor mit 19 „nur“ Teile seiner Hände, Leo war noch zu jung, um noch Soldat zu werden.

August war mein Vater. Er hatte zwei Söhne. Einen der beiden nannte er Alfred.  
Familie ...

„Muß ich sterben, will ich fallen.“ Soldaten „fallen“ – jedenfalls in bestimmten Kreisen. Sie sterben nicht, sondern „fallen“.

Der große Krieg war vorbei.

„Mit den Studentenunruhen begann eine neue Form des modernen Kleinkriegs, die ich in meinem Buch ‚Der moderne Kleinkrieg‘, das damals gerade herauskam, nicht mehr erwähnen konnte“, schreibt Friedrich August Freiherr von der Heydte auf Seite 215. Seinen „modernen Kleinkrieg“<sup>45</sup> von 1972<sup>46</sup> widmete er nicht „Dem Vorkämpfer für die Einheit eines christlichen Europas Dr. Otto von Habsburg in Treue und Ergebenheit“ - wie seine Lebenserinnerungen - , sondern „Jacques Massu und Maxwell Davenport Taylor, die unter den ersten waren, die das Wesen und die militärische Bedeutung des modernen Kleinkriegs erkannt hatten“. Letzteren kannte ich vom Photo „Begrüßung durch den US-General Maxwell Taylor, Stadtkommandant von Berlin, anlässlich einer Tagung in Chicago“.

Mehrfach war der Freiherr in den USA zu Gast. „Aus Ägypten zurückgekehrt, fand ich eine Einladung vor, Universitäten der Vereinigten Staaten zu besuchen. ... Die Einladung nach Amerika galt dem Hochschullehrer, nicht dem Soldaten, auch wenn oft Angehörige der amerikanischen Streitkräfte als Gastgeber erschienen. ... Höhepunkt meines Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten war eine militärwissenschaftliche Tagung, an der **alle Generäle, die in den Vereinigten Staates Rang und Namen hatten**, teilnahmen. Ich traf dort auch meine alten ‚Freunde‘ aus der Normandieschlacht wieder, darunter vor allem auch den von mir hochgeschätzten General Maxwell Taylor ... Die Amerikaner hatten inzwischen den Koreakrieg hinter sich und neue, interessante Erfahrungen im Kampf mit kommunistischen Streitkräften gemacht. ...

Ich verstand nicht viel davon [von einem Planspiel in der Seekriegsschule von Long Island]; doch was ich verstand, war jedenfalls für mich lehrreich, weil es mir zeigte, daß sich auf diesem Gebiet die amerikanischen Führungsgrundsätze seit Ende des Weltkriegs nicht

<sup>44</sup> Helmut Schmidt benutzte die gleiche Formulierung

<sup>45</sup> „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“, Band 3 der „Würzburger Wehrwissenschaftlichen Abhandlungen“, Würzburg 1972 (Holzner)

<sup>46</sup> ) neu aufgelegt Wiesbaden 1986 mit einem Vorwort von Lyndon LaRouche von den „Patrioten für Deutschland“

wesentlich geändert hatten. Manches von dem, was sich kurz darauf in Vietnam ereignen sollte, wurde mir durch dieses Planspiel verständlich“.<sup>47</sup>

„Neue, interessante Erfahrungen“ - ... sprach- und fassungslos ließen mich solche Zeilen zurück. Jedesmal fühlte ich mich regelrecht krank, geschwächt oder betäubt. Wie ist eine solche Sprache nur möglich, wenn es um Menschen und um ihr Leben geht?

Mein Vater sagte immer, Militärs untereinander verstünden sich gut, egal, ob sie gegnerischen Lagern angehörten oder nicht; sie sprächen einfach die gleiche Sprache. Krieg als Handwerk. Und der Freiherr hatte sein Können reichlich unter Beweis gestellt: In Frankreich (1940), auf Kreta (1940/41), in der Sowjetunion (1941/42), in Nordafrika (1942), Frankreich (1943), Italien (1943), Frankreich (1944), Niederlande, Belgien und Deutschland (1944; gefangen genommen wurde er am 24.12.1944 in Monschau – „Ardennenoffensive“) kämpfte er mit Panzern und als Fallschirmjäger, also „Nahkämpfer“, und erhielt laut einem Artikel auf „Wikipedia“<sup>48</sup> **von 1933 bis 1945 folgende Auszeichnungen**: Treuedienstabzeichen (1938), Eisernes Kreuz (II. Klasse am 27. September 1939, I. Klasse am 26. September 1940), Ritterkreuz (am 9. Juli 1941, Eichenlaub am 30. September 1944), Deutsches Schutzwall-Ehrenzeichen (1939), Dienstauszeichnung (Wehrmacht) IV. Klasse, Erdkampfabzeichen der Luftwaffe, Fallschirmschützenabzeichen der Luftwaffe (1940), Infanterie-Sturmabzeichen (1941), Ärmelband Kreta (1941), Deutsches Kreuz in Gold am 26. Februar 1942, Medaille Winterschlacht im Osten 1941/42 (1942), Militärorden von Savoyen (1942), Königlich Italienische Tapferkeitsmedaille Silber (1942), Ärmelband Afrika (1943), Namensnennung im Wehrmachtbericht am 11. Juni 1944, Nahkampfspange II. Stufe (Silber) am 25. Oktober 1944.

In den USA besuchte Friedrich August Freiherr von der Heydte auch einmal seinen alten Professor Hans Kelsen, bei dem er in Köln Jura studiert hatte:

„Mit der sogenannten Machtergreifung der Nationalsozialisten, ... , verlor auch **Hans Kelsen** als Jude und Sozialdemokrat seinen Lehrstuhl. Er ging zuerst nach Prag und dann in die Vereinigten Staaten, wo ich ihn nach dem Zweiten Weltkrieg im Jahr 1956 im Norden von San Franzisko am Golden Gate besuchte. Wir unterhielten uns auf der Terrasse seines hübschen Hauses über alles Mögliche, als allmählich die Sonne – die Bucht vergoldend – unterging. Kelsen machte mich auf dieses Schauspiel aufmerksam und meinte dann plötzlich mit dem feinen Lächeln, das ihm eigen war: ‚Heydte, jetzt stehen wir beide auf, heben die Hand zum deutschen Gruß und rufen laut: >Heil Hitler!<‘ Ich war einigermaßen entsetzt und glaubte zunächst, Kelsen habe den Verstand verloren; er erklärte jedoch gleich seine Äußerung mit den Worten: ‚Glauben Sie, daß wir uns jemals hier an diesem schönen Ort getroffen hätten, wenn nicht Hitler mich aus Deutschland vertrieben hätte?‘ Ein typisches Bonmot von Hans Kelsen ...“<sup>49</sup>.

„1918 wurde Kelsen Außerordentlicher Professor, 1919 Ordentlicher Professor für Staats- und Verwaltungsrecht in Wien (Büste im Arkadenhof der Universität Wien); im Studienjahr 1920/21 war er Dekan. Parallel dazu war Kelsen 1918 - 1921 als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Staatskanzlei (ab 1920: des Bundeskanzleramtes) tätig; seine Hauptaufgabe war die Ausarbeitung der definitiven Verfassung Österreichs. Kelsen wurde damit ein wichtiger und unvergessener Mitgestalter des Bundes-Verfassungsgesetzes 1920, der im Kern bis heute in Österreich geltenden

<sup>47</sup> Friedrich August Freiherr von der Heydte: „ ‚Muß ich sterben, will ich fallen...‘.Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel), S. 198-200

<sup>48</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich\\_August\\_von\\_der\\_Heydte](https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_August_von_der_Heydte)

<sup>49</sup> Friedrich August Freiherr von der Heydte: „ ‚Muß ich sterben, will ich fallen...‘.Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel), S. 40

Verfassung. Ferner war Kelsen von 1919 bis 1930 nebenamtlich als Richter am Verfassungsgerichtshof tätig. Anfeindungen an der Universität, vor allem aber seine Abberufung als Verfassungsrichter durch ein besonderes Bundesverfassungsgesetz führten dazu, dass er 1930 Wien und Österreich verließ und eine Berufung an die Universität Köln annahm, wo er vor allem Völkerrecht las; für das Studienjahr 1932/33 wurde er zum Dekan gewählt.

**Univ.-Prof. Dr. Hans Kelsen**  
(\* 11. 10. 1881 Prag, † 20. 4. 1973 Berkeley/Kalifornien)

war während des Ersten Weltkrieges im k. u. k. Kriegsministerium in Verwendung, um im Oktober 1918 einem Ruf Karl Renners in die Staatskanzlei zu folgen. Dort war der 1911 an der Wiener Universität für Staats- und Verwaltungsrecht Habilitierte der maßgebende Fachmann für die Ausarbeitung des Bundes-Verfassungsgesetzes. Seit 1919 Ordinarius für Staats- und Verwaltungsrecht in Wien, ging er 1929 nach Köln, nach der Machtergreifung Hitlers 1933 nach Genf und Prag, sowie schließlich am Beginn des Zweiten Weltkrieges in die USA. Dort wirkte er bis zu seinem Tod in Berkeley. Kelsen gehört zu den bedeutendsten Juristen des 20. Jahrhunderts.



50

Nach der NS-Machtergreifung, im April 1933, wurde Kelsen als Dekan zum Rücktritt gezwungen und als Professor beurlaubt sowie mit Ende des Jahres aus rassistischen Gründen in den Ruhestand versetzt. Die Kelsen aus seiner über dreißigjährigen Berufstätigkeit zustehenden Pensionszahlungen wurden ihm verweigert. Nur mit viel Glück gelang der Familie die Flucht aus Deutschland und Hans Kelsen nahm nun eine befristete Lehrtätigkeit in Genf am „Institut Universitaire des Hautes Etudes Internationales“ an. 1936 wurde er an die Deutsche Universität Prag berufen, musste seine dortige Tätigkeit aufgrund der politischen Entwicklung aber schon nach drei Semestern aufgeben und kehrte 1938 nach Genf zurück. 1940 emigrierte Hans Kelsen gemeinsam mit seiner Frau in die USA; er konnte dort zunächst nur befristete Tätigkeiten als „lecturer“ wahrnehmen, zunächst an der Harvard Law School (1940 - 1942), dann am Political Science Department der University of California in Berkeley (Gedenktafel, Tondokument (externer Link)). 1945 wurde er zum full professor der University of California ernannt und erlangte die US-Staatsbürgerschaft. Nach seiner Emeritierung 1951 nahm er Gastprofessuren in Genf und am Naval War College in Rhode Island wahr. Aufgrund eines „Wiedergutmachungsverfahrens“ wurde Kelsen 1953 auch an der Universität Köln rehabilitiert und zugleich emeritiert.

Drei Honorarprofessuren (Wien, Rio de Janeiro, Mexico), zwölf Ehrendoktorate (Utrecht, Harvard, Chicago, Mexico, Berkeley, Salamanca, Berlin, Wien, New School of Social Research New York, Paris, Salzburg, Strasbourg) und mehrere Festschriften würdigten seine Verdienste.<sup>51</sup>

<sup>50</sup> <http://www.kelseninstitut.at/>

<sup>51</sup> a.a.O.

„Heydte, jetzt stehen wir beide auf, heben die Hand zum deutschen Gruß und rufen laut: ‚Heil Hitler!‘ ... Ein typisches Bonmot von Hans Kelsen ...“, plauderte Friedrich August Freiherr von der Heydte.

Aber hauptsächlich schreibt er über militärische Ereignisse. Das ist sein Gebiet, da kennt er sich aus, und der oben zitierte Satz „Ich verstand nicht viel davon“ dürfte eine Untertreibung bzw. vornehmer Bescheidenheit geschuldet sein.

Das zur Frage, wofür er sich begeistert. Wie, in welchem Ausmaß er **ins sonderbare Schwärmen** geraten konnte, schreibt unser Zeitzeuge auch:

„Die Verleihung des Ritterkreuzes war eher enttäuschend. Wir wurden in Hitlers Hauptquartier, der sog. Wolfschanze, vor dem Führerbunker aufgestellt. Aus der Tiefe des Bunkers kam Hitler eine schmale Treppe herauf. Er trug eine Uniform, die ihm offensichtlich zu weit war. Er gab jedem von uns die Hand, ohne sie zu drücken. Seine Augen waren auf einen Punkt hinter dem Ausgezeichneten gerichtet. Anschließend wurden wir von Hitler zum Kaffee eingeladen. : Spitzbohnen, die Fallschirmjäger gar nicht schätzen  
Während des Kaffeetrinkens sprach Hitler gut zwei Stunden lang mit einer Überzeugungskraft zu uns, die fast ans Hypnotische grenzte. Hätte er uns befohlen, jetzt und ohne Schirm von einem Kirchturm zu springen, wir hätten es ohne Zögern getan. Erst auf dem Rückflug nach Berlin wich die Hypnose langsam von uns, unter der wir die letzten Stunden gestanden hatten“<sup>52</sup>.

„Nach der Verleihung des Ritterkreuzes im Führerhauptquartier bei Rastenburg am 23. Juni 1941“, lautet die Bildunterschrift des 14. Photos in seinen Memoiren; demnach war Friedrich August Freiherr von der Heydte 34 Jahre alt, als er das Ritterkreuz bekam. Seine Schilderung („Hätte er uns befohlen, jetzt und ohne Schirm von einem Kirchturm zu springen, wir hätten es ohne Zögern getan“) beeindruckt mich zutiefst; sie erinnert mich an die Tagebucheintragung von Joseph Goebbels anlässlich seiner Rede im Berliner Sportpalast, und ich schätze die Ehrlichkeit des Freiherrn.

Denn vorher schreibt er, daß er anfangs gar nicht so begeistert von Adolf Hitler gewesen war: „Ich selbst ... wählte aus den vielen Rechtsparteien eine von dem früheren Verteidiger von Ostafrika, Lettow-Vorbeck, geführte Gruppe, die sich ‚Nationale Volkspartei‘ nannte und in klarem Gegensatz zur NSDAP und zu den Deutschnationalen stand, die mit Hitler gemeinsame Sache machten. Die von mir gewählte Partei erhielt keinen einzigen Sitz im Reichstag: Unser einziger Trost war, daß auch die NSDAP an Stimmen verloren hatte“<sup>53</sup>.

Wenngleich er nur drei Seiten vorher schreibt: „Jeder Wähler in Deutschland fand im Programm der NSDAP irgendeine Forderung, die ihn ansprach und für die neue Herrschaft begeisterte. Es wäre deshalb falsch, wenn man heute rückschauend einer Person oder einem bestimmten Personenkreis den Vorwurf machen wollte, daß er 1933 ‚Ja‘ zur neuen Herrschaft gesagt habe: Schließlich war er das Opfer einer sehr geschickten Werbung. Ich schließe mich davon keineswegs aus.“<sup>54</sup>

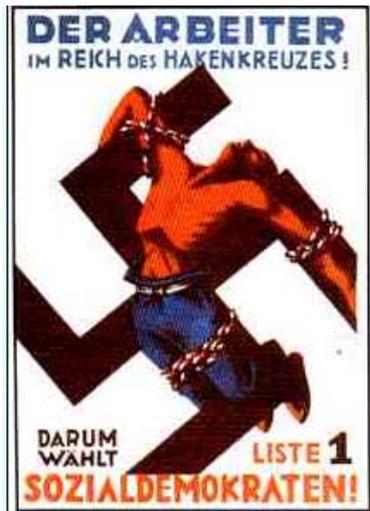
„Jeder Wähler in Deutschland fand im Programm der NSDAP irgendeine Forderung, die ihn ... für die neue Herrschaft begeisterte“ und „Mit der sogenannten Machtergreifung der Nationalsozialisten, ... , verlor auch Hans Kelsen als Jude und Sozialdemokrat seinen Lehrstuhl“. Hans Kelsen begeisterte sich demnach wohl nicht für die neue Herrschaft. Überhaupt:

---

<sup>52</sup> Friedrich August Freiherr von der Heydte: „ ‚Muß ich sterben, will ich fallen...‘.Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel), S. 90

<sup>53</sup> a.a.O., S. 45

<sup>54</sup> a.a.O., S. 42



Wer solche Plakate machte, brauchte sich ja auch nicht zu wundern – und wunderte sich ja auch nicht: „Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht - (*Lachen bei den Nationalsozialisten.*) - verbürgen eine hellere Zukunft.“<sup>55</sup> Otto Wels starb 1939 im französischen Exil, Kurt Schumacher überlebte mehr als ein Jahrzehnt KZ und kämpfte dann gegen die Wiederbewaffnung, Fritz Bauer gelang rechtzeitig die Flucht, erst nach Dänemark und dann weiter nach Schweden. Dann kam er zurück, sorgte erst für den „Remer-“ und dann für den „Auschwitz-Prozeß“ und erhielt dafür Morddrohungen. Juden und Sozialdemokraten (und viele andere mehr). Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht - (*Lachen bei den Nationalsozialisten.*) - verbürgen eine hellere Zukunft!

„Jeder Wähler in Deutschland fand im Programm der NSDAP irgendeine Forderung, die ihn ... für die neue Herrschaft begeisterte“, „Mit der sogenannten Machtergreifung der Nationalsozialisten, ... , verlor auch Hans Kelsen als Jude und Sozialdemokrat seinen Lehrstuhl“ und „Während des Kaffeetrinkens sprach Hitler gut zwei Stunden lang mit einer Überzeugungskraft zu uns, die fast ans Hypnotische grenzte. Hätte er uns befohlen, jetzt und ohne Schirm von einem Kirchturm zu springen, wir hätten es ohne Zögern getan.“ Ein sonderbarer Schwärmer! Er war widersprüchlich, mein erster Protagonist im Drama „Der Freiherr und der Citoyen“. Aber das macht schließlich (nicht nur) ein gutes Theaterstück aus. Wie mochte diese Geschichte nur weitergehen?

### 3. Neue Erklärung von Hans Roth vom 10.6.2014; Jürgen Schmude; ZDF 16.2.1984

Hans Roth: „Erklärung vom 10.6.2014“<sup>56</sup>

Wer von einer bösen Sache berichtet, sollte sich bemühen, von einer guten zu sprechen. Und wenn es eben geht, von einer noch besseren.

Blieben wir also nicht stehen bei der plötzlichen ‚Extremist‘-Typisierung, bei der öffentlichen Feind-Erklärung, bei den Katastrophen von Grausamkeiten und Einsamkeit. Leben ohne Scheitern gibt es nicht, und das Bild von Kant hat einen Sinn: die Taube, die

<sup>55</sup> OttoWels am 23.3.1933 in der Kroll-Oper: [http://www.fes.de/archiv/adsd\\_neu/inhalt/stichwort/wels.htm](http://www.fes.de/archiv/adsd_neu/inhalt/stichwort/wels.htm); siehe auch S.

<sup>56</sup> Neue Erklärung von Hans Roth vom 10.6.2014 ; Jürgen Schmude; ZDF 16.2.1984  
<http://www.heise.de/tp/foren/S-Neue-Erklaerung-von-Hans-Roth-vom-10-6-2014-Juergen-Schmude-ZDF-16-2-1984/forum-152348/msg-25447343/read/>

vielleicht intuitiv von einem Fliegen im leeren Raum träumt, steigt in Wirklichkeit erst auf, wenn sie den Widerstand des Windes spürt und sich zum Abheben darauf stützt.

Von einer guten Sache berichten. – Das war die Gegenwehr auf dem Rechts-Weg: Recht ist die Kategorie des Schwachen, und bürgerfreundliche Kammern, die es auch gab, haben das ebenso gesehen. Und irgendwann wurde rechtskräftig der Kern-Satz der Klage: ‚Zur Menschenwürde gehört die Freiheit von Furcht‘. – Gleichzeitig begann auch ein Gesetzes-Weg, mit dem gleichen Inhalt und Ziel, diesmal für die Gattung: demokratische Kontrollen für den Geheimbereich einzuführen und zu verankern. Der hatte zwar nie eine Chance, wie mich ein stiller Mitarbeiter (ein ehemaliger Bundesjustizminister, s. Anlage) wissen ließ, der aber dann doch, nach dem Fall der Mauer, Gesetz wurde: das so genannte ‚Stasi-Gesetz‘. – Soviel zum politischen Glück des Citoyen.

Es gab dann noch eine wunderbare Liebesgeschichte im Exil, die offenen Gesichter guter Freunde, die immer zu ihm standen, die betörend duftenden Teppiche wilder Hyazinthen jedes Jahr im Mai. – Soviel zum privaten Glück. – Womit wir bei Pascals Wette wären: Die Chance, daß es ein Paradies gibt, ist äußerst gering; sollte es dieses aber doch geben, dann haben wir es mit einer ungeheuren Glückserfahrung zu tun.

Am Ende das Beste. – Es hat sich ergeben, daß der Citoyen eingeladen war, irgendwann vor dem Fall der Mauer, zu einer öffentlichen Aussprache zum Thema ‚demokratische Kontrolle geheimer Dienste‘; dort trug er stotternd (im Fernsehen und angesichts übermächtiger Gegner) sein doppeltes Gegenwehr-Projekt vor, mit Hinweisen auf Aufklärung und Verfassung. – Ein paar Jahre später, er war vom Bundespräsidenten eingeladen und nutzte die Gelegenheit, sich Berlin nach dem Fall der Mauer anzusehen, wurde er im Osten auf der Straße angesprochen: ‚Sie haben uns die Angst genommen; Sie haben Geheimdienstchefs Paroli geboten.‘ – Das Kind in ihm, das wohl immer von Augenblicken bestimmter Wahrheiten geträumt hatte, war da überglücklich. – Gut: Nachweisen kann er das nicht; aber vielleicht sind Spuren wichtiger als Beweise.

Am Ende das Beste: Der gelernte Hilfsarbeiter, der in einem fremden Land sämtliche unbekannte Berufe, die er in seinen ‚Reisebüchern‘ beschrieb, gelernt und ausgeübt hat, hat insbesondere als Breschen-Maurer (das ist im Alten Testament der, der beim Trockensteinmauern die Öffnungen für Häuser schafft) gearbeitet. Immer als Lernender erkennbar, hat er in Sachen Recht und Gesetz neue Öffnungen für Embryos einer künftigen Tradition geschaffen, in einer menschlicheren Welt. Die wird ihre Zeit zum Werden brauchen, und Demokratie ist nicht ohne Zeit, ohne Liebe (was ja dasselbe ist) zu haben.

Zeit, Liebe, Glück: Ohne diese drei hat Widerstand keinen Sinn.“

Anlage:

Brief mit dem Bundesadler auf dem Briefkopf von

„Dr. Jürgen Schmude

Mitglied des Deutschen Bundestages

Stellv. Vorsitzender

der Sozialdemokratischen

Bundestagsfraktion

5300 Bonn 1, Bundeshaus AH 729

Fernruf: (0228) 16 33 44

16 25 96

19. März 1984

/WEI

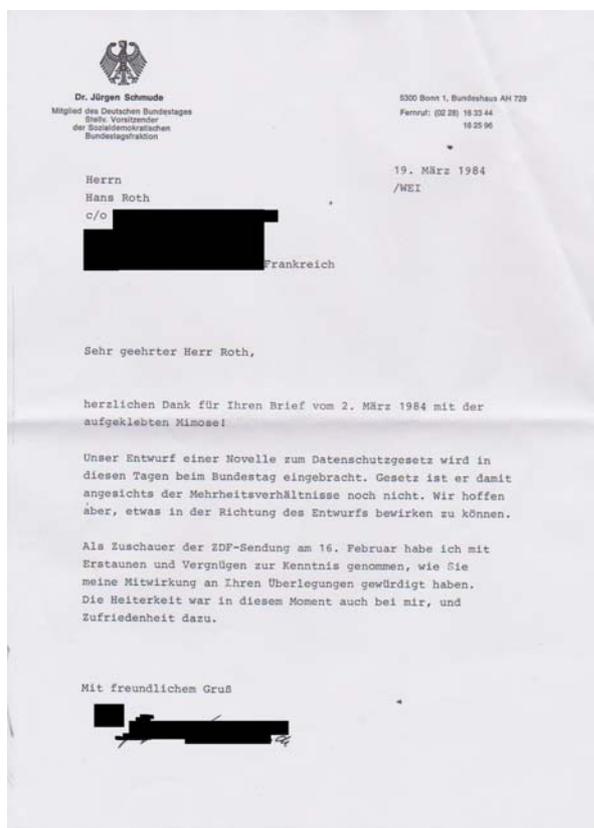
Herrn

Hans Roth

c/o (Adresse in Frankreich)

Sehr geehrter Herr Roth,  
herzlichen Dank für Ihren Brief vom 2. März 1984 mit der aufgeklebten Mimose!  
Unser Entwurf einer Novelle zum Datenschutzgesetz wird in diesen Tagen beim Bundestag  
eingebracht. Gesetz ist er damit angesichts der Mehrheitsverhältnisse noch nicht. Wir hoffen  
aber, etwas in der Richtung des Entwurfs bewirken zu können.  
Als Zuschauer der ZDF-Sendung am 16. Februar habe ich mit Erstaunen und Vergnügen zur  
Kenntnis genommen, wie Sie meine Mitwirkung an Ihren Überlegungen gewürdigt haben.  
Die Heiterkeit war in diesem Moment auch bei mir, und Zufriedenheit dazu.  
Mit freundlichem Gruß

Ihr  
Jürgen Schmude“



Weiterhin vier Seiten mit den Seitenzahlen -16-, -17-, noch mal -17- und -18- folgenden  
Inhalts:

„  
-16-  
Zu Nummer 18 - § 13 (Auskunft an den Betroffenen)

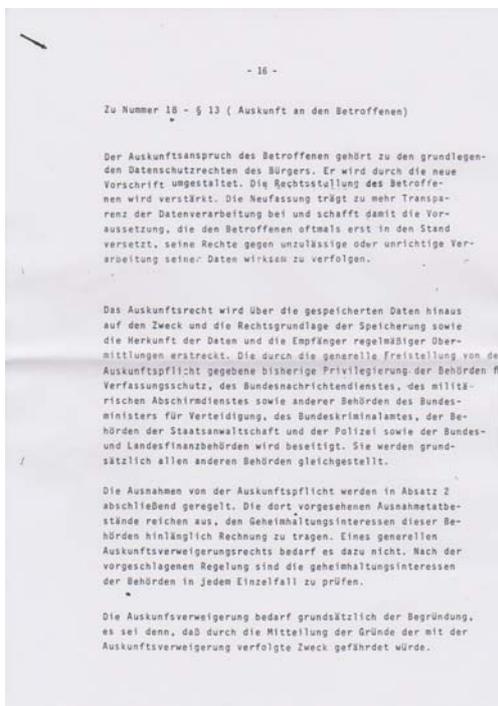
Der Auskunftsanspruch des Betroffenen gehört zu den grundlegenden  
Datenschutzrechten des Bürgers. Er wird durch die neue Vorschrift umgestaltet. Die  
Rechtsstellung des Betroffenen wird verstärkt. Die Neufassung trägt zu mehr Transparenz der  
Datenverarbeitung bei und schafft damit die Voraussetzung, die den Betroffenen oftmals erst  
in den Stand versetzt, seine Rechte gegen unzulässige oder unrichtige Verarbeitung seiner  
Daten wirksam zu verfolgen.

Das Auskunftsrecht wird über die gespeicherten Daten hinaus auf den Zweck und die  
Rechtsgrundlage der Speicherung sowie die Herkunft der Daten und die Empfänger  
regelmäßiger Übermittlungen erstreckt. Die durch die generelle Freistellung von der

Auskunftspflicht gegebene bisherige Privilegierung der Behörden für Verfassungsschutz, des Bundesnachrichtendienstes, des militärischen Abschirmdienstes sowie anderer Behörden des Bundesministers für Verteidigung, des Bundeskriminalamtes, der Behörden der Staatsanwaltschaft und der Polizei sowie der Bundes- und Landesfinanzbehörden wird beseitigt. Sie werden grundsätzlich allen anderen Behörden gleichgestellt.

Die Ausnahmen von der Auskunftspflicht werden in Absatz 2 abschließend geregelt. Die dort vorgesehenen Ausnahmetatbestände reichen aus, den Geheimhaltungsinteressen dieser Behörden hinlänglich Rechnung zu tragen. Eines generellen Auskunftsverweigerungsrechts bedarf es dazu nicht. Nach der vorgeschlagenen Regelung sind die Geheimhaltungsinteressen der Behörden in jedem Einzelfall zu prüfen.

Die Auskunftsverweigerung bedarf grundsätzlich der Begründung, es sei denn, daß durch die Mitteilung der Gründe der mit der Auskunftsverweigerung verfolgte Zweck gefährdet würde.



- 17-

17. § 12 wird aufgehoben.

18. § 13 wird wie folgt geändert:

a) Die Absätze (1) bis (3) erhalten folgende Fassung:

.(1) Dem Betroffenen ist auf Antrag Auskunft zu erteilen über

- a) die zu seiner Person gespeicherten Daten,
- b) den Zweck und die Rechtsgrundlage der Speicherung,
- c) die Herkunft der Daten und die Empfänger regelmäßiger Übermittlungen, auch soweit sie nicht zu seiner Person gespeichert sind.

In dem Antrag soll die Art der Daten, über die Auskunft erteilt werden soll, näher bezeichnet werden. Die speichernde Stelle bestimmt das Verfahren, insbesondere die Form der Auskunftserteilung nach pflichtgemäßem Ermessen.

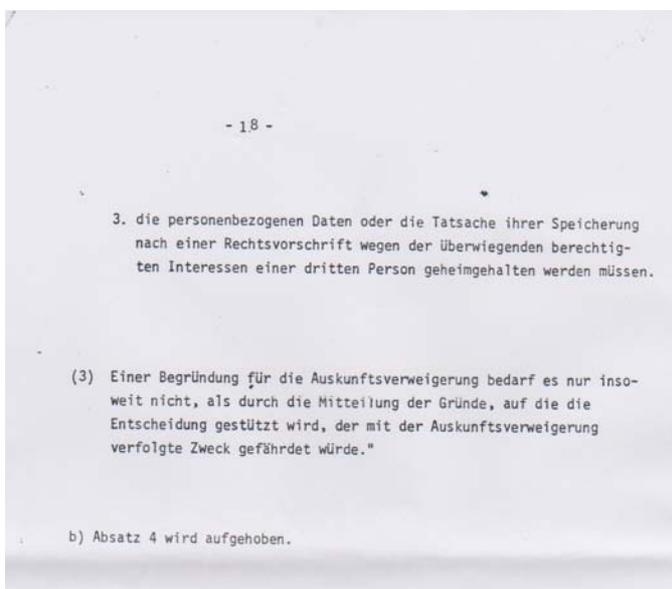
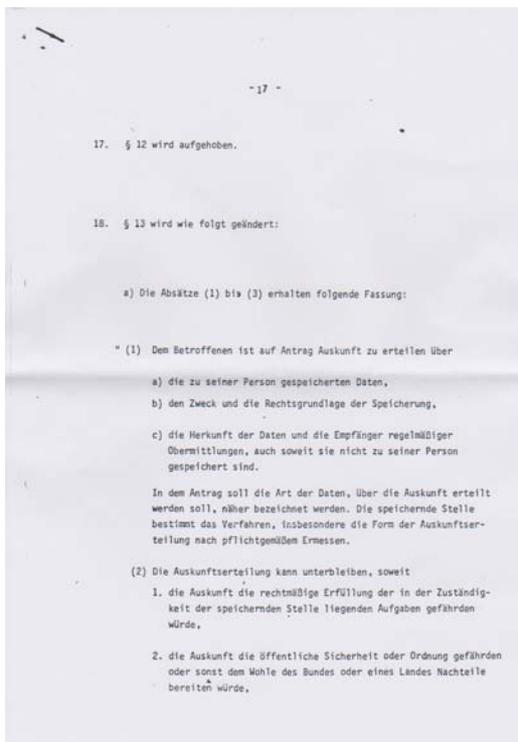
(2) Die Auskunftserteilung kann unterbleiben, soweit

1. die Auskunft die rechtmäßige Erfüllung der in der Zuständigkeit der speichernden Stelle liegenden Aufgaben gefährden würde,

2. die Auskunft die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährden oder sonst dem Wohle des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde,

- 18-

3. die personenbezogenen Daten oder die Tatsache ihrer Speicherung nach einer Rechtsvorschrift wegen der überwiegenden berechtigten Interessen einer dritten Person geheimgehalten werden müssen.
- (3) Einer Begründung für die Auskunftsverweigerung bedarf es nur insoweit nicht, als durch die Mitteilung der Gründe, auf die die Entscheidung gestützt wird, der mit der Auskunftsverweigerung verfolgte Zweck gefährdet würde.'
- (b) Absatz 4 wird aufgehoben.



Die zweite Seite -17-:

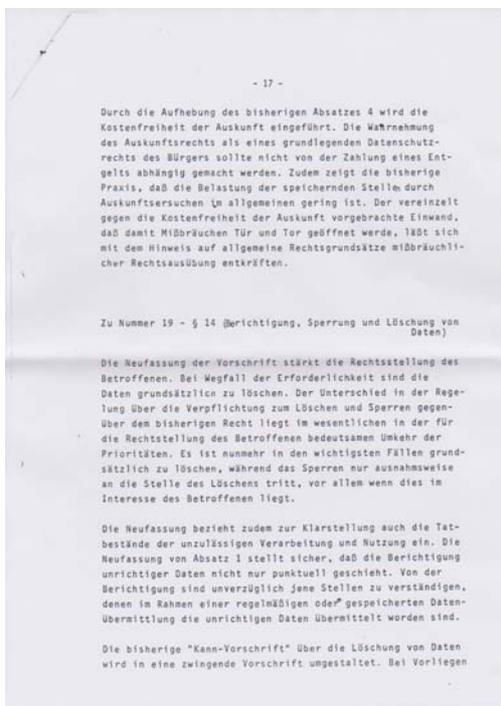
Durch die Aufhebung des bisherigen Absatzes 4 wird die Kostenfreiheit der Auskunft eingeführt. Die Wahrnehmung des Auskunftsrechts als eines grundlegenden Datenschutzrechts des Bürgers sollte nicht von der Zahlung eines Entgelts abhängig gemacht werden. Zudem zeigt die bisherige Praxis, daß die Belastung der speichernden Stellen durch Auskunftsersuchen im allgemeinen gering ist. Der vereinzelt gegen die Kostenfreiheit der Auskunft vorgebrachte Einwand, daß damit Mißbräuchen Tür und Tor geöffnet werde, läßt sich mit dem Hinweis auf allgemeine Rechtsgrundsätze mißbräuchlicher Rechtsausübung entkräften.

Zu Nummer 19 - § 14 (Berichtigung, Sperrung und Löschung von Daten)

Die Neufassung der Vorschrift stärkt die Rechtsstellung des Betroffenen. Bei Wegfall der Erforderlichkeit sind die Daten grundsätzlich zu löschen. Der Unterschied in der Regelung über die Verpflichtung zum Löschen und Sperren gegenüber dem bisherigen Recht liegt im wesentlichen in der für die Rechtsstellung des Betroffenen bedeutsamen Umkehr der Prioritäten. Es ist nunmehr in den wichtigsten Fällen grundsätzlich zu löschen, während das Sperren nur ausnahmsweise an die Stelle des Löschens tritt, vor allem wenn dies im Interesse des Betroffenen liegt.

Die Neufassung bezieht zudem zur Klarstellung auch die Tatbestände der unzulässigen Verarbeitung und Nutzung ein. Die Neufassung von Absatz 1 stellt sicher, daß die Berichtigung unrichtiger Daten nicht nur punktuell geschieht. Von der Berichtigung sind unverzüglich jene Stellen zu verständigen, denen im Rahmen einer regelmäßigen oder gespeicherten Datenübermittlung die unrichtigen Daten übermittelt worden sind.

Die bisherige ‚Kann-Vorschrift‘ über die Löschung von Daten wird in eine zwingende Vorschrift umgestaltet. Bei Vorliegen“



So weit die neue Erklärung von Hans Roth vom 10.6.2014 und die dazugehörigen Anlagen.

Am 16. Februar 1984 sendete das ZDF eine „öffentliche() Aussprache zum Thema ‚demokratische Kontrolle geheimer Dienste‘ ... mit Hinweisen auf Aufklärung und

Verfassung“? Bald war das Jahr des „politischen Asyls“ für Edward Snowden zuende, und die Tagesschau berichtete über die Verhaftung eines BND-Mitarbeiters, der den NSA-Untersuchungsausschuß bespitzelt und Dokumente entwendet haben sollte. War das zu glauben?

Zunächst erinnerte ich mich an den Brief von Hans Roth an Bundespräsident Joachim Gauck vom 5.5.2012:

„Sehr geehrter Herr Bundespräsident, als Autor des ‚Stasi‘-Gesetzes grüße ich den neuen symbolischen Citoyen; als einfacher Citoyen stelle ich mich kurz vor mit einem Fernseh-Bericht in ARD Report Mainz vom 1.12.2008 (Stichwort ‚Berufsverbot‘). – In dieser märchen-haften Kürzestfassung einer Geschichte, die länger gedauert hat als 100 Welt-Umseglungen und in der Homers ‚Ilias‘ und ‚Odyssee‘ viermal vorkommen, ist von einem Empfang bei Ihrem Amtsvorgänger Johannes Rau die Rede. In einem langen Rehabilitations-Gespräch nach einem Sieg in einem ‚30-jährigen Krieg‘ auf dem Rechts-Weg ging es im Wesentlichen um die geheime Armee ‚Gladio‘ im Hintergrund; auf deren Geschichtsmacht stieß Herr Rau, als er versuchte, der symbolischen Rehabilitierung die wirkliche folgen zu lassen. Telefonische Mahnungen, das Recht zu achten, schlug der Hessische Ministerpräsident in den Wind; er legte sein Veto ein – gegen eine Warnung des Bundespräsidenten, gegen seine zuständigen Fach-Minister, gegen seine eigene Partei (die die ‚Wiedereinsetzung in den status quo ante‘ verlangte), gegen Petitionen von Spitzenpolitikern (G. Baum, W. Brandt, S. Manholdt), gegen Einlassungen von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wie H. Böll, A. Grosser, H. von Hentig, U. Klug, D. Sölle, K. Traube, G. Wallraff – und Petr Uhl, dem im ‚Prager Prozeß‘ als ‚Rädelsführer der Charta 77‘ zur Höchststrafe verurteilten Sprecher.

G. Wallraff hatte mich einst gebeten, mich einzuschleichen in ein geheimes ‚Gladio‘-Lager; er kannte nur einen Offizier, der das konnte. Für meinen Inside-Report, dessen Wahrheitsgehalt nur kurz bestritten wurde und den eine allgemeine Zensur traf (s. Anlage), wurde ich doppelt und dreifach bestraft: mit der militärischen Verurteilung durch ein geheimes Tribunal, mit einer politischen Umfälschung in einem ‚Kommunisten‘ und ‚Extremisten‘ (was gerichtlich geprüft wurde), mit geheimen ‚Anhörungen‘ und lebenslänglichem Berufsverbot mit Nazi-Formel bis heute. Später dann, nach einer grundsätzlichen Klage im Sinn des ‚Stasi‘-Gesetzes und nach einem ersten spektakulären Gerichtserfolg (s. Anlage), schrieb der Verfassungsgerichts-Präsident E. Benda ein geheimes Buch zu meinem Prozeß, das mir der Verfassungsrichter M. Hirsch zu lesen gab und über dessen Inhalt ich mich kürzlich geäußert habe, nach der Auflösung von ‚Gladio‘ (s. Anlage: eidesstattliche Erklärung). Bei der Lektüre wurde mir klar, wie gefährlich ich war: der Satz ‚Wer die Daten hat, hat die Macht‘ machte deutlich, daß es im Wahn um die Machtfrage ging. Dementsprechend folgte der Autor dem Hinweis Spinozas, daß Macht die Dreiheit von Gewalt, List und Zeit ist; alle drei müssten eingesetzt werden, um den Kläger verlieren und untergehen zu lassen; die Zeit-Struktur eines Individual-Lebens ist nun mal sehr verschieden von der der Macht. ...“<sup>57</sup>

Heute hat jedermann das Recht, eine ggfs. von der „Staatssicherheit“ („Stasi“) über ihn angelegte Akte einzusehen. Anscheinend hatte Herr Roth tatsächlich etwas mit einem solchen Gesetz zu tun gehabt. „...wie Sie meine Mitwirkung an Ihren Überlegungen gewürdigt haben“, hatte ihm Jürgen Schmude geschrieben, und auf den Seiten der Evangelischen Kirche Deutschlands las ich zuerst nach, vielleicht wegen der EKHN:

---

<sup>57</sup> Bestandteil meiner Petition (Erstes Buch, III. Kapitel, S. 191ff), als PDF unter [http://www.gew-hessen.de/fileadmin/user\\_upload/themen/berufsverbot/hans\\_roth\\_zweite\\_petition.pdf](http://www.gew-hessen.de/fileadmin/user_upload/themen/berufsverbot/hans_roth_zweite_petition.pdf); S. 68-70

„Von 1974 bis 1976 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern. 1977 bis 1978 Vorsitzender des Arbeitskreises für Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion. 1978 bis 1981 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, von 1981 bis 1982 Bundesminister der Justiz und 1982 Bundesminister des Innern. Von 1984 bis 1985 Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Präses der Synode und Ratsmitglied der EKD von 1985 bis 2003“<sup>58</sup>.

Das Photo des Bundesarchivs auf „Wikipedia“ ließ mich lange nicht los, ohne daß ich hätte sagen können, warum das so war:



59

Die Internetseiten der Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) halfen mir dabei, zu verstehen, weshalb nun eine weitere Rolle in „Der Freiherr und der Citoyen“ zu besetzen wäre:

„Das Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung hält zahlreiche Veröffentlichungen bereit:

- Publizistische Äußerungen: Bundestagsreden; Reden als Bundesminister für Bildung und Wissenschaft; Reden als Bundesminister der Justiz
- Mitglied des Deutschen Bundestages: Allgemeine Korrespondenz 1969 - 1974; Allgemeine Korrespondenz 1974 - 1978; Wahlkreiskorrespondenz Moers; Wahlkreiskorrespondenz Moers / Sonderablage; Sachakte Gladys Diaz Armijo
- Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit; Sachakten Chile
- Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Pressemitteilungen; Presse- und Öffentlichkeitsarbeit; Presseauschnitte
- Bundesminister der Justiz: Allgemeine Korrespondenz; Korrespondenz mit Bundestagsabgeordneten; Korrespondenz mit Gewerkschaften, Kammern, Botschaften; Tageskopien; Sachakten (Ehmida, Frankreich, Kienesberger); Presseauschnitte; Presseinformation ‚recht‘<sup>60</sup>.

„Sachakten Chile“? Später mehr ...

Und dann war da ja noch ein weiterer Schnitzel für meine nächste Schnitzeljagd: „Als Zuschauer der ZDF-Sendung am 16. Februar ...“ – was mochte das für eine Sendung gewesen sein? Damals schon gab es im Fernsehen eine „öffentliche() Aussprache zum Thema ‚demokratische Kontrolle geheimer Dienste‘ ... mit Hinweisen auf Aufklärung und

<sup>58</sup> <http://www.ekd.de/personen/schmude.html>

<sup>59</sup> [http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/0/0b/Bundesarchiv\\_B\\_145\\_Bild-F062772-0029%2C\\_M%C3%BCnchen%2C\\_SPD-Parteitag%2C\\_Schmude.jpg](http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/0/0b/Bundesarchiv_B_145_Bild-F062772-0029%2C_M%C3%BCnchen%2C_SPD-Parteitag%2C_Schmude.jpg)

<sup>60</sup> [http://www.fes.de/archiv/adsd\\_neu/inhalt/nachlass/nachlass\\_s/schmude-jue.htm](http://www.fes.de/archiv/adsd_neu/inhalt/nachlass/nachlass_s/schmude-jue.htm)

Verfassung?“ Ich würde also versuchen müssen, diese Sendung einmal zu sehen. Zunächst aber passierte etwas Schreckliches.

#### 4. Frank Schirmmacher († 12. Juni 2014)

Frank Schirmmacher erlitt mit 54 Jahren einen Herzinfarkt und starb am 12.6.2014. Kaum ein Mensch hat mir in meinem Leben so viel beigebracht wie er. Immer wieder hatte ich ihn in den letzten Monaten gehört, in Gesprächsrunden mit Rangar Yogeshwar und Gerhart Baum, Glenn Greenwald und Edward Snowden, Hans Leyendecker und Constanze Kurz, bei Reinhold Beckmann zum Thema „Der gläserne Bürger – ausgespäht und ausgeliefert?“ am 18.7.2013<sup>61</sup> und in „Titel. Thesen. Temperamente“ genau einen Monat später<sup>62</sup>, hatte sein Buch „Ego – Das Spiel des Lebens“<sup>63</sup> gelesen, das Gerhart Baum als „Augenöffner“ bezeichnet hatte, und immer wieder sprach mir Frank Schirmmacher aus Herz, Verstand und Seele, wenn er von vollkommener „Ökonomisierung unseres Denkens und Fühlens“ schrieb und darstellte, daß irgendwelche Computer irgendwo aus allen möglichen Metadaten Schlüsse über unsere Privatsphäre ziehen, gleichgültig, ob sie richtig oder falsch sind, und daß diese gezogenen Schlüsse ungeahnte und unkontrollierbare Auswirkungen auf unser weiteres Leben haben können.



Zum Tode dieses wunderbaren Denkers, der mir wirklich entsetzlich fehlt, schrieb Edo Reents am 12.6.2014 „Zum Tod von Frank Schirmmacher Ein sehr großer Geist“: „Frank Schirmmacher, der für das Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zuständige Herausgeber, ist gestorben. Damit ist ein Leben zu Ende gegangen, das ganz der Verteidigung des freien Denkens gewidmet war. Wir trauern um einen einzigartigen Publizisten“<sup>64</sup>, und am 13.6.2014 unter dem Titel „Auf das eigene Denken hören“: „Der große deutsche Intellektuelle

<sup>61</sup> Sendung „Beckmann“ vom 18.7.2013, u.a. mit Frank Schirmmacher und Ranga Yogeshwar: [http://mediathek.daserste.de/sendungen\\_a-z/443668\\_beckmann/15995310\\_der-glaeserne-buerger-ausgespaecht-und](http://mediathek.daserste.de/sendungen_a-z/443668_beckmann/15995310_der-glaeserne-buerger-ausgespaecht-und)

<sup>62</sup> [http://mediathek.daserste.de/sendungen\\_a-z/431902\\_ttt-titel-thesen-temperamente/16561338\\_-die-sendung-vom-18-august-2013-](http://mediathek.daserste.de/sendungen_a-z/431902_ttt-titel-thesen-temperamente/16561338_-die-sendung-vom-18-august-2013-)

<sup>63</sup> Frank Schirmmacher: „Ego – Das Spiel des Lebens“, München 2013 (Karl Blessing Verlag). Dazu der Artikel „Vom Sieg eines inhumanen Modells“ in der „Süddeutschen Zeitung“: <http://www.sueddeutsche.de/kultur/frank-schirmmachers-ego-das-spiel-des-lebens-vom-sieg-eines-inhumanen-modells-1.1601727>. Das Buch gibt es auch als gekürzte Lesung mit einer Gesamtspielzeit von 209 Minuten auf drei CD, gelesen vom Autor. Was für ein Erbe!

<sup>64</sup> <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/zum-tod-von-frank-schirmmacher-ein-sehr-grosser-geist-12986939.html>

Frank Schirmmacher prägte zuletzt die Diskussion um das Internet und die Digitalisierung der Gesellschaft entscheidend; das Feuilleton der FAZ wurde unter seiner Leitung zu einem entschiedenen Antreiber der Debatte ... Ein literarischer, phantasievoller, buchstäblich freier Blick<sup>65</sup>.



Klappentext: „Dieses Buch erzählt davon, wie nach dem Ende des Kalten Krieges ein neuer Kalter Krieg im Herzen unserer Gesellschaft eröffnet wird. Es ist die Geschichte einer Manipulation: Vor sechzig Jahren wurde von Militärs und Ökonomen das theoretische Modell eines Menschen entwickelt. Ein egoistisches Wesen, das nur auf das Erreichen seiner Ziele,

<sup>65</sup> [http://www.heise.de/newsticker/meldung/Auf-das-eigene-Denken-hoeren-zum-Tode-von-Frank-Schirmmacher-2221168.html?wt\\_mc=rss.ho.beitrag.rdf](http://www.heise.de/newsticker/meldung/Auf-das-eigene-Denken-hoeren-zum-Tode-von-Frank-Schirmmacher-2221168.html?wt_mc=rss.ho.beitrag.rdf)

auf seinen Vorteil und das Austricksen der anderen bedacht war: ein moderner Homo oeconomicus. Nach seiner Karriere im Kalten Krieg wurde er nicht ausgemustert, sondern eroberte den Alltag des 21. Jahrhunderts. Aktienmärkte werden heute durch ihn gesteuert, Menschen ebenso. Er will in die Köpfe der Menschen eindringen, um Waren und Politik zu verkaufen. Das Modell ist zur selbsterfüllenden Prophezeiung geworden. Der Mensch ist als Träger seiner Entscheidungen abgelöst, das große Spiel des Lebens läuft ohne uns. Frank Schirmmacher zeichnet in seinem bahnbrechenden neuen Buch die Spur eines monströsen Doppelgängers nach und macht klar, dass die Konsequenz seines Spiels das Ende der Demokratie sein könnte, wie wir sie heute kennen.“

Dieses Buch erzählt davon, wie nach dem Ende des Kalten Kriegs ein neuer Kalter Krieg im Herzen unserer Gesellschaft eröffnet wird. Es ist die Geschichte einer Manipulation: Vor sechzig Jahren wurde von Militärs und Ökonomen das theoretische Modell eines Menschen entwickelt. Ein egoistisches Wesen, das nur auf das Erreichen seiner Ziele, auf seinen Vorteil und das Austricksen der anderen bedacht war: ein moderner Homo oeconomicus. Nach seiner Karriere im Kalten Krieg wurde er nicht ausgemustert, sondern eroberte den Alltag des 21. Jahrhunderts. Aktienmärkte werden heute durch ihn gesteuert, Menschen ebenso. Er will in die Köpfe der Menschen eindringen, um Waren und Politik zu verkaufen. Das Modell ist zur selbsterfüllenden Prophezeiung geworden. Der Mensch ist als Träger seiner Entscheidungen abgelöst, das große Spiel des Lebens läuft ohne uns. Frank Schirmmacher zeichnet in seinem bahnbrechenden neuen Buch die Spur eines monströsen Doppelgängers nach und macht klar, dass die Konsequenz seines Spiels das Ende der Demokratie sein könnte, wie wir sie heute kennen.



Zahlreiche Artikel von Frank Schirmmacher finden sich im Internet; etwa:

- „Echtzeitjournalismus Dr. Seltsam ist heute online“<sup>66</sup>: „In der Krim-Krise sieht man: Der Echtzeitjournalismus ist schneller als die Reaktionszeit für einen Atomangriff. Er setzt auf die **Semantik der Eskalation** und wird dadurch selbst zur Waffe.“
- „Überwachung. Das Armband der Neelie Kroes“<sup>67</sup>: „Längst tobt die digitale Revolution. Doch unsere politischen Repräsentanten kämpfen nicht für Freiheit und Autonomie, sondern feiern noch die bedenklichsten Gadgets der Datenhändler. Höchste Zeit, sich dem **Versuch einer Programmierung der Gesellschaft und des Denkens** zu widersetzen.“
- „Amerika überwacht die Welt. Europas Sputnik-Schock“<sup>68</sup>: „Die amerikanischen Spähprogramme folgen in ihrer Logik der Markt-Überwachung von Konzernen. Verheerend greifen sie in das Leben des Einzelnen ein. Das können wir nicht in Kauf nehmen. Ein europäischer Aufbruch ist zwingend. Jetzt.“

<sup>66</sup> <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/echtzeitjournalismus-dr-seltsam-ist-heute-online-12867571.html>

<sup>67</sup> <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/ueberwachung/frank-schirmmacher-12826199.html>

<sup>68</sup> <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/amerika-ueberwacht-die-welt-europas-sputnik-schock-12643159.html>

- „Politik im Datenzeitalter. Was die SPD verschläft“<sup>69</sup>: „Diese Wahl fand unter den Vorzeichen der neuen industriellen Revolution statt. Wird die Sozialdemokratie begreifen, wofür sie gebraucht wird?“
- „Rede des Bundespräsidenten vom digitalen Zwilling“<sup>70</sup>: „Erstmals anerkennt ein Verfassungsorgan, daß wir im Begriff sind, die Souveränität über das eigene Leben zu verlieren.“



- „Friedenspreis für Jaron Lanier. Seine Waffe ist die Aufklärung“<sup>71</sup>: „Man muss die letzten zwölf Monate auf einem anderen Planeten gelebt haben, wenn man nicht erkennt, dass der Friedenspreis für Jaron Lanier im Zeitalter nach Snowden ein eminent politischer Preis ist. Allerdings: Man lebte da ja wirklich. Man tut es noch; ein beträchtlicher Teil des Landes glaubt immer noch, die Snowden-Affäre spielte sich in einer anderen Galaxie ab.“
- „Im Zeitalter von Big Data. Wir wollen nicht“<sup>72</sup>: „Solche Datenmengen lassen sich natürlich nur automatisiert verarbeiten, sortieren und, wie es die Finanzmärkte vormachen, in Vorhersagen umschreiben. Der rätselhafte Satz der NSA, sie habe nur einen Bruchteil der Daten ‚angefast‘ (‚touched‘), ist deshalb auch keine Beruhigung, sondern eine Trivialität. Man darf sich die neue Welt nicht vorstellen als die Welt Hollywoods, in der der Detektiv unerbittlich einer Spur nachgeht, alles andere eliminiert und schließlich zum Ziel kommt. Was den Detektiv verwirren würde, ist das Lebenselixier der Überwachungs- und Vorhersagesysteme des neuen Zeitalters: Sie verbessern sich, je totaler, zufälliger und vielschichtiger die Daten werden. Sie brauchen im Idealfall alles.“

Bald war das Jahr des „politischen Asyls“ für Edward Snowden zuende, und nichts, rein gar nichts hatte sich für ihn geändert. Er saß nach wie vor in Moskau fest, und meine Bundesregierung weigerte sich nach wie vor, ihn als Zeugen vor den NSA-Untersuchungsausschuß zu laden.

Und Hans Roth saß in Frankreich und niemand vom Petitionsausschuß hatte ihn selbst einmal angehört. Wer konnte was wann über wen wissen – und wer wollte was anscheinend überhaupt nicht wissen?<sup>73</sup>

<sup>69</sup> <http://www.faz.net/frankfurter-allgemeine-zeitung/politik-im-datenzeitalter-was-die-spd-verschlaeft-12591683.html>

<sup>70</sup> <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/rede-des-bundespraesidenten-vom-digitalen-zwilling-12602600.html>

<sup>71</sup> <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/zum-friedenspreis-fuer-jaron-lanier-12974969.html>

<sup>72</sup> <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/ueberwachung/im-zeitalter-von-big-data-wir-wollen-nicht-12545592.html>

<sup>73</sup> („Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß“? Dieser Satz des berühmt-berüchtigten Volksmundes stimmt aber doch gar nicht, wenn es zum Beispiel um Kinderhände und Herdplatten geht.)

## **5. Kooperation von BND und NSA. Heimliche Amtshilfe unter Freunden (Tagesschau, 25.6.2014)**

Kleckerweise und bruchstückhaft wurden Informationen mitgeteilt, die ich inzwischen aus mehreren Dokumentationen, Büchern und Zeitschriften und auch aus der Strafanzeige gegen die Bundesregierung kannte. Am **25.6.2014** berichtete die Tagesschau:

„Amtshilfe unter Freunden. Kooperation von BND und NSA. Heimliche Amtshilfe unter Freunden

Der BND hat jahrelang Daten eines Frankfurter Internetknotenpunkts an die NSA weitergegeben. Nach Recherchen von NDR, WDR und ‚SZ‘ leitete er mindestens von 2004 bis 2007 abgefangene Rohdaten direkt an den US-Dienst.“ Georg Mascolo berichtete: „In Frankfurt laufen die Fäden zusammen. Hier verbindet die weltweit größte Internet-Schnittstelle die Netze von mehr als 50 Ländern. Daten aus Russland fließen über Frankfurt beispielsweise in den Nahen Osten. Schon immer hatten die Amerikaner ein Auge auf Frankfurt geworfen und drängten auf einen direkten Zugriff auf die Glasfasernetze. Nach Recherchen von NDR, WDR und ‚Süddeutscher Zeitung‘ (‚SZ‘) ermöglichte die rot-grüne Bundesregierung 2004 den Amerikanern einen Zugriff auf einen Teil der Daten dieser Netze. Ermöglicht wurde der Zugriff über den Bundesnachrichtendienst (BND), dem rechtlich erlaubt ist, einen Teil des Datenverkehrs, der aus dem Ausland stammt, zu überprüfen. Bereinigt um die Daten deutscher Bürger soll der BND drei Jahre lang der NSA Datenmaterial zur Verfügung gestellt haben. **Vor allem Telefonate sollen so direkt in die Computer der NSA geleitet worden sein.**

Über den Umfang der Datenweitergabe gibt es widersprüchliche Angaben. Während einige Quellen sie als ‚sehr umfassend‘ beschreiben, heißt es in BND-Kreisen, es habe sich zwar um große Mengen gehandelt, aber nur eine von mehreren Leitungen sei betroffen gewesen. Erst 2007 soll die Operation vom damaligen BND-Chef Ernst Uhrlau gestoppt worden sein. Auch im Kanzleramt war man zu dem Schluss gekommen, dass die Aktion ‚viel zu heikel ist‘, so ein damals Beteiligter. Gegen den Protest der NSA wurde das Projekt eingestellt.

### **Auch das Kanzleramt wusste Bescheid**

Die gemeinsame Operation soll den Recherchen zufolge 2004 begonnen haben und war auch im Kanzleramt bekannt. Offenbar sind aber weder das Parlamentarische Kontrollgremium noch die Bundestagskommission, die für die Abhörmaßnahmen der Geheimdienste zuständig ist, jemals über die damalige Operation informiert worden.

Seit Beginn der Snowden-Enthüllungen ging es immer um die Frage, ob amerikanische und britische Geheimdienste Daten deutscher Netzknoten abfangen. Der damalige Innenminister **Hans-Peter Friedrich** hatte im vergangenen Jahr erklärt, er habe dazu derzeit keinen Hinweis: ‚Wenn amerikanische Stellen ohne unser Wissen dort ausgespäht und abgehört und abgefangen hätten, wäre das allerdings eine **Verletzung unserer Souveränitätsrechte.**‘ Entsprechend informierte die Bundesregierung auch das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundestages. Alles in Ordnung in Frankfurt, nur der BND greife ganz legal auf einen Teil der dortigen Kommunikation zu, aber nicht die NSA. Das war streng genommen nicht falsch, aber es war auch nicht die ganze Wahrheit. Denn tatsächlich hatte der US-Geheimdienst ja jahrelang Zugang zumindest zu einem Teil der Daten in Frankfurt gehabt.

Der damalige Innenminister Friedrich im Jahr 2013: Ihm lagen keine Hinweise vor, dass die NSA an deutschen Internetknoten Daten ausspähte.

### **Beichte vorm NSA-Ausschuss?**

Jetzt wird die Operation dem NSA-Untersuchungsausschuss gebeichtet werden müssen. Ein Regierungssprecher ließ auf Anfrage lediglich mitteilen, ‚dass der BND zu Aspekten seiner operativen Arbeit ausschließlich der Bundesregierung und den zuständigen, geheim tagenden Gremien des Deutschen Bundestages berichtet.‘

In der Vergangenheit war immer wieder der Netzknotenbetreiber DE-CIX mit der NSA in Verbindung gebracht worden. DE-CIX dementiert aber, „dass irgendein ausländischer oder inländischer Geheimdienst im genannten Zeitraum von 2004 bis 2007 einen Zugang zu dem von uns betriebenen Internetknoten und zugehörigen Glasfasernetzen hatte.“ Aber das Frankfurter Drehkreuz ist riesig, die Infrastruktur unüberschaubar, neben DE-CIX gibt es viele andere Möglichkeiten, Daten abzugreifen.<sup>74</sup>

„Beichte“ (vorm NSA-Ausschuss) – auf so ein Wort in diesem Zusammenhang muß man erst einmal kommen! Die Tagesschau, das Schlachtschiff des öffentlich-**rechtlichen** Rundfunks!

## 6. Elmar Theveßen: „Verschwörung gegen die Freiheit. Big Brother und seine Helfer“

Am gleichen 25.6.2014 wurde „**Verschwörung gegen die Freiheit. Big Brother und seine Helfer**“ von **Elmar Theveßen**<sup>75</sup> um 20:15-21:45 Uhr auf Phoenix<sup>76</sup> ausgestrahlt. Der Begleittext zur Sendung hieß:



77

„Wir werden überwacht, ausspioniert und abgehört. Beinahe täglich gibt es Meldungen, daß unsere Daten nicht sicher sind. Sind wir zu nachlässig oder Opfer eines großen Plans? **Hat eine geheime Verschwörung von Geheimdiensten, Militärs, Wirtschaftsführern und Politikern die gesamte Handy- und Internetkommunikation der Weltbevölkerung im Visier?** Überzieht ein engmaschiges Netz der Überwachung den gesamten Planeten außerhalb von Recht und Gesetz? Was zu Zeiten von **George Orwell noch eine düstere Zukunftsvision** war, scheint heute von der Wirklichkeit eingeholt worden zu sein. Auch Deutschland ist längst großflächig betroffen - und nicht nur das Handy der Kanzlerin. Anfang Juni vergangenen Jahres erschien der erste Artikel über das **geheime Internet-Spähprogramm ‚PRISM‘**. Die Informationen dazu lieferte der ehemalige NSA-Mitarbeiter **Edward Snowden**, der kurz vor der Veröffentlichung aus den USA nach Hong Kong und später nach Russland floh. In seinem Gepäck hatte er 1,7 Millionen hochgeheime Dokumente der US-Regierung über **weltweite elektronische Spionageoperationen westlicher Geheimdienste**. Snowdens Entscheidung, die Dokumente an Journalisten weiterzugeben und sie damit **zu veröffentlichen**, war der Beginn der wohl größten Geheimnispreisgabe in der Geschichte - nicht nur der amerikanischen.

Die NSA-Affäre belegt eine dramatische Schiefelage in der amerikanischen Demokratie. Unter **Umgehung der parlamentarischen Kontrolle und mit der Schaffung neuer, eigener**

<sup>74</sup> <http://www.tagesschau.de/inland/bnd-nsa-100.html>

<sup>75</sup> Teil 1 in der Mediathek: <http://www.zdf.de/ZDFmediathek/#/beitrag/video/2162504/Verschw%C3%B6rung-gegen-die-Freiheit-%281%29>

<sup>76</sup> [http://www.phoenix.de/content/phoenix/die\\_sendungen/verschwoerung\\_gegen\\_die\\_freiheit\\_%281\\_2%29/845404?datum=2014-06-25](http://www.phoenix.de/content/phoenix/die_sendungen/verschwoerung_gegen_die_freiheit_%281_2%29/845404?datum=2014-06-25)

<sup>77</sup> Elmar Theveßen beim Test des Computerspiels Watch Dogs. (Quelle: phoenix/ZDF/Zeljko Pehar)

**Rechtsräume hat die staatliche Exekutive in den USA das Ende der Privatsphäre für das Individuum eingeläutet.** Sie sammelt Massendaten mit willentlicher oder erzwungener Hilfe der großen Internet- und Kommunikationsunternehmen und rechtfertigt dies mit ihrer Absicht, **Stabilität, Sicherheit und wirtschaftlichen Fortschritt** zu garantieren. Die technischen Fähigkeiten ermöglichen ein beinahe beliebiges Ausmaß von Kontrolle und Manipulation durch den Staat. **Abermillionen Nutzer von Computern und Handys sind dem Netz der Überwachung ausgeliefert**, auch und gerade in Deutschland.

In Zusammenarbeit mit dem US Fernsehsender PBS zeigt der ZDF-Terrorismus- und Geheimdienstexperte Elmar Theveßen ein Jahr nach Snowdens Veröffentlichungen das ganze Ausmaß des Skandals. In der zweiteiligen Dokumentation ‚Verschwörung gegen die Freiheit‘ forscht er nach Hintergründen und politischen Folgen der weltweiten Abhör- und Überwachungsprogramme. Wie weit geht das **Eindringen der Geheimdienste in die Privatsphäre jedes einzelnen Bürgers** wirklich? Welche Schutzmaßnahmen helfen gegen die digitale Schnüffelei? In welchem Umfang **kooperieren die großen Anbieter der IT- und Handy-Branche hinter dem Rücken der Nutzer tatsächlich mit den Geheimdiensten**? Welche Rolle spielen die deutschen Sicherheitsbehörden? Und warum übt die **Bundesregierung zwar lautstarke Kritik an der maßlosen Überwachungspraxis - ergreift aber keine konkreten Maßnahmen dagegen?**<sup>78</sup>

Es äußerten sich neben so vielen anderen der Rechtswissenschaftler Prof. Christoph Gusy



79

und der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier.

Direkt nach der Sendung, die mich regelrecht desolat zurückließ, suchte ich im Internet nach Informationen zur Sendung und stieß auf den Artikel „ZDF-Dokumentation Überwachungswut trifft Datenhunger“ von Michael Hanfeld vom 27.5.2014 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“<sup>80</sup>: „Elmar Theveßen begibt sich im ZDF heute auf die Suche nach der ‚geheimen Weltregierung‘. Und er wird fündig. Die Regierungsmitglieder stellen die Geheimdienste NSA und GCHQ und Online-Konzerne wie Google, Facebook, Yahoo und Amazon. Der Zweck ihres Bündnisses: Datengewinnung und Überwachung. Das Ergebnis: eine ‚Verschwörung gegen die Freiheit‘.

Daß es sich auf einen solch einfachen Nenner bringen lässt, hätten vor einiger Zeit noch allein Verschwörungstheoretiker behauptet. Spätestens seit den Enthüllungen, die Edward Snowden in Gang gesetzt hat, wissen wir: Es ist so. Den letzten Beweis für die ganz große Verabredung zwischen den Geheimdiensten und den Datenkonzernen haben wir noch nicht. Aber was fehlt, ist nur die offizielle Bestätigung des Offensichtlichen. Über Programme wie ‚Prism‘ oder ‚Muscular‘ klinkt sich die NSA in den Datenfluss ein, hinter jedem Internetknoten, wie etwa dem DE-CIX in Frankfurt, legt sie ihre Leine aus

<sup>78</sup> [http://www.phoenix.de/content/phoenix/die\\_sendungen/verschwoerung\\_gegen\\_die\\_freiheit\\_%281\\_2%29/845404?datum=2014-06-25](http://www.phoenix.de/content/phoenix/die_sendungen/verschwoerung_gegen_die_freiheit_%281_2%29/845404?datum=2014-06-25), auch <http://www.phoenix.de/content/845412>

<sup>79</sup> ZDF Autor Elmar Theveßen im Interview mit Rechtswissenschaftler Prof. Christoph Gusy vor dem Reichstag zum Thema Telekommunikationsüberwachung. (Quelle: phoenix/ZDF/Zeljko Pehar)

<sup>80</sup> <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/zdf-produktion-verschwoerung-gegen-die-freiheit-12959458.html>

und fischt Daten ab. Der ehemalige Staatssekretär im Heimatschutzministerium, Stewart Baker, sagt es ganz explizit: ‚In den Vereinigten Staaten klinken wir uns nicht einfach ein und sammeln Daten. In Übersee allerdings ist das unverzichtbar.‘ Baker muß es wissen, in den neunziger Jahren war er Justitiar der NSA.

Eine perfekte Kombination

Und die Firmen müssen es hinnehmen. Daß sie wissen müssen, worum es geht, legt schon ein **geheimes Treffen nahe, zu dem sich Eric Schmidt von Google, der Amazon-Gründer Jeff Bezos und der frühere CIA-Chef David Petraeus versammelten**, wie Theveßen berichtet. Auf seine Interviewanfragen bei den Konzernen bekommt er keine Antwort. Doch die Dinge fügen sich auch so zusammen, mit einer Visite zum **Dagger Komplex der NSA bei Darmstadt**; mit Informationen der Telekom, die Datenströme aufzeichnet (und, das erfahren wir nebenbei, den Nachweis des **Datenverkehrs aus Social-Media-Diensten** für 24 Stunden speichert).

Ein Dokument der NSA verrät, daß sich Facebook sehr kooperativ zeige. ‚**Meine Freunde bei der CIA lieben Facebook**‘, sagt ein von Theveßen zitierter Experte im Nebensatz. Daß es jemals zu einem **No-Spy-Abkommen mit den Amerikanern kommt, hält Hans-Georg Maaßen, der Präsident des Verfassungsschutzes für unwahrscheinlich. Die Überwachungswut der Geheimdienste und der Datenhunger der Konzerne passten perfekt zusammen, sagt Maaßen.**

Jede Suche bei Google, jeder Eintrag bei Facebook, jede Bestellung bei Amazon drückt einen Wunsch aus und lässt auf das Verhalten der Betroffenen schließen. Und dann beginnt das Spiel erst, betrieben von denjenigen, die alles wissen und jeden jederzeit manipulieren können. Die ‚Verschwörung gegen die Freiheit‘ ist perfekt - das macht der Film, der fast schon didaktisch daherkommt, jedem klar, der ihn sieht.“<sup>81</sup>

Und als ich dann auch noch auf die Artikel

„Untersuchungsausschuss. **Rechtsprofessoren verurteilen Verhalten der NSA.** Der NSA-Untersuchungsausschuss hat mit der Sacharbeit begonnen und kritisch auf Amerikas Geheimdienst geblickt. Aber ebenso auf den **BND**. Juristentag im Bundestag: Papier, Hoffmann-Riem und Bäcker... Die Professoren wiesen auf **Artikel 10 des Grundgesetzes** hin, der die Unverletzlichkeit des Fernmeldegeheimnisses regelt. Hoffmann-Riem sagte, deutsche Behörden seien auch beim Handeln im Ausland an Artikel 10 gebunden. Das zielte leicht erkennbar auf den deutschen Auslandsgeheimdienst, den Bundesnachrichtendienst. **Bäcker wies darauf hin, dass für die Arbeit des BND zum Teil eine ausreichende gesetzliche Grundlage fehle.**“<sup>82</sup>,

„**Sammlung von Telefondaten. Weißes Haus schwächt Gesetz gegen NSA ab.** Amerikas Repräsentantenhaus hat für einen Gesetzentwurf gestimmt, der die Aktivitäten des Geheimdienstes NSA beschneiden soll. Die Internetbranche klagt, die Regierung habe im letzten Moment ein ‚inakzeptables Schlupfloch eingebaut ... ‚In diesem Gesetz gibt es nichts, was der Regierung zu verbieten scheint, zum Beispiel alle E-Mail-Datensätze von Salt Lake City zu verlangen‘, sagte Harley Geiger von der Nichtregierungsorganisation Center for Democracy and Technology. Auch die Internetbranche übte scharfe Kritik und zog ihre Unterstützung für das Gesetz zurück. Der überarbeitete Text schaffe ein ‚inakzeptables Schlupfloch, das die massenhafte Sammlung der Daten von Internetnutzern ermöglichen

<sup>81</sup> Michael Hanfeld: „ZDF-Dokumentation. Überwachungswut trifft Datenhunger“ über „Verschwörung gegen die Freiheit (1/2)“ von Elmar Theveßen“; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.5.2014 unter

<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/zdf-produktion-verschwoerung-gegen-die-freiheit-12959458.html>  
<sup>82</sup> <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/untersuchungsausschuss-rechtsprofessoren-verurteilen-verhalten-der-nsa-12953562.html>

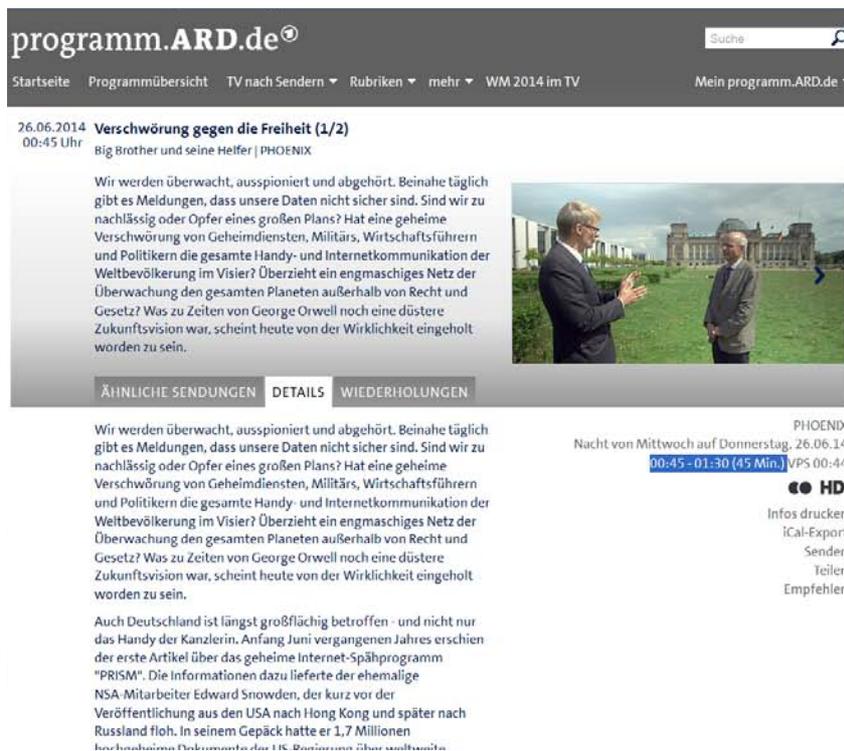
könnte', erklärte die Organisation Reform Government Surveillance, in der sich Unternehmen wie Apple, Facebook, Google und Microsoft zusammengeschlossen haben ...<sup>83</sup>

und

**„Facebook erkennt Musik Unsere Smartphones sind Facebooks Ohren. Die Smartphone-App von Facebook wird um eine Audio-Erkennung erweitert. Auf Wunsch identifiziert das soziale Netzwerk Musik, Filme und Fernsehserien. Facebook erhält Zugriff aufs Smartphone-Mikro. Aber nur, wenn wir das wollen, betont der Konzern. Nach der Einführung einer Ortungsfunktion und der Gesichtserkennung auf Fotos geht das größte Social-Media-Netzwerk nun einen Schritt weiter“<sup>84</sup>**

verlinkt wurde, wußte ich wirklich nicht mehr, in was für einer Republik ich lebte. Die Würde des Menschen sei unantastbar, und sie zu achten und zu schützen sei Verpflichtung aller staatlichen Gewalt – so hatte ich das immer gelernt. Die Würde des Menschen besteht wesentlich im Schutz seiner Grundrechte, festgeschrieben in unserem wunderbaren Grundgesetz. Dazu gehört wesentlich **Artikel 10, das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis**. Und nun standen überall **Juristen und sprachen von der permanenten Verletzung, ja Auflösung dieses Grundrechtes**.

„Verschwörung gegen die Freiheit“ wurde nach wenigen Stunden wiederholt, und „zur Sicherheit“ sah ich mir beide Teile der Dokumentation erneut an: Hatte ich das vielleicht alles nur geträumt?



programm.ARD.de<sup>®</sup> Suche

Startseite Programmübersicht TV nach Sendern Rubriken mehr WM 2014 im TV Mein programm.ARD.de

26.06.2014 00:45 Uhr **Verschwörung gegen die Freiheit (1/2)**  
Big Brother und seine Helfer | PHOENIX

Wir werden überwacht, ausspioniert und abgehört. Beinahe täglich gibt es Meldungen, dass unsere Daten nicht sicher sind. Sind wir zu nachlässig oder Opfer eines großen Plans? Hat eine geheime Verschwörung von Geheimdiensten, Militärs, Wirtschaftsführern und Politikern die gesamte Handy- und Internetkommunikation der Weltbevölkerung im Visier? Überzieht ein engmaschiges Netz der Überwachung den gesamten Planeten außerhalb von Recht und Gesetz? Was zu Zeiten von George Orwell noch eine düstere Zukunftsvision war, scheint heute von der Wirklichkeit eingeholt worden zu sein.

ÄHNLICHE SENDUNGEN DETAILS WIEDERHOLUNGEN

Wir werden überwacht, ausspioniert und abgehört. Beinahe täglich gibt es Meldungen, dass unsere Daten nicht sicher sind. Sind wir zu nachlässig oder Opfer eines großen Plans? Hat eine geheime Verschwörung von Geheimdiensten, Militärs, Wirtschaftsführern und Politikern die gesamte Handy- und Internetkommunikation der Weltbevölkerung im Visier? Überzieht ein engmaschiges Netz der Überwachung den gesamten Planeten außerhalb von Recht und Gesetz? Was zu Zeiten von George Orwell noch eine düstere Zukunftsvision war, scheint heute von der Wirklichkeit eingeholt worden zu sein.

Auch Deutschland ist längst großflächig betroffen – und nicht nur das Handy der Kanzlerin. Anfang Juni vergangenen Jahres erschien der erste Artikel über das geheime Internet-Spähprogramm "PRISM". Die Informationen dazu lieferte der ehemalige NSA-Mitarbeiter Edward Snowden, der kurz vor der Veröffentlichung aus den USA nach Hong Kong und später nach Russland floh. In seinem Gepäck hatte er 1,7 Millionen hochsensible Dokumente der US-Behörden über weltweite

PHOENIX  
Nacht von Mittwoch auf Donnerstag, 26.06.14  
00:45 - 01:30 (45 Min.) VPS 00:44

HD  
Infos drucken  
iCal-Export  
Senden  
Teilen  
Empfehlen

Nein, hatte ich nicht.

<sup>83</sup> <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/weisses-haus-schwaecht-gesetz-gegen-nsa-ab-12953716.html>

<sup>84</sup> <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/facebook-erkennt-musik-unsere-smartphones-sind-facebooks-ohren-12953102.html>

## 7. Die Strafanzeige gegen meine Bundesregierung

Bis zu diesem 25. Juni 2014 hatte ich gezweifelt, ob ich mich der oben erwähnten Strafanzeige gegen meine eigene Bundesregierung vom 3.2.2014<sup>85</sup> anschließen sollte. Nun hatte ich keine Wahl mehr.

„Padeluum“ von Digitalcourage<sup>86</sup> hatte gesagt: „Es ist unverständlich, warum der Generalbundesanwalt bisher noch nicht ermittelt hat und auch die Politik sich wirksamen Maßnahmen verweigert. Wenn die offiziellen Stellen hier zurückschrecken, müssen wir staatlich garantierte Rechte eben einklagen.“<sup>87</sup>

Die von den Anwälten Eberhard Schultz und Claus Förster in Berlin gefertigte Strafanzeige erfolge parallel zu vergleichbaren Anzeigen in Frankreich und Belgien, die ebenfalls von der „Internationalen Liga für Menschenrechte“ initiiert würden. Damit sollten die geheimdienstlichen Übergriffe auf die Grundrechte in den jeweils unterschiedlich verfaßten Staaten zunächst getrennt verhandelt werden. Falls die Anzeigen abgewiesen würden, sollten sie in den einzelnen Ländern als Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gemeinsam zur Anzeige gebracht werden. Digitalcourage rufe Organisationen und Einzelpersonen auf, sich der Strafanzeige anzuschließen und sie öffentlichkeitswirksam zu unterstützen<sup>88</sup>.

Und so setzte ich mich hin und schrieb an die Rechtsanwälte in Bürogemeinschaft Hans-Eberhard Schultz und Claus Förster im Haus der Menschenrechte, Greifswalder Str. 4 in 10405 Berlin, das Formular<sup>89</sup>, das man sich herunterladen und zusenden sollte, ergänzend:

„Ich schließe mich der Strafanzeige der Internationalen Liga für Menschenrechte, des Chaos Computer Clubs und von Digitalcourage vom 03.02.2014 beim Generalbundesanwalt gegen Agenten US-amerikanischer, britischer und deutscher Geheimdienste, ihre Vorgesetzten sowie Mitglieder der Bundesregierung wegen geheimdienstlicher Massenüberwachung an. Ich bin persönlich betroffen, weil auch meine Daten ausgespäht wurden.

Zudem bin ich als wahrheitsliebender Mensch zutiefst entsetzt (‚jenes äußerste Befremden, was als Entsetzen bezeichnet wird‘; Thomas Mann) sowohl über die Aussage der vorigen Regierung, die den ‚NSA-Skandal‘ nach der Reise von Roland Pofalla für ‚beendet‘ erklärte, als auch über den Hinweis auf die ‚außen- und sicherheitspolitischen Gründe‘ der jetzigen, mit der eine Zeugenaussage von (und ein Asyl für) Edward Snowden ausgeschlossen wird.

Den letzten Ausschlag für meine Entscheidung gaben das Buch „Die totale Überwachung“ von Glenn Greenwald und die Dokumentation „Verschwörung gegen die Freiheit“ (gesendet am heutigen 25.6.2014 auf Phoenix von 20<sup>45</sup>-21<sup>45</sup> Uhr). Nicht nur die Schilderung der Vorgehensweise (**mit gefälschten Dokumenten**) gegen den ehemaligen NSA-Abteilungsleiter Thomas Drake hat mich zutiefst erschüttert.

Wenn ich das richtig verstanden habe, **hält auch der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, die flächendeckende Überwachung der privaten Kommunikation eines jeden Bürgers für grundgesetzwidrig**. Wie der amtierende Bundesinnenminister Lothar de Maizière unter diesen Umständen im Mai 2014 betonen kann, er wolle die „Zusammenarbeit (mit der NSA) uneingeschränkt fortsetzen und intensivieren“, ist mir ein Rätsel. Der Präsident unseres Verfassungsschutzes, Hans-Georg Maaßen, betonte

<sup>85</sup> [https://digitalcourage.de/sites/default/files/media/ueberwachung/strafanzeige\\_gegen\\_bundesregierung\\_durch\\_digitalcourage\\_ilmr\\_ccc.pdf](https://digitalcourage.de/sites/default/files/media/ueberwachung/strafanzeige_gegen_bundesregierung_durch_digitalcourage_ilmr_ccc.pdf)

<sup>86</sup> Digitalcourage e.V., früher bekannt als FoeBuD e.V., Marktstraße 18, 33602 Bielefeld, <https://digitalcourage.de/kontakt>

<sup>87</sup> <http://digitalcourage.de/presse/pressemitteilungen/strafanzeige-gegen-bundesregierung>

<sup>88</sup> <http://digitalcourage.de/blog/2014/strafanzeige-gegen-die-bundesregierung>

<sup>89</sup> [http://digitalcourage.de/sites/default/files/media/ueberwachung/formular\\_strafanzeige\\_unterstuetzung.pdf](http://digitalcourage.de/sites/default/files/media/ueberwachung/formular_strafanzeige_unterstuetzung.pdf)

in der Dokumentation, es werde zur Zeit nicht an einem (vor einigen Monaten angekündigten) ‚No-Spy-Abkommen‘ gearbeitet.

Mein Bundesinnenminister müßte bestrebt sein, meine Grundrechte (darunter Art. 10 GG) zu schützen; davon kann ich in der oben zitierten Äußerung nichts erkennen. Und ich frage mich, was die Äußerungen zahlreicher Politiker vom Sommer letzten Jahres (‚Freunde abhören – das geht gar nicht‘), auch von der Bundeskanzlerin Angela Merkel, bedeuten. Deshalb sehe ich unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, die in unserem Grundgesetz verankert ist, und somit unseren Rechtsstaat in Gefahr und sehe mich zu dieser Strafanzeige gezwungen.

Köln, den 25. Juni 2014“

Die Menschen, mit denen ich sprach, benutzten weiterhin „Google“ als Suchmaschine, hatten ihren „facebook-account“, wollten weiterhin „bloggen“, „skypen“, „twittern“ und „chatten“, „newsletter“ ihrer Parteien, Gewerkschaften, sonstiger Vereine oder Lieblingssendungen bekommen und sich weiterhin „vernetzen“ – aber niemand fühlte sich mehr richtig wohl dabei. „Ja klar, ich weiß, wird alles mitgelesen“. Grundrechtsverletzung? „Ach, wo werden nicht alles Grundrecht verletzt?“ Ja klar, wäre nicht schön. Aber: „Was wollen Sie denn dagegen tun?“ „Ich habe mich an der Strafanzeige gegen die Bundesregierung beteiligt“, sagte ich jetzt jedem, der es nicht hören wollte.

Eine Strafanzeige gegen die eigene Bundesregierung? Dazu hatte mich Elmar Theveßen ja auch regelrecht zwingen müssen. Strafanzeige gegen die eigene Bundesregierung? Das machte mir regelrecht ein bißchen Angst, zumal ich mich gut an die „Beckmann“-Sendung „Whistleblower – Skandale aufdecken, Mißstände anprangern“ vom 22. Mai 2014<sup>90</sup>



erinnerte. Zu Gast waren die Journalisten Günter Wallraff und Glenn Greenwald, Bundesinnenminister a.D. Gerhart Baum, die Altenpflegerin Brigitte Heinisch und die forensische Psychiaterin Dr. Hanna Ziegert. Der Begleittext zur Sendung hieß: „Ob Hygienemängel bei Fastfood-Ketten, katastrophale Pflegebedingungen in Altenheimen oder Massenüberwachung durch Geheimdienste – ohne Whistleblower blieben viele Mißstände in Unternehmen und politische Skandale unentdeckt. Doch Menschen, die sich trauen, ihre internen Kenntnisse publik zu machen, riskieren ihre Existenz. ... Es drohen Anfeindungen, Gerichtsprozesse und der Verlust des Arbeitsplatzes. ... Wie transparent müssen Staat und

<sup>90</sup> [http://mediathek.daserste.de/podcast/13866730\\_beckmann](http://mediathek.daserste.de/podcast/13866730_beckmann)

Wirtschaft im Informationszeitalter sein? Und wer schützt Whistleblower vor Ausgrenzung und Strafverfolgung?<sup>91</sup>



92

In der Sendung fielen einige Namen, die Glenn Greenwald in seinem soeben erschienenen Buch „Die globale Überwachung“<sup>93</sup> in seinem „Dank“ wiedergibt: Daniel Ellsberg etwa und Chelsea Mannings und so viele andere Amerikaner, die handeln, „How a patriot act“. Diesen Patrioten, die allesamt vom Gesetzespaket „Patriot act“ bedroht sind, habe ich viel zu verdanken. Was wüßte ich, was wäre ich also ohne sie?

Äußerungen meiner Bundeskanzlerin wie „Freunde abhören, das geht gar nicht. Wir sind doch nicht mehr im Kalten Krieg“ betonten zwei Sachverhalte: erstens, daß „im Kalten Krieg“, also schon vor Jahrzehnten, sehr wohl auch „im Westen“ abgehört wurde, und zweitens, daß hochrangige Politiker immer schon die Unwahrheit gesagt hatten über den „freien Westen“ - und weiterhin die Unwahrheit sagten („Freunde abhören, das geht gar nicht“).

Besonders die Gleichzeitigkeit des „gläsernen Bürgers“ und des immer intransparenteren Vorgehens der Regierenden, die zwei Seiten der geheimen Dienste, schälten sich immer weiter auf. Immer neue Berichte über das „Freihandelsabkommen“ TTIP belegten: Die Bürger und ihre Vertreter werden vollkommen ausgeschlossen, noch nicht einmal informiert - von Verhandlungen, die alle Lebensbereiche betreffen: Gesundheitsfragen, Umwelt, Sozialstandards, öffentlichen Einrichtungen – die Daseinsfürsorge. „Monitor“ hatte am 22.5.2014 über „TTIP“ berichtet.

Wenn Öffentliches (Gesundheitsfragen, Umwelt, Sozialstandards, öffentliche Einrichtungen) geheim ausgehandelt wird und unser privates Leben ständig überwacht wird (Videoüberwachung - mit automatischer Gesichtserkennung in jeder Straßenbahn, auf Bahnhöfen, Plätzen, Hauseingängen, Supermärkten, bei „der Post bzw. Filialen der Postbank, Banken und Sparkassen -, demnächst auf Autobahnen durch die Mautdaten, E-Mails, Skype, facebook, Google, Yahoo, Handys, Smartphones – alles registriert, wer wann wo wie mit wem wie lange „unterwegs ist“), dann sind wir keine freien Bürger mehr, dann werden wir zu Beobachtungsobjekten mit „no place to hide“.

Artikel 1 unserer Verfassung sagt etwas Anderes: „Die Menschenwürde ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung alles staatlichen Gewalt.“ Die Privatphäre gehört wesentlich und unverzichtbar zur Freiheit, zur Menschenwürde. Deswegen also mußte ich mich der Strafanzeige gegen meine eigene Bundesregierung anschließen. No

<sup>91</sup> <http://www.daserste.de/unterhaltung/talk/beckmann/sendung/22052014-whistleblower-100.html>

<sup>92</sup> <http://digitalcourage.de/blog/2014/strafanzeige-gegen-die-bundesregierung>

<sup>93</sup> Glenn Greenwald: „Die globale Überwachung“, München 2014 (Droemer)

place to hide! Fritz Bauer: „Was die Leute nicht hören wollen: daß es in unserem Leben eine Grenze gibt, wo wir nicht mehr mitmachen dürfen!“<sup>94</sup>



95

### **Strafanzeige gegen die Bundesregierung bzw.**

- 1) US-amerikanische, britische und deutsche Geheimdienstagenten und ihre Vorgesetzten,
- 2) den Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes (BND), Herrn Gerhard Schindler,
- 3) den Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutzes (BfV), Herrn Dr. Hans-Georg Maaßen,
- 4) den Präsidenten des Amtes für den Militärischen Abschirmdienstes (MAD), Herrn Ulrich Birkenheier,
- 5) die Leiter der Landesämter für Verfassungsschutz,
- 6) den Bundesminister des Inneren, Herrn Dr. Thomas de Maiziére,
- 7) die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und die übrigen Mitglieder der Bundesregierung,
- 8) sowie die Amtsvorgänger der Verdächtigen zu 2) bis 7).<sup>96</sup>

### **Die Pressemitteilung der „Internationalen Liga für Menschenrechte“ vom 3.2.2014<sup>97</sup>:**

„Heute hat die Internationale Liga für Menschenrechte zusammen mit

- dem Datenschutzverein *Digitalcourage* e.V. (Bielefeld),
  - dem *Chaos Computer Clubs (CCC)* e. V. (Hamburg),
  - dem Liga-Vizepräsidenten Rechtsanwalt *Dr. Rolf Gössner*,
  - der Sprecherin des *Chaos Computer Clubs* e. V. (Hamburg), *Dr. Constanze Kurz*,
  - und den *Digitalcourage*-Vorstandsmitgliedern *Rena Tangens* und *padeluu*
- Strafanzeige beim Generalbundesanwalt erstattet.

<sup>94</sup> Fritz Bauer, Originalaufnahme in Ilona Zioks Film „Fritz Bauer. Tod auf Raten“

<sup>95</sup> Szene aus Ilona Ziok: „Fritz Bauer. Tod auf Raten“. bei CV Films; siehe <http://www.fritz-bauer-film.de/ge/index.htm>

<sup>96</sup> <http://digitalcourage.de/blog/2014/strafanzeige-gegen-die-bundesregierung>

<sup>97</sup> <http://ilmr.de/2014/internationale-liga-fuer-menschenrechte-initiiert-strafanzeige-gegen-geheimdienste-und-bundesregierung-wegen-geheimdienstlicher-masseneueberwachung-und-ausforschung-durch-nsa-co>

Die anlasslose Massenüberwachung und –Ausforschung der Bevölkerung, die systematische Digitalspionage durch den US-Geheimdienst NSA und andere Geheimdienste und die damit mutmaßlich verbundenen Bürgerrechts- und Strafrechtsverstöße müssen endlich gerichtlich überprüft und ggf. geahndet werden. So etwa die Straftatbestände der verbotenen Geheimdiensttätigkeit, der Verletzungen des persönlichen Lebens- und Geheimbereichs, des Ausspähen von Daten und der Strafvereitelung.

Die Strafanzeige richtet sich gegen US-amerikanische, britische und auch deutsche Geheimdienste (Bundesnachrichtendienst, Verfassungsschutz, Militärischer Abschirmdienst) und namentlich gegen die jeweils zuständigen Leiter, die über enge Kooperationen in diese flächendeckenden Geheimdienstaktivitäten verstrickt und mit uferlosen Datenübermittlungen an diesem globalen Ausforschungssystem und den Datenexzessen unmittelbar und mittelbar beteiligt sind. Die Anzeige richtet sich auch gegen die Bundeskanzlerin und den Bundesinnenminister als Verantwortliche für die mutmaßliche Mittäter- und Gehilfenschaft bundesdeutscher Geheimdienste. Die Anzeige richtet sich schließlich gegen die gesamte Bundesregierung sowie gegen alle zuständigen Amtsvorgänger während der letzten beiden Jahrzehnte.

Liga-Vizepräsident Dr. Rolf Gössner zu seiner Motivation, die Anzeige mit zu erstatten:

*„Dieser Schritt ist der Versuch, die allenthalben spürbare Ohnmacht angesichts der Überwachungsdimension und der täglichen Enthüllungen zu durchbrechen und die politisch und strafrechtlich Mitverantwortlichen in Bundesregierung und Geheimdiensten endlich ausfindig zu machen und zur Rechenschaft zu ziehen. Und zwar für deren enge Kooperation und den intensiven Datenaustausch mit der NSA und anderen Geheimdiensten und dafür, dass bundesdeutsche Geheimdienste, wie der BND, sogar Überwachungsinstrumente und –Infrastrukturen mit der NSA teilen, wie Edward Snowden vor kurzem dargelegt hat.“*

Die inzwischen bekannt gewordenen Geheimdienst-Praktiken und Strukturen jenseits demokratischer Kontrolle haben gravierende Auswirkungen auf die betroffenen Bürger/innen, auf zivilgesellschaftliche Vereinigungen, auf Staat und Gesellschaft, auf Politik und Wirtschaft auf die Substanz von Grund- und Bürgerrechten sowie auf Bewusstsein und Verhalten der Menschen.

Rolf Gössner: *„Das von der Verfassung garantierte Recht des Einzelnen, unkontrolliert zu kommunizieren, ist unverzichtbare Grundvoraussetzung einer offenen demokratischen Gesellschaft – wird aber unter den Bedingungen dieser Massenüberwachung schwer verletzt. Doch sowohl die alte als auch die neue Bundesregierung haben es bislang, sträflich unterlassen, mit der Massenüberwachung verbundene Straftaten und Bürgerrechtsverletzungen zu unterbinden und die Bürger/innen und von Wirtschaftsspionage betroffene Unternehmen pflichtgemäß vor diesen feindlichen Attacken zu schützen – obwohl es zu ihren Kernaufgaben gehört, diesen Schutz zu gewährleisten und der Erosion des demokratischen Rechtsstaates und der Bürgerrechte wirksam Einhalt zu gebieten.“*

Liga-Präsidentin Prof. Dr. Fanny-Michaela Reisin ruft aus all diesen Gründen dazu auf, sich kollektiv zu widersetzen und die Strafanzeige zu unterstützen:

*„Wir brauchen dringend eine straf- und verfassungsrechtliche Klärung der Verantwortlichkeiten in dieser Affäre – ohne Rücksicht auf (außen-)politische Interessen. Deshalb hat die Liga die Strafanzeige gegen Verantwortliche der*

*Massenüberwachung initiiert – parallel zu unseren Schwesterligen in Frankreich und Belgien und koordiniert durch unsere gemeinsame internationale Dachorganisation FIDH in Paris.*

*Unsere Initiative soll die Zivilgesellschaft eindringlich dazu ermuntern, sich diesen bürgerrechtsfeindlichen Angriffen auf geltendes Recht mit aller Kraft zu widersetzen – ehe es zu spät ist. Wir rufen Vereinigungen sowie Bürgerinnen und Bürger dazu auf, sich zahlreich der Anzeige anzuschließen und sie öffentlichkeitswirksam zu unterstützen!“*

Für weitere Informationen verweisen wir auf beigefügte Pressemitteilung der Anwälte Eberhard Schultz und Claus Förster in Berlin, die die Strafanzeige für die Liga und im Namen der beteiligten Anzeigerstatter/-innen gefertigt haben.<sup>98</sup>

Nie wieder habe ich etwas von dieser Strafanzeige gehört, und auf mehrere Briefe bekam ich keinerlei Antwort.

## **8. Eskalation**

Das Asyl für Edward Snowden in Rußland lief in diesen Tagen ab und wurde um ein weiteres Jahr verlängert. Die Medien berichteten alle über die Ukraine und Gaza.

In diesen Tagen überschlugen sich die Ereignisse. Nach „zaghaften Annäherungs- und Anerkennungsversuchen“ in und um „Palästina“ waren drei israelische Jugendliche von Unbekannten entführt worden. Tagelang durchsuchte die israelische Armee palästinensische Häuser, Straßen und Wohnungen. Stundenlang wurden alle möglichen Menschen in ihren Häusern festgesetzt und alles durchsucht. Dann fand man die drei Jugendlichen, nicht in einem Haus, sondern irgendwo im Gelände. Entsetzlich - sie waren ermordet worden. Aus „Rache“ – an wem? Um Himmels Willen: an wem? – wurde ein palästinensischer Junge von aufgebrachten Israelis ermordet, und schon sprachen wieder alle von einer „Eskalation im Nahen Osten“. Monatelange Verhandlungen und Gespräche, Hingucken und Verständnis – und auf einen Schlag war wieder alles aus. So jedenfalls wurde berichtet.

Und am 4.7.2014 brach für mich wirklich eine Welt zusammen:

---

<sup>98</sup> als PDF: [http://ilmr.de/wp-content/uploads/2014/02/Liga-PM-zu-Strafanzeige-NSA-2-2-2014\\_fin.pdf](http://ilmr.de/wp-content/uploads/2014/02/Liga-PM-zu-Strafanzeige-NSA-2-2-2014_fin.pdf)



Süden Israels blieb es vergleichsweise ruhig, 03.07.2014. Von Richard C. Schneider. | [video](#)

Angst vor einer weiteren Eskalation in Nahost, 03.07.2014

Angeblicher Racheakt empört Palästinenser, 02.07.2014

Israel: Entführte Jugendliche sind tot, 30.06.2014

**31-Jähriger festgenommen  
BND-Mitarbeiter ein US-Spion?**

Der Verdacht ist massiv: Ein BND-Mitarbeiter soll den NSA-Ausschuss für einen US-Geheimdienst ausspioniert haben. Seine Festnahme schlägt hohe Wellen: Die Bundesregierung sprach von einem "ernsten Vorgang", der US-Botschafter wurde ins Außenministerium gebeten. | [mehr](#)

NSA-Ausschuss: Ermüdender Auftritt des Zeugen Drake

Deutsche im NSA-Visier: Als Extremist gebrandmarkt, 03.07.2014

NSA-Affäre, R. Lautenbach, ARD Berlin und G. Mascolo, NDR | [video](#)

Stefan Wels über die Festnahme eines BND-Mitarbeiters | [video](#)

Reaktionen auf Spionage, M. Götschenberg, ARD Berlin | [audio](#)

Diesmal hießen die Schlagzeilen auf „www.Tagesschau.de“:  
„**31-jähriger festgenommen. BND-Mitarbeiter ein US-Spion?**“

Der Verdacht ist massiv: Ein BND-Mitarbeiter soll den NSA-Ausschuss für einen US-Geheimdienst ausspioniert haben. Seine Festnahme schlägt hohe Wellen: Die Bundesregierung sprach von einem ‚ernsten Vorgang‘, der US-Botschafter wurde ins Außenministerium gebeten.

Ein BND-Mitarbeiter steht im Verdacht, den NSA-**Untersuchungsausschuss** des Bundestages im Auftrag eines US-Geheimdienstes **ausspioniert** zu haben. Die Bundesanwaltschaft hatte den 31-jährigen Deutschen gestern wegen des dringenden Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit festnehmen lassen, aber keine Details des Falls mitgeteilt. Das erfuhren NDR, WDR und ‚Süddeutsche Zeitung‘ aus Regierungskreisen.

Der Ausschuss soll die Hintergründe der von dem ehemaligen US-Geheimdienstler Edward Snowden enthüllten **Spähaffäre aufklären**. Unter anderem will er die **Rolle des BND** beleuchten. Die Affäre um die Aktivitäten der National Security Agency (NSA) hatte vergangenes Jahr zwischen Berlin und Washington für eine schwere Verstimmung gesorgt.

Über den Untersuchungsausschuss berichtet

Der BND-Mitarbeiter soll mehrfach von dem US-Geheimdienst befragt worden sein und diesem mindestens einmal über die Aktivitäten des NSA-Untersuchungsausschusses berichtet haben. Der 31-Jährige war unter dem Verdacht festgenommen worden, Kontakt zum russischen Geheimdienst gesucht zu haben. In Vernehmungen soll der BND-Mitarbeiter dann aber gestanden haben, Informationen an einen US-Dienst geliefert zu haben.

Stefan Wels vom NDR sagte in der *tagesschau*, die Ermittler hätten das Haus der Verdächtigen durchsucht und dabei einen USB-Stick sichergestellt. Dieser werde ausgewertet. Die Ermittler überprüfen derzeit die Angaben des Verdächtigen. Sicherheitsbehörden schließen nicht aus, dass der Mann in der Vernehmung falsche Angaben gemacht hat.

US-Botschafter ins Auswärtige Amt gebeten

Sollte sich der Verdacht einer Agententätigkeit für die USA bestätigen, wäre **dies der bisher größte Skandal** um einen deutsch-amerikanischen Doppelagenten in der Nachkriegszeit - und Deutschland und die USA stünden vor einem **neuen Geheimdienstskandal**.

Regierungssprecher Steffen Seibert bezeichnete den Fall als ‚ernsthaft‘. Von SPD, Grünen und Linkspartei wurde der Ruf nach diplomatischen Konsequenzen laut, sollte sich der Spionage-Verdacht bestätigen.

Das Auswärtige Amt in Berlin bat US-Botschafter John Emerson zu einem Gespräch. Er sei gebeten worden, ‚an einer zügigen Aufklärung mitzuwirken‘, erklärte das Ministerium. Die US-Regierung blieb dagegen wortkarg: ‚Kein Kommentar.‘

Selbst den Amerikanern angeboten?

‚Spiegel Online‘ berichtete, der Mann sei beim BND im Mittleren Dienst beschäftigt gewesen. Er habe sich dem US-Dienst selbst als Spion angeboten und dafür Geld verlangt. Laut Nachrichtenagentur Reuters arbeitete der 31-Jährige in der BND-Poststelle.

Nach Informationen der ‚**Bild**‘-Zeitung war der Mann zwei Jahre lang ein Doppelagent. Das Blatt **berichtete unter Berufung auf Sicherheitskreise**, dass er seit 2012 insgesamt 218 BND-Geheimpapiere gestohlen und auf einem USB-Stick gespeichert habe. Bei drei konspirativen Treffen mit US-Geheimdienstlern in Österreich habe er Dokumente für insgesamt 25.000 Euro verkauft. Darunter seien auch mindestens drei Dokumente mit Bezug zum NSA-Ausschuss gewesen.

Spionage im Ausschuss schon befürchtet

Unabhängig vom aktuellen Verdachtsfall haben die deutschen Sicherheitsbehörden schon seit Längerem befürchtet, dass der Ausschuss von ausländischen Nachrichtendiensten ausspioniert werden könnte.

An die Obleute des Untersuchungsausschusses wurden bereits **Kryptohandys** zur verschlüsselten Kommunikation ausgegeben. Zudem wurden die Sicherheitsvorkehrungen in der Geheimschutzstelle des Bundestages verstärkt. Dort können Abgeordnete als geheim klassifizierte Unterlagen einsehen.<sup>99</sup>



**31-jähriger BND-Mitarbeiter auf Verdacht von Spionage festgenommen**

tagesschau 20:00 Uhr, 04.07.2014, Robin Lautenbach, ARD Berlin und Georg Mascolo, NDR

100

Vor meinen Augen löste sich meine Republik auf - so empfand ich es. Die ‚Tagesschau‘ zitierte die ‚Bild‘-Zeitung, die anscheinend besondere direkte Verbindungen zu

<sup>99</sup> <http://www.tagesschau.de/inland/festnahme-spion-100.html>

<sup>100</sup> <http://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-6996.html>

„Sicherheitskreisen“ hatte, und Jochen Zierhut vom „WDR, ARD-Hauptstadtstudio Berlin“ schrieb das Wort „ermüdend“ in folgendem Zusammenhang:

### **„Aussage vor NSA-Ausschuss. Ermüdender Auftritt des Zeugen Drake**

Ex-NSA-Technikchef Binney hatte die Mitglieder des Untersuchungsausschusses mit seiner Aussage geradezu elektrisiert. Kein Wunder, dass auch der Auftritt seines Ex-Kollegen Drake mit Spannung erwartet wurde. Dieser hatte ‚schmutziges Wissen‘ angekündigt. Doch es kam anders.

Spät in der Nacht, nach zwölfstündiger Zeugenvernehmung, überkam die Ausschussmitglieder dann doch die Müdigkeit - und eine gewisse Ernüchterung. Was nicht nur mit der Uhrzeit, sondern vor allem mit dem zweiten Zeugen zu tun hatte: Thomas Drake. Am Nachmittag hatte der ehemalige NSA-Technikchef William Binney viele Abgeordnete geradezu elektrisiert. Noch mehr erwartete man sich nun von Drake, auch er ein früherer NSA-Mitarbeiter und bekannt geworden als Whistleblower.

‚Schmutziges Wissen‘ werde er preisgeben, hatte Drake in Interviews angekündigt. Dann aber verlas er zwei Stunden lang einen zwar bedenkenswerten, aber vor allem weitschweifigen **Appell gegen die Zerstörung der Demokratie durch die Massenüberwachung.**

### **BND - ein ‚Wurmfortsatz der NSA‘**

Die ermüdeten und durchaus auch genervten Abgeordneten wurden nur kurzzeitig munter, als Drake den BND als einen ‚Wurmfortsatz der NSA‘ bezeichnete. Konkrete Belege für eine Zusammenarbeit zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Geheimdienst aber blieb er schuldig - ähnlich wie bei seiner Behauptung, der BND habe den US-Drohnenkrieg unterstützt. SPD-Obmann Christian Flisek: ‚Aber das wird ein ganz wichtiger Umstand sein zu ermitteln, inwieweit wirklich von Deutschland aus in anderen Ländern tödliche Einsätze mit Drohnen geflogen worden sind. Und inwieweit vielleicht sogar darüber hinaus deutsche Daten für die Zielerfassung eine Rolle gespielt haben.‘

### **Die NSA sei ‚totalitär‘, sagt ihr früherer Direktor**

Erhellender war da zuvor in jedem Fall der Auftritt **Binneys** gewesen, der ein düsteres Bild vom Anfang der massenhaften NSA-Spitzeleien und Rechtsbrüche Ende 2001 zeichnete. **„Sie wollen Informationen über alles“, sagte der 70-jährige frühere NSA-Direktor** über seinen Ex-Arbeitgeber. Und schlimmer: Der US-Geheimdienst verfolge einen ‚totalitären Ansatz‘, so wie man es **bislang nur aus Diktaturen** kenne.

Binney sagte das scheinbar nüchtern - doch seine Empörung wurde greifbar, als er das Wort ‚totalitär‘ wieder und wieder benutzte, um seine These zu bekräftigen. Tonaufnahmen waren im Untersuchungsausschuss zwar verboten, aber Binney hatte schon vorher in der ARD

**bestätigt, was die NSA bislang abstreitet:** Es werden nicht nur allgemeine Verbindungsdaten ausgespäht, sondern **konkrete Inhalte von Telefongesprächen und E-Mails.**

‚Wenn Sie zehn Milliarden Dollar in eine Geheimdienstbehörde investieren‘, so Binney, ‚dann ist das genug Geld, um ein ganzes Imperium zu gründen, das Daten sammelt. Genau das passiert.‘

Binney stieg im Oktober 2001 aus, weil die NSA nach den Anschlägen vom 11. September mit der massenhaften Datenausspähung begann. Es habe damals auch **eine intensive Zusammenarbeit mit dem BND** gegeben, die Deutschen hätten teilweise Zugang zu Ausspähtechniken gehabt, gab er zu Protokoll. Diese Informationen sind zwar nicht ganz neu - aber die konkreten Schilderungen über **die Dimension der Schnüffeleien** und über die

Anfänge des **Strebens nach totaler Überwachung** machten Binney **als Insider** doch zu einem wichtigen Zeugen für den Ausschuss.

### **Sebastian Hahn - ein Erlanger Student im Fadenkreuz der NSA**

Zuvor hatten Berichte von *NDR* und *WDR* über die Bespitzelung des Erlanger Informatikstudenten Sebastian Hahn durch die NSA die Ausschussmitglieder empört. Hahn **geriet demnach ins Visier** der Amerikaner, weil er einen Internetserver betreibt, über den Internetnutzer ihre Aktivitäten im Netz verwischen können - etwa um sich in autoritären Staaten vor Verfolgung zu schützen.



SPD-Obmann Flisek sagt dazu, für ihn werde damit klar, ‚dass wir hier nicht über Spionage reden, sondern über ein Phänomen der globalen Massenüberwachung‘. So etwas werde immer dann besonders **prägnant, wenn man damit Gesichter verbinden** könne. ‚Ich bin froh, dass das Gesicht in Deutschland nicht nur die Bundeskanzlerin ist, sondern dass wir auch einen >normalen< Menschen haben, der **offensichtlich ins Visier der NSA geraten** ist‘, sagte er. Flisek forderte Bundesgeneralanwalt Harald Range auf, möglichst schnell Ermittlungen wegen massenhafter Datenüberwachung einzuleiten.<sup>101</sup>

Ein Tag vorher war über Sebastian Hahn berichtet worden:

### **„Von der NSA als Extremist gebrandmarkt**

Deutsche im Visier des US-Geheimdienstes. **Von der NSA als Extremist gebrandmarkt**

Stand: 03.07.2014 05:00 Uhr

Die NSA späht gezielt Deutsche aus, die sich mit Software zum Schutz vor Überwachung im Internet beschäftigen. Das geht aus einem geheimen Quellcode hervor, der *NDR* und *WDR* vorliegt. NSA-Opfer lassen sich damit namentlich identifizieren. Einer von ihnen ist ein Student aus Erlangen.

Von Lena Kampf, Jacob Appelbaum und John Goetz, *NDR*

Es ist **eines der empfindlichsten Geheimnisse der NSA**, der Motor der weltweiten Überwachungsmaschine: der Quelltext des Programms XKeyscore, dem umfassendsten Ausspähsprogramm des US-Auslandsgeheimdienstes.

*NDR* und *WDR* liegen Auszüge des Quellcodes vor. Teile der Sammlungs-Infrastruktur also, sogenannte Software-Regeln, in denen die Geheimdienstler festlegen, was oder wen sie ausforschen wollen.

Es sind nur wenige Zahlen und Zeichen, die die Programmierer aneinanderreihen müssen. Doch wenn das Programm XKeyscore diese Regeln ausführt, geraten Menschen und ihre Daten in ihr Visier. Die Verbindungen von Computern mit dem Internet werden gekennzeichnet und in einer Art Datenbank abgelegt. Die Nutzer sind quasi markiert. Es ist **die Rasterfahndung des 21. Jahrhunderts**.

<sup>101</sup> <http://www.tagesschau.de/inland/nsa-u-ausschuss-102.html>

### **Nutzer des Tor-Netzwerks Ziel der Spähattacken**

In dem vorliegenden Quellcode geht es um die Ausspähung der Infrastruktur und der Nutzer des Tor-Netzwerks. Tor steht für ‚the onion router‘ - ein Programm, bei dem Internetverkehr, beispielsweise eine Anfrage an eine Suchmaschine, durch verschiedene Server geleitet wird und sich Anonymisierungsschichten ähnlich wie bei einer Zwiebel um die Anfrage legen. So wird die Herkunft der Anfrage, also die IP-Adresse, verschleiert. Die IP-Adresse ist ähnlich wie eine Postadresse und verrät unter anderem den Standort des Rechners.

Es gibt zirka 5000 Tor-Server weltweit, die von Freiwilligen betrieben werden. Es ist eine Anonymisierungsinfrastruktur, die vielfach gerade in Ländern gebraucht wird, in denen es gefährlich ist, dem Regime preiszugeben, welche Webseiten man besucht oder von wo man sie abrufen. Im Iran und in Syrien zum Beispiel. Tor wird von Journalisten, Menschenrechtsaktivisten und Anwälten weltweit verwendet.



### **Deutsche IP-Adressen in Fort Meade begehrt**

Die Berichterstattung des ‚Guardian‘ über **Powerpoint-Präsentationen aus dem Snowden-Archiv** hat im vergangenen Jahr gezeigt, dass das Tor-Netzwerk der NSA ein besonderer Dorn im Auge ist. Die Top-Secret-Dokumente und der hier erstmals veröffentlichte Quellcode zeigen, dass die NSA **erhebliche Versuche unternimmt, Nutzer des Tor-Netzwerks zu deanonymisieren**. Recherchen von *NDR* und *WDR* zeigen: Deutsche IP-Adressen sind im Quellcode der NSA als eindeutiges Ziel definiert.

Die IP 212.112.245.170 führt zu einem grauen, fabrikartigen Gebäude, dessen hohe Mauern mit Stacheldraht umzäunt sind. ‚Am Tower‘ heißt die Straße in einem Industriegebiet in der Nähe von Nürnberg. Es ist ein Rechenzentrum mit Mietservern in langen Regalen. Sie sehen alle gleich aus. Aber einer wird von der NSA ausgespäht. Sebastian Hahn, ein Student und Mitarbeiter am Informatiklehrstuhl in Erlangen, hat diesen Server gemietet.



### **Folgenschweres Engagement für die Tor-Community**

In seiner Freizeit engagiert er sich für das Tor-Netzwerk, wie auch einer der Autoren dieses Beitrags. Die Tor-Community vertraut Sebastian Hahn besonders: Er darf eine von neun sogenannten ‚Directory Authorities‘ betreiben. Auf seinem Server liegt eine Liste, in der alle Tor-Server aufgelistet sind. Nutzer, die sich mit dem Tor-Netzwerk verbinden, greifen automatisch auf einen der neun ‚Directory Authorities‘ zu, um die neueste Liste herunterzuladen. Hunderttausende Zugriffe am Tag sind es bei Sebastian Hahn.

Alle diese Zugriffe werden von der NSA markiert und landen nach Recherchen von *NDR* und *WDR* anschließend in einer speziellen NSA-Datenbank. Im Quellcode taucht sogar der Name von Hahns Servers auf: ‚Gabelmoo‘ hatte ihn Hahns Vorgänger genannt, fränkisch für ‚Gabelmann‘, wie die Bamberger eine Poseidon-Statue liebevoll nennen.

‚Das ist schockierend‘, sagt Hahn. Denn: ‚Die Verbindungsdaten von Millionen von Menschen werden jeden Tag verzeichnet.‘ Sebastian Hahn findet neben ‚Gabelmoo‘ alle anderen Namen der ‚Directory Authorities‘: in Berlin, den Niederlanden, Österreich, Schweden und den USA. Auch sie sind **Ziel der NSA**.

### **Zweites namentlich bekanntes NSA-Opfer**

Obwohl er nur Mittel zum Zweck für die NSA ist - schließlich wollen die Geheimdienstler über seinen Server herausfiltern, wer das Tor-Netzwerk nutzt - fühlt sich Hahn in seiner Privatsphäre verletzt. Weil er etwas Gutes tun wolle, gerate er ‚in den Fokus der Geheimdienste‘, sagt er sichtlich entsetzt. Er ist nun wohl nach Bundeskanzlerin Angela Merkel das zweite namentlich bekannte deutsche Überwachungsopfer des amerikanischen Geheimdienstes.

Der Fachanwalt für IT-Recht, Thomas Stadler, sieht einen ‚Anfangsverdacht der geheimdienstlichen Agententätigkeit‘. Die Bundesanwaltschaft äußerte sich nur allgemein: Sie prüfe alle Hinweise. Auf Anfrage teilt die NSA lediglich allgemein mit, **man halte sich strikt an das Gesetz: ‚Privatsphäre und Bürgerrechte werden in der Computerüberwachung immer bedacht.‘**

### **Wer anonymisieren will, wird deanonymisiert**

Ironischerweise sind es nach den speziellen Regeln, die *NDR* und *WDR* vorliegen, also ausgerechnet Personen mit dem Wunsch nach Anonymisierung, die zum Ziel der NSA werden. In den Augen des Geheimdienstes: **Extremisten**. Das ist keine Rhetorik, keine journalistische Zuspitzung. **Der Begriff befindet sich sogar in der Kommentarspalte des Quelltexts, notiert von Programmierern der NSA.**

Extremisten? Das Gegenteil ist der Fall, wie die Recherchen zeigen. Die deutschen Opfer sind politisch keinesfalls am äußeren Rand zu finden. **Extrem sind sie allein in einem Punkt: Sie sind besorgt** um die Sicherheit ihrer Daten. Und genau das macht sie in den Augen des US-Geheimdienstes verdächtig.

### **So schnell wird man ein ‚Extremist‘**

Siebte Stunde am Katholischen Gymnasium in Berlin-Neukölln, 13:30 Uhr: An der Wand hängen Poster von den Informatikern Tim Berners-Lee und Ada Lovelace. An die Tafel hat der Lehrer eine Zwiebel gemalt, daneben steht das Akronym ‚Tails‘.

‚Tails‘, ist ein Betriebssystem, das das Tor-Netzwerk benutzt, um im Internet keine Spuren zu hinterlassen, das aber auch nichts vom Nutzer auf dem Computer speichert, von dem es, zum Beispiel auf einem USB-Stick, hochgefahren wird.

Darko Medic, 18, kurze braune Haare, sitzt vor seinem Laptop. Er gibt ‚Tails‘ und ‚USB‘ in die Maske seiner Suchmaschine ein. Was Darko nicht weiß: Er ist damit gerade ebenfalls in einer Datenbank der NSA gelandet. Markiert als einer der Extremisten, nach denen die Geheimdienstler so fleißig suchen.



Denn was die Regeln des Quellcodes ebenfalls verraten: Die NSA beobachtet im großen Stil die Suchanfragen weltweit - auch in Deutschland. **Allein schon die einfache Suche nach Anonymisierungssoftware wie ‚Tails‘ reicht aus, um ins Raster der NSA zu geraten.** Die Verbindung der Anfrage mit Suchmaschinen macht verdächtig. Seine Suche nach ‚Tails‘ öffnet eine Tür, einen Zugang zu Darko und seiner Welt. **Einmal in der Datenbank**, kann jede Anfrage von Darko gezielt abgerufen werden. **Darko ist unter Beobachtung.**

Dabei ist Darko extra in die Computer-AG gekommen, damit er lernt, wie er sich vor der Ausspähung durch die NSA schützen kann. **‚Ich will nicht, dass irgendjemand meine Mails mitliest‘, sagt er.**

Sein Sitznachbar hat die Webseite des Tor-Projekts geöffnet. Auch seine **Verbindung zu dieser Webseite ist nun markiert und in einer Datenbank abgelegt.** Denn die gesamte Webseite des Tor-Projekts ist unter Beobachtung. **Jeder, der sie besucht, endet wie die Neuköllner Schüler mit einer Markierung.**

### **Es geht nicht nur um Metadaten**

Außerdem lässt sich durch den Quellcode zum ersten Mal zweifelsfrei belegen, dass die NSA nicht nur sogenannte Metadaten, also Verbindungsdaten, ausliest. Werden E-Mails zur Verbindung mit dem Tor-Netzwerk genutzt, dann werden laut Programmierbefehl auch die Inhalte, der sogenannte **E-Mail-Body**, ausgewertet und gespeichert. Das entsprechende Zitat aus dem Quellcode lautet: `E-Mail_body('https://bridges.torproject.org/' : c++ extractors:`

**William Binney, 70, war technischer Direktor bei der NSA, bis er 2001 ausstieg**, weil die Maschinen, die er erfand, gegen die eigene Bevölkerung gerichtet wurden. Heute wird er vor dem NSA-Untersuchungsausschuss aussagen. Im Interview mit NDR und WDR erklärt er, warum die Geheimdienstler es ausgerechnet auf Nutzer des Tor-Netzwerks abgesehen haben: **„Es darf keine freien, anonymen Räume geben“, sagt er. „Die wollen alles über jeden wissen.“**

Nur einige wenige sind davon ausgenommen: Eingeschrieben in den Quelltext, der *NDR* und *WDR* vorliegt, ist die Differenzierung zwischen den Partnerländern der USA, den sogenannten **„Five Eyes“**, Neuseeland, Australien, Großbritannien sowie Kanada, und den anderen Ländern. Verbindungen, die aus den **„Five-Eyes“-Ländern** auf die Tor-Webseite vorgenommen werden, sollen **laut der vorliegenden Regel** nicht markiert werden. Aus allen anderen Ländern allerdings schon. Ohne Ausnahme.

**Ex-Technikchef Binney sagt vor NSA-Ausschuss aus**

tagesschau 17:00 Uhr, 03.07.2014, Robin Lautenbach, ARD Berlin

*Mehr zu dem Thema heute Abend bei Panorama, 21.45 Uhr im Ersten*

#### **Mehr zu diesem Thema:**

- BND und NSA: Heimliche Amtshilfe unter Freunden, 25.06.2014  
<http://www.tagesschau.de/inland/bnd-nsa-100.html>
- Medien: BND will soziale Netzwerke in Echtzeit ausforschen, 30.05.2014  
<http://www.tagesschau.de/inland/bnd-sozialenetzwerte100.html>
- Verfassungsschutz will soziale Medien überwachen, 25.06.2014  
<http://www.tagesschau.de/inland/verfassungsschutz-soziale-netzwerke-100.html>
- Dossier: NSA-Spionage bei Freunden und Feinden. Wie die NSA Freunde und Feinde ausspähte und welche Folgen das hat.  
<http://www.tagesschau.de/ausland/nsa-dossier100.html>
- Erste Aussage vor Ausschuss, R. Lautenbach, ARD Berlin | video  
<http://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-6710.html>
- Student aus Erlangen im Visier der NSA, B. Strunz, DLF | audio  
<http://www.tagesschau.de/multimedia/audio/audio-1236.html><sup>102</sup>

Mehr zum Thema – und immer mehr zum Thema. Vieles hatte ich schon in Glenn Greenwalds Buch „Die globale Überwachung“<sup>103</sup> und „Der geheime Krieg“ von Fuchs und Goetz<sup>104</sup> gelesen. Was nur wirklich so neu war, war die ungeheure Wucht, mit der das Thema plötzlich auftrat, und die Namensnennungen von Menschen, die entweder „als **Extremist** gebrandmarkt“ und dadurch **in die Mühlen der Geheimdienste geraten** waren, oder von **Insidern** wie eben nicht nur Edward Snowden, sondern auch William Binney und Thomas Drake, die fühlten, „daß es in unserem Leben eine Grenze gibt, wo wir nicht mehr mitmachen dürfen“.

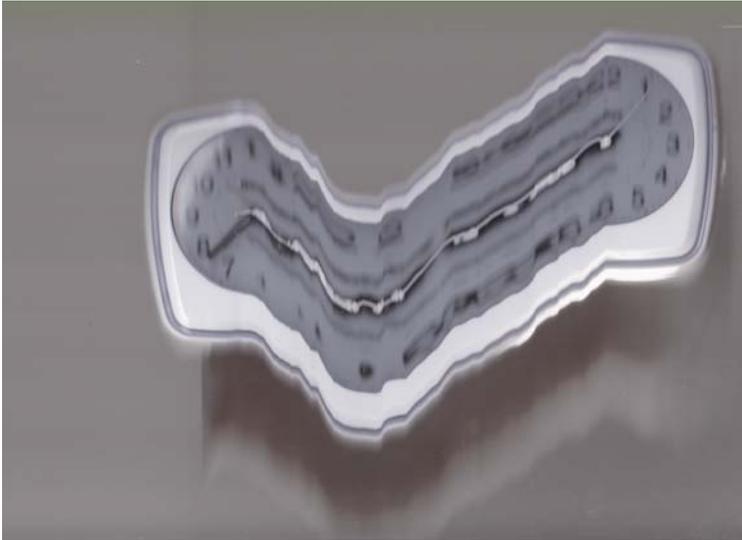
**9. „Extremist“. „Rasterfahndung“. „Terrorismus“. Ich fiel in eine Art Zeitschleife.**

---

<sup>102</sup> <http://www.tagesschau.de/inland/nsa-xkeyscore-100.html>

<sup>103</sup> Glenn Greenwald: „Die globale Überwachung“, München 2014 (Droemer)

<sup>104</sup> Christian Fuchs und John Goetz: „Geheimer Krieg. Wie von Deutschland aus der Kampf gegen den Terror gesteuert wird“, Reinbek November 2013 (Rowohlt Verlag)



„Extremist“. „Rasterfahndung“. „Terrorismus“. „Sympathisant“<sup>105</sup>. Diese Worte so eng beieinander kannte ich aus den 70er Jahren und verband sie automatisch mit dem Terror der „RAF“. Und irgendwo hatte Hand Roth doch – ja, genau:

„In Erinnerung an **Andreas Baader**, der mich einst für mein Werben für die Verheißungen des Rechtsstaats als Grundpfeiler der Demokratie auslachte, und in Erinnerung an die vielen Schwerkriegsversehrten und Toten des Kalten Kriegs, von denen niemand mehr spricht, bleibe ich zwischen Krebs- und Herz-Operationen, zwischen Verzweifeln (also Feige-Sein) und Hoffen (also Verrückt-Sein) voller gesegneter Unruhe.

Hans Roth<sup>106</sup>

„Extremisten“. Hans Roth in seiner Erklärung vom 17.1.2009: „Die hessische CDU fand das übrigens damals gut, dass ich das ‚unsittliche Angebot‘ der damaligen SPD-Regierung nicht annahm; sie forderte damals – u.a. auch nach einem Gerichtserfolg – meine sofortige ‚Wiedereinsetzung in den Status quo ante‘ vor meiner ‚Extremisten“-Typisierung‘ (G. Milde, Fraktionsvorsitzender, schriftlich; H. Geipel, Verfassungsschutzobmann, mündlich); der CDU-Verfassungsschutz-Präsident C. Lochte schrieb mir einen ausdrücklichen Persilschein aus – und bat mich um Verzeihung für das, was mir angetan worden war.“

„Reaktionen auf Spionageaffäre. **Ein Angriff auf die Demokratie**‘: Der am Mittwoch festgenommene BND-Mitarbeiter steht nach Informationen der ‚Süddeutschen Zeitung‘, des NDR und WDR im Verdacht, den Untersuchungsausschuss ausspioniert zu haben. **Nach Informationen der ‚Bild‘-Zeitung** hat der 31-Jährige zwischen 2012 und 2014 insgesamt 218 BND-Geheimdokumente gestohlen und auf einem USB-Stick gespeichert“, berichtete die Tagesschau einen Tag später, am 5.7.2014, und ich hörte laut und deutlich Sebastian Haffner während der „Spiegelaffäre“ in mir: „**Wenn die deutsche Öffentlichkeit sich das gefallen läßt, wenn sie nicht nachhaltig auf Aufklärung drängt, dann adieu Pressefreiheit, adieu Rechtsstaat, adieu Demokratie.**“<sup>107</sup>

<sup>105</sup> In der Erklärung zur Strafanzeige gegen die Bundesregierung („An alle Sympathisanten und Sympathisantinnen“)

<sup>106</sup> Ende vom „Nachwort zur 2. Petition 26.8.2013“, siehe Erstes Buch, III. Kapitel oder [http://www.gew-hessen.de/fileadmin/user\\_upload/themen/berufsverbot/hans\\_roth\\_zweite\\_petition.pdf](http://www.gew-hessen.de/fileadmin/user_upload/themen/berufsverbot/hans_roth_zweite_petition.pdf)

<sup>107</sup> Martin Doerry und Hauke Janssen (Hrsg.): „Die Spiegel-Affäre. Ein Skandal und seine Folgen“, München 2013, S. 198

Nun hatte die Bundesrepublik also einen Untersuchungsausschuß damit beauftragt, Licht ins Dunkle des „NSA-Skandals“ zu bringen, und eben dieser US-amerikanische militärische **Geheimdienst** NSA hatte einen Mitarbeiter des größten **Geheimdienstes** dieser Bundesrepublik Deutschland damit beauftragt, eben diesen **Untersuchungsausschuß geheim zu überwachen** – herauszufinden, was er wußte und was nicht, was er beweisen konnte und was nicht, welche Akten und Unterlagen also vorlägen und welche nicht, und bestimmt auch, wo er gegebenenfalls diese Akten und Unterlagen herbekommen hatte.

Hans Roth am 9.3.2012: „Bei der Lektüre im Wohnzimmer des Verfassungsrichters staunte ich über meinen angeblichen Gefährlichkeitsgrad: die Klage zielte ins Zentrum der Macht, nach dem Motto: ‚Wer die Daten hat, hat die Macht.‘“

Meine ganze Welt stellte sich nach und nach auf den Kopf, stülpte sich um, die Zeiten verschoben sich, Worte und Sätze rutschten über- und untereinander.

Ein junger Mann wurde „**von der NSA als Extremist gebrandmarkt**“<sup>108</sup>, weil er seine Privatsphäre verletzt sah. Über ihn „wollen die Geheimdienstler über seinen Server herausfiltern, wer das Tor-Netzwerk nutzt“<sup>109</sup>, und alle diese Menschen waren dann auch „Extremisten“. „**Wer anonymisieren will, wird deanonymisiert**“<sup>110</sup>, schrieben Lena Kampf, Jacob Appelbaum und John Goetz<sup>111</sup>: „Ironischerweise sind es .. also ausgerechnet Personen mit dem Wunsch nach Anonymisierung, die zum Ziel der NSA werden. In den Augen des Geheimdienstes: **Extremisten**. Das ist keine Rhetorik, keine journalistische Zuspitzung. **Der Begriff befindet sich sogar in der Kommentarspalte des Quelltexts, notiert von Programmierern der NSA.**“<sup>112</sup>

Hans Roth am 24.6.2010<sup>113</sup>: „Verurteilt wurde insbesondere die Umfälschung des Offiziers, der sein Gewissen gebraucht hatte, in einen „Kommunisten“ und „**Extremisten**“ – der er nie war, wie zuletzt der Bundesinnenminister a.D. Gerhart Baum öffentlich bestätigte. Diese Umfälschung ist das Werk der geheimen CDU-Organisation „Aktion 76“, deren politischer Führer, der CDU-Abgeordnete Runtsch, den vermeintlichen Übeltäter als solchen **an die Öffentlichkeit zerzte**.

Wenn der Satz „**Es darf keine freien, anonymen Räume geben, sagt er. Die wollen alles über jeden wissen.**“ von jemandem aus Rußland, China oder Deutschland gekommen wäre, hätte ich irgendeine Möglichkeit gehabt, sie anzuzweifeln. Aber hier äußerte sich ein „Insider“, ein Mensch, der, so lange er konnte, genau das praktiziert hatte, was sich jetzt als so ungeheuerlich herausstellte. Es war ein ehemals höchstrangiger Vertreter eben jener offiziellen USA, die nicht müde wurde, sich selbst als „Beschützerin“ des „Freien Westens“ zu bezeichnen, und die anscheinend über jedes Maß und Ziel hinausgeschossen war.

Jetzt setzte sich zum zweiten Mal **ein gespenstischer Reigen** in Bewegung. Die für mich unfaßbaren Wörter und Sätze, die ich auf den letzten Seiten zitiert habe, traten immer neu auf und verkürzten sich zunehmend. Es war, als drängten sie alle in eine Richtung, jagten einander und würfen dabei überflüssigen Ballast ab:

„Der US-Geheimdienst verfolge einen ‚totalitären Ansatz‘, so wie man es bislang nur aus Diktaturen kenne. Binney sagte das scheinbar nüchtern - doch seine Empörung wurde greifbar, als er das Wort ‚totalitär‘ wieder und wieder benutzte“

<sup>108</sup> Tagesschau vom 4.7.2014: <http://www.tagesschau.de/inland/nsa-xkeyscore-100.html>

<sup>109</sup> a.a.O.

<sup>110</sup> a.a.O.

<sup>111</sup> John Goetz und Christian Fuchs: „Geheimer Krieg. Wie von Deutschland aus der Kampf gegen den Terror gesteuert wird“, Reinbek November 2013 (Rowohlt Verlag)

<sup>112</sup> Tagesschau vom 4.7.2014: <http://www.tagesschau.de/inland/nsa-xkeyscore-100.html>

<sup>113</sup> Erklärung zu Aktenzeichen 263/18, 24.6.2010

„Binney hatte schon vorher in der ARD bestätigt, was die NSA bislang abstreitet: Es werden nicht nur allgemeine Verbindungsdaten ausgespäht, sondern konkrete Inhalte von Telefongesprächen und E-Mails.“

„Wenn Sie zehn Milliarden Dollar in eine Geheimdienstbehörde investieren“, so Binney, „dann ist das genug Geld, um ein ganzes Imperium zu gründen, das Daten sammelt. Genau das passiert.“

„Binney stieg im Oktober 2001 aus, weil die NSA nach den Anschlägen vom 11. September mit der massenhaften Datenausspähung begann. Es habe damals auch eine intensive Zusammenarbeit mit dem BND gegeben, die Deutschen hätten teilweise Zugang zu Ausspähtechniken gehabt.“

„Die konkreten Schilderungen über die Dimension der Schnüffeleien und über die Anfänge des Strebens nach totaler Überwachung machten Binney als Insider doch zu einem wichtigen Zeugen für den Ausschuss.“

„besonders prägnant, wenn man damit Gesichter verbinden könne. ‚Ich bin froh, dass das Gesicht in Deutschland nicht nur die Bundeskanzlerin ist, sondern dass wir auch einen >normalen< Menschen haben, der offensichtlich ins Visier der NSA geraten ist‘, sagte er.“

„Es ist eines der empfindlichsten Geheimnisse der NSA“

„die Rasterfahndung des 21. Jahrhunderts“

„Wer anonymisieren will, wird deanonymisiert“

„Personen mit dem Wunsch nach Anonymisierung, die zum Ziel der NSA werden. In den Augen des Geheimdienstes: Extremisten. Das ist keine Rhetorik, keine journalistische Zuspitzung. Der Begriff befindet sich sogar in der Kommentarspalte des Quelltexts, notiert von Programmierern der NSA.“

„Extremisten? Das Gegenteil ist der Fall, wie die Recherchen zeigen. Die deutschen Opfer sind politisch keinesfalls am äußeren Rand zu finden. Extrem sind sie allein in einem Punkt: Sie sind besorgt um die Sicherheit ihrer Daten. Und genau das macht sie in den Augen des US-Geheimdienstes verdächtig.“

„So schnell wird man ein ‚Extremist‘.“

„Die NSA beobachtet im großen Stil die Suchanfragen weltweit - auch in Deutschland. Allein schon die einfache Suche nach Anonymisierungssoftware wie ‚Tails‘ reicht aus, um ins Raster der NSA zu geraten. Die Verbindung der Anfrage mit Suchmaschinen macht verdächtig.“

„Einmal in der Datenbank, kann jede Anfrage von Darko gezielt abgerufen werden. Darko ist unter Beobachtung.“

„Auch seine Verbindung zu dieser Webseite ist nun markiert und in einer Datenbank abgelegt. Denn die gesamte Webseite des Tor-Projekts ist unter Beobachtung. Jeder, der sie besucht, endet wie die Neuköllner Schüler mit einer Markierung.“

„Inhalte, der sogenannte E-Mail-Body, ausgewertet und gespeichert. Das entsprechende Zitat aus dem Quellcode lautet: E-Mail\_body('https://bridges.torproject.org/' : c++ extractors:“  
William Binney, 70, war technischer Direktor bei der NSA, bis er 2001 ausstieg, weil die Maschinen, die er erfand, gegen die eigene Bevölkerung gerichtet wurden.“

„Es darf keine freien, anonymen Räume geben“, sagt er. „Die wollen alles über jeden wissen.“

„Five Eyes ... sollen laut der vorliegenden Regel nicht markiert werden“

nicht markiert werden. Aus allen anderen Ländern allerdings schon. Ohne Ausnahme.  
Ex-Technikchef Binney sagt vor NSA-Ausschuss aus, tagesschau 17:00 Uhr, 03.07.2014  
„Mehr zum Thema“

„verfolge einen ‚totalitären Ansatz‘, so wie man es bislang nur aus Diktaturen kenne. Binney sagte das scheinbar nüchtern ... das Wort ‚totalitär‘ wieder und wieder“

„Binney hatte bestätigt, was die NSA bislang abstreitet: ... konkrete Inhalte von Telefongesprächen und E-Mails.“

„Wenn Sie zehn Milliarden Dollar in eine Geheimdienstbehörde investieren, dann ist das genug Geld, um ein ganzes Imperium zu gründen, das Daten sammelt. Genau das passiert.“

„Binney stieg im Oktober 2001 aus, weil die NSA nach den Anschlägen vom 11. September mit der massenhaften Datenausspähung begann. Es habe damals auch eine intensive Zusammenarbeit mit dem BND gegeben.“

„Die konkreten Schilderungen über ... die Anfänge des Strebens nach totaler Überwachung machten Binney als Insider ... zu einem wichtigen Zeugen.“

„besonders prägnant, wenn man damit Gesichter verbinden könne. ‚Ich bin froh, dass das Gesicht in Deutschland nicht nur die Bundeskanzlerin ist, sondern dass wir auch einen >normalen< Menschen haben, der offensichtlich ins Visier der NSA geraten ist‘, sagte er.“

„Es ist eines der empfindlichsten Geheimnisse der NSA“

„die Rasterfahndung des 21. Jahrhunderts“

„Wer anonymisieren will, wird deanonymisiert“

„Personen mit dem Wunsch nach Anonymisierung, die zum Ziel der NSA werden. In den Augen des Geheimdienstes: Extremisten. ... Der Begriff befindet sich ... in der Kommentarspalte des Quelltexts, notiert von Programmierern der NSA.“

„Extremisten? ... Die deutschen Opfer sind politisch keinesfalls am äußeren Rand zu finden. Extrem sind sie allein in einem Punkt: Sie sind besorgt um die Sicherheit ihrer Daten. Und genau das macht sie in den Augen des US-Geheimdienstes verdächtig.“

„So schnell wird man ein ‚Extremist‘.“

„Allein schon die einfache Suche nach Anonymisierungssoftware wie ‚Tails‘ reicht aus, um ins Raster der NSA zu geraten.“

„Einmal in der Datenbank, kann jede Anfrage von Darko gezielt abgerufen werden. Darko ist unter Beobachtung.“

„Denn die gesamte Webseite ... ist unter Beobachtung. Jeder, der sie besucht, endet wie die Neuköllner Schüler mit einer Markierung.“

„E-Mail-Body, ausgewertet und gespeichert. ... E-Mail\_body('https://bridges.torproject.org/' : c++ extractors:“

William Binney, 70, war technischer Direktor bei der NSA, bis er 2001 ausstieg, weil die Maschinen, die er erfand, gegen die eigene Bevölkerung gerichtet wurden.“

„Es darf keine freien, anonymen Räume geben“, sagt er. „Die wollen alles über jeden wissen.“

„Five Eyes ... sollen laut der vorliegenden Regel nicht markiert werden“

Ex-Technikchef Binney sagt vor NSA-Ausschuss aus, tagesschau 17:00 Uhr, 03.07.2014

„Mehr zum Thema“

totalitären Ansatz, so wie man es bislang nur aus Diktaturen kenne

Binney sagte das scheinbar nüchtern ... das Wort ‚totalitär‘ wieder und wieder

Binney bestätigt, was die NSA bislang abstreitet

„Wenn Sie zehn Milliarden Dollar in eine Geheimdienstbehörde investieren, dann ist das genug Geld, um ein ganzes Imperium zu gründen, das Daten sammelt. Genau das passiert.“

nach den Anschlägen vom 11. September

eine intensive Zusammenarbeit mit dem BND

Anfänge des Strebens nach totaler Überwachung

Binney als Insider

wichtiger Zeuge

besonders prägnant, wenn man damit Gesichter verbinden kann

dass wir auch einen normalen Menschen haben, der offensichtlich ins Visier der NSA geraten ist

eines der empfindlichsten Geheimnisse der NSA

Rasterfahndung des 21. Jahrhunderts

Wer anonymisieren will, wird deanonymisiert  
Personen mit dem Wunsch nach Anonymisierung ... Extremisten. ... Der Begriff ... notiert von Programmierern der NSA.“

Extrem sind sie allein in einem Punkt: Sie sind besorgt um die Sicherheit ihrer Daten. Und genau das macht sie in den Augen des US-Geheimdienstes verdächtig.“

schnell wird man ein ‚Extremist‘

Allein schon die einfache Suche nach ... reicht aus, um ins Raster der NSA zu geraten.

Einmal in der Datenbank, ... Darko ist unter Beobachtung.“

gesamte Webseite ... ist unter Beobachtung. Jeder, der sie besucht, endet mit einer Markierung.“

„E-Mail-Body, ausgewertet und gespeichert. ... E-Mail\_body('https://bridges.torproject.org/' : c++ extractors:“

William Binney, 70, war technischer Direktor bei der NSA, bis er 2001 ausstieg, weil die Maschinen, die er erfand, gegen die eigene Bevölkerung gerichtet wurden.

„Es darf keine freien, anonymen Räume geben. Die wollen alles über jeden wissen.“

Five Eyes

„Mehr zum Thema“

William Binney, 70, technischer Direktor bei der NSA bis 2001, nach den Anschlägen vom 11. September, Anfänge des Strebens nach totaler Überwachung, Insider, wichtiger Zeuge, bestätigt, was die NSA bislang abstreitet  
die Maschinen, die er erfand

„Es darf keine freien, anonymen Räume geben. Die wollen alles über jeden wissen.“

Five Eyes

totalitärer Ansatz, so wie man es bislang nur aus Diktaturen kennt

„Wenn Sie zehn Milliarden Dollar in eine Geheimdienstbehörde investieren, dann ist das genug Geld, um ein ganzes Imperium zu gründen, das Daten sammelt. Genau das passiert.“  
eine intensive Zusammenarbeit mit dem BND

wenn man damit Gesichter verbinden kann

ins Visier der NSA geraten

eines der empfindlichsten Geheimnisse der NSA

Rasterfahndung des 21. Jahrhunderts

Wer anonymisieren will, wird deanonymisiert

‚Extremisten‘ ... notiert von Programmierern der NSA

Extrem ... besorgt um die Sicherheit ihrer Daten. Und genau das macht sie in den Augen des US-Geheimdienstes verdächtig.

schnell wird man ein ‚Extremist‘

Allein schon die einfache Suche nach

Raster der NSA

Einmal in der Datenbank ... unter Beobachtung.

gesamte Webseite unter Beobachtung. Jeder, der sie besucht, endet mit einer Markierung

„E-Mail-Body, ausgewertet und gespeichert

extractors

Mehr zum Thema

William Binney, 70, technischer Direktor bei der NSA bis 2001, bestätigt, was die NSA bislang abstreitet: „Es darf keine freien, anonymen Räume geben. Die wollen alles über jeden wissen.“

Extrem ... besorgt um die Sicherheit ihrer Daten

‚Extremisten‘

Wer anonymisieren will, wird deanonymisiert  
Raster der NSA, intensive Zusammenarbeit mit dem BND  
E-Mail-Body, ausgewertet und gespeichert  
genug Geld, um ein ganzes Imperium zu gründen, das Daten sammelt  
ins Visier der NSA geraten  
eines der empfindlichsten Geheimnisse der NSA

Und tief in mir drin hörte ich: Eines der bestgehüteten Geheimnisse der NATO ...

## 10. Wiederholungen. Die Truman-Show<sup>114</sup>

Noch tanzte dieser gespenstische Reigen, noch hatte ich den Satz von William Binney im Ohr bzw. vor Augen,

**William Binney, 70, technischer Direktor bei der NSA bis 2001, bestätigt, was die NSA bislang abstreitet: „Es darf keine freien, anonymen Räume geben. Die wollen alles über jeden wissen.“**

da versicherte mir die Tagesschau, jetzt seien aber wirklich alle empört:

„Reaktion der Bundesregierung auf Spionageaffäre. US-Geheimdienstler muss gehen  
Stand: 10.07.2014 17:08 Uhr

Als Reaktion auf die Spähaktionen der amerikanischen Geheimdienste zieht die Bundesregierung erste diplomatische Konsequenzen. Der Repräsentant der US-Nachrichtendienste in der Botschaft in Berlin sei aufgefordert worden, Deutschland zu verlassen, teilte Regierungssprecher Steffen Seibert mit. Die Aufforderung erfolge ‚vor dem Hintergrund der laufenden Ermittlungen des Generalbundesanwaltes wie auch der seit Monaten anstehenden Fragen zur Tätigkeit von US-Nachrichtendiensten in Deutschland‘. ‚Reaktion auf die lange Zeit nicht erfolgte Zusammenarbeit‘

Nach Informationen des ARD-Hauptstadtstudios handelt es sich noch nicht um eine formelle Ausweisung. Der Repräsentant muss de facto zwar das Land verlassen, wird aber nicht zur ‚persona non grata‘ (zur unerwünschten Person) erklärt - was diplomatisch sehr heikel wäre. Die formelle Ausweisung könnte allerdings der nächste Schritt sein, falls die USA der Aufforderung zur Ausreise nicht nachkommen und ihren Repräsentanten in Deutschland belassen.

Der Chef der Geheimdienstkontrolle des Bundestags, Binninger, kritisierte die USA deutlich. Der Chef des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Bundestags, Clemens Binninger, sagte, der Schritt sei auch eine Reaktion auf die seit über einem Jahr nicht erfolgte Zusammenarbeit der US-Botschaft bei der Aufklärung der Spähvorwürfe. Der SPD-Vertreter in dem Gremium, Burkhard Lischka, bezeichnete dies als ‚richtige Reaktion‘. Deutschland habe in den USA viele Fragen gestellt, ‚ohne irgendeine Antwort zu bekommen‘. Auch die Oppositionsparteien Grüne und Linke begrüßten den Schritt der Bundesregierung. Sehr verhalten hingegen die Reaktion aus den USA: Man werde die Entscheidung nicht kommentieren, sagte eine Sprecherin des Weißen Hauses. Sie betonte aber erneut, wie wichtig die Zusammenarbeit mit Deutschland sei. Aus der US-Botschaft in Berlin hieß es in einer schriftlichen Stellungnahme: **„Die amerikanische Botschaft äußert sich grundsätzlich nicht zu Fragen, die die Geheimdienste betreffen.“**

Regierungssprecher Seibert sagte weiter, es bleibe für Deutschland unerlässlich, im Interesse der Sicherheit seiner Bürger und seiner Einsatzkräfte im Ausland eng und vertrauensvoll mit

---

<sup>114</sup> Peter Weir: „Die Truman-Show“, USA 1998

westlichen Partnern, insbesondere mit den USA, zusammenzuarbeiten. Dazu sei aber **gegenseitiges Vertrauen und Offenheit** notwendig. ‚Die Bundesregierung ist dazu weiter bereit und erwartet das auch von ihren engsten Partnern‘, so der Regierungssprecher. Die US-deutschen Beziehungen sind belastet, seit der ehemalige US-Geheimdienstmitarbeiter **Edward Snowden** vor mehr als einem Jahr die **massenhafte Ausspähung** auch deutscher Bürger enthüllte und damit die bis heute anhaltende Spähaffäre auslöste. In den vergangenen Tagen waren zudem - unter anderem durch Recherchen von NDR, WDR und ‚Süddeutscher Zeitung‘ - **zwei mutmaßliche Spionagefälle beim Bundesnachrichtendienst und im Verteidigungsministerium** bekannt geworden. Beide Informanten sollen für US-Geheimdienste gearbeitet haben. Ein Zusammenhang zwischen den Fällen soll nicht bestehen.<sup>115</sup>

Und weil sie so aussagekräftig sind, hier noch die beiden Artikel zu den „Spionagefällen“:

1. beim Bundesnachrichtendienst und
2. im Bundesverteidigungsministerium:

1.

### „Reaktionen auf Spionageaffäre. ‚Ein Angriff auf die Demokratie‘

Stand: 05.07.2014 07:44 Uhr

Der Fall des mutmaßlichen Doppelagenten beim Bundesnachrichtendienst BND sorgt in Berlin weiter für **Empörung**. Besonders schwer wiegen Vorwürfe, dass der Mann auch geheime Papiere über den NSA-Untersuchungsausschuss weitergegeben haben soll.

Der SPD-Obmann im Ausschuss, Christian Flisek, sagte dem Bayerischen Rundfunk und NDR Info, sollte sich der Verdacht erhärten, wäre das ein ‚**Skandal**‘ und ein ‚**Angriff auf die parlamentarische Demokratie**‘. Er unterminiere alle Bemühungen, das verloren gegangene Vertrauen zwischen Deutschland und den USA wieder aufzubauen.

Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Stephan Mayer (CSU), sagte der ‚Bild‘-Zeitung: ‚Wenn es sich bewahrheiten sollte, dass der BND-Mitarbeiter jahrelang als Doppelagent von der amerikanischen Botschaft aus gesteuert wurde, ist das ein **riesiger Vertrauensbruch** im transatlantischen Verhältnis. In einer ohnehin fragilen Situation würde dieser Spionagefall eine weitere **Belastungsprobe für das deutsch-amerikanische Verhältnis** darstellen.‘

Sein CSU-Kollege Hans-Peter Uhl ergänzte: ‚Der Austausch von Informationen zwischen befreundeten Nachrichtendiensten ist üblich. Er erfolgt aber auf kooperative und nicht auf **kriminelle Art und Weise**.‘

Die Opposition schießt sich auf das Kanzleramt ein ...

Der innenpolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, Volker Beck, sagte ‚Handelsblatt Online‘: ‚Die Verantwortung für die Aktivitäten des BND liegen im Bundeskanzleramt. Wir erwarten, dass die Aufklärung über diesen Vorgang **schonungs- und rückhaltlos von höchster Stelle angeordnet** wird.‘

Der Grünen-Obmann im Ausschuss, Konstantin von Notz, sprach in den ‚Ruhr Nachrichten‘ von einem ‚**ungeheuerlichen Vorgang**‘. Es **könne nicht hingenommen werden**, ‚wenn der NSA-Ausschuss, der die Ausforschung von Millionen Deutschen aufklären soll, selbst ausgeforscht wird‘. Ein solcher Vorgang **müsste Konsequenzen** haben. ‚Wenn sich die Vorwürfe bestätigen, müsste es auch gegenüber den Amerikanern eine **deutliche Reaktion** geben. Die Ausforschung eines Bundestagsgremiums ist keine Lappalie.‘

Auch aus der Linkspartei hieß es: ‚Alle Finger zeigen auf das Kanzleramt und dessen Chef (Peter Altmaier)‘. Parteichef Bernd Riexinger sagte der ‚Rheinischen Post‘ weiter, der BND sei ‚auf dem atlantischen Auge blind‘. Wenn die Spionageabwehr offenkundig noch **nach den Mustern des Kalten Krieges** funktioniere, stelle sich die Frage nach der politischen

<sup>115</sup> <http://www.tagesschau.de/inland/spionageaffaere-104.html>; Stand: 10.07.2014 17:08 Uhr

Verantwortung für eine Fehlsteuerung. Riexinger forderte, die Bundesregierung müsse den Amerikanern jetzt ‚**die Zähne zeigen**‘ und das Parlament parteiübergreifend ‚gegen diesen **Angriff auf seine Freiheit** Stellung beziehen‘.

Der ehemalige BND-Präsident Hans-Georg Wieck sagte der ‚Mitteldeutschen Zeitung‘, der Vorgang **berühre die Zuverlässigkeit des Bundesnachrichtendienstes**. Der BND sei ein Instrument der Regierung. ‚Und die Bundesregierung ist keine Vasallenregierung der USA oder eines anderen Staates. Deshalb ist ein solcher Vertrauensbruch **Landesverrat**.‘ Zunächst gelte für den Festgenommenen allerdings die Unschuldsvermutung.

Geheimdokumente offenbar auf USB-Stick

Der am Mittwoch festgenommene BND-Mitarbeiter steht nach Informationen der ‚Süddeutschen Zeitung‘, des NDR und WDR im Verdacht, den Untersuchungsausschuss ausspioniert zu haben. Nach Informationen der ‚Bild‘-Zeitung hat der 31-Jährige zwischen 2012 und 2014 insgesamt 218 BND-Geheimdokumente gestohlen und auf einem USB-Stick gespeichert.<sup>116</sup>

2.

### „**Verdacht gegen Referenten. Spion im Verteidigungsministerium?**“

Stand: 10.07.2014 05:10 Uhr

Ein Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums soll Geheiminformationen an einen US-Dienst weitergegeben haben.

Die deutsch-amerikanische Spionageaffäre weitet sich aus. Auch ein Mitarbeiter des **Verteidigungsministeriums** in Berlin soll die USA mit Informationen beliefert haben. Nach Informationen von NDR und WDR und ‚Süddeutscher Zeitung‘ soll er ebenfalls **für einen amerikanischen Geheimdienst** gearbeitet haben. Offenbar gibt es jedoch keinen Zusammenhang zu der Affäre um einen BND-Beamten, der für die CIA spioniert haben soll. Die Bundesanwaltschaft erklärte, es bestehe der **Anfangsverdacht** einer geheimdienstlichen Agententätigkeit. Die Wohn- und Büroräume eines Beschuldigten im Raum Berlin seien durchsucht worden. Festgenommen worden sei niemand. Das Verteidigungsministerium bestätigte Ermittlungen in seinen Räumlichkeiten, äußerte sich aber auch nicht zu Details. ‚**Was dahintersteckt, ist noch nicht klar**‘, sagte Ressortchefin Ursula von der Leyen der ‚Berliner Zeitung‘.

Die Bundesanwaltschaft vernahm den Beschuldigten.

Nach übereinstimmenden Medieninformationen war der Zivilist als Referent in der Abteilung Politik tätig und soll dort für internationale Rüstungskooperation zuständig gewesen sein. Er wirkte damit an der Vorbereitung sicherheitspolitischer Richtungsentscheidungen des Ministeriums mit. Offenbar geriet der Soldat ins Visier des Militärischen Abschirmdienstes, der bei der Bundeswehr für die Spionageabwehr tätig ist. Der Mitarbeiter soll militärische Informationen weitergegeben haben.

Bereits in der vergangenen Woche wurde ein mutmaßlicher Doppelagent verhaftet, der für die CIA spioniert haben soll. Der Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes gab zu, sich vor zwei Jahren amerikanischen Geheimdiensten als Informationsbeschaffer angeboten zu haben. Bundesregierung empört, Schäuble sieht ‚Dummheit‘

Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte, es gebe mit den USA Gespräche über die Spionagevorwürfe. Zum neuesten Fall müsse der **Generalbundesanwalt** Stellung nehmen. Was die Bundesregierung kenne und wisse, teile sie dem Parlamentarischen Kontrollgremium des Bundestages mit. Wegen der jüngsten Enthüllungen **berät das Bundestagsgremium zur Kontrolle der Geheimdienste** am Donnerstag in einer Sondersitzung über die Spionageaffäre mit den USA.

**Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble sprach von einer ‚Dummheit‘ der USA.** Zwar hätte Deutschland ohne die Partnerschaft mit US-Geheimdiensten viele Terrorbedrohungen nicht

<sup>116</sup> <http://www.tagesschau.de/inland/festnahme-spion-102.html>, Stand: 05.07.2014 07:44 Uhr

abwehren können, sagte er nach Angaben des Senders Phoenix. Dies heiße aber nicht, ‚dass die Amerikaner drittklassige Leute bei uns anwerben dürfen. Das ist **so was von bld**, und über so viel Dummheit kann man auch nur weinen. Deswegen ist die Kanzlerin da auch **>not amused<**‘, so Schäuble.

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) forderte in der ‚Berliner Zeitung‘, Washington müsse ‚wieder mit uns eine gemeinsame Sicht darauf entwickeln, wie wir in Zukunft unsere Zusammenarbeit gestalten wollen‘. Regierungssprecher Steffen Seibert sagte, Spionage sei immer ein ernstzunehmender Vorgang. Er stehe **im Gegensatz zu dem, was sich Merkel unter vertrauensvoller Zusammenarbeit unter Nachrichtendiensten und befreundeten Staaten vorstelle**.

Erste Reaktion der US-Regierung

Die USA betonen auch nach dem neuen Spionageverdacht die deutsch-amerikanische Sicherheitspartnerschaft. Diese Zusammenarbeit stärke die **nationale Sicherheit** sowohl in Deutschland als auch in den USA, sagte Regierungssprecher Josh Earnest. Die konkreten Vorwürfe wollte er nicht kommentieren. Er fügte lediglich hinzu, **es gebe Gespräche zwischen deutschen Diplomaten und ihren US-Kollegen sowie zwischen Geheimdienst- und Justizexperten**.

Auch die Sprecherin des Nationalen Sicherheitsrates, Caitlin Hayden, wollte sich zu dem Thema nicht äußern. Sie sagte der Nachrichtenagentur dpa, man habe entsprechende Berichte zwar gesehen, wolle aber **Ermittlungen deutscher Justizbehörden oder Behauptungen über Geheimdienstangelegenheiten nicht kommentieren**.

US-Botschafter erneut vorstellig

Der US-Botschafter in Deutschland, John B. Emerson, musste zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage zum Gespräch ins Auswärtigen Amt. Angeblich bat er selbst um das Treffen. Bei dem erneuten Gespräch sei ihm am Mittwoch eindringlich klargemacht worden, **wie wichtig bei der Aufklärung ‚eine aktive und konstruktive Mitwirkung der US-Regierung‘ sei**, sagte ein Ministeriumssprecher.

Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt sagte, mit dem zweiten Spionagefall werde **die Bundesregierung vorgeführt**. Die Sicherheitsbehörden müssten dringend mehr Anstrengungen unternehmen, um die Bevölkerung effektiv vor Spionageangriffen zu schtzen. Snowden müsse in Deutschland vor dem NSA-Ausschuss befragt werden. Die Vizechefin der Linksfraktion, Sahra Wagenknecht, forderte eine Auflösung der deutschen Geheimdienste.

SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi **forderte von den USA den sofortigen Abzug des beteiligten Botschaftspersonals und die sofortige Einstellung der Spionage in Deutschland**. Den Vertrauensbruch könne sich die Bundesrepublik nicht länger bieten lassen.<sup>117</sup>

Nein wirklich, alle waren empört. Und bestimmt wollten alle ‚schonungslose Aufklärung‘. Laut dem Artikel ‚Reaktion der Bundesregierung auf Spionageaffäre. US-Geheimdienstler muss gehen‘<sup>118</sup> gab es **„laufende Ermittlungen des Generalbundesanwaltes“** wie auch **„seit Monaten anstehende() Fragen zur Tätigkeit von US-Nachrichtendiensten in Deutschland“**. Und was machte die Bundesregierung mit dem **„Reprsentant der US-Nachrichtendienste in der Botschaft in Berlin“**, der also wie William Binney, Thomas Drake und Edward Snowden ein **Insider** war und sicherlich viel hätte zu den Ermittlungen beitragen und viele Fragen hätte beantworten können? Als Zeugen vernehmen? Vor den NSA-Untersuchungsausschuß laden?

**Sie forderte ihn auf, Deutschland zu verlassen.**

<sup>117</sup> , <http://www.tagesschau.de/inland/nsa-spionageaffaere-razzia-104.html>, Stand: 10.07.2014

<sup>118</sup> <http://www.tagesschau.de/inland/spionageaffaere-104.html>; Stand: 10.07.2014

Ganz langsam, aber sicher erkannte ich, wie „schonungslos“ hier „aufgeklärt“ werden sollte. Und wie stark meine Republik die Rechte ihrer Bürger gegen Übergriffe anderer Staaten verteidigen konnte und wollte.

Als „**eines der empfindlichsten Geheimnisse der NSA**“ bezeichnet der Artikel „Von der NSA als **Extremist** gebrandmarkt“ von Lena Kampf, Jacob Appelbaum und John Goetz<sup>119</sup> die Existenz des ausgewerteten, gespeicherten und stets ergänzten, beobachteten „E-Mail-Body“.



120

Bei einer bewußten Be- oder gar Verhinderung beim Anlegen eines solchen kann man sich schnell die Typisierung als „Extremist“ einfangen (s.o.). Denn: „Wer die Daten hat, hat die Macht“ (Hans Roth), und E-Mail-Verkehr liefert ja alles Mögliche frei Haus. Dabei sind alle E-Mail-Kontaktadressen noch das Geringste, aber ich erinnerte mich an ein Plakat von Klaus Staeck<sup>121</sup> mit dem Titel: „Bitte streichen Sie meinen Namen aus Ihrem Notizbuch.“

E-Mails sagen aus, wer wann wo was von wo aus mit wem wo warum wie lange und wie intensiv bespricht oder plant, was er mag, schätzt, will, fürchtet, haßt, liebt, gibt geplante Termine an, und Newsletter verraten immer öfter Mitgliedschaften in Parteien, Gewerkschaften, Vereinen, Kirchen, Krankenkassen, oft auch den Stromversorger, Internetanbieter usw. Wollen Sie studieren oder sich irgendwo bewerben? „Schicken Sie uns eine E-Mail mit Ihren kompletten Bewerbungsunterlagen samt Lebenslauf.“ Vorlesungsverzeichnisse werden schon nicht mehr gedruckt. Und für welche Veranstaltung interessieren Sie sich?

**Totale Überwachung! Der E-Mail-Body, ausgewertet und gespeichert. „Eines der empfindlichsten Geheimnisse der NSA“.**

Geheime Verfassungsschutzakten contra Menschenwürde<sup>122</sup> Ob Hans Roth auch an „**eines der empfindlichsten Geheimnisse**“ gerührt hatte und dafür als ein „Extremist“ an die Öffentlichkeit gezerrt worden war? Und wenn ja: von wem und für wen?

<sup>119</sup> <http://www.tagesschau.de/inland/nsa-xkeyscore-100.html>, Stand: 03.07.2014

<sup>120</sup> <http://www.tagesschau.de/inland/nsa-u-ausschuss-102.html>: „E-Mail-Body, ausgewertet und gespeichert. ... E-Mail\_body('https://bridges.torproject.org/' : c++ extractors:“

<sup>121</sup> Klaus Staeck (Hrsg.): „Alles unter Kontrolle?“, Göttingen 1983 (Steidl Verlag). Mit Beiträgen von Heinrich Böll, Volker Hauff, Wolfgang Däubler, Hans Peter Bull, Ulrich Klug, Gerd Björnson, Susanne von Paczensky, Margarete Mitscherlich-Nielsen, Jost Herbig, Hanno Reuther, Klaus Staeck, Sarah Kirsch, Helmut Frenz, Dieter Hildebrandt, Heinrich Jaenicke und Robert Jungk

<sup>122</sup> „Geheime Verfassungsschutzakten contra Menschenwürde“, Broschüre, Frühjahr 1978: [http://aljas.files.wordpress.com/2008/12/hans\\_roth\\_doku\\_2.pdf](http://aljas.files.wordpress.com/2008/12/hans_roth_doku_2.pdf)



Hans Roth als Offizier

Wer die Daten hat, hat die Macht. Wer geheime Daten hat, hat geheime Macht. Es war exakt das gleiche Thema. Am 11.7.2014 sendete WDR 5 ein Gespräch mit dem deutschen Rechtsanwalt von Edward Snowden, das Thomas Scharf im „Morgenecho“ mit ihm führte:

Thomas Scharf: „Herr Kaleck, ist Ihr Mandant nach wie vor bereit, nach Deutschland zu kommen, um vor dem Bundestag auszusagen?“

Wolfgang Kaleck: „Mein Mandant hat immer erklärt, dass im Zentrum all seiner Bemühungen die Kooperation und Mitwirkung aller Art zu der Massenüberwachung der Geheimdienste steht. Dazu hat er Fragen im Europaparlament und Europarat beantwortet, und er würde auch nationalen Aufklärungsversuchen wie in Deutschland zur Seite stehen, wenn dafür die Bedingungen geschaffen werden.“

Thomas Scharf: „Wären bei einer solchen Befragung im Lichte der neuen Spionagevorwürfe Erkenntnisse über die NSA-Affäre hinaus zu erwarten?“

Wolfgang Kaleck: „Wissen Sie, diese neue Spionageaffäre interessiert uns nur am Rande. Es geht hier ja nicht um nationale Souveränität. Als kritischer Staatsbürger ist es mir egal, ob ich von US-amerikanischen Geheimdiensten, deutschen oder französischen Geheimdiensten überwacht werde. **Es geht um das strukturelle Problem: Kontrolle und Transparenz der Geheimdienste.**“

Thomas Scharf: „Was konkret könnte Snowden beitragen, was durch seine Enthüllungen und zahlreiche Medienveröffentlichungen dazu nicht schon längst bekannt ist?“

Wolfgang Kaleck: „Also, er hat sich ja vor einem Jahr, anders als Wikileaks, die alles ins Netz gestellt haben, zu einer anderen Vorgehensweise entschlossen. Er hat sein Material Journalisten zur Verfügung gestellt, die das nach besten Wissen und Gewissen untersucht und dann veröffentlicht haben. Er selber hat aber natürlich die Struktur der Arbeit, die jetzt zum Teil veröffentlicht wurde, sehr viel besser durchschaut als Journalisten. Das beschreibt Glenn Greenwald in seinem Buch ‚Die globale Überwachung‘. Er beschreibt quasi die Handreichung, die er von Edward Snowden bekommen hat, um durch diese Dokumente durchzusehen. Die Dokumente allein sind für sich betrachtet auch nicht aussagekräftig. Man braucht jemanden, der den Zusammenhang zwischen den einzelnen Dokumenten und den Dokumenten und der Behörde herstellt.“

Thomas Scharf: „Warum weigert sich Snowden, per Videokonferenz aus Moskau dem Untersuchungsausschuss Rede und Antwort zu stehen?“

Wolfgang Kaleck: „Wissen Sie, die Debatte läuft wirklich ein bisschen schief. Wir haben einen jungen Mann, der alles riskiert hat, um uns allen, der deutschen Gesellschaft, der

europäischen, der Weltgesellschaft, zu helfen, die Arbeit und Gefahr von Geheimdiensten zu verstehen. Bei jeder Aussage, die er macht, läuft er ohnehin ein höheres Risiko einer ziemlich drastischen Strafverfolgung in den USA. Aber man erwartet immer noch mehr von ihm. Deutsche Politiker reden, er soll doch dies machen, er soll doch das machen, geben ihm gute Ratschläge. **Wir hingegen, seine Anwälte, müssen uns darüber Gedanken machen, dass er im Moment nur in Russland einen einigermaßen sicheren Aufenthalt hat.** Sonst würden wir das gefährden. Deshalb haben wir dem Untersuchungsausschuss des Bundestags auch schon vor Monaten mitgeteilt, dass das nicht funktioniert. Aber man hat offensichtlich nichts Besseres zu tun, als zu versuchen, uns den schwarzen Peter dafür zuzuschieben, dass die Bundesregierung keine Verantwortung dafür übernehmen will, um ihn nach Deutschland zu bringen.“

Thomas Scharf: „Alles riskiert“, sagen Sie. Snowden hat sich nach Auffassung der amerikanischen Regierung in den USA wegen des Verrats von Staatsgeheimnissen strafbar gemacht. Verrat von Strafgeheimnissen ist auch in Deutschland strafbar. Die Frage ist: Dient das alles dazu, Edward Snowden dabei zu helfen, sein ungeliebtes Moskau-Asyl zu tauschen gegen einen Aufenthalt in Deutschland?“

Wolfgang Kaleck: „Also erstmal zum Verrat von Staatsgeheimnissen: Das ist eine ziemlich dubiose Vorschrift, wie überhaupt das gesamte Staatsschutzrecht nicht per se einfach gut ist. **Staatsgeheimnisse haben nur dann überhaupt einen Anspruch auf Schutz, wenn sie nicht illegale Tätigkeiten, beispielsweise von Geheimdiensten, verdecken sollen.** Snowden mag zwar formal Vorschriften verletzt haben, aber es muss erstens bedacht werden, dass er eine **Gewissensentscheidung** gefällt hat, und zweitens, dass er das ist, was man im Jargon ‚Whistleblower‘ nennt, also **jemand, der nach bestem Wissen und Gewissen entschieden hat, die Aufklärung der Öffentlichkeit ist in diesem Fall wichtiger als die Einhaltung einer bestimmten Norm.** Daß er dafür irgend etwas bezahlen muss, ist ihm klar. Aber es ist weder ihm, noch uns allen einsichtig, warum er dafür mehrere Jahrzehnte ins Gefängnis gehen soll.“



123

„Wissen Sie, diese neue Spionageaffäre interessiert uns nur am Rande. Es geht hier ja nicht um nationale Souveränität. Als kritischer Staatsbürger ist es mir egal, ob ich von US-amerikanischen Geheimdiensten, deutschen oder französischen Geheimdiensten überwacht werde“, hatte Wolfgang Kaleck gesagt. „Es geht um das strukturelle Problem: Kontrolle und Transparenz der Geheimdienste.“

Wolfgang Michal hatte am 5.8.2013 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung seinen Artikel „Überwachung und Verfassungsrecht. Die Kränkung der Demokraten“<sup>124</sup> geschrieben: „Proteste gegen die Überwachung sind vorerst nutzlos, denn es ist mehr als unklar, ob

<sup>123</sup> [http://www.wdr5.de/sendungen/morgenecho/snowden\\_anwalt\\_interview100.html](http://www.wdr5.de/sendungen/morgenecho/snowden_anwalt_interview100.html), Stand: 11.07.2014

Deutschland überhaupt souverän ist. Verfassungsrechtlich gesehen droht ein Notstand der Demokratie.“

Das traf genau mein Gefühl; ich war regelrecht gekränkt: „Etwa 70.000 Menschen marschierten im Mai 1968 über die Bonner Kennedybrücke, um gegen die Notstandsgesetze zu demonstrieren. Die Große Koalition verabschiedete die umstrittene Grundgesetzänderung kurz darauf dennoch.“

Überwachung und Verfassungsrecht

## Die Kränkung der Demokraten

Proteste gegen die Überwachung sind vorerst nutzlos, denn es ist mehr als unklar, ob Deutschland überhaupt souverän ist. Verfassungsrechtlich gesehen droht ein Notstand der Demokratie.

05.08.2013, von WOLFGANG MICHAL



Etwa 70.000 Menschen marschierten im Mai 1968 über die Bonner Kennedybrücke, um gegen die Notstandsgesetze zu demonstrieren. Die Große Koalition verabschiedete die umstrittene Grundgesetzänderung kurz darauf dennoch.

Ich hatte schon den Eindruck, daß meine Republik gar nicht imstande war, die Rechte ihrer Bürger zu verteidigen – einerseits, weil es um das strukturelle Problem der Kontrolle geheimer Dienste ging, andererseits aber auch deshalb, weil sie nicht einmal ansatzweise davon lassen konnte, eine „deutsch-amerikanische Freundschaft“ zu behaupten, die in verschiedenen Sendungen und Artikeln mehrfach „von US-amerikanischer Seite“ bestritten wurde. Davon abgesehen, daß Staaten gar nicht befreundet sein können (Staaten sind keine Menschen, sondern bestehen aus verschiedenen Menschen mit sehr verschiedenen politischen Einstellungen), belegt etwa der Artikel „NSA und CIA. Warum wir die Deutschen ausspionieren müssen“<sup>125</sup> des US-amerikanischen Journalist James Kirchick vom 11.7.2014, wie schnell die Bundesrepublik bei Nicht-Gefallen vertretener Politik – explizit wird die Ukraine genannt - zu einem „weniger vertrauenswürdigen Partner“ wird.

Wieder haben wir eine „Große Koalition“, die noch dazu immer wieder gern „GroKo“ abgekürzt wird. Jedesmal, wenn ich „GroKo“ höre, muß ich an Thomas Manns Worte über die Bezeichnung „Der alte Fritz“ für Friedrich II. von Preußen („Friedrich der Große“) denken: „;Der alte Fritz‘ – ein schauerlicher Name, wenn man Sinn fürs Schauerliche hat; denn es ist wirklich im höchsten Maße schauerlich, wenn der Dämon populär wird und einen gemütlichen Namen erhält“.<sup>126</sup>

<sup>124</sup> [http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/ueberwachung-und-verfassungsrecht-die-kraenkung-der-demokraten-12369328-p2.html?printPageArticle=true#pageIndex\\_2](http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/ueberwachung-und-verfassungsrecht-die-kraenkung-der-demokraten-12369328-p2.html?printPageArticle=true#pageIndex_2)

<sup>125</sup> <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/amerika/nsa-und-cia-warum-wir-die-deutschen-ausspionieren-muessen-13039857.html>

<sup>126</sup> im Begleitheft zu Christian Graf von Krockow: „Friedrich der Große“, Feature von Wolfgang Bauernfeind, SFB 1986, auf 2 CDs von „Der Audio-Verlag“

„Der Hype ist vorbei. Volle acht Wochen hat die Empörung über Edward Snowdens NSA-Enthüllungen angehalten. Dann blieb das Entsetzen wieder in der Filter-Bubble derer hängen, die man nicht mehr überzeugen muß. Geschieht also jetzt, was Edward Snowden befürchtet hat: daß seine Enthüllungen verpuffen und die Geheimdienst-Schnüffelei ungerührt weiter geht?“, fragte Wolfgang Michal. Eine „Enthüllung“ jagte die nächste, es puffte und puffte und puffte – und „die Geheimdienst-Schnüffelei“ ging tatsächlich „ungerührt weiter“. In „Überwachung und Verfassungsrecht. Die Kränkung der Demokraten“ fragte Wolfgang Michal: „Gilt der Ausnahmezustand immer noch, **ohne daß wir davon wissen?**“<sup>127</sup>

Das ging mir nicht aus dem Sinn. Und immer wieder hörte ich Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Die ganze ‚Spiegel-Affäre‘ zeigte, daß in der Bundesrepublik das militärische Geheimnis keinen allzu großen Wert hatte – ein Faktum, das spätere Verfahren wegen Spionage oder sonstiger Geheimnisverletzungen nur bestätigen. Manchmal schien es, als sei das deutsche Volk für die Wahrung eines **Geheimnisses** noch nicht reif genug ...“<sup>128</sup>  
Ach ja, der Freiherr ...

## 11. Ernst Klee: „Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945

Auf der Suche nach ihm hatte es mich in seine ehemalige Universität Köln verschlagen. Dort fand ich im Juristischen Seminar nicht nur einige (Lehr-)Bücher meines Freiherrn,



129

sondern auch ein wunderbares Buch mit Informationen über ihn: Ernst Klees „Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945“<sup>130</sup>.

<sup>127</sup> [http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/ueberwachung-und-verfassungsrecht-die-kraenkung-der-demokraten-12369328-p2.html?printPagedArticle=true#pageIndex\\_2](http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/ueberwachung-und-verfassungsrecht-die-kraenkung-der-demokraten-12369328-p2.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2)

<sup>128</sup> Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Muß ich sterben, will ich fallen...‘. Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel); S. 212

<sup>129</sup> „Der moderne Kleinkrieg ...“ war nicht dabei - ob er wohl in Würzburg steht – und wenn ja, in welcher Ausgabe (mit oder ohne Lyndon LaRouches Vorwort)?

<sup>130</sup> Ernst Klee: „Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945“, Frankfurt am Main 2005, 42013 (Fischer Taschenbuch)



**„Heydte, Friedrich August Wilhelm Freiherr von der. Jurist.**

\* 30.3.1907 München. Völkerrechtler. Laut BDC<sup>131</sup> Mai 1933 NSDAP (Nr. 2134193). 1935 Wechsel zur Wehrmacht, im Krieg Oberstleutnant der Fallschirmspringer. 1949 Dozent in München. 1951 Lehrstuhl in Mainz, zusätzlich Richter am Landessozialgericht Rheinland-Pfalz. 1954 Lehrstuhl in Würzburg. *Statthalter der deutschen Statthaltereien des Ritterordens vom Heiligen Grabe*. Vorsitzender der *Abendländischen Akademie*. 1958 Autor: *Lehrbuch des Völkerrechts*. 1959 Gründungsmitglied der Organisation *Rettet die Freiheit*. Oberst der Reserve. 1962 Auslösung der Spiegel-Affäre mit einer Anzeige beim Bundesanwalt wegen Landesverrats. Danach Beförderung zum Brigadegeneral der Reserve. 1966-1970 MdL Bayern. Ab 1966 Mitherausgeber: *Die Grundrechte, Handbuch der Theorie und Praxis der Grundrechte*. Verfasser ungewöhnlich vieler Festschriften, unter anderem 1971 für Theodor Maunz. † 7.7.1994 Landshut<sup>132</sup>

Friedrich August Freiherr von der Heydte schrieb eine Festschrift über Theodor Maunz? Inzwischen hatte ich auch in der **Festschrift** für Friedrich August Freiherr von der Heydte „Um Recht und Freiheit“<sup>133</sup> herumgelesen - mal hier, mal da; eine systematische Lektüre der Artikel besonders zur „**Wehrwissenschaft**“ war mir nicht möglich -, in der Theodor Maunz seinerseits einen Artikel geschrieben hat: „Gemeinschaftsaufgaben im **Bildungsbereich**“<sup>134</sup>.

Auch Theodor Maunz findet sich in „Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945“ von Ernst Klee:

**„Maunz, Theodor. Jurist.**

\* 1.9.1901 Dachau. 1927 (bis 1935) im Ministerialdienst der badischen und bayerischen Verwaltung. 1933 NDSAP / SA (Seemann). 1935 ao.<sup>135</sup> Professor, 1937 Ordinarius für Öffentliches Recht und Prorektor in Freiburg, 1943 Autor: *Gestalt und Recht der Polizei* (zit.

<sup>131</sup> Berlin Document Center

<sup>132</sup> Ernst Klee: „Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945“, Frankfurt am Main 2005, 42013 (Fischer Taschenbuch), S. 253

<sup>133</sup> Festschrift für Friedrich August (Freiherr) von der Heydte: „Um Recht und Freiheit“; Berlin 1977 (Duckler & Humblot)

<sup>134</sup> vgl. „Kampf um Gerechtigkeit. Wieso ein linker Pädagoge in Hessen niemals Lehrer werden durfte“ von Ulrich Neumann, Sendung „Report Mainz“ vom 1.12.2008:

<http://www.swr.de/report/-/id=233454/did=4124472/pv=video/gp1=4248512/nid=233454/1nob9as/index.html>

und Jens Berger: „Von einem, der auszog, Lehrer zu werden“ unter

<http://www.heise.de/tp/artikel/29/29709/1.html>

<sup>135</sup> außerordentlicher

Nach *Neue Juristische Wochenschrift*, 1964, S. 1098): ‚Der Auftrag des Führers ist schlechthin das Kernstück des geltenden Rechtssystems und seinem innersten Wesen verbunden.‘ Personalakte im Universitätsarchiv bereinigt (Hausmann, Ritterbusch)<sup>136</sup>. 1952 Ordinarius in München. Co-Autor des Grundgesetz-Kommentars *Maunz-Dürig-(Roman) Herzog*, Mitglied CSU. 1957 bayerischer Kultusminister, 1964 Rücktritt wegen NS-Vergangenheit. Berater des 1992 im Verfassungsschutzbericht als verfassungsfeindlich eingeordneten Gerhard Frey, anonymer Autor zahlreicher Beiträge in Freys *National-Zeitung*. † 10.9.1993 München.<sup>137</sup>

In der Festschrift<sup>138</sup> schrieben viele deutsche Juristen von Rang und Namen, die z.T. auch Politiker waren (wie auch der Jubilar selbst). So schreiben etwa **Ernst Benda über „Verteidigungsfall und Bundesverfassungsgericht“** und Alfred Seidl über „Die Beiträge Bayerns zur Sicherung des inneren Friedens“ (§129a StGB).<sup>139</sup>

**Der „Abgeordnete Benda“** wird im Artikel „Zur Menschenwürde gehört die Freiheit von Furcht. Das aufsehenerregende Urteil des Verwaltungsgerichts Kassel / Bürger hat Anspruch auf Vernichtung von Verfassungsschutzakten“<sup>140</sup> erwähnt, der **Präsident des Verfassungsgerichtes Ernst Benda** in der „Dokumentation zu Hans Roth. ‚Es gab niemals einen Grund, an Ihrer Verfassungstreue zu zweifeln“<sup>141</sup>: „15.3.1977 ... Verfassungsbeschwerde ... zunächst angenommen ... dann jedoch nach überlanger Prüfungszeit im Mai 1979 überraschend ‚nicht angenommen‘ mit der Begründung, **dem Kläger sei der ganze lange Instanzenweg zuzumuten**, da er ‚noch keinen irreparablen Schaden erlitten‘ hätte (Zentralunterschrift im Dreierausschuß von Dr. Benda, Verfassungsgerichts-Präsident).“

In seinem Brief an den Bundespräsidenten vom 5.5.2012 **erwähnt Hans Roth Ernst Benda** („Später dann ... schrieb der Verfassungsgerichts-Präsident E. Benda ein geheimes Buch zu meinem Prozeß, das mir der **Verfassungsrichter M. Hirsch** zu lesen gab und über dessen Inhalt ich mich kürzlich **geäußert** habe, **nach der Auflösung von ‚Gladio‘** (s. Anlage: eidesstattliche Erklärung). Bei der Lektüre wurde mir klar, wie gefährlich ich war: der Satz **„Wer die Daten hat, hat die Macht“** machte deutlich, dass es im Wahn um die Machtfrage ging. Dementsprechend folgte der Autor dem Hinweis Spinozas, dass **Macht die Dreiheit von Gewalt, List und Zeit** ist; alle drei müssten eingesetzt werden, um den Kläger verlieren und untergehen zu lassen; die Zeit-Struktur eines Individual-Lebens ist nun mal sehr verschieden von der der Macht“) und in seiner Erklärung vom 17.11.2013 führt er aus: „...im **geheimen Strategie-Papier von Ernst Benda findet man alles, was Sun Tsu lehrt**, vom ‚Bekämpfen mit allen Mitteln‘ über Täuschen und Krücken und Türken und Lügen und Leugnen bis zum Aufrechterhalten einer Moral, die diesen Zielen dient. Darin ist Recht nicht mehr lebensnotwendige Kategorie des Schwachen .... Also wird **immer und ausnahmslos gelogen**: der Inside-Bericht des Offiziers über Folter-Ausbildung wird als ‚**Halluzination**‘ denunziert, das Gedächtnis-Protokoll des geheimen Gesinnungsverhörs als ‚**Phantasieprodukt**‘, die letzte Ablehnung als ‚**freiwillige Kündigung**‘. **Gelogen wird bis zum Gehnichts mehr, bis zur endgültigen Widerlegung.**“

<sup>136</sup> unter „Literatur“ auf S. 707: Frank-Rutger Hausmann: „‚Deutsche Geisteswissenschaft‘ im Zweiten Weltkrieg. Die ‚Aktion Ritterbusch‘ (1940-1945)“; Dresden 1998)

<sup>137</sup> Ernst Klee: „Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945“; Frankfurt am Main 2005, <sup>4</sup>2013 (Fischer Taschenbuch), S. 395

<sup>138</sup> Festschrift für Friedrich August (Freiherr) von der Heydte: „Um Recht und Freiheit“; Berlin 1977 (Duckler & Humblot)

<sup>139</sup> Sehr viel später begegnete mir Alfred Seidl wieder, in Stefan Aust: „Der Baader-Meinhof-Komplex“, Neuausgabe, München 2010, S. 491

<sup>140</sup> Frankfurter Rundschau, 12. Februar 1977; siehe S.

<sup>141</sup> Das ist die blaue Broschüre, die Alfred Grosser in „Report Mainz“ in der Hand hält:

[http://aljas.files.wordpress.com/2008/12/hans\\_roth\\_blaue\\_mappel.pdf](http://aljas.files.wordpress.com/2008/12/hans_roth_blaue_mappel.pdf)

Alfred Seidl wiederum findet sich in „Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945“<sup>142</sup>:

„**Seidl, Alfred. Jurist.**

\* 30.1.1911 München. 1935 juristische Staatsprüfung, Assistent der Universität München. 1937 NSDAP. 1940 Wehrmacht. 1945 Rechtsanwalt in München. Verteidiger von Hans Frank und Rudolf Heß im Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, von Fritz Fischer, Karl Gebhardt und Herta Oberheuser im *Ärzteprozeß*. Anwalt im *IG-Farben-Prozeß* (Ferencz). 1958 CSU-MdL, 1972 bis 1974 Fraktionsvorsitzender der CSU im bayerischen Landtag, 1977/78 Innenminister und damit für die Überwachung rechtsextremistischer Betätigung zuständig. Zeitlebens um Rehabilitation seines Mandanten Rudolf Heß bemüht. Berater von Gerhard Frey (Vorsitzender *Deutsche Volksunion*, Verleger *Nationalzeitung*). † 25.11.1993 München. Lit.: Linne.<sup>143</sup>

In „,Muß ich sterben, will ich fallen...“ erwähnt der Freiherr u.a. **Carl Schmitt**. „Daß mein Lehrer, Hans Kelsen, mit der Machtergreifung des Nationalsozialismus seinen Lehrstuhl verloren hat, habe ich schon erwähnt. An seine Stelle trat als Inhaber des Lehrstuhls für **Völkerrecht** und Rechtsphilosophie in Köln Carl Schmitt. Er war zweifellos ein **interessanter und fesselnder Gelehrter**, von dem allerdings die Studenten 1933 behaupteten, er habe bei der Verteilung von Intellekt und Charakter durch den lieben Gott, als es um den Intellekt ging, schon zweimal hier gerufen und sei deshalb bei der Verteilung des Charakters etwas zu kurz gekommen. Dieses Urteil mag einseitig sein: Tatsache ist jedoch, daß sich Carl Schmitt 1933 vom Elan der nationalsozialistischen Bewegung beeinflussen – ja, vielleicht sogar mitreißen – ließ. Um ein vorbehaltloser Anhänger Hitlers zu sein, war Carl Schmitt allerdings sicher zu sehr **Ästhet** und zu sehr **Individualist**“<sup>144</sup>. Der „Ästhet“ und „Individualist“ findet sich auch im „Personenlexikon“:

„**Schmitt, Carl. NS-Rechtstheoretiker.**

\* 11.7.1888 Plettenberg in Westfalen. Jurist, Staatsrechtler. Berater des Reichskanzlers Schleicher und Berater Papens bei Rechtfertigung des so genannten Preußenschlags (am 20.7.1932 Absetzung der preußischen SPD-Regierung per Notverordnung, Aufhebung des Verbots von SA und SS). Mai 1933 NSDAP. Sommer 1933 im *Führerrat* des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen, BNSDJ (1936 umbenannt in NS-Rechtswahrerbund), Leiter der Fachgruppe Hochschullehrer. Juni 1933 im *Führerrat* der von Hans Frank gegründeten *Akademie für Deutsches Recht*, Vorsitz im Ausschuß für Staats- und Verwaltungsrecht. Juli 1933 von Göring zum Preuß. Staatsrat ernannt. 1933 (bis 1945) Professor der Rechtswissenschaft in Berlin. 1934 Hauptschriftleiter der Deutschen Juristen-Zeitung (DJZ), Organ des BNSDJ, 1934 (bis 1944) Mitherausgeber der *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht*. 1934 über *Das Judentum in der Rechtswissenschaft* (zit. N. Staff): ‚Wir müssen den deutschen Geist von allen jüdischen Fälschungen befreien.‘ Rechtfertigung der Morde der Röhm-Affäre 1934 in seinem DJZ-Artikel *Der Führer schützt das Recht*, obgleich das befreundete Ehepaar Schleicher unter den Opfern: ‚Der wahre Führer ist immer auch Richter. Aus dem Führertum fließt das Richtertum.‘ Als Günstling Hans Franks von Himmler, Höhn und Stuckart kaltgestellt, Januar 1937 Verlust aller NS-Ämter (Ausnahme: Staatsrat). 1940 in seinem Buch *Positionen und Begriffe* (zit. N. Michalka): ‚Der Führer schützt das Recht vor dem schlimmsten Missbrauch, wenn er im Augenblick der Gefahr kraft seines Führertums als Oberster Gerichtsherr unmittelbar Recht schafft.‘ Autor des jeweils mit einem Leitartikel von Goebbels erscheinenden NS-Wochenblatts *Das Reich* (Frei/ Schmitz). Internierung bis Mai 1947. Danach ohne Amt, aber einflußreicher

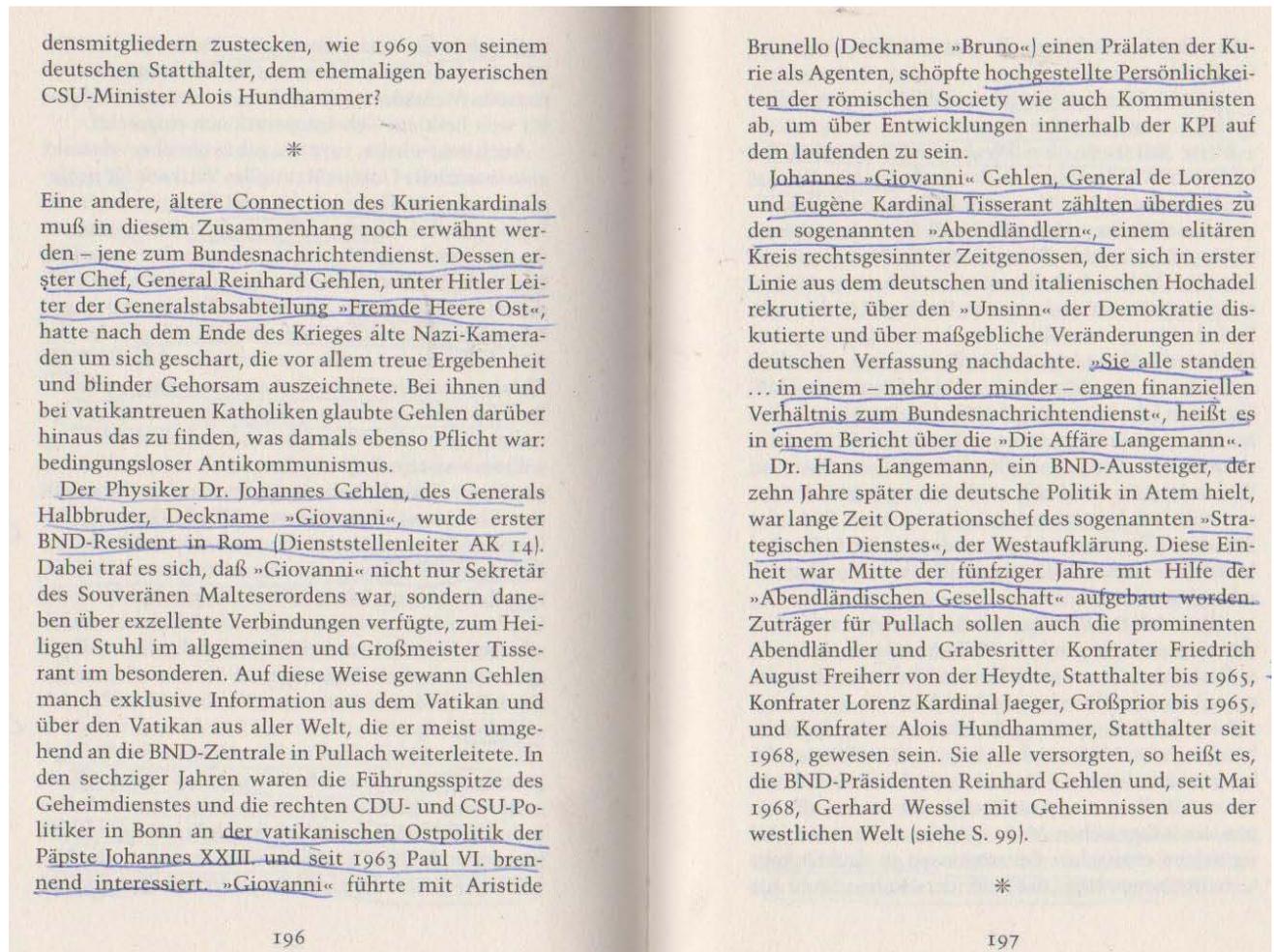
<sup>142</sup> Ernst Klee: „Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945“, Frankfurt am Main 2005, 42013 (Fischer Taschenbuch)

<sup>143</sup> Ernst Klee: „Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945“, Frankfurt am Main 2005, 42013 (Fischer Taschenbuch), S. 577

<sup>144</sup> Friedrich August Freiherr von der Heydte: „,Muß ich sterben, will ich fallen...‘.Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel), S. 42

Strippenzieher, Wohnsitz Plettenberg im Sauerland. † 7.4.1985 Plettenberg. Lit.: Blasius; I. Müller.<sup>145</sup>

Weil ich so viele für mich neue, für den Freiherrn alte Bekannte im Personenlexikon schon gefunden hatte, suchte ich nun auch die Anderen auf den Photos in seinen Lebenserinnerungen. Die Bildunterschriften „Auszug der Ritter vom Hl. Grab aus der Peterskirche – rechts hinter mir: Prinz Xavier de Bourbon“ und „Im Gespräch mit **Kardinal Tisserant** in Rom im Jahr 1960“ ließen mich die beiden suchen. Leider fand ich sie bei Klee nicht und mußte mich zunächst mit den ja auch einigermaßen ausführlichen Schilderungen über Kardinal Tisserant in „Verschwörung im Zeichen des Kreuzes. Die Ritter vom Heiligen Grabe“<sup>146</sup> auf den Seiten S. 26, 116f., 173, 177f., 180-195, 197-203, 211, 222 begnügen.



Leider führt das Register nur Personennamen auf, und so fand ich „Gladio“ erst relativ spät, nach „dem Artikel über Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Eine wichtige Rolle in den rechten, vom Vatikan gestützten Zirkeln Italiens spielte daneben der mächtige Chef des Geheimdienstes SIFAR, General Giovanni de Lorenzo, der in den sechziger Jahren einen Geheimbund namens ‚La Rosa Die Venti‘ (‚Windrose‘) aufgebaut hatte, deren Mitglieder im Falle einer sowjetischen Intervention oder eines kommunistischen Putsches in den Untergrund

<sup>145</sup> Ernst Klee: „Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945“, Frankfurt am Main 2005, 42013 (Fischer Taschenbuch), S. 548f

<sup>146</sup> Oliver Schröm und Egmont R. Koch: „Verschwörung im Zeichen des Kreuzes. Die Ritter vom Heiligen Grabe“, München 2002 (Orbis Verlag), Sonderausgabe. Titel der Originalausgabe: „Das Geheimnis der Ritter vom Heiligen Grabe“, Hamburg 1995 (Hoffmann und Campe)

gehen sollten; später wurde diese Organisation, die es auch in anderen NATO-Mitgliedsstaaten gab, unter dem Namen ‚Gladio‘ bekannt.“<sup>147</sup>

Inhaltsverzeichnis<sup>148</sup>:

Inhalt	
Vorwort	7
Neue Soldaten für die „Miliz Christi“	15
<i>Szenen einer Investitur des Ritterordens vom Heiligen Grabe</i>	
Glaubenskrieger unterm Hakenkreuz	41
<i>Zur Rolle des Ordensbruders Franz von Papen im Dritten Reich</i>	
Mit Gottes Hilfe für alte Kameraden	65
<i>Wie Grabesritter sich als Fluchthelfer für NS-Verbrecher betätigten</i>	
Ein klerikaler Amokläufer 9	91
<i>Die rechten Umtriebe des Großkreuzritters Friedrich August von der Heydte</i>	
Mächtige Männer braucht das Land	125
<i>Die Ära Hermann Josef Abs und die Connections seiner Wirtschaftsritter</i>	
Geistige Avantgarde fürs deutsche Volk	145
<i>Rechte Kadenschmieden der Konfratres Hans Filbinger und Lothar Bossle</i>	
Keine Quittung von Seiner Eminenz	173
<i>Dubiose Geschäfte des Ordens-Großmeisters Kardinal Eugene Tisserant</i>	
»Zu viele Leichen im Keller, Eure Heiligkeit!«	207
<i>Von der Verstrickung der Grabesritter in die Skandale der Vatikanbank</i>	
Die Ehrenmänner der Bruderschaft	229
<i>Wie sizilianische Grabesritter mit der Mafia konspirierten</i>	
Stille Hilfe im Heiligen Land	251
<i>Das einseitige Engagement des Ordens für palästinensische Interessen</i>	
Nachwort	273
Anhang	
<i>Deutsche Ordensritter in der Berufswelt</i>	280
<i>Satzung des Ritterordens vom Heiligen Grab zu Jerusalem (Auszüge)</i>	285
<i>Dokumente</i>	303
<i>Bibliographie</i>	310
<i>Register</i>	329

Zu „Als Gast in Spanien – bei einer Tagung über das Thema Außenpolitik am 20. Sept. 1953“, „Ankunft in Athen als Gast der griechischen Regierung im Jahr 1970“ und „Der griechische Koordinationsminister, Oberst N. Makarezos, begrüßt meine Frau und mich zu einem Dinner der ‚Auberge‘ am 28.5.1970 in Athen“ paßte der Satz „Als oberster deutscher Grabesritter betrachtete er den Orden als Stoßtrupp des Vatikans im Kampf gegen den Bolschewismus, war gern gesehener Gast in Francos Spanien, Berater der griechischen Militärjunta ...“<sup>149</sup>. Nikolaos Makarezos stand auch im Personenregister von „Verschwörung im Zeichen des Kreuzes“. „Was für ein Personenregister“, dachte ich – wie bei Bernt Engelmanns „Deutsche Radikale 1777-1977“ mit Hans Roth. Die Einen und die Anderen, der Freiherr und die Citoyens wie auch Walter Jens (s.o.), „Einer“ (Familiennamen von Friedrich August Freiherr von der Heydte) und seine Ritter und Hans Roth mit seinem „Anti-Faust“ ...

<sup>147</sup> a.a.O., S. 195

<sup>148</sup> Oliver Schröm und Egmont R. Koch: „Verschwörung im Zeichen des Kreuzes. Die Ritter vom Heiligen Grabe“, München 2002 (Orbis Verlag), Sonderausgabe. Titel der Originalausgabe: „Das Geheimnis der Ritter vom Heiligen Grabe“, Hamburg 1995 (Hoffmann und Campe)

<sup>149</sup> Egmont R. Koch und Oliver Schröm: „Dunkle Ritter im weißen Gewand“, Artikel in der „Zeit“ vom 25.3.1994: <http://www.zeit.de/1994/13/dunkle-ritter-im-weissen-gewand>

Nach Prinz Xavier de Bourbon, Kardinal Tisserant und N. Makarezos suchte ich jetzt noch wegen den Bildunterschriften „Geländebesprechung der belgischen Armee mit General Hasso von Manteuffel (Mitte) und mir“ und „Im Gespräch mit Kardinal Jäger, dem früheren Erzbischof von Paderborn, in Rom“ eben diese beiden bei Ernst Klee und wurde fündig:

**„Jaeger, Lorenz. Erzbischof von Paderborn.**

\* 23.9.1892 Halle als Sohn eines Eisendrehers. Kompanieführer im I. Weltkrieg. 1926 Religionslehrer in Herne. 1929 im *Verein für das Volkstum im Ausland*, ab 1933 *Volksbund für das Deutschtum im Ausland*. 1933 Studienrat am Dortmunder Hindenburg-Realgymnasium. 1934 NSV (Parteimitgliedschaft war Priestern nach dem Konkordat von 1933 verboten). 1939 Kriegspfarrer. Oktober 1941 Erzbischof. Im Fastenbrief 1942 (Kirchliches Amtsblatt vom 12.2.1942, zit. N. Stüken, S. 155) über Rußland: ‚Ist jenes arme unglückliche Land nicht der Tummelplatz von Menschen, die durch ihre Gottfeindlichkeit und durch ihren Christenhaß fast zu Tieren entartet sind? ... Und warum? Weil man die Ordnung des menschlichen Lebens dort nicht auf Christus, sondern auf Judas aufgebaut hat.‘ 1950 (bis 1965) Großprior der deutschen *Statthalterei der Ritter vom Heiligen Grab*. 1965 Kardinal. 1973 Amtsverzicht. † 1.4.1975 Paderborn. Lit.: Stüken.<sup>150</sup>

**„Manteuffel, Hasso von. General der Panzertruppen.**

\* 14.1.1897 Potsdam. Am 9.11.1944 in *Panzerfunk*, Nachrichtenblatt einer Panzerarmee (faks. Abdruck bei Poliakov, *Diener*): ‚Dieser Kampf geht um Sein oder Nichtsein der Nation und damit jedes Einzelnen. Der Abtrünnigen und Feiglinge Schicksal – Italien, Finnland, Rumänien, Bulgarien – ist uns Warnung genug. Wir kämpfen für den Ewigkeitswert der Deutschen.‘ 1945 Kriegsgefangenschaft. 1947 Prokurist einer Metallwarenfabrik in Neuss. 1949 FDP. Laut brit. Geheimdienst 1950 Kontakt zur *Bruderschaft*, einem am 22.7.1949 in Hamburg gegründeten Geheimbund von Krypto-Nazis um Ex-Gauleiter Kaufmann (BA N 1080/272). Leiter der Traditionsgemeinschaft *Großdeutschland* (Dudek). 1953-1957 MdB, Vorsitzender des Sicherheitsausschusses (Hdb. D. Dt. Bundestages). † 24.9.1978 Reith in Tirol (DBE).<sup>151</sup>

Und mir kam wieder die Idee des Theaterstücks in den Sinn (wie Rolf Hochhuths „Der Stellvertreter“. In Dramen treten die Protagonisten ja oft in Gesellschaft auf; einige der Vorgenannten sollten in „Der Freiherr und der Citoyen“ unbedingt gut besetzt werden.

## 12. Fritz Bauer: Die Ursachen faschistischen und nationalsozialistischen Handelns

„How a patriot act“ hieß ein Buch von Glenn Greenwald, der in seinem neueren Buch „Die globale Überwachung“<sup>152</sup> (Originaltitel: „No place to hide“) viele Dokumente von Edward Snowden veröffentlichte. Der „Patriot act“ gleicht den **Notstandsgesetzen**, und es ist das „**Nein**“, das **Edward Snowden und Hans Roth** miteinander verbindet. Beide widersetz(t)en sich einer „**Staatsraison**“, die es für geboten hielt bzw. hält, Grundrechte außer Kraft zu setzen. Immer wieder muß ich dabei auch an **Otto Wels** und seine wunderbare Rede zum „**Ermächtigungsgesetz**“<sup>153</sup> am 23.3.1933 vorm Reichstag in der Kroll-Oper denken<sup>154</sup>: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen – die Ehre nicht!“ rief er<sup>155</sup>. Ihre Ehre verloren für

<sup>150</sup> Oliver Schröm und Egmont R. Koch: „Verschwörung im Zeichen des Kreuzes. Die Ritter vom Heiligen Grab“, München 2002 (Orbis Verlag), Sonderausgabe. Titel der Originalausgabe: „Das Geheimnis der Ritter vom Heiligen Grab“, Hamburg 1995 (Hoffmann und Campe), S.

<sup>151</sup> a.a.O., S. 390

<sup>152</sup> Glenn Greenwald: „Die globale Überwachung“, München 2014 (Droemer)

<sup>153</sup> <http://www.dhm.de/lemo/html/dokumente/ermaechtigungsgesetz/index.html>

<sup>154</sup> siehe S.

mich alle 444 Abgeordneten des Deutschen Reichstages, die diesem Willkür-Gesetz als Parlamentarier zustimmten.

„Was die Leute nicht hören wollen: daß es in unserem Leben eine Grenze gibt, wo wir nicht mehr mitmachen dürfen“, sagt Fritz Bauer im Film „Fritz Bauer. Tod auf Raten“ von Ilona Ziok in Originalaufnahme. In diesem Film wird auch auf die Vorkommnisse um seine Schrift „Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns“<sup>156</sup> hingewiesen, die er gern als Schullektüre gesehen hätte.

Für den **Historiker** und späteren Bundeskanzler **Helmut Kohl** (1983ff: „**geistig-moralische Wende**“) sei es **1962 noch zu früh** gewesen, die Ansicht des **vor den Nazis geflohenen Juden und Sozialdemokraten** und zu jener Zeit **hessischen Generalstaatsanwalts** Fritz Bauer an den Schulen als Diskussionsgrundlage zuzulassen, erzählen Zeitzeugen im Film. Das wollte ich genauer wissen und den Film sowie das Buch kaufen. Beides gestaltete sich schwieriger als erwartet: Die DVD hatte es schon nicht im Handel gegeben, sondern nur bei CV Films direkt<sup>157</sup>,



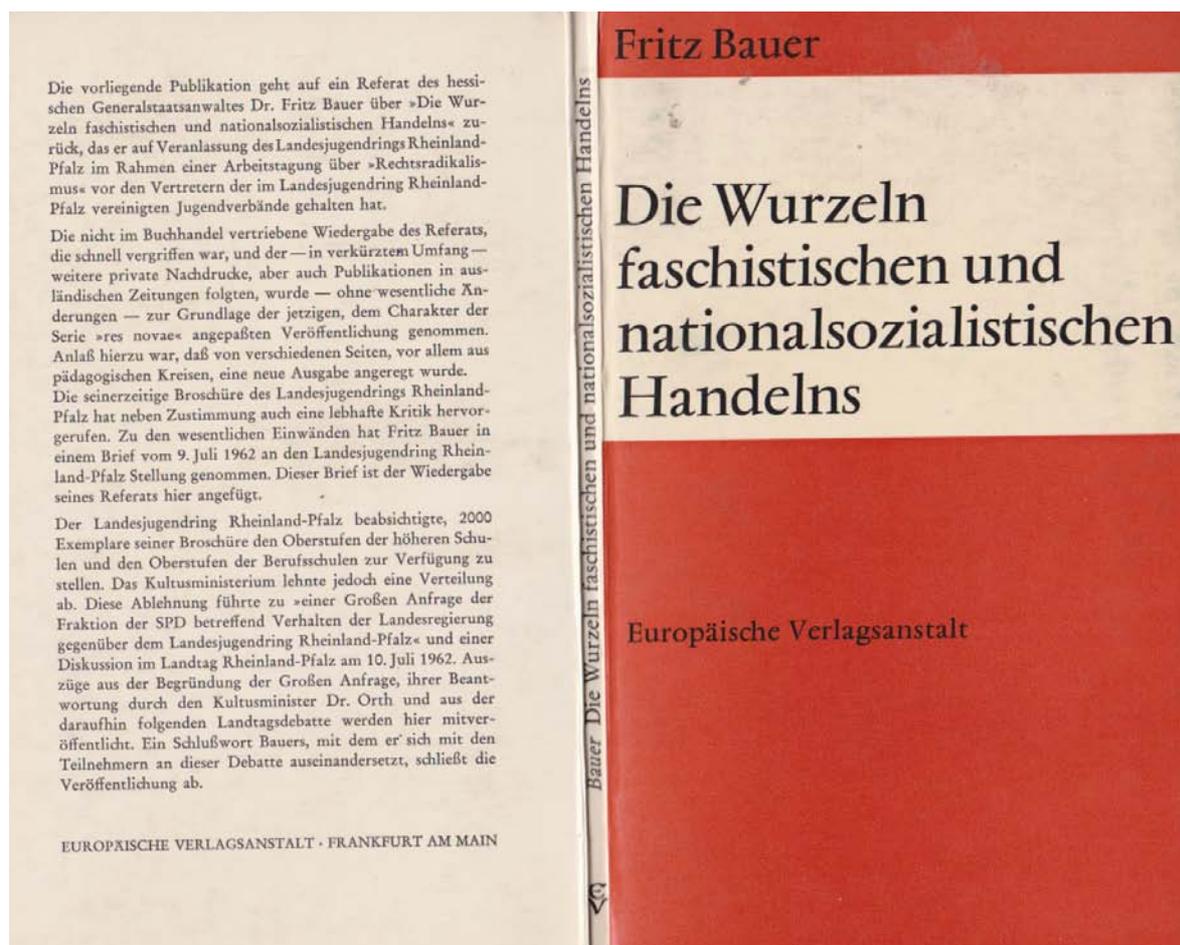
<sup>155</sup> <http://www.dhm.de/lemo/html/dokumente/wels/index.html> und [http://www.fes.de/archiv/adsd\\_neu/inhalt/stichwort/wels.htm](http://www.fes.de/archiv/adsd_neu/inhalt/stichwort/wels.htm)

<sup>156</sup> Fritz Bauer: „Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns“, Stuttgart 1965 (Europäische Verlagsanstalt)

<sup>157</sup> „Fritz Bauer. Tod auf Raten“; Film von Ilona Ziok (CV Films): <http://www.fritz-bauer-film.de/ge/index.htm>; zu bestellen über [cvfilmsberlin@aol.com](mailto:cvfilmsberlin@aol.com)



und auch „Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns“ fand ich zunächst nirgendwo. Auf den Seiten des „Fritz-Bauer-Institut“<sup>158</sup> (zur Geschichte und Wirkung des Holocaust) in Frankfurt am Main konnte ich nirgendwo einen Hinweis zum Film oder zur Schrift finden. Auf Anfrage teilte das Sekretariat mir mit, „Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns“ sei 1965 erschienen und sei antiquarisch im Internet über <http://www.eurobuch.com/> zu erwerben; das günstigste Angebot läge bei 18,-€; meine Buchhandlung bestellte es wohl auch auf diesem Wege.



<sup>158</sup> Fritz Bauer Institut, Geschichte und Wirkung des Holocaust, Grüneburgplatz 1, 60323 Frankfurt am Main, Tel.: 069.798322-40, Fax: -41, [info@fritz-bauer-institut.de](mailto:info@fritz-bauer-institut.de), [www.fritz-bauer-institut.de](http://www.fritz-bauer-institut.de)

Ich kann gar nicht sagen, wie unverstandlich und bedauerlich ich es finde, daß Fritz Bauers Worte nicht überall zu kaufen sind. Dieses kleine Bchlein mute wirklich Schullektüre sein und überall verteilt werden. Gott gebe, daß es bald eine Neuauflage gibt – es wäre ein dünnes, kleines Reclamheftchen, eine Hausaufgabe von einer Unterrichtsstunde (Geschichte, Brgerkunde, Religion, Literatur, Soziologie, Pädagogik) bis zur nächsten.

Die eigentliche Schrift ist nur 35 Seiten lang, und wenn ein so großer Mensch seine Gedanken so knapp zusammenfaßt, fällt es schwer, etwas herauszugreifen. Und so bitte ich Fritz Bauer („der größte lebende Zeuge ... für ein besseres Deutschland“, der „größte Botschafter, den die Bundesrepublik hatte“, wie Robert Kempner, stellvertretender Hauptanklger der USA beim Nürnberger Proe, ihn nannte) jetzt schon um Entschuldigung. Aber diese beiden Textstellen sind mir ganz besonders aufgefallen, weil sie mich kolossal an „Der Freiherr und der Citoyen“ erinnern:

### 1. Zum „Heiligen Römischen Reich (Deutscher Nation)“

Unter VII. auf S. 17: „Tendenzen, die Freiheit abzuschaffen, gab es vor allem in Italien, in Deutschland, in Russland, in Spanien und in Portugal ... Diese fünf Länder sind ehemalige Weltreiche, die aber den Anschluß an den modernen Imperialismus nicht gefunden oder verloren haben. Man könnte also ihren Rückgriff auf archaische Weltreichvorstellungen als Ersatz für das Scheitern ihrer imperialen Bestrebungen in der Neuzeit verstehen, als eine Art Csarentum, das sie dem modernen Kolonialismus der anderen Staaten entgegensetzten. Die faschisierten Länder West- und Osteuropas sind genau diejenigen, die sich als Erben des römischen Csarentums und berufen fühlten, das Weltreich der Cäsaren fortzusetzen.

In Westeuropa bestimmte während des ganzen Mittelalters die Idee des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation die große Politik. Die Deutschen glaubten, eine Mission zu haben, das römische Kaiserreich zu erhalten und fortzusetzen. Ähnliches finden wir in Osteuropa, in Russland. Das römische Weltreich war zum Schluß geteilt; es gab einen westlichen Teil, dessen Mittelpunkt Rom war, und einen östlichen, dessen Zentrum sich in Byzanz befand. Das byzantinisch-römische Erbe wurde von den russischen Zaren übernommen. Ein guter Teil des russischen Nationalismus und der Vorstellung der Weltmission des Russentums hat hier seine Quelle. Auch Spanien und Portugals Geschichte stand im Bannkreis solcher Ideen, und Muolini ist nie müde geworden, an das alte Rom zu erinnern.

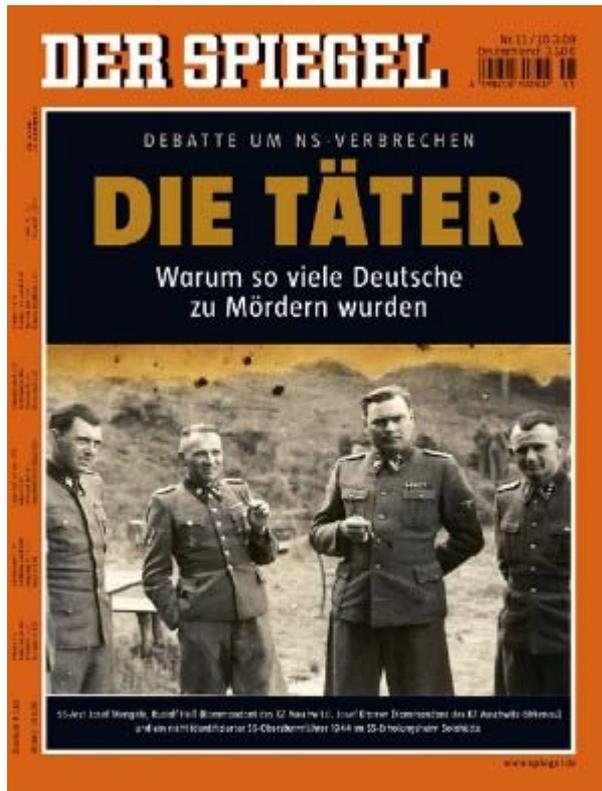
Das alte Rom war csarisch, nicht demokratisch ...“.

DER SPIEGEL 32/2006



## 2. Zu „Ordnungssinn“ und „Sachlichkeit“

DER SPIEGEL 11/2008



Unter X. auf S. 26f: „Die Deutschen wurden auf ihre sachliche Arbeit ausgerichtet. Dem Anspruch des Staates auf Machtentfaltung nach außen und innen entsprach die Forderung nach fragloser, mechanischer Disziplin des Untertanen. Hier galt die Ideologie „Gesetz ist Gesetz“ und „Befehl ist Befehl“, sie sicherte Präzision. Weltanschaulicher, moralischer und humanitärer Ballast machten nach der herrschenden Auffassung einen Staat schwach und anfällig. Theorie und Praxis einer doppelten Moral überwucherte – wo sie sich erst einmal breit gemacht hatte – zwangsläufig die zum privaten Gebrauch degradierte Ethik des einzelnen und machte die Bürger zu gefügigen Staatsbürgern, die, indem sie kritiklos den Machtapparat stützten, zu ihrer eigenen Entmachtung beitrugen. Das Gebot der Sachlichkeit schuf ausgezeichnete Beamte, ausgezeichnete Offiziere und ausgezeichnete Handwerker und Arbeiter. Sie funktionierten besser, reibungsloser und widerstandsloser als die Beamten, Offiziere, Handwerker und Arbeiter anderer Länder. Die Präzision, die roboterartige Tüchtigkeit geschah aber auf Kosten des Menschlichen. Das Moralische wurde hintangestellt. Man tat seine Pflicht. Nun ist zwar Pflichterfüllung etwas Schönes und Großes, aber es gibt nicht nur eine Verpflichtung gegenüber der Sachaufgabe, die gestellt ist, sondern auch gegenüber den Menschen.

Es gab einen Dichter in Deutschland, der schon vor über einem Jahrhundert bitter darüber geklagt hat. Hölderlin litt und zerbrach. In seinem Hyperion lesen wir:

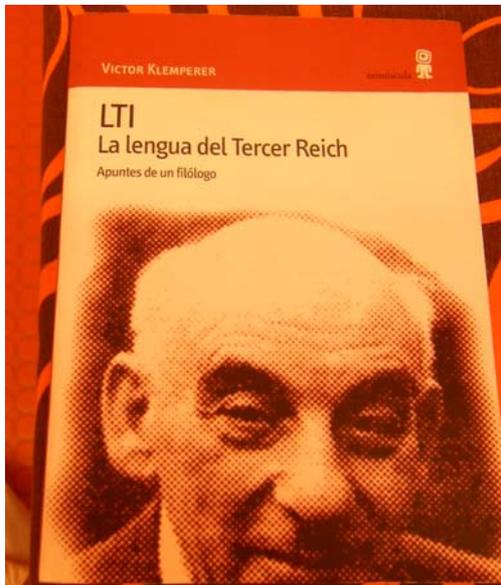
**„Handwerker siehst du, aber keine Menschen,  
Denker, aber keine Menschen,  
Priester, aber keine Menschen,  
Herren und Knechte, aber keine Menschen.“**

Der Deutsche fühlte sich stets verantwortlich für seine Arbeit, er ging in ihr auf, aber die öffentlichen Dinge, das Politische im weitesten Sinne, das alles Zusammenleben zu Hause

und mit den Menschen jenseits der Grenzen umfaßt, waren ihm ‚ein garstiges Lied‘, in das einzustimmen er ablehnte. Er folgte nicht nur im Sinne handwerklicher Tüchtigkeit der Maxime ‚Schuster bleib bei deinem Leisten‘. Im Dritten Reich haben wir erlebt, daß die Generäle groteskerweise zu erklären pflegten, sie seien Generäle und Offiziere, aber keine Politiker. Die Politik überließen sie Hitler. Für sie, sagten sie, trügen sie keine Verantwortung. Das waren Generäle, aber keine Menschen.

Man hat oft zwei Typen europäischer Menschen unterschieden; der eine Typus denkt vorzugsweise an Ordnung, der andere an Freiheit. Der Rechtsphilosoph Gustav Radbruch, Justizminister der Weimarer Republik, ..., schrieb einmal, dem Menschen mit Ordnungssinn verdanken wir Großes; er könne aber zuzeiten zu kulturbedrohender Übertreibung neigen. ...“  
159

Im Unterschied zu den oben genannten Juristen findet sich Fritz Bauer nicht in Ernst Klees „Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945“. Er war zwar schon vor dem „Dritten Reich“<sup>160</sup> Jurist, und danach war er es auch (und sorgte u.a. für die Rehabilitierung der Widerständler vom 20. Juli und den Auschwitz-Prozeß); aber während des „Dritten Reiches“ war er in Deutschland eben – wie Hans Kelsen – nichts.



Wie Friedrich August Freiherr von der Heydte zum Heiligen Römischen Reich stand, schreibt er in seinen Lebenserinnerungen, die er vor einem kurzen Nachwort mit dem Liedtext ausklingen läßt, nach dem das Buch benannt ist, und er gibt seiner Hoffnung Ausdruck, „daß nicht nur meine Söhne und Enkel im Sinne des alten Familienlieds leben. ... In der überlieferten Form heißt der Text des Lieds:

, ...  
Steigt ein Heydte in den Sattel  
Für des Kaisers Majestät,  
In der Faust den blanken Degen,  
Auf den Lippen ein Gebet:  
Pflicht und Ehr'  
Und nicht mehr  
Werden ihn dann leiten!

<sup>159</sup> Fritz Bauer: Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns;  
<http://www.heise.de/tp/foren/S-Fritz-Bauer-Die-Wurzeln-faschistischen-und-nationalsozialistischen-Handelns/forum-152348/msg-25488647/read/>

<sup>160</sup> nationalsozialistische Selbstbezeichnung, heute noch oft gedankenlos benutzt (auf Spanisch „Tercer Reich“)

...  
Zeigt dem Feind: Hier ficht ein Heydte,  
Seinen tapfern Ahnen gleich,  
Ritterlich für Pflicht und Ehre,  
Für das Heil'ge Röm'sche Reich:  
Pflicht und Ehr  
Ruft zur Wehr  
Ge'n den Feind zu reiten

Wenn ein Heydte Pflicht und Ehre  
Nicht mehr achtet und verletzt,  
Soll sein Stamm mit ihm verdorren –  
Nicht beachtet, nicht geschätzt.  
Pflicht und Ehr'  
Und nicht mehr,  
Sind, was ich begehre."<sup>161</sup>

„Pflicht und Ehr' und nicht mehr“? Doch: „auf den Lippen ein Gebet“! Entsetzlich; mein Reich ist nicht von dieser Welt – amin! Meine Helden erkennt man daran, daß sie im entscheidenden Moment „Nein!“ sagen (nicht zufällig sind die „Zehn Gebote“ in Torah und Bibel eigentlich Verbote und formulieren „Du sollst nicht“). Helden kommen nicht als goldene Ritter strahlend und hoch zu Roß daher, sondern sind standhafte Menschen, die bereit sind, mehr oder weniger große Nachteile durch ihr „Nein!“ zu erleiden. Die „Frohe Botschaft“ des jüdischen Rabbi, nach dem die Christen sich benennen und den die Muslime als den Propheten Isa verehren, heißt „Liebet Eure Feinde“. Denn Er spricht von Brüderlichkeit und also vom ewigen Leben.

Das gleiche schreibt der deutsche Jurist Fritz Bauer: „Eine Politik im Dienste des Rechts eines jeden auf Glück wird aber nicht nur in politischen Zirkeln, durch Diskussionen und Wahlen getrieben. Jede Stunde des Alltags gibt allen Gelegenheit dazu, zu Hause, bei der Arbeit, auf der Straße, im Umgang und in Zusammenarbeit mit den Menschen aller Stände, Rassen und Weltanschauungen. Goethe hat einmal gesagt: ‚Der Zweck des Lebens ist das Leben selbst.‘ Leben meint Leben und Lebenlassen, heißt das Leben und alle Menschen lieben. Das ist, gerade weil es mitunter recht schwerfällt, jedenfalls heroischer, als die Menschen zu quälen, zu plagen und totzuschlagen“<sup>162</sup>.

Ob Fritz Bauer Friedrich August Freiherr von der Heydte gekannt hat? Beide waren deutsche Juristen,  
der Eine

und der Andere.

„Zeigt dem Feind: Hier ficht ein Heydte,  
Seinen tapfern Ahnen gleich,  
Ritterlich für Pflicht und Ehre,  
Für das Heil'ge Röm'sche Reich:  
Pflicht und Ehr  
Ruft zur Wehr  
Ge'n den Feind zu reiten“

„Leben meint  
Leben und  
Lebenlassen, heißt das  
Leben und  
alle Menschen lieben.“

<sup>161</sup> Friedrich August Freiherr von der Heydte: „,Muß ich sterben, will ich fallen...‘. Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel)

<sup>162</sup> Die letzten Zeilen von „Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns“ von Fritz Bauer, Stuttgart 1965

Wie sagt Jakobowski immer: „Es gibt immer zwei Möglichkeiten!“<sup>163</sup> Für Fritz Bauer wird in der Synagoge meines Herzens immer eine Kerze brennen.

Und an dieser Stelle möchte ich mich bei einer spanischen Freundin bedanken, die als Philosophin ihren Hegel als Handpuppe im Regal liegen hat und ihn auf ihre wunderbare Art immer wieder vom Kopf auf die Füße stellt. Laura, ich liebe Dich und Deine Familie - ¡muchas gracias!



Durch sie habe ich auch gelernt, daß das von Hans Roth mehrfach benutzte Wort „agora“ – „Unsere Zukunft liegt in Vergangenen. Für radikale Demokraten liegt sie im Zusammenspiel von ‚parrhésia‘ und ‚agora‘, vom angstfrei vorgetragenen Wort und dessen Kritik auf dem freien Markt der freien Meinungen“<sup>164</sup> - in mediterranen Kulturen einen größeren Stellenwert hat als in dem kalten Land meiner Geburt.



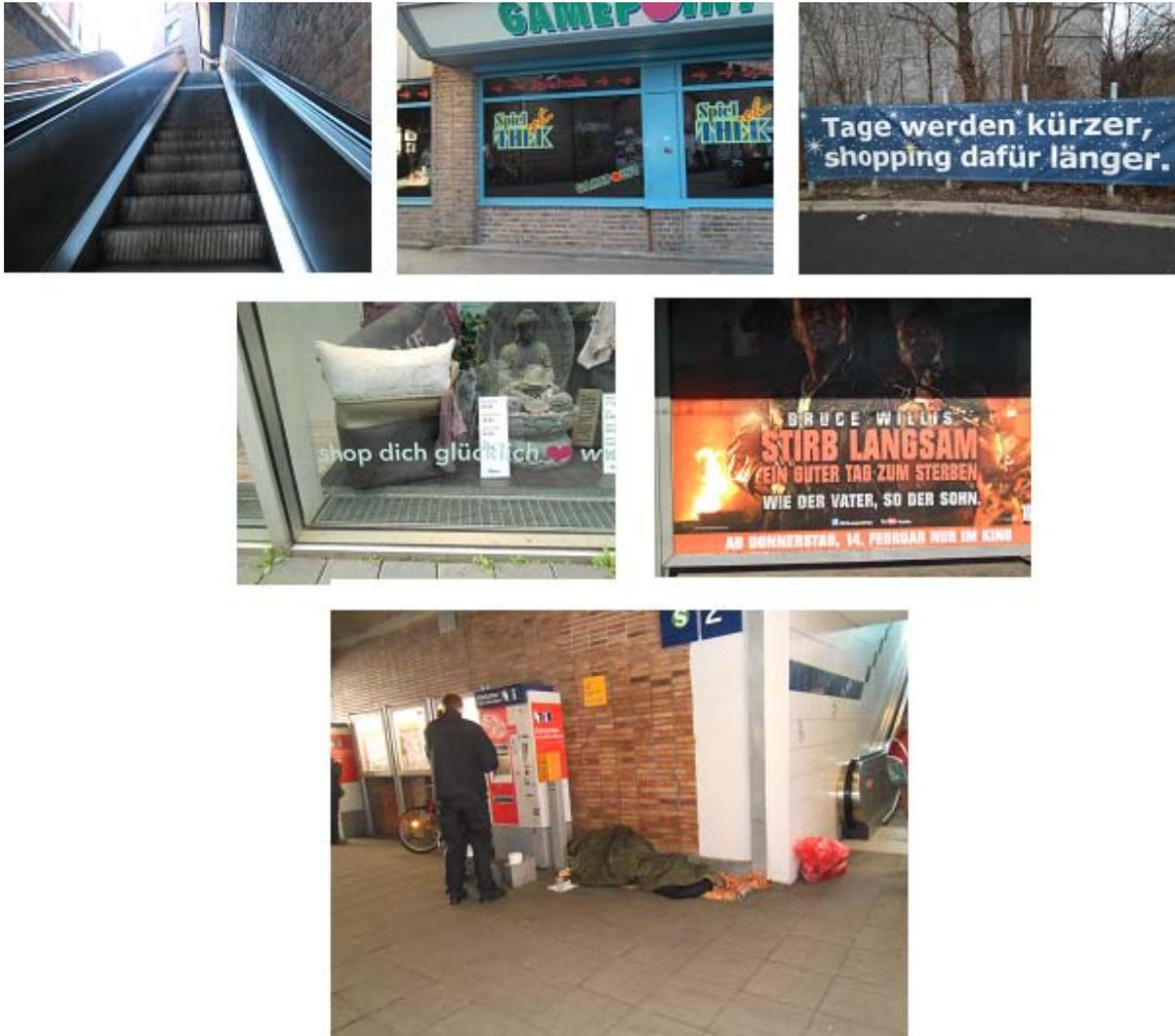
165

<sup>163</sup> Peter Gleville: „Jakubowski und der Oberst“, Film mit Curd Jürgens und Danny Kaye von 1958 (DVD)

<sup>164</sup> hier in seiner Erklärung vom 9.3.2012

<sup>165</sup> Links die Agora in Valencia, daneben die Zukunft, die im Vergangenen liegt (vgl. „Republik“ von Hans Roth über Heinz Langerhans – viel weiter unten: „Er liebte den kleinen Mann auf der Straße, träumte von einer Dauer-Demokratie; wenn die repräsentative Demokratie ihre Repräsentanten sprechen läßt und die kleinen Leute schweigen, wenn die Märkte die in Kundschaft verkehrte Menschheit sprechen lassen und die Menschen schweigen, dann stimmt da was nicht, dann ist das Volk verlorengegangen, und mit ihm die Republik. Nur über den dauernden Austausch zwischen ‚parrhésia‘ und ‚agora‘ wird das Haus der Demokratie wirklich bewohnbar; nur so wird sein schönster Satz Wirklichkeit: ‚Man wird nicht als Citoyen geboren; man muß es erst werden – und das geht nicht ohne Kämpfen.‘)

In meiner eigenen Stadt sieht das dann so aus:



### 13. „In der Sache Ihres Sohnes ist wohl auch alles falsch gelaufen, was überhaupt nur denkbar war.“

In seiner Erklärung vom 17. Januar 2009 schrieb Herr Roth: „Die hessische CDU fand das übrigens damals gut, dass ich das ‚unsittliche Angebot‘ der damaligen SPD-Regierung nicht annahm; sie forderte damals – u.a. auch nach einem Gerichtserfolg – meine sofortige ‚Wiedereinsetzung in den Status quo ante‘ vor meiner ‚Extremisten‘-Typisierung (**G. Milde**, Fraktionsvorsitzender, schriftlich; **H. Geipel**, Verfassungsschutzobmann, mündlich); der **CDU-Verfassungsschutz-Präsident C. Lochte** schrieb mir einen ausdrücklichen Persilschein aus – und bat mich um Verzeihung für das, was mir angetan worden war. Das soeben Gesagte wurde gerichtlich geprüft und blieb unwidersprochen; **der Bundespräsident**, nach dreijähriger Prüfung durch seinen Verfassungsexperten, segnete das Ganze schriftlich ab.“

Gottfried Milde, Horst Geipel, Christian Lochte, Johannes Rau – diese Namen hatte ich in den letzten Jahren gesucht.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende **Gottfried Milde** im Jahr 2009 hatte mir den Kontakt zu seinem Vater ermöglicht, dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Gottfried Milde im Jahr 1986.

Dessen Brief an Kultusminister Schneider vom Sommer 1986 („Ich bitte ganz herzlich, doch den Vorgang noch einmal persönlich zu überprüfen ... und einen Weg zu suchen, auf dem man Herrn Roth gerecht werden kann“) war Bestandteil meiner Petition, ebenso wie die Briefe von **Christian Lichte** vom 20.3.1984 („Ich würde Ihnen auch sehr gern helfen, ich weiß nur nicht wie“) und der Brief von **Johannes Rau** vom 15.8.2002 („Ich habe mir nun alles einmal in Ruhe angesehen und fand mich dabei wie mit einer Zeitmaschine in jene Jahre versetzt, deren Übertreibungen ich schon damals kritisierte und deren überspitzte Atmosphäre heute nur noch schwer zu verstehen ist“).

Bisher hatte ich **Horst Geipel** nicht finden können, von dem mir Gottfried Milde senior in einem Brief geschrieben hatte: „Die Sendung von Report habe ich nicht gesehen, könnte aber auch dann keinen Beitrag zu dem Vorgang leisten. Ich selbst habe keine Unterlagen aus der damaligen Zeit, die CDU-Landtagsfraktion auch nicht, weil alle Aufbewahrungsfristen seit vielen Jahren verstrichen sind und die Akten dann vorschriftsmäßig vernichtet worden sind. In der CDU-Fraktion hat seinerzeit unser Kollege Horst Geipel die Angelegenheit bearbeitet. Er ist leider sehr früh verstorben, so dass auch von dieser Seite nichts mehr in Erfahrung zu bringen ist.“

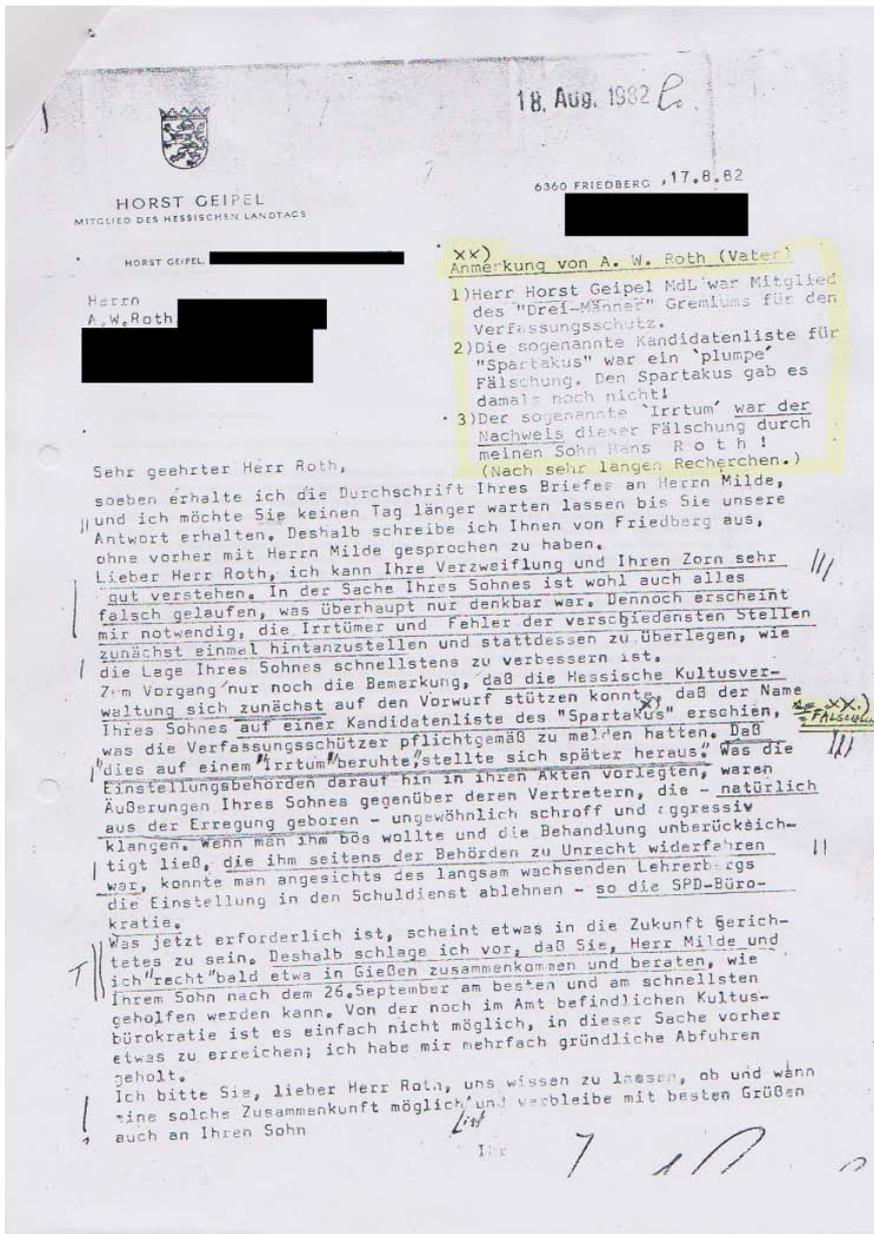
Nun meldete auch Horst Geipel sich zu Wort mit einem Brief vom 17.8.1982, Briefkopf „HORST GEIPEL, Mitglied des Hessischen Landtages (Adresse, Büro und privat)“, an den Vater von Hans Roth:

„Sehr geehrter Herr Roth, soeben erhalte ich die Durchschrift Ihres Briefs an Herrn Milde, und ich möchte Sie keinen Tag länger warten lassen bis Sie unsere Antwort erhalten. Deshalb schreibe ich Ihnen von Friedburg aus, ohne vorher mit Herrn Milde gesprochen zu haben. Lieber Herr Roth, ich kann Ihre Verzweiflung und Ihren Zorn sehr gut verstehen. In der Sache Ihres Sohnes ist wohl auch alles falsch gelaufen, was überhaupt nur denkbar war. Dennoch erscheint mir notwendig, die Irrtümer und Fehler der verschiedensten Stellen zunächst einmal hintanzustellen und stattdessen zu überlegen, wie die Lage Ihres Sohnes schnellstens zu verbessern ist.

Zum Vorgang nur noch die Bemerkung, daß die Hessische Kultusverwaltung sich zunächst auf den Vorwurf stützen konnte, daß der Name Ihres Sohnes auf einer Kandidatenliste des ‚Spartakus‘ erschien, was die Verfassungsschützer pflichtgemäß zu melden hatten. Daß dies auf einem Irrtum beruhte, stellte sich später heraus. Was die Einstellungsbehörden darauf hin in ihren Akten vorlegten, waren Äußerungen Ihres Sohnes gegenüber den Vertretern, die – natürlich aus der Erregung geboren – ungewöhnlich schroff und aggressiv klangen. Wenn man ihm böse wollte und die Behandlung unberücksichtigt ließ, die ihm seitens der Behörden zu Unrecht widerfahren war, konnte man angesichts des langsam wachsenden Lehrerbergs die Einstellung in den Schuldienst ablehnen – so die SPD-Bürokratie.

Was jetzt erforderlich ist, scheint etwas in die Zukunft Gerichtetes zu sein. Deshalb schlage ich vor, daß Sie, Herr Milde und ich recht bald in Gießen zusammenkommen und beraten, wie Ihrem Sohn nach dem 26. September am besten und am schnellsten geholfen werden kann. Von der noch im Amt befindlichen Kultusbürokratie ist es einfach nicht möglich, in dieser Sache vorher etwas zu erreichen; ich habe mir mehrfach gründliche Abfuhr geholt.

Ich bitte Sie, lieber Herr Roth, uns wissen zu lassen, ob und wann eine solche Zusammenkunft möglich ist und verbleibe mit besten Grüßen auch an Ihren Sohn  
Ihr  
(Horst Geipel)“



166

„In der Sache Ihres Sohnes ist wohl auch alles falsch gelaufen, was überhaupt nur denkbar war“ – das schreibt Horst Geipel an den Vater von Hans Roth, der dazu folgendes vermerkt:

- 1) Herr Horst Geipel MdL war Mitglied des ‚Drei-Männer‘ Gremiums für den Verfassungsschutz.
- 2) Die sogenannte Kandidatenliste für ‚Spartakus‘ war eine plumpe Fälschung. Den Spartakus gab es damals noch nicht!
- 3) Der sogenannte ‚Irrtum‘ war der Nachweis dieser Fälschung durch meinen Sohn Hans Roth! (Nach langen Recherchen.)“

Den Verfassungsbürger Herrn Roth zwang man auf den Instanzenweg, und der „Verfassungsschutz steckte Dossier freiwillig in den Reißwolf. Gerichtsverfahren über

<sup>166</sup> Brief von Horst Geipel, damals Verfassungsschutzobmann der CDU im Hessischen Landtag, an den Vater von Hans Roth vom 17.8.1982: [http://www.berufsverbote.de/tl\\_files/docs/F-HansRoth\\_Geipel-Brief17-08-82.pdf](http://www.berufsverbote.de/tl_files/docs/F-HansRoth_Geipel-Brief17-08-82.pdf), Text unter <http://www.heise.de/tp/foren/S-Horst-Geipel-wohl-auch-alles-falsch-gelaufen-was-ueberhaupt-nur-denkbar-war/forum-152348/msg-25523233/read/>

Vorlage und Vernichtung geheimer Akten über einen Lehramtsanwärter war noch nicht abgeschlossen“ (Seite 1 der Frankfurter Rundschau vom 13.5.1981).

Und was meinte der Verfassungsschutzobmann der CDU Horst Geipel dazu? „Lieber Herr Roth, ich kann Ihre Verzweiflung und Ihren Zorn sehr gut verstehen. **In der Sache Ihres Sohnes ist wohl auch alles falsch gelaufen, was überhaupt nur denkbar war**“. Er schrieb „**Irrtümer und Fehler der verschiedensten Stellen**“ und „daß der Name Ihres Sohnes auf einer Kandidatenliste des ‚Spartakus‘ erschien, was die Verfassungsschützer pflichtgemäß zu melden hatten. Daß dies **auf einem Irrtum beruhte**, stellte sich später heraus.“

Ich verstand nicht: Wenn der Name „Hans Roth“ auf einer Kandidatenliste des „Spartakus“ erschien und sich dies als „Irrtum“ herausstellte, dann **mußte diese „Kandidatenliste“ doch eine Fälschung gewesen sein** – oder? Und diese „Kandidatenliste“, diese **Fälschung also, war im Reißwolf gelandet?**



167

„Freiwillig“? Was bedeutete denn hier „freiwillig“? War Hans Roth dabei gewesen? Hatte er das Dokument sehen können, auf dessen Vorlage und spätere Vernichtung er geklagt hatte? Nein. „Freiwillig“? Wer vernichtete hier was und warum?

„Landesamt für Verfassungsschutz Hessen

Az.: 085-P-110002

[Eingangsstempel des Rechtsanwaltsbüros: 21.4.1981,

Eingangsstempel des Vaters von Hans Roth: 21.6.1981,

handschriftlicher Vermerk. „Anlage 5“]

62 Wiesbaden, den 25.3.1981

VERNICHTUNGSVERHANDLUNG

Betr.: Erkenntnisakte Hans-Werner ROTH

Die gesamte vom Landesamt für Verfassungsschutz Hessen über

Hans-Werner ROTH, geb. 4.1.1943 in Gladbeck,

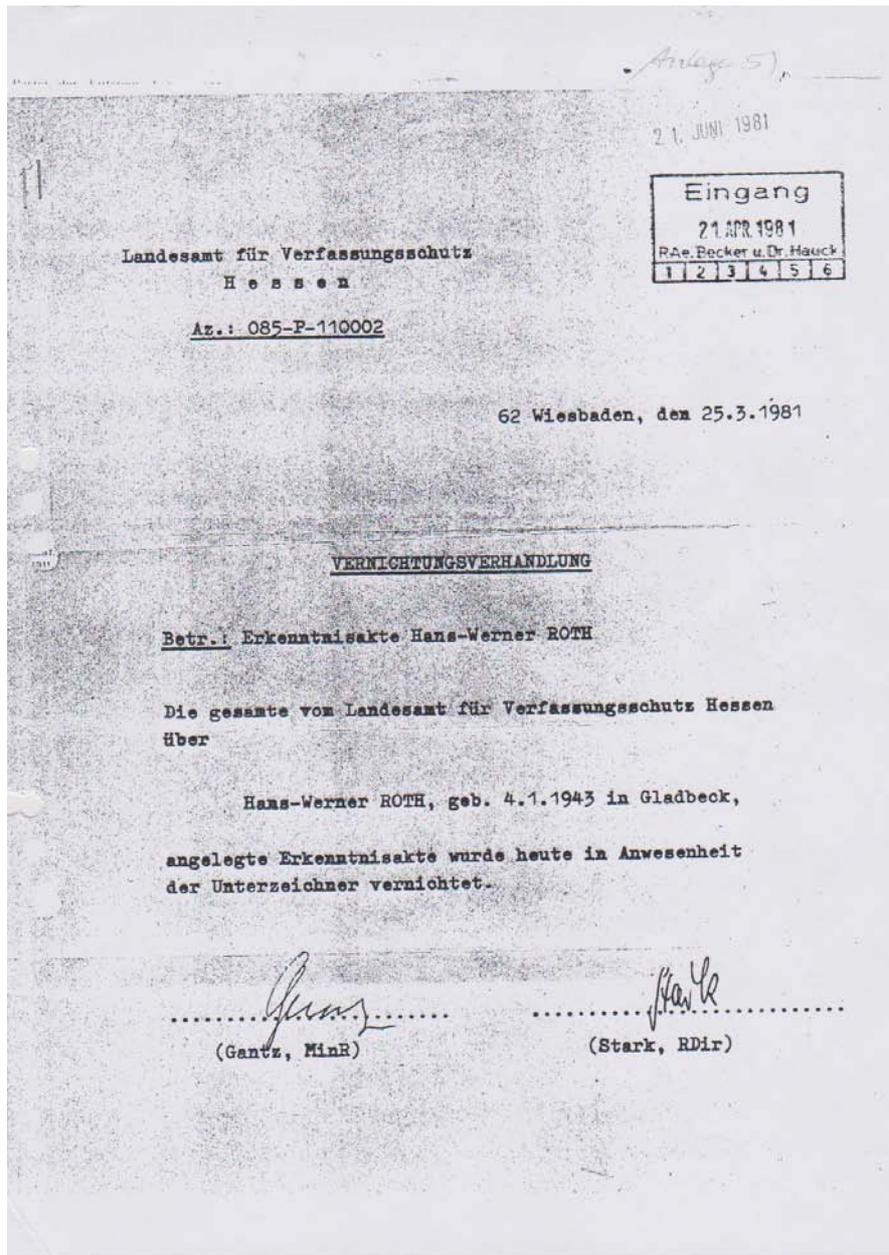
Angelegte Erkenntnisakte wird heute in Anwesenheit der Unterzeichner vernichtet.

(Unterschriften:)

Gantz, MinR und Stark, RDir“

<sup>167</sup> die Titelseite der Frankfurter Rundschau vom 13.5.1981 (Ausschnitt), Text unter

<http://www.heise.de/tp/foren/S-Dem-Wohle-des-Bundes-oder-eines-deutschen-Landes-FR-13-5-1981-Titelseite/forum-152348/msg-23970814/read/>



Der Verfassungsschutz Hessen vernichtete die Beweise seiner eigenen „Fehler und Irrtümer“ im Beisein eines Ministerial- und eines Regierungsdirektors? „Freiwillig“? Was soll dieses Wort an dieser Stelle bedeuten?

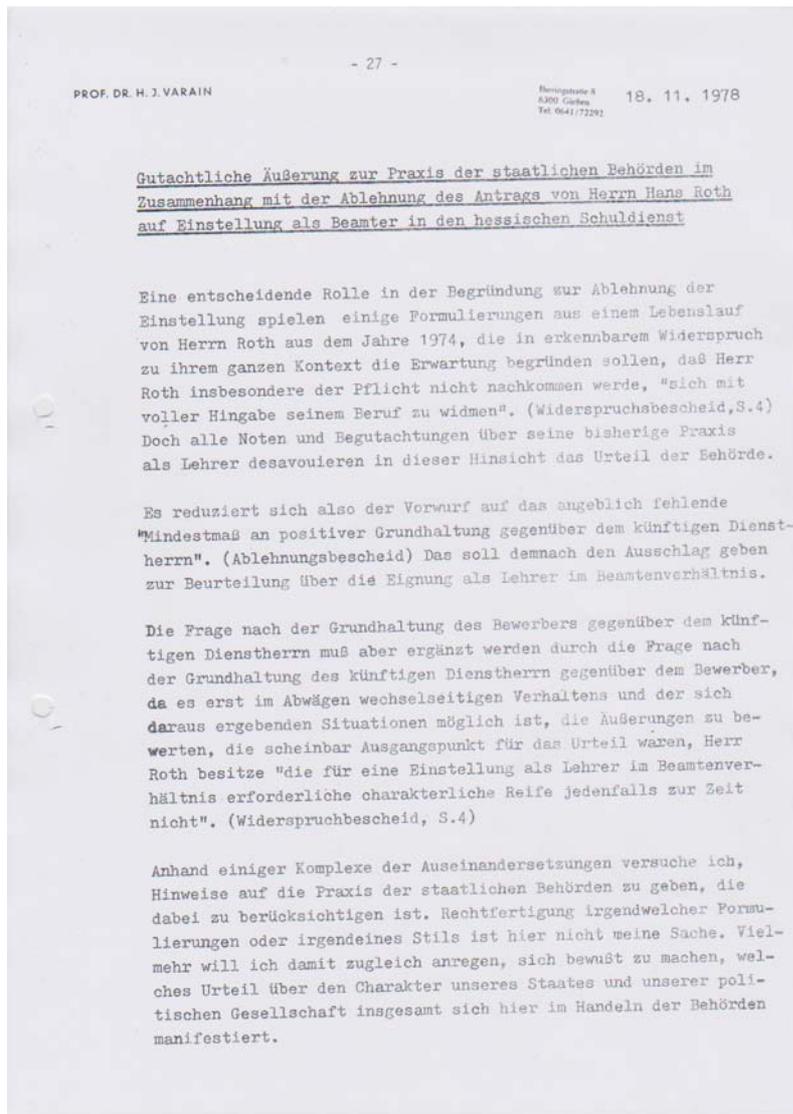
Noch Jahre und Jahrzehnte später setzten sich (neben vielen Anderen auch) der damalige CDU-Fraktionsvorsitzende und **spätere Landesinnenminister** Gottfried Milde, der **Verfassungsschutzobmann** Horst Geipel, der Hamburger **Verfassungsschutzpräsident** Christian Lochte und **Bundespräsident** Johannes Rau für Hans Roth ein. Vergebens.

„Was jetzt erforderlich ist, scheint etwas in die Zukunft Gerichtetes zu sein“, schrieb Horst Geipel 1982 – und was war daraufhin (und bis jetzt) passiert? Einstellung als Lehrer? Rehabilitation? Entschädigung?  
O dolce far niente!

**14. Prof. Dr. H.J. Varain: unansprechbare administrative Gewalt (Gießen, 18.11.1978)**

Wie die letzten beiden Dokumente belegen, war etwas Wunderbares passiert: Verschiedene Zeitzeugen, die von meiner Zweiten Petition erfahren hatten, die von der GEW Hessen unterstützt wurde, hatten mir „Akten und Unterlagen“ zukommen lassen, und ich bemühte mich nach Kräften, sie zur Verfügung zu stellen. Und ab jetzt tanzte ich hin und her, zwischen den Büchern und Artikeln von und über den Freiherrn Friedrich August von der Heydte, denen von und über den Citoyen Hans Roth und den zahlreichen Dokumenten, die nun peu-à-peu bei mir eintrafen. Herrje, das „Nichts“ war bodenlos.

Prof. Varain attestierte am 18.11.1978 „unansprechbare administrative Gewalt“ und vertrug sich so gar nicht mit der popeligen „Ablehnungsbegründung“ meiner ersten Petition, diesem großen Nichts, der Darstellung des Herrn Dr. Fischer vom 18.8.2010.



Abschrift:

>Gutachtliche Äußerung zur Praxis der staatlichen Behörden im Zusammenhang mit der Ablehnung des Antrags von Herrn Hans Roth auf Einstellung als Beamter in den hessischen Schuldienst

Eine entscheidende Rolle in der Begründung zur Ablehnung der Einstellung spielen einige Formulierungen aus einem Lebenslauf von Herrn Roth aus dem Jahre 1974, die in erkennbarem Widerspruch zu ihrem ganzen Kontext die Erwartung begründen sollen, daß

Herr Roth insbesondere der Pflicht nicht nachgekommen wäre, „sich mit voller Hingabe seinem Beruf zu widmen“. (Widerspruchsbescheid, S. 4) Doch alle Noten und Begutachtungen über seine bisherige Praxis als Lehrer desavouieren in dieser Hinsicht das Urteil der Behörde.

Es reduziert sich also der Vorwurf auf das angeblich fehlende „Mindestmaß an positiver Grundhaltung gegenüber dem künftigen Dienstherrn“. (Ablehnungsbescheid) Das soll demnach den Ausschlag geben zur Beurteilung über die Eignung als Lehrer im Beamtenverhältnis.

Die Frage nach der Grundhaltung des Bewerbers gegenüber dem künftigen Dienstherrn muß aber ergänzt werden durch die Frage nach der Grundhaltung des künftigen Dienstherrn gegenüber dem Bewerber, da es erst im Abwägen wechselseitigen Verhaltens und der sich daraus ergebenden Situationen möglich ist, die Äußerungen zu bewerten, die scheinbar Ausgangspunkt für das Urteil waren, Herr Roth besitze „die für eine Einstellung als Lehrer im Beamtenverhältnis erforderliche Reife jedenfalls zur Zeit nicht“. (Widerspruchsbescheid, S. 4)

Anhand einiger Komplexe der Auseinandersetzungen versuche ich, Hinweise auf die Praxis der staatlichen Behörden zu geben, die dabei zu berücksichtigen ist. Rechtfertigung irgendwelcher Formulierungen oder irgendeines Stils ist hier nicht meine Sache. Vielmehr will ich damit zugleich anregen, sich bewußt zu machen, welches Urteil über den Charakter unseres Staates und unserer politischen Gesellschaft insgesamt sich hier im Handeln der Behörden manifestiert.

#### I.

1. Schon im Zusammenhang der Anhörung von Herrn Roth im Juli 1974 ist zu fragen, ob nicht gleich zu Beginn eine Situation entstand, die ihm als eine von der Behörde herrührende außergewöhnliche Erschwerung erscheinen konnte. (Es wäre zu klären, ob es sich tatsächlich um ein zur damaligen Zeit in Hessen der Sache und der Form nach übliches Verfahren gehandelt hat.)

Dabei ist die außerordentlich gedrängte Terminsetzung bei einem für den Bewerber so überraschenden Vorgang für die Beurteilung seiner Reaktionen und Vermutungen nicht ohne Bedeutung: 15.7.1974 Erlaß des Ministers zur Anhörung – 22.7. Anruf bei Frau Prof. Veit, daß der Bewerber am 25.7. um 10 Uhr in Kassel zur Anhörung erscheinen solle. Es folgte die Verzögerung der Übernahme in den Schuldienst.

2. In einer „Vorläufigen Dokumentation ...“ vom 11.8.1974 ist auch ein Gedächtnisprotokoll von Herrn Roth, der nicht Herausgeber der Dokumentation war, über die Anhörung enthalten. Und jetzt schon (nicht erst im Widerspruchsbescheid vom September 1978) taucht im Behördenschriftwechsel der Zweifel an der „Reife“ (hier der „moralischen Reife“) des Bewerbers auf, enthalten in einem Schriftstück v. 19.8.1974 (DRP II – 7 d 06, Tgb.Nr.641/74 – VS-HfD): „Betr.: Extremisten im öffentlichen Dienst; hier: Hans-Werner Roth, geb. 4.1.1943“.

Dieses Urteil über seine mangelnde „moralische Reife“, Kinder auszubilden und erziehen zu können, beruht auf der als verletzend empfundenen Schilderung des Verlaufs der Anhörung im Protokoll. „Der Regierungspräsident ist nicht gewillt hinzunehmen, daß hier ein Repräsentant dieses Staates - für den Herr Roth vorgibt, jederzeit eintreten zu wollen – in übelster Weise verächtlich gemacht wird.“ Falls der Kultusminister die Auffassung des Regierungspräsidenten nicht teile, wird er gebeten, die Bearbeitung des Falles von dort aus weiterzuführen.

Hier ist einmal zu prüfen, ob diese behördliche Interpretation das „Gedächtnisprotokoll“ angemessen bewertet; und es ist zum anderen die Frage zu stellen, ob nicht Kritik am Verwaltungshandeln einzelner Beamter allzu kurzschlüssig mit Kritik am Staat überhaupt in Verbindung gebracht wird, der unter so unmittelbarer Identifizierung auf

Dauer nur leiden kann. Zudem läßt die Diktion aufhorchen“ ... für den Herr Roth vorgibt jederzeit eintreten zu wollen ...“.

3. Der Kultusminister stellt nun nicht lediglich Unterschiede zwischen dem Gedächtnisprotokoll und dem Bericht des Regierungspräsidenten über die Anhörung fest, sondern wertet die Angaben der Behörde als „objektive Darstellung“ (Brief an Herrn Roth v. 21.8.1974), als „sehr objektiven Bericht“ (Brief an Frau Prof. Veit v. 27.8.1974). Es sind alternativ die Fragen zu stellen: (a) Woraus erkennt der Minister allein aus dem Bericht dessen „Objektivität“? – (b) Oder haben ihm möglicherweise andere Informationen zur Verfügung gestanden, durch die er die Objektivität überprüfen konnte (z.B. Tonbandaufzeichnungen)?

Erst nach wiederholter Bitte erhielt Herr Roth dann schließlich 14 Monate nach der Anhörung zwar kein Protokoll, aber doch die Mitteilung des Berichts des RP über die Anhörung an den KM. Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß schon dieser Eingang es als nicht ganz unverständlich erscheinen läßt, wenn ein auf dieser Weise behandelter Bewerber Vermutungen über die gegen ihn möglicherweise gehegten Reserven in der Behörde anstellt.

## II.

1. Aufgrund seiner Einstellung als Lehrer im August 1974 schließt Herr Roth, daß nun die Zweifel an seiner Verfassungstreue ausgeräumt sind; das wird später auch ausdrücklich von einem Zweig der Staatsverwaltung als zutreffende Folgerung bestätigt. (Schreiben des KM v. 30.5.1975 und des RP v. 20.6.1975) Er verlangt nun auch von einem anderen Zweig der Staatsverwaltung, daß er die Konsequenz daraus ziehe und die ihn betreffenden Verfassungsschutzakten vernichte. Das wird abgelehnt. (Schreiben des Landesamts für Verfassungsschutz v. 7.2.1975)

2. Daraus ergeben sich Auseinandersetzungen mit der Schulbehörde, die eine entscheidende Differenz in der Erwartung und Einstellung hinsichtlich des Verhaltens von Bürokratien erkennen lassen. Herr Roth versucht seine politische und persönliche Betroffenheit, aus der heraus seine Bitte um Unterstützung entspringt, deutlich zu machen. Diese Betroffenheit prägt auch Sprache und Inhalt dieses Briefes v. 3.3.1975; auf sie ist gewiß auch die Ankündigung zurückzuführen, bis zu erbetenen Unterstützung (schriftliche Bescheinigung, daß kein Zweifel an der Verfassungstreue bestehe) nur der Hälfte der Unterrichtsverpflichtungen nachzukommen.

3. Der Erlaß des KM (30.5.1975) und das Schreiben des RP (20.6.75) lassen in keinem Punkt erkennen, daß die Verletzung und die befürchtete Bedrohung durch das Handeln jenes anderen Zweigs der Staatsverwaltung mit allen Folgen für die unmittelbare Lebenssituation auch nur wahrgenommen werden. Die Verwaltung reagiert allein mit Abweisung und Tadel; und im Regierungspräsidium findet man sich in seiner Auffassung bestätigt, die schon im August 1974 Zweifel an der „moralischen Reife“ von Herrn Roth hegte. (Entwurf DRP v. 20.3.1975) Der durch den als bedrohlich empfundenen Anlaß mitbedingte Charakter des Schreibens von Herrn Roth fällt aus der normierten Regelerwartung der Behörde völlig heraus: „Dienstliche Schreiben sollen klar, wahr und rein sein.“ (KM v. 30.5.1975)

4. Das Doppelbödiges dieses Briefwechsels besteht darin, daß Herr Roth nicht begreift, daß in der behördlichen Routine alle Ecken und Kanten eingeebnet werden, um aus den Individuen „gleich“ zu behandelnde Fälle zu machen, statt mit ihnen zu disputieren. So nimmt er auch einen Hinweis im Schreiben des RP (20.6.1975, S. 2) auf eine mangelnde Konkretisierung seiner „Bedenken gegen die Funktion der Demokratie“ irrtümlicherweise als eine ernst gemeinte Frage auf, um zu erläutern: Nicht die Demokratie, sondern die Verwaltungspraxis ruft Bedenken hervor. (Brief v. 4.8.1975) Diese Kritik an der Verwaltungspraxis kritisiert die Praxis der Verwaltung durch administrative Dezipation: Wir können zu dem Inhalt wegen Arbeitsüberlastung nicht Stellung nehmen; Eingaben sind auf das Notwendige zu beschränken. (RP v. 26.9.1975)

### III.

Die zentrale Argumentation im Widerspruchsbescheid v. 13.9.1978 findet sich auf S.5, 2. Absatz: „Dem kann nicht entgegengehalten werden, daß der Widerspruchsgegner Ende 1976 die Absicht hatte, den Widerspruchsführer einzustellen. Gerade im Jahre 1977 entfernten sich seine Äußerungen immer weiter von einer sachlichen Auseinandersetzung; erst die Steigerung und Summierung von Beschimpfungen und Beleidigungen führten zu der Erkenntnis, daß der Widerspruchsführer nicht für eine Einstellung im Beamtenverhältnis geeignet ist.“

Um nicht die angesprochenen Formulierungen – unabhängig davon, ob man sich der in dem vorangegangenen Text enthaltenen Wertung anschließt – in ihrer bloßen Verbalität aufzunehmen, ist es hier besonders vonnöten, den Gesamtzusammenhang von administrativem Handeln und der Reaktion darauf herzustellen.

1. Am 26.1.1976 findet die Zweite Staatsprüfung statt, bei der ein Beamter aus dem Regierungspräsidium den Vorsitz führt. War das der Regelfall oder aus welchem Grund wird hier von ihm abgewichen? Später wird dann in der Vorlage für den KM zur Einstellung von Herrn Roth in den hessischen Schuldienst, für die dieser Beamte Mitberichtersteller ist, als einer der Ablehnungsgründe genannt „die Erfahrungen, die ich im Rahmen der Durchführung des Prüfungsverfahrens zur Zweiten Staatsprüfung gemacht habe“. (Paraphiert am 16. u. 21.9.1977) Welche Erfahrungen waren das? Warum haben sie damals nicht verhindert, daß Herrn Roth die Befähigung zum Lehramt mit guter Gesamtnote zuerkannt wurde, mitunterzeichnet von demselben Beamten, der auch mit der von ihm sehr abweisend- und distanziert bezeichneten „leidigen Sache ‚Hilligen/ Veit-Roth‘“ befaßt war? (Handschriftliche Aufzeichnung v. 19.3.1976)

Haben allerlei „Mutmaßungen“ tatsächlich keinen realen Bezugspunkt?

2. Am 31.1.1976 scheidet Herr Roth aus dem Schuldienst aus. Auf seine Frage, zu welcher Zeit er Auskunft erhalten könne, ob er am 1.8.1976 eingestellt werde, erfährt er, mit einer Entscheidung könne frühestens im Juni gerechnet werden. Eine Entscheidung über die Einstellung am 1.2.1977, so erfährt er später, wird frühestens im Dezember 1976 möglich sein. Derartige Fristen liegen sicher im Rahmen „eines formal festgelegten Verfahrensablaufs“ (RP v. 3.3.1977), sie gehen aber an der Situation von Menschen, die keinen Arbeitsplatz haben, in bürokratischer Abstraktheit vorbei. Herr Roth in seinem Brief vom 14.4.1976: „Das heißt präzise: ich muß nämlich planen können, muß beispielsweise wissen, welche Übergangs-Arbeit ich für wie lange annehmen kann.“

Wenn es sich hier auch nicht um eine Schlechterstellung von Herrn Roth handeln mag, denn alle Bewerber werden von der Behörde gleich (schlecht) behandelt, dann ist das aus der Regel fallende Moment in diesem Zusammenhang, daß jemand sich daran gestoßen und das auch in manchmal sehr spitzen Formulierungen gesagt hat.

3. In ganzer Schärfe stellen sich alle Probleme eines derart kurzfristigen Termins, der die konkrete Lebenssituation des Bewerbers überhaupt nicht berücksichtigt, bei dem Einstellungsangebot zum 1.2.1977 ein. Das Schreiben des RP trägt das Datum 29.12.1976; am 7.1.1977 erreicht es Herrn Roth, der im Oktober umgezogen war. Dieser teilt der Behörde mit, daß er gezwungen gewesen sei, eine Stelle anzunehmen. Nun sei er mit vierteljähriger Kündigungsfrist von der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau als Dekanatsjugendwart und als Sozialarbeiter in einer Jugendfreizeitstätte angestellt. Ein Planstellenangebot müsse seine Kündigungsfrist berücksichtigen. (Schreiben v. 11.1.1977)

Die Antwort derselben Behörde, die sich vorher „aufgrund seines Persönlichkeitsbildes“ gegenüber dem KM überhaupt gegen das Einstellungsangebot ausgesprochen hatte (Entwurf zum Fernschreiben v. 22.12.1976), ist von provozierendem Unverständnis: „Falls Sie ernsthaft an einer Einstellung in den hessischen Schuldienst interessiert sind, stelle ich Ihnen anheim, sich bei Ihrem derzeitigen Arbeitgeber um eine Auflösung des Arbeitsvertrages zum 1. Februar 1977 zu bemühen.“ (RP v. 14.1.1977)

4. Hätte schon die bloße Benennung des Arbeitsfeldes durch Herrn Roth (von allen arbeitsrechtlichen Erwägungen abgesehen) eines Denkbewegung in Gang setzen können, ob an der „Ernsthaftigkeit“ wirklich schon dann zu zweifeln gewesen wäre, wenn jemand eine derartige Arbeit nicht einfach von einem zum anderen Tag hinschmisste, so gab dazu das Schreiben des Vorsitzenden der Dekanatssynode v. 23.1.1977 zusätzlichen Grund.

Ausführlich werden die Schwierigkeiten genannt, in die die kirchliche Jugendarbeit durch eine so abrupte Beendigung der Tätigkeit von Herrn Roth geraten würde. Zentrale Probleme im Bereich heutiger Jugendarbeit werden genannt: „Um arbeitslose Jugendliche hat sich Herr Roth besonders bemüht; der in jedem Jugendzentrum drohenden Gefahr von Rauschgiftkonsum und –handel ist er energisch, geschickt und erfolgreich entgegengetreten.“

Zum Schluß des Briefes heißt es: „Schließlich meine ich, daß staatliche Stellen, insbesondere eine Schulbehörde, mit Organen der Kirche, einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, verständnisvoll zusammenarbeiten sollte. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Schulverwaltung in Schwierigkeiten kommt, wenn sie die Einstellung von Herrn Roth um ein halbes Jahr verschiebt. Dann kann er seine hiesige Arbeit konsolidieren, es wird in Ruhe ein Nachfolger gesucht und nahtlos eingearbeitet werden.“

Herr Roth teilt mit, er sei unverändert „ernsthaft“ an einer Einstellung in den hessischen Schuldienst interessiert; als Zeichen dafür habe er sein Arbeitsverhältnis zum nächstmöglichen Termin gekündigt. Er erwarte nun, am 1.8.1977 in den Schuldienst eingestellt zu werden. (Schreiben v. 24.1.1977)

5. Die Reaktionen der Behörde sprechen für sich selbst. Unter Bezug auf das Schreiben der Dekanatssynode verweist der RP in einer Vorlage an den KM (v. 15.2.1977) auf seine Ablehnung der Einstellung vom 22.12.1976 hin, die mit dem „Persönlichkeitsbild“ begründet worden war. Im Schreiben an Herrn Roth (v. 15.2.1977) heißt es, ohne auch nur mit einem Wort auf die vorgetragene Gründe einzugehen, er habe von den Angebot der Einstellung „keinen Gebrauch gemacht“. Dieses Angebot bedeute keine Zusage für den nächsten Einstellungstermin.

Im weiteren Verlauf des Schriftwechsels wird dann die Nichtberücksichtigung – das heißt: die Rücksichtslosigkeit gegenüber – nicht nur der Lebenssituation des Bewerbers, sondern auch der vom Vors. der Dekanatssynode geschilderten Arbeit mit arbeitslosen und gefährdeten Jugendlichen offen ausgesprochen: „... für mich (sind) die Motive und die Art ihrer Arbeitsgestaltung im Rahmen des Einstellungsverfahrens ohne Bedeutung“. (Schreiben des RP v. 26.9.1977)

So scheint es für diese Behörde nichts anderes zu geben als den „formal festgelegten Verfahrensablauf“; die distanziert-schweigende Interesselosigkeit gegenüber allen Gründen verdichtet sich zur unansprechbaren administrativen Gewalt.

Dieser Verlauf neben den von Beginn an immer wieder auftauchenden Reserven in der Behörde gegenüber Herrn Roths nicht in das Raster eines überkommenen Beamtenbildes passenden Erscheinungs- und Verhaltensweise gehören in den Zusammenhang, in dem die angebliche „Steigerung und Summierung“ gerade im Jahre 1977 zu interpretieren ist. Heinz Josef Varain<sup>168</sup>

## **15. Persönliche Erklärung von Hans Roth zum Widerspruchsbescheid vom 13.9.1978 oder Humanitäre Appelle unterm Gestus der Provokation?**

---

<sup>168</sup> „Prof. Dr. H.J. Varain: unansprechbare administrative Gewalt (Gießen, 18.11.1978)“ unter <http://www.heise.de/tp/foren/S-Prof-Dr-H-J-Varain-unansprechbare-administrative-Gewalt-Giessen-18-11-1978/forum-152348/msg-25542162/read/>

Als ich die Ablehnungsbegründung meiner ersten Petition von Herrn Dr. Fischer (im Auftrag; bald hätte ich „in wessen Auftrag“ geschrieben) bekam, verschlug es mir meine Sprache. Auf keinen einzigen Punkt ging er ein, wiederholte statt dessen nicht nur bereits Bekanntes, sondern auch sang- und klanglos Beklagtes, ließ vieles weg und ließ mich mit meinen Fragen allein, die etwa lauteten:

1. „Herr Roth wurde im Jahr 1974 vom Land Hessen in den Vorbereitungsdienst als Lehramtsanwärter übernommen.“ – Nach wie vielen Klimmzügen?
2. „Im Falle des Herrn Roth ergab die Prüfung, dass keine Zweifel an der Verfassungstreue bestehen.“ – Tatsächlich?
3. „Nur deshalb konnte er überhaupt zur Ableistung des Vorbereitungsdienstes in das Beamtenverhältnis auf Widerruf berufen werden.“ - Hatte man ihm nicht gesagt, er brauche nicht zur Vereidigung zu fahren?
4. „Auch im weiteren Verfahren spielten mögliche Zweifel an der Verfassungstreue keine Rolle.“ – In welchem Verfahren?
5. „Zwischen 1975 und 1982 führte Herr Roth nach Mitteilung des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa ein Verwaltungsgerichtsverfahren gegen das Land Hessen, gerichtet auf die Vernichtung der vom Landesamt für Verfassungsschutz in Bezug auf seine Person gesammelten Unterlagen.“ – Welche „in Bezug auf seine Person gesammelten Unterlagen“?
6. „Aufgrund der zwischenzeitlichen Vernichtung dieser Unterlagen erklärte der Hessische Verwaltungsgerichtshof durch Urteil vom 12.1.1982 den Rechtsstreit in der Hauptsache für erledigt.“ – „Zwischenzeitliche Vernichtung dieser Unterlagen“?
7. „Beschwerde des Herrn Roth, der die Angelegenheit durch die Vernichtung der Akten nicht für erledigt hielt“ – Hä?
8. „auf drei Jahre befristeter Arbeitsvertrag über zwei Drittel der regelmäßigen Pflichtstundenzahl“ – Warum befristet und warum keine volle Stundenzahl?
9. Sodann bewarb er sich mit Schreiben vom 23.9.1976 um die Übernahme ins Beamtenverhältnis zum 1. Februar 1977, worauf ihm wie üblich die Einstellung im Beamtenverhältnis auf Probe zu diesem Termin angeboten wurde. Dieses Angebot lehnte er mit Schreiben vom 11. Januar 1977 mit der Begründung ab, er sei vertraglich noch bei der Landeskirche gebunden.“ – Wann hatte Herr Roth sich beworben, und wann bekam er das Angebot?
10. „Ein Jahr später bewarb er sich erneut um Einstellung als Beamter zum 1. Februar 1978. Dieser Antrag wurde mit Verfügung des Regierungspräsidenten in Kassel vom 27. Dezember 1977 abgelehnt. Zur Begründung wurde ausgeführt, Herr Roth besitze nicht die für eine Lehrkraft im hessischen Schuldienst erforderliche Eignung.“ – Hä?
11. „Der von Herrn Roth gegen die Ablehnung eingelegte Widerspruch wurde durch Widerspruchsbescheid vom 13. September 1978 im Wesentlichen mit der Begründung zurückgewiesen, dass er die für die Einstellung ins Beamtenverhältnis erforderlichlich charakterliche Reife jedenfalls zur Zeit nicht besitze.“ – Hä?
12. „Diese Eignung ... setze ein Mindestmaß an positiver Grundhaltung gegenüber dem künftigen Dienstherrn voraus ... Diese Mindestvoraussetzung liege bei Herrn Roth angesichts von Diffamierungen und Beleidigungen in von ihm eingereichten Schriftstücken nicht vor.“ – Hä?
13. „diverse beleidigende und verächtlich machende Äußerungen des Herrn Roth gegenüber seinem künftigen Dienstherrn in den Jahren 1976 und 1977 ... („dumme Pffiffigkeit“, „Krämer-Ebene, „durchsichtige Spiegelfechtere“, „bloße Hirnblähung“).“ – Hä?
14. „Einstellungsangebot zum 1. Mai 1978 angenommen, im Angestelltenverhältnis mit einem auf drei Jahre befristeten Arbeitsvertrag als vollbeschäftigte Lehrkraft im

- hessischen Schuldienst zu arbeiten.“ – Gleichzeitig besaß Hans Roth aber „nicht die für eine Lehrkraft im hessischen Schuldienst erforderliche Eignung“. Hä?
15. „Mit Wirkung vom 1. Februar 1979 wurde Herr Roth sodann auf Weisung des Hessischen Kultusministeriums vom 28. November 1978 in das Beamtenverhältnis auf Probe übernommen.“ – Gleichzeitig besaß Hans Roth aber nicht die „charakterliche Reife“. Hä?
  16. „Mit Schreiben vom 5. Juni 1979 beantragte Herr Roth die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen sich selbst.“ – Hä?
  17. „Mit Schreiben vom 17. August 1979 an den Hessischen Kultusminister sowie die Schulleitung u.a. teilte er mit, daß er zu Beginn des Schuljahres 1979/1980 aus dem Schuldienst des Landes Hessen ausscheide.“ – Hä?
  18. „Soweit in dem genannten Fall ein Antrag auf Einstellung als Beamter abgelehnt worden ist, beruhte dies, wie dargelegt, auf dem inakzeptablen Verhalten Herrn Roths gegenüber den für ihn zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Schulverwaltung.“ – Hä?

**Mangelnde „charakterliche Reife“** (Widerspruchsbescheides vom 13. September 1978), **mangelnde „moralische Reife“** (Dr. Krug schon am 19. August 1974 an den Staatsminister Ludwig von Friedeburg), **fehlende „für eine Lehrkraft im hessischen Schuldienst erforderliche Eignung“** (Ablehnung durch die Verfügung des Regierungspräsidenten in Kassel vom 27.12.1977) und **„inakzeptables Verhalten“** Herrn Roths gegenüber den für ihn zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Schulverwaltung“ (Ablehnungsbegründung meiner ersten Petition von Herrn Dr. Fischer vom 18.8.2010) – und für einen solchen „Rotzlöffel“ (Hans Roth im „Nachwort zur 2. Petition 26.8.2013“) sollten sich so viele ins Zeug gelegt haben?

In diesem Zusammenhang war immer wieder von einem „Lebenslauf“ die Rede, den Hans Roth geschrieben haben sollte. Darin habe er sich u.a. bereit erklärt, **„verkaufter Verkäufer“ einer „verlogenen Pädagogik“** zu sein.

Das schlug einem der vielen Fässer in diesem „Fall“ immer wieder den Boden aus: Ich konnte einfach nicht verstehen, wie jemand so „töricht“ gewesen sein sollte, einer Einstellungsbehörde, einem „künftigen Dienstherrn“ gegenüber, solche Sprüche loszulassen. Und schon gar nicht, weshalb sich Bundeskanzler Willy Brandt noch am 24.11.1988 dafür eingesetzt haben sollte, so jemanden „wieder in den Staatsdienst aufzunehmen“.

Und nun tauchte auch dieser „Lebenslauf“ wieder auf, und zwar in der „Persönliche(n) Erklärung zum Widerspruchsbescheid des Hessischen Kultusministers vom 13. Sept. 78. Ach so. Das war also kein üblicher Lebenslauf, sondern eine Spezialanforderung in einer besonderen Situation zu einem besonderen Zeitpunkt.

Er hat etwas mit „Verhärtungen und verpanzerte(n) Bewegungen“ zu tun, mit „Ressentiments“ als reaktives Verhalten in existentiellen Belagerungssituationen“, die bereits 1978 als „Gegenwehr“ mit „den dabei begangenen Fehlern und Irrtümern“ eingeräumt werden: „Ich denke, daß es nützlich ist, diesen Kontext zu kennen, um einen ‚Lebenslauf‘ beurteilen zu können, der in der Tat Pauschalierungen, ‚Dedifferenzierungen‘ enthält und humanitäre Appelle unterm Gestus der Provokation versteckt.“

Heute stehen wir vor Phänomen, die Hans Roth damals wohl kaum für möglich gehalten hätte:

1. Lehrer bekommen hier und da Anstellungsverträge bis zu den Sommerferien, sind während der Sommerferien arbeitslos und werden nach den Ferien wieder eingestellt; das spart Geld und garantiert billige Pädagogen, die „aus Hartz IV“ nicht herauskommen, weil sie nie länger als ein Jahr fest eingestellt sind.

2. Lehrer, die nicht verbeamtet sind, sondern um ihre Anstellung fürchten müssen, sind „pflegeleicht“; und „Hartz-IV-lern“ kann man besonders viel zumuten.
3. In der Übermittagsbetreuung finden sich auch „Ein-Euro-Jobber“ wieder.
4. Die „Effizienzkontrollen“ heißen heute „Lernkontrollen“ und schießen wie die Pilze aus dem Boden.
5. „Bulimie-Lernen“ ist eine inzwischen gängige Bezeichnung.
6. Die Verkürzung der Lernzeit z.B. an den Gymnasien um ein ganzes Jahr („G8“) wurde vielfach einfach hingenommen.
7. Nirgendwo ist die soziale Herkunft so prägend für die „Bildungskarriere“ wie in Deutschland.
8. Die Einnahme von Psychopharmaka bei Schülern ist dramatisch angestiegen (z.B. Ritalin), und ältere sowie immer neue Krankheitsbilder („ADHS“, „Neurodermitis“, „Fettsucht“, „Bulimie“ oder „Magersucht“, die verschiedensten Allergien, Rückenprobleme, Kopf- oder Magenschmerzen auch und besonders vor Klausuren, Sehschwächen und motorische Störungen) signalisieren, daß der verstärkte Konkurrenzdruck nicht glücklich, sondern krank macht.
9. Immer mehr „(Forschungs-)Projekte“ finanzieren unser Bildungssystem. Wie sollte bei manchen Auftraggebern eine „Freiheit von Forschung und Lehre“ überhaupt nur möglich sein?
10. Das Ziel von „Bildung“ ist heute vermehrt nicht die „freie Entfaltung der Persönlichkeit“, sondern die „Wettbewerbsfähigkeit“. Wer soll hier mit wem und zu welchem Zweck konkurrieren? Eine spanische Freundin hörte einmal in diesem Zusammenhang den Ausdruck „internationale Arena“ und fragte nur: „Und was tut man in einer Arena?“

Und so erscheint der nun folgende Text von Hans Roth mir wie ein Gruß aus einer besseren Zeit – einer Zeit, wo wenigstens Teile unsere Gesellschaft ernsthaft überlegten, wie diese menschlicher werden könne, und nicht, wie sie uns alle permanent „optimieren“ kann. Humanitäre Appelle unterm Gestus der Provokation?

### **>Persönliche Erklärung zum Widerspruchsbescheid des Hessischen Kultusministers vom 13. Sept. 78**

Ich äußere mich im folgenden zum präambelartigen Kern der Ablehnungsbegründung im Widerspruchsbescheid. Ich tue dies, indem ich den Sachverhalt, in dem der angesprochene ‚Lebenslauf‘ entstanden ist, darstelle und indem ich den Diskussionszusammenhang, in dem ich die zitierte pädagogik-kritische Position vertreten habe, kurz skizziere. Am Ende komme ich zu einigen Schlüssen; ich beginne mit einer Merk-würdigkeit.

1. Mit Datum vom 21. Mai 78 hatte ich den Hessischen Ministerpräsidenten – auf eine entsprechende Aufforderung von ihm hin – u.a. folgendes wissen lassen: ‚Als bewußt unmeisterlicher Mensch, der immer als lernender erkennbar bleiben möchte, werde ich mich irgendwann einmal grundsätzlich zu den Fehlern und Irrtümern meines jetzt schon zehn Jahre dauernden Kampfs um bürgerliche Existenz und Verfassungsidentität äußern. Es hat zweifellos ... Verhärtungen und verpanzerte Bewegungen von mir gegeben, ‚Ressentiments‘ als reaktives Verhalten in existentiellen Belagerungssituationen. Es wäre ja wohl auch ein Wunder, wenn ein derart malträtiertes Staatsbürger sich in allen seinen Reaktionen menschlich optimal und der Sache angemessen verhielte. – Ich wiederhole: zu diesen und ähnlichen Fragen, zu meiner Gegenwehr und den dabei begangenen Fehlern und Irrtümern werde ich mich irgendwann grundsätzlich äußern; der Hessische Ministerpräsident hat mit seinem Verhalten entscheidenden Einfluß auf den Zeitpunkt, zu dem das geschehen kann.‘

Mit Datum vom 13. Sept. 78 teilt mir der Hessische Kultusminister – eine Antwort des Hessischen Ministerpräsidenten habe ich nicht bekommen – mit, mir fehle ‚die für eine Einstellung als Lehrer im Beamtenverhältnis erforderliche charakterliche Reife‘. Diese

Feststellung wird zuallererst mit einer von mir vor mehr als 4 Jahren gemachten Äußerung begründet. Ich staune sehr und äußere mich sachlich dazu im folgenden. Ich erwähne hier nur noch die Tatsache, daß dies die 5. (fünfte) Ablehnung ist, die ich erhalten habe; jede war anders begründet.

Persönliche Erklärung zum Widerspruchsbescheid  
des Hessischen Kultusministers vom 13. Sept. 78

Ich äußere mich im folgenden zum präambelartigen Kern der Ablehnungsbegründung im Widerspruchsbescheid. Ich tue dies, indem ich den Sachverhalt, in dem der angesprochene "Lebenslauf" entstanden ist, darstelle und indem ich den Diskussionszusammenhang, in dem ich die zitierte pädagogik-kritische Position vertreten habe, kurz skizziere. Am Ende komme ich zu einigen Schlüssen; ich beginne mit einer Merkwürdigkeit.

1. Mit Datum vom 21. Mai 78 hatte ich der Hessischen Ministerpräsidenten - auf eine entsprechende Aufforderung von ihm hin - u. a. folgendes wissen lassen: "Als bewußt unmeisterlicher Mensch, der immer als lernender erkennbar bleiben möchte, werde ich mich irgendwann einmal grundsätzlich zu den Fehlern und Irrtümern meines jetzt schon zehn Jahre dauernden Kampfs um bürgerliche Existenz und Verfassungsidentität äußern. Es hat zweifellos ... Verhärtungen und verpanzerte Bewegungen von mir gegeben, 'Ressentiments' als reaktives Verhalten in existentiellen Belagerungssituationen. Es wäre ja auch wohl ein Wunder, wenn ein derart malträtierteter Staatsbürger sich in allen seinen Reaktionen menschlich optimal und der Sache angemessen verhielte. - Ich wiederhole: zu diesen und ähnlichen Fragen, zu meiner Gegenwehr und den dabei begangenen Fehlern und Irrtümern werde ich mich irgendwann grundsätzlich äußern; der Hessische Ministerpräsident hat mit seinem Verhalten entscheidenden Einfluß auf den Zeitpunkt, zu dem das geschehen kann."

Mit Datum vom 13. Sept. 78 teilt mir der Hessische Kultusminister - eine Antwort des Hessischen Ministerpräsidenten habe ich nicht bekommen - mit, mir fehle "die für eine Einstellung als Lehrer im Beamtenverhältnis erforderliche charakterliche Reife". Diese Feststellung wird zuallererst mit einer von mir vor mehr als 4 Jahren gemachten Äußerung begründet. Ich staune sehr und äußere mich sachlich dazu im folgenden. Ich erwähne hier nur noch die Tatsache, daß dies die 5. (fünfte) Ablehnung ist, die ich erhalten habe; jede war anders begründet.

2. Das beanstandete Zitat ist korrekt wiedergegeben; es stammt, auch diese Mitteilung ist korrekt, aus einem ‚Lebenslauf‘. Der ‚Lebenslauf‘ aber – und dieser Sachverhalt wird im Widerspruchsbescheid des Hessischen Kultusministers nicht referiert – wurde mir abverlangt während meiner 1. Staatsprüfung, als 8 Tage vor Abgabe der schriftlichen Hausarbeit und wenige Tage nach dem Aushängen der Termine für die mündliche Prüfung mir plötzlich mitgeteilt wurde, ich könne ‚aller Voraussicht nach nicht zur Prüfung zugelassen werden‘; Näheres hierzu habe ich als redaktionelle Zwischenbemerkung in meiner schriftlichen Arbeit zur 1. Staatsprüfung ausgeführt. Da ich bereits einen tabellarischen Lebenslauf verfaßt hatte, wunderte ich mich über die Aufforderung; mein Wundern nahm zu, als ich dann merkte, daß ein ‚Lebenslauf‘, in dem ausdrücklich ‚pädagogisch-konzeptionelle Vorstellungen‘ enthalten

sein sollten, von niemandem außer mir unter den damaligen Prüfungs-Kandidaten verlangt wurde. Ebenso mußte ich dann noch eine Fülle verschiedener Fragebögen ausfüllen, die für mich erkennbar keine gesetzliche Grundlage hatten und die ebenfalls keinem Kommilitonen sonst abverlangt wurden; ich habe das damals nachprüfen können, weil ich im Ungewissen gehalten wurde über die Möglichkeit, mein Studium wirklich abschließen zu können – eine Woche lang. Ich denke, daß es nützlich ist, diesen Kontext zu kennen, um einen ‚Lebenslauf‘ beurteilen zu können, der in der Tat Pauschalierungen, ‚Dedifferenzierungen‘ enthält und humanitäre Appelle unterm Gestus der Provokation versteckt.

Aber es geht hier konkret um einen Satz aus diesem ‚Lebenslauf‘, um einen Satz, der in verkrampfter Formulierung eine bestimmte pädagogik-kritische Position zu markieren versucht. Ich kann nun zu diesem ebenso schwierigen wie umstrittenen Thema, zumal für pädagogische Laien, keine geschlossene Abhandlung vorlegen. Was ich im folgenden dazu niederschreibe, sind Thesen und Erläuterungen, nicht mehr. Ich will damit um Verständnis werben für mir wichtig erscheinende Fragen, auf die abschließende Antworten zu geben anmaßend wäre.

3. Wer heute mit existentiellern Ernst und mit humanitärem Erkenntnisinteresse Erziehungswissenschaften studiert, hat es, ob ihm das gefällt oder nicht, mit vielfachen Problemspannungen zu tun, die er aushalten und in denen er sich zurechtfinden muß. Solche Problemspannungen sind: Widersprüchlichkeit der Schule zwischen gesellschaftlichen Anforderungen (Leistung, Konkurrenz, Selektion) und pädagogischen Kriterien (freie Persönlichkeitsentfaltung, Identitätshilfe); Grenzen pädagogischen Fortschritts trotz aller bildungspolitischen Bemühungen; professionalisierte Ausbildungskonzepte an einer als Gegenmilieu gedachten Universität; Spannungen zwischen der aktuellen lebensgeschichtlichen und der künftigen Rollen-Identität – die Reihe ließe sich beliebig fortsetzen. Wer in diesen Problemspannungen verantwortbare Positionen gewinnen will, stellt zumindest einmal Fragen, und zwar grundsätzlicher Art – zum Beispiel diese: warum ist das so, daß theoretische Sollensforderungen und praktische bildungspolitische Entwicklung so weit auseinanderklaffen? Oder diese: warum ist das so, daß das gewachsene Ausbildungsbedürfnis unserer Gesellschaft (nebenbei gesagt eins ihrer Überlebensprinzipien) alles Mögliche wachsen läßt, nur nicht die individuelle Zufriedenheit, das individuelle Glück von sehr jungen Menschen, von Kindern? Auf diese Fragen habe ich während meiner Studienzzeit Antworten gesucht, und ich habe da verschiedene Antworten gefunden, die mich betroffen gemacht haben. Betroffen, weil im Grunde immer herauskam, daß das eigentliche Subjekt der Pädagogik, der sehr junge Mensch mit seinen Fragen, Hoffnungen, Ängsten, immer zurückzutreten hatte gegenüber den Ansprüchen der Schule; im Vordergrund stand – von ein paar alternativen Konzepten abgesehen – nie das Kind und seine Sache, sondern immer die Sache der Vermittlung, und was dahinter stand und steht; von ein paar Schülerschulen abgesehen, war der Schüler für die Schule da und nicht umgekehrt.

Dieser Sachverhalt, der geradezu nach alternativen Konzepten ruft (was der Hessische Kultusminister leider überhaupt nicht sieht), will zunächst einmal benannt sein, kritisch benannt, bevor der Versuch, ein positives alternatives Beispiel zu setzen, ein alternatives Konzept zu verwirklichen, beginnen kann.

Eine alte, ungealterte Geschichte.

Vor 200 Jahren beispielsweise schrieb ein bestimmter Herr Rousseau sehr kritisch über die damals herrschende Pädagogik: ‚Sehr seltsam ist, daß, seitdem man sich damit beschäftigt, Kinder zu erziehen, man noch kein anderes Mittel ausfindig gemacht hat, sie zu leiten, als Wetteifer, Eifersucht, Neid, Eitelkeit, Gier, niederträchtige Furcht, alles Leidenschaften, die die gefährlichsten, gärungsfähigsten, seelenverderblichsten sind, noch ehe der Körper gebildet ist.‘ Im Jahrhundert darauf hieß es bei einem bestimmten Herrn Pestalozzi sehr kritisch zur damals herrschenden Pädagogik: ‚Weder am Geiste noch am Herzen geweckt und belebt –

staunend wie ein Kunstthier unter einem Thierdressierer -, dürfen in hundert Volksschulen die Kinder ihren Körpern gegen den Willen ihres Dressierers auch nicht um ein Haar bewegen, und atmen dabei noch eine Luft ein, die kein Dressierer ein Thier, mit welchem er lange und viel Geld einzunehmen hoffet, einatmen ließe.' In einem Jahrbuch für Lehrer, wieder ein Jahrhundert später, heißt es sehr kritisch: ‚Die Lage der Schüler ist gekennzeichnet durch Angst, Apathie, Aggression, Resignation, Hochmut, Rivalitätskämpfe, Konkurrenzdruck, sinnlose Büffelei, lebensfremde Unterrichtsthemen, gnadenlose Selektion, Diskriminierung der Arbeiterjugend, durch halbtägiges Herumsitzen in viel zu engen Räumen physische und psychische Dauerschäden, Sitzenbleiberelend, Ausbildungsabbrüche, eine düstere Perspektive durch die drohende Ausbildungs- und Arbeitslosigkeit.' Kritisches, Allzukritisches?

Gewiß, es gibt das Problem der negativen Überzeichnung der Schulwirklichkeit (Ähnliches gilt für idealisierende Konstruktionen früherer Zeiten). Deprimierenden Analysen der alten, ungealterten Schulwirklichkeit lassen sich aber auch immer wieder ermutigende Erfahrungsberichte über geglückte alternative Konzepte entgegenhalten, von (beispielsweise) den Montessori-Schulen über (beispielsweise) die Freinet-Pädagogik bis zu heutigen sehr bemühten und verdienstvollen alternativen Ansätzen. Über einen dieser Ansätze, über einen dieser alternativen Pädagogen ist beispielsweise in einer gutachtlichen Äußerung zu lesen: ‚Sein Blick für die persönliche Situation von Kindern und Jugendlichen, seine Fähigkeit, zu ihnen in eine personale pädagogische Beziehung zu treten und ihnen in unaufdringlicher, aber sehr durchdachter Weise Anregungen und Hilfen zur Entwicklung ihrer Möglichkeiten, nicht zuletzt ihrer sozialen Wahrnehmungs-, Kontakt- und Handlungsfähigkeit zu vermitteln, sind m. E. als überdurchschnittlich einzuschätzen... . Mit Recht versteht (er) seinen Ansatz angesichts der seelischen Probleme der von ihm unterrichteten Hauptschüler als >Therapeutischen Unterricht<.' Also: im Mittelpunkt steht der Schüler, stehen seine Fragen, Hoffnungen, Ängste.

Übrigens: der, der da urteilt, ist der Erziehungswissenschaftler Prof. Klafki; der, über den da geurteilt wird, ist der geprüfte Lehrer mit der fehlenden ‚charakterlichen Reife‘; den Erfahrungsbericht, in dem ich meinen alternativen Ansatz skizziert und einige der machmal sehr erfreulichen Ergebnisse notiert habe, lege ich bei. Prof. Klafki empfiehlt die Lektüre: ‚Ich stehe nicht an, Herrn Roths Beitrag zu den derzeit besten vorliegenden Berichten über einen recht verstandenen, anspruchsvollen >schülerorientierten Unterricht< zu rechnen; er ist druchaus mit Büchern von Wunsche (>Die Wirklichkeit des Hauptschülers>) und Boettcher (>Lehrer und Schüler machen Unterricht<) zu begleichen.'

4. Die These, daß im Normalfall der Schüler nicht im Mittelpunkt steht, wird bisweilen so erläutert: ‚Das Problem der immanenten Unwahrheit der Pädagogik ist wohl, daß die Sache, die man betreibt, auf die Rezipierenden zugeschnitten wird, keine rein sachliche Arbeit um der Sache willen ist. Diese wird vielmehr pädagogisiert. Dadurch allein schön dürften die Kinder unbewusst sich betrogen fühlen.' Der dies schrieb – ein pädagogisch interessierter Philosoph und deutscher Beamter (!) – mit Namen Adorno -, hätte gewiß, wäre er Schullehrer geworden, sich darauf eingerichtet, verkaufter Verkäufer von Wissen zu sein, das ‚auf die Rezipierenden zugeschnitten wird‘, wie er sagt – das ‚auf Rezipienten zugeschnitten zu sein hat‘, wie ich sage. Ich vergleiche diese beiden Sätze nicht, um mich an einen Vergleich heranzuwagen, der der Dimension spottet, sondern um auf die analoge Struktur und die vergleichbaren Inhalte der beiden Positionen hinzuweisen. Es heißt bei Adorno weiter: ‚Nicht bloß geben die Lehrer rezeptiv etwas bereits Etabliertes wieder, sondern ihre Mittlerfunktion als solche, wie alle Zirkulationstätigkeiten vorweg gesellschaftlich ein wenig suspekt, zieht etwas von allgemeiner Abneigung auf sich.' (T. W. Adorno, Tabus über den Lehrberuf, in: Stichworte, Ffm 1969, S. 73) Ob jemand, der so verächtlich von seinem Beruf redet, wohl seinen Beamtenpflichten nachkommt, insbesondere

der Pflicht, sich mit voller Hingabe seinem Beruf zu widmen? ... [Pünktchen im Originaltext; eigene Anmerkung]

Wir haben damals diese und andere pädagogik- und didaktik-kritischen Texte gelesen und diskutiert; wir waren sehr auf der Suche nach Unwahrheiten, Verlogenheiten, Betrogenheiten. Wir haben uns dabei sehr sozialistisch gebärdet und haben kaum gemerkt, daß und wie wir, als ‚sozialistisch angehauchte deutsche Studiosi‘ (so äußerst kritisch Friedrich Engels vor hundert Jahren), in sozialwissenschaftlichen Theorie-Himmeln hängengeblieben sind und kaum einen nachprüfbaren Bezug zur pädagogischen Alltagspraxis, zur schulischen zumal, hatten. Da uns dieser Bezug fehlte, konnten wir nicht sehen, daß das miteinander zu tun hat: das Kind und seine Sache auf der einen Seite und auf der anderen die Sache der Vermittlung – was wohl mehr einem Konstruktionsfehler in der Lehrer-Ausbildung anzulasten ist als dem individuellen Versagen der Auszubildenden. Nüchternes Urteilen, sorgfältig-gerechtes Abwägen war damals nicht unsere Sache: wir haben uns auf die Seite der Kinder geschlagen, wollten nichts zu tun haben mit dem ‚Verkäufer von Kenntnissen, ein wenig bemitleidet, weil er jene Kenntnisse nicht besser für sein eigenes materielles Interesse zu verwerten vermag‘ (Adorno, a.a.O., S. 74). Für uns gab es massiv jene ‚negative imago des Lehrers‘, ‚des Prüglers‘ (Adorno, ebenda), und die wurde in dem Maß belegt und bestätigt von der Realität, in dem akademische Lehrer, die es in unseren Augen wissen mußten, dies bezeugten; wir verzichteten auf eigene Anschauung und Erfahrung und nahmen selektiv wahr, was wir gern hörten; ich zitiere hier einmal als ein Beispiel unter vielen eine Äußerung eines alles andere als ‚linken‘ Wissenschaftlers, des Theologen und Religionsdidaktikers Hammelsbeck: ‚Lehrer sind zu 2% Charismatiker, zu 8% Kunsthandwerker, zu 40% Gehaltsempfänger und zu 50% Kriminelle.‘ – Ich denke, ein so vernichtendes Urteil habe ich bis heute noch nicht gesprochen, auch wenn ich im Glashaus der Universität manches ungerecht beurteilt habe.

Aber vielleicht ist auch dieses Urteil, unterm Gestus der Provokation, aus ‚voller Hingabe‘ (ich gebrauche diesen Begriff nicht gern, weil er zum Sprachgebrauch einer sehr belasteten Zeit gehört hat) an einen Beruf gefällt worden, der es mit Kindern, mit sehr jungen Menschen zu tun hat, haben sollte. Und vielleicht ist eine besondere Zuwendung zu diesen sehr jungen Menschen (die mir im übrigen von sämtlichen Ausbildern in meiner schulpraktischen Zeit immer wieder attestiert worden ist, auch und sogar von denen, die mir wenig geneigt waren und/ oder denen manches an meinem didaktischen Ansatz fremd geblieben ist) – vielleicht ist eine besondere Zuwendung zu den eigentlichen Subjekten der Pädagogik überhaupt nur und erst möglich nach markanten Abwendungen von eingeschliffenen und professionalisierten Erziehungskonzepten, in denen die, dene ich Orientierungs- und Identitätshilfen zu geben versuche, nur als Objekte vorkommen. Sie werden gefordert, beurteilt, motiviert, gestreichelt, geschlagen, gemahnt, erzogen. Von Lehrern, die es nicht anders gelernt haben und die vermutlich weit von sich weisen, Welch massiver Indoktrination im Regelfall sie ihre Schüler aussetzen. Von einer Institution, die solche Vermittlung erzieherischer Doktrinen entweder zwingend vorschreibt oder stumm verlangt.

Ich habe dazu in meinem Erfahrungsbericht, die verkrampt formulierte These von der Verlogenheit herkömmlicher Pädagogik durch aus aufgreifend, in einer Zwischenbilanz ausgeführt (mit Blick auf progressistische Varianten und moderne Rationalisierungslabors): ‚Lernprozesse, wie sie nach Auffassung lerntheoretischer Lehrmeinungen allein zu vertreten wären, sollten so organisiert sein, daß an ihrem Ende die Effektivitätskontrolle an den Lernenden steht. Von einem erwarteten (!) Schülerverhalten ausgehend, wird ein geplantes Lehrerverhalten verlangt, das dem geplanten Verhalten eines Tennisspielers gleicht, der seinen Ball immer wieder gegen eine Tenniswand schlägt und den zurückspringenden Ball dann berechnen kann. Mit dieser Tenniswand-Didaktik hat nun mein Ansatz nicht das geringste gemeinsam: Da ich mit Partnern spiele und nicht gegen Wände (um im Bild zu bleiben), kann ich auch nichts von den Schüler-Menschen, die nicht ‚meine‘

Schüler sind, erwarten. Eher erwarten schon sie etwas von mir. Zum Beispiel, daß ich sie spielend lernen lasse. Daß ich sie sich ausdrücken lasse in einer Sprache, in der sie zuhause sind; daß ich sie sich ausagieren lasse in den vertrauten Kontexten sozialer Heimat.’ (beigelegter Erfahrungsbericht, S. 126f.) Zu diesem didaktischen Ansatz, der von der These der Verlogenheit, der ‚immanenten Unwahrheit der Pädagogik‘ nicht zu trennen ist, stehe ich. Ich denke, mit meinem Erfahrungsbericht ein positives Beispiel eines alternativen Konzepts gegeben zu haben, bei dem einiges mehr an individueller Zufriedenheit und persönlichem Glück herausgekommen ist als gewohnt. Und ich denke, mit diesem Erfahrungsbericht eine immer noch unzulängliche, aber doch auch wohl aner kennenswerte Antwort gegeben zu haben auf jene Herausforderung, die kürzlich die Bundesfamilienministerin, unterm Gestus der Provokation, so formuliert hat: ‚Im Umgang mit Kindern fehlt es bei uns an der Einsicht, daß die Grundrechte unserer Verfassung für Kinder die gleiche Gültigkeit haben wie für Erwachsene.‘ (Frankfurter Rundschau vom 19.9.78)

5. Der Hessische Kultusminister hat es für klug gehalten, mir einen bestimmten pädagogik-kritischen Ansatz vorzuwerfen und damit seine Ablehnung, mich zu verbeamten, zu begründen. Da das beanstandete Zitat über 4 Jahre alt ist, habe ich die Frage: Wie konnte er mich verbeamten als Referendar, obwohl damals bereits das gleiche Zitat vorlag? Da er mich als Angestellten im Schuldienst des Landes Hessen beschäftigt, habe ich die Frage: Wie kann er mich auf Kinder loslassen, obwohl er meine Lehrer-Qualität so fundamental bestreitet? Da er auf einen Satz von 1974 zurückgreift, habe ich die Frage: Wie kann er aus einem im Glashaus der Universität verkrampt formulierten Satz etwas herausholen und herauslesen über eine schulische Alltagspraxis, die erst danach einsetzt? Wie kann er sämtliche – in Sachen ‚Hingabe‘ äußerst günstigen – Zeugnisse über diese Alltagspraxis außer acht lassen? Wie kann er aus einer – in enggeführten Diskussionen gewonnenen und in extremer Belastung (ich war damals am Ende eines mit 34.000 DM selbstfinanzierten Studiums) formulierten – Erkenntnis, die eine am Ende der 1. Ausbildungsphase selbstredend vorläufige war, wie kann er aus einer solchen vorläufigen Erkenntnis von damals eine fehlende ‚charakterliche Reife‘ entnehmen, zumal eine offenbar bleibende? Wie kann eine solche bleibende fehlende ‚charakterliche Reife‘ für die Dauer des Referendariats unterbrochen sein; wie kann ich sie ‚jedenfalls zur Zeit nicht besitzen‘; wann und unter welchen Umständen endet diese Zeit? Will er mir ein charakteriologisches Gutachten zukommen lassen, das sein Verdikt begründet und mir hilft, endlich ‚charakterliche Reife‘ (was ist das?) zu gewinnen? Wie kann er überhaupt aus einem Satz, den er mit einer überhaupt nicht zwingenden Interpretation versieht, so weitreichende Schlüsse ziehen? Wie kommt er zu seiner Interpretation, die doch im krassen Gegensatz steht zu sämtlichen – offiziell-amtlichen und nichtamtlichen gutachtlichen – Äußerungen, die mit pädagogischer Kompetenz gemacht wurden? Ich habe Fragen über Fragen, und ich denke, ver-antwort-liche Auskünfte dazu zu bekommen.

6. Ich komme zu einigen Schlüssen. – Wenn den Hessischen Kultusminister bei seiner Ablehnungsbegründung der Gedanke geleitet haben sollte, daß ein bestimmter Bedarf an Lehrkräften nicht denen zugute kommen sollte, die ihrer Beschaffenheit nach vermutlich das Gegenteil dessen bewirken, was jener Bedarf unterm Anspruch des Grundgesetzes verlangt, so stimme ich ihm zu. Was aber den Versuch betrifft, an meinem pädagogischen Profil problematische Beschaffenheit nachzuweisen, so halte ich ihn für gescheitert. – Aus einem Versuch, einem Menschen fehlende ‚charakterliche Reife‘ anzuhängen, kann man vieles schließen. Ich bescheide mich mit dem eher lakonischen Schluß: das kommt öfters vor, daß sich etwas trotz vordergründig expansivem Wesen auf ältere Stufen zurückbildet, gerade in der Sphäre des Politischen. – Im Sinne und Interesse des Demokratie-Anspruchs unserer Gesellschaft halte ich dagegen, daß ich das von mir behandelte und befragte Stück der

Ablehnungsbegründung im Widerspruchsbescheid des Hessischen Kultusministers nicht hinnehme; indem ich gegen seinen Bescheid Klage erhebe, weiß ich mich als Subjekt eines politischen Prozesses, erfahre ich politische Demokratie als meine eigene Sache. – In meinen Augen ist noch diese Klage ein Angebot. Ein anderes Angebot hatte ich bereits gemacht (s. meine Mitteilung an den Hessischen Ministerpräsidenten), aber danach bestand offenbar keine Nachfrage.

Am Ende möchte ich noch den Hessischen Kultusminister hinweisen auf eine Erklärung vom Sommer dieses Jahres, die der ehemalige Niedersächsische Kultusminister Prof. von Oertzen seinem Amtsnachfolger gegenüber abgegeben hat und die so beginnt: ‚Zwei grundlegende Rechte unserer politischen Verfassung sind zugleich die Basis einer freiheitlichen Verfassung überhaupt: Das Recht auf Meinungsfreiheit, auch und gerade für die Beamten. Das Recht der Wissenschaftsfreiheit, d.h. das Recht, ohne Einschränkung zu forschen und das Geforschte öffentlich zu lehren.‘ Ich zitiere nur und schließe damit.

Limburg, 5. Okt. 78

Hans Roth (Adresse)<sup>169</sup>

### **16. „Man muß fast den Eindruck haben, daß irgend jemand ein besonderes Interesse daran hat, den ‚Fall Roth‘ nicht zum Stillstand kommen zu lassen.“**

Und wieder trat ein neues altes Dokument in mein Leben und beeindruckte mich stark mit einer Formulierung: GEW 1978: „Man muß fast den Eindruck haben, daß irgend jemand ein besonderes Interesse daran hat, den ‚Fall Roth‘ nicht zum Stillstand kommen zu lassen.“ Sie stammte aus einem Brief von Alfred Harnischfeger, damals Erster Vorsitzender der GEW Hessen, vom 11.7.1978 an den Hessischen Kultusminister.

Sofort dachte ich an Hans Roths Erklärung vom 1.6.2014 (s.o. bzw. 215) und die „Gutachtliche Äußerung zur Praxis der staatlichen Behörden im Zusammenhang mit der Ablehnung des Antrags von Herrn Hans Roth auf Einstellung als Beamter in den hessischen Schuldienst“ (s.o. bzw. 216) und die darin enthaltene Passage: „Aufgrund seiner Einstellung als Lehrer im August 1974 schließt Herr Roth, daß nun die Zweifel an seiner Verfassungstreue ausgeräumt sind; das wird später auch ausdrücklich von einem Zweig der Staatsverwaltung als zutreffende Folgerung bestätigt. (Schreiben des KM v. 30.5.1975 und des RP v. 20.6.1975) Er verlangt nun auch von einem anderen Zweig der Staatsverwaltung, daß er die Konsequenz daraus ziehe und die ihn betreffenden Verfassungsschutzakten vernichte. Das wird abgelehnt. (Schreiben des Landesamts für Verfassungsschutz v. 7.2.1975)“.

Der eine und der andere Zweig der Staatsverwaltung – und der eine, zum „Fall“ degradierte Mensch Hans Roth ...

Hier also das Schreiben vom 11. Juli 1978:

---

<sup>169</sup> „Wetteifer, Eifersucht, Neid, Eitelkeit, Gier, niederträchtige Furcht (Persönliche Erklärung von Hans Roth zum Widerspruchsbescheid vom 13.9.1978)“  
<http://www.heise.de/tp/foren/S-Wetteifer-Eifersucht-Neid-Eitelkeit-Gier-niedertraechtige-Furcht/forum-152348/msg-25543030/read/>

11. Sep. 1978



**Gewerkschaft**  
**Erziehung und Wissenschaft**  
Gesamtverband der Lehrer und Erzieher

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft - 6000 Frankfurt 17 - Postfach 17 40 51

Landesverband Hessen  
6000 Frankfurt 17  
Postfach 17 40 51  
Zimmerweg 12  
Fernsprecher 06 11 - 72 37 33  
- 72 35 79  
Tag 11. Juli 1978  
Az.: Hf/Fi

persönlich  
Herrn  
Hessischen Kultusminister  
Luisenplatz 10  
6200 Wiesbaden

1. Vorsitzender

Sehr geehrter Herr Minister,

Ich komme heute zurück auf verschiedene Unterredungen, die wir wegen des Kollegen Hans Roth miteinander geführt haben.

Kollege Roth bestätigt durch seine konkrete Arbeit an der ihm zugewiesenen Schule im Wetteraukreis den sehr positiven Eindruck, den ich von Beginn an von ihm hatte. Kollege Roth fühlt sich sehr wohl an der Schule, ist von Eltern, Lehrern und Schülern anerkannt, und erfreut sich wohl zum ersten Mal eines weitgehend unbelasteten Arbeitsverhältnisses.

Diese Tatsache wurde nun durch einen Vorgang betrübt, der sich gegen die Absprache zwischen Ihnen und mir richtet. Nach unseren Gesprächen war Kollege Roth vor allem deswegen aus dem Bereich des Regierungspräsidenten in Kassel herausgenommen, um ihm im zweiten Regierungsbezirk ein unbelastetes Arbeitsverhältnis zu ermöglichen. Wie sich jetzt herausstellt, sind seine gesamten alten Aktenstücke beim Regierungspräsidenten in Darmstadt aufgetaucht, womit gerade ein wichtiger Teil unserer Vereinbarungen, nämlich ein aktemäßig unbelastetes Verhältnis beim Regierungspräsidenten in Darmstadt zu garantieren, in Frage gestellt ist. Man muß fast den Eindruck haben, daß irgendjemand ein besonderes Interesse daran hat, den "Fall Roth" nicht zum Stillstand kommen zu lassen. Dies kann weder in Ihrem noch im Interesse der Gewerkschaft sein.

-2-

>Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Hessen  
6000 Frankfurt 17  
Postfach 17 40 51  
Zimmerweg 12  
Tag 11. Juli 1978  
Az.: Hf/Fi

Herrn  
Hessischen Kultusminister  
Luisenplatz 10  
6200 Wiesbaden

Sehr geehrter Herr Minister,

ich komme heute zurück auf verschiedene Unterredungen, die wir wegen des Kollegen Hans Roth miteinander geführt haben.

Kollege Roth bestätigt durch seine konkrete Arbeit an der ihm zugewiesenen Schule im Wetteraukreis den sehr positiven Eindruck, den ich von Beginn an von ihm hatte. Kollege Roth fühlt sich sehr wohl an der Schule, ist von Eltern, Lehrer und Schülern anerkannt, und erfreut sich wohl zum ersten Male eines weitgehend unbelasteten Arbeitsverhältnisses.

Diese Tatsache wurde nun durch einen Vorgang betrübt, der sich gegen die Absprache zwischen Ihnen und mir richtet. Nach unseren Gesprächen war Kollege Roth vor allem deswegen aus dem Bereich des Regierungspräsidenten in Kassel herausgenommen, um ihm im zweiten Regierungsbezirk ein unbelastetes Arbeitsverhältnis zu ermöglichen. Wie sich jetzt herausstellt, sind seine gesamten alten Aktenstücke beim Regierungspräsident in Darmstadt aufgetaucht, womit gerade ein wichtiger Teil unserer Vereinbarungen, nämlich ein aktenmäßig unbelastetes Verhältnis beim Regierungspräsidenten in Darmstadt zu garantieren, in Frage gestellt ist. Man muß fast den Eindruck haben, daß irgendjemand ein besonderes Interesse daran hat, den „Fall Roth“ nicht zum Stillstand kommen zu lassen. Dies kann weder in Ihrem noch im Interesse der Gewerkschaft sein.

Sie selbst hatten der Einstellung von Kollegen Roth zu gestimmt, weil Sie der Auffassung waren, der Kollege solle die Möglichkeit der Bewährung erhalten. Die Bewährung ist erfolgt, was nachhaltig Schulleitung und Kollegium bestätigen können.

Um den „Fall Roth“ ein für alle Mal zu beenden, gibt es nur ein Verfahren, das meiner Meinung nach von Ihnen nun in Angriff genommen werden sollte. Ich meine die Verbeamtung von Kollegen Roth. Ich darf in diesem Zusammenhang noch einmal daran erinnern, daß bereits einmal Kollege Roth eine Beamtenstelle angeboten worden ist. Lediglich, um nicht seinem kirchlichen Arbeitgeber gegenüber vertragsbrüchig zu werden, hat Kollege Roth damals die angebotene Beamtenstelle angelehnt.

Dankenswerterweise erfolgen zum 1.9.78 eine erhebliche Zahl von Verbeamtungen. Im Zuge dieses Verfahrens müsste es doch unschwer möglich sein, Kollegen Roth, nachdem er sich im Schuldienst bewährt hat, ebenfalls zu verbeamten.

Ich bitte Sie jedenfalls sehr herzlich, meinen Vorschlag zu überdenken und ihm, wenn es irgend möglich ist, zu entsprechen.

Mit freundlichen Grüßen  
Alfred Harnischfeger<sup>170</sup>

„Wie sich jetzt herausstellt, **sind seine gesamten alten Aktenstücke beim Regierungspräsident in Darmstadt aufgetaucht**, womit gerade ein wichtiger Teil unserer Vereinbarungen, nämlich ein **aktenmäßig unbelastetes Verhältnis** beim Regierungspräsidenten in Darmstadt zu garantieren, in Frage gestellt ist. Man muß fast den Eindruck haben, daß **irgendjemand ein besonderes Interesse daran** hat, den „Fall Roth“ nicht zum Stillstand kommen zu lassen.“

Wer konnte ein Interesse daran haben, Hans Roth zu (ver-)folgen, ihm immer weiter bis in den hintersten Winkel nachzusetzen?

---

<sup>170</sup> ein besonderes Interesse..., den Fall Roth nicht zum Stillstand kommen zu lassen

<http://www.heise.de/tp/foren/S-ein-besonderes-Interesse-den-Fall-Roth-nicht-zum-Stillstand-kommen-zu-lassen/forum-152348/msg-25857480/read/>

## **17. Zwischenspiel: Sofern es die Rechts- und Materiallage erlaubt – die Suche nach einer Fernsehsendung**

Seiner Erklärung vom 10.6.2014<sup>171</sup> hatte Hans Roth ja den Brief von Jürgen Schmude vom 19.3.1984<sup>172</sup> beigelegt, der u.a. geschrieben hatte: „Unser Entwurf einer Novelle zum Datenschutzgesetz wird in diesen Tagen beim Bundestag eingebracht. Gesetz ist er damit angesichts der Mehrheitsverhältnisse noch nicht. Wir hoffen aber, etwas in der Richtung des Entwurfs bewirken zu können.

**Als Zuschauer der ZDF-Sendung am 16. Februar** habe ich mit Erstaunen und Vergnügen zur Kenntnis genommen, wie Sie meine Mitwirkung an Ihren Überlegungen gewürdigt haben.“

Als Zuschauer der ZDF-Sendung am 16. Februar – was mochte das für eine Sendung gewesen sein?

**An**

**„Zweites Deutsches Fernsehen**

55100 Mainz

Köln, den 5.7.2014

Sehr geehrte Damen und Herren!

Auf Ihrer Internetseite habe ich gelesen, daß Sie für die private Nutzung auf Anfrage Sendemitschnitte anfertigen. Nun möchte ich mich mit einem vielleicht etwas ausgefallenen Wunsch an Sie wenden und hoffe, daß Sie mir in dieser Angelegenheit auch helfen können.

**Am 16. Februar 1984** sendeten Sie eine **Gesprächsrunde**, die von **Klaus Bresser** geleitet wurde und an der auch Hans Roth teilgenommen hat. Mein Problem ist – und weshalb ich Sie ganz besonders herzlich um Ihr Verständnis und Ihre Hilfe bitte -, daß ich Ihnen leider keine weiteren Angaben zu dieser Sendung (Titel, Sendezeit, Dauer) machen kann. Es ging um die demokratische **Kontrolle von Geheimdiensten** bzw. das Recht des einzelnen Bürgers, von den über ihn gesammelten Daten Kenntnis zu erhalten und ggf. deren Berichtigung oder Löschung zu verlangen.

Besteht eine Möglichkeit, von dieser Sendung eine Aufzeichnung zu erhalten? Ich wäre Ihnen wirklich außerordentlich dankbar!

Mit freundlichen Grüßen

Nadja Thelen-Khoder

(Adresse)“

**Von:**

**„Zweites Deutsches Fernsehen**

Anstalt des öffentlichen Rechts

Hauptabteilung Kommunikation

Zuschauerredaktion

55100 Mainz

09.07.2014

Sehr geehrte Frau Thelen-Khoder,  
vielen Dank für Ihre Zuschrift.

---

<sup>171</sup> siehe S. 24, im Netz verfügbar unter <http://www.heise.de/tp/foren/S-Neue-Erklaerung-von-Hans-Roth-vom-10-6-2014-Juergen-Schmude-ZDF-16-2-1984/forum-152348/msg-25447343/read/>

<sup>172</sup> siehe S. 26

Alle Sendungen unseres Programms werden nach den genauen **Ausstrahlungstiteln** und **Sendedatum** registriert. Aufgrund von Inhaltsschilderungen oder Stichworten ist es sehr schwierig, den entsprechenden Beitrag zu finden. Am 16.02.1984 konnten wir in unseren Datenbanken keine Gesprächsrunde von Klaus Bresser mit dem Gesprächsteilnehmer Hans Roth ausfindig machen.

**Wir bedauern**, Ihnen keine andere Nachricht geben zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre ZDF-Zuschauerredaktion“

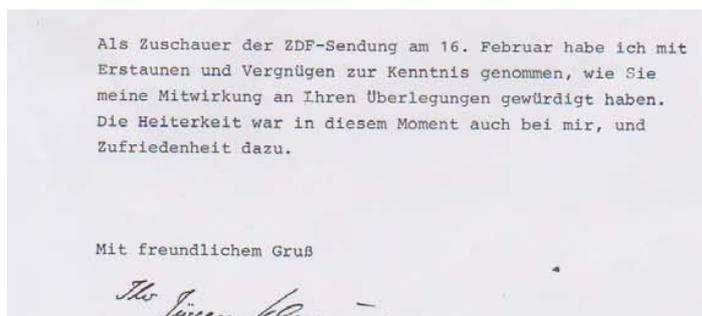


Aber es mußte doch diese Sendung geben, wenn der ehemalige Bundesjustizminister in seinem Brief vom 19.3.1984<sup>173</sup> geschrieben hatte:



...

<sup>173</sup> siehe S.



Ich kopierte ihn und legte sie meiner nächsten Anfrage bei:

**An:**

**„Zweites Deutsches Fernsehen**

Anstalt des öffentlichen Rechts

55100 Mainz

Köln, den 1.8.2014

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zunächst möchte ich mich für Ihre Bemühungen bedanken. Es tut mir sehr leid, Ihnen vergebliche Arbeit bereitet zu haben. Bitte verzeihen Sie mir den Fehler, der mir anscheinend unterlaufen ist.

Wie Sie beiliegendem Schreiben des ehemaligen Bundesjustizministers Jürgen Schmude entnehmen können, hat es eine Sendung mit Herrn Hans Roth am 16.2.1984 gegeben.

Wahrscheinlich war meine Angabe „mit Klaus Bresser als Moderator“ falsch.

Seien Sie bitte so freundlich und helfen mir in dieser Angelegenheit ein Stück weiter: Ich interessiere mich sehr für das Thema und die Gesprächsteilnehmer und wäre Ihnen außerordentlich dankbar, wenn Sie bitte noch einmal nachschauen könnten:

Ist es möglich, diese Sendung noch einmal zu sehen bzw. einen Sendemitschnitt zu erhalten?

Ich bedauere außerordentlich, Ihnen so viel Arbeit zu verursachen und bedanke mich im voraus sehr herzlich für Ihre Bemühungen und Ihr Verständnis!

Mit freundlichen Grüßen

Nadja Thelen-Khoder

(Adresse)“

**Von:**

**„Zweites Deutsches Fernsehen**

Anstalt des öffentlichen Rechts

Hauptabteilung Kommunikation

Zuschauerredaktion

55100 Mainz

11.08.2014

Sehr geehrte Frau Thelen-Khodor,  
vielen Dank für Ihre nochmalige Zuschrift.

Nach erneuter Recherche konnten wir am 16.02.1984 die Diskussionsrunde „5 nach 10: Geheimdienste“ ausfindig machen. Diese könnte für die von Ihnen gesuchte Sendung in Frage kommen. Allerdings kommt es bei älteren Produktionen aus den 70er und 80er Jahren öfter vor, daß unsere Datenbanken keine Inhaltsdokumente aufweisen, was auch bei der o.g. Sendung der Fall ist. Wir können Ihnen also leider nicht bestätigen, ob in dieser Runde tatsächlich Herr Hans Roth als Gesprächsteilnehmer anwesend war.

Sofern es die Rechts- und Materiallage erlaubt – was jeweils im Einzelfall geprüft werden muß – können Sie direkt bei uns eine Videokopie oder DVD einer im ZDF ausgestrahlten Sendung bestellen. Es handelt sich jedoch um eine aufwändig produzierte Einzelkopie, die eigens für Sie erstellt werden muß. Entsprechend liegen die Kosten in jedem Fall über den Preisen für industriell und damit massenhaft gefertigte Kaufkopien; der Preis richtet sich nach Sendelänge, Aufwand und Verwendungszweck.

Bitte wenden Sie sich auf schriftlichem Weg an unseren Programmservice. Sie erhalten von dort ein Angebot mit Angabe der konkreten Kosten. Auch alle weiteren Fragen (Technisches Format, Rechnungsstelle etc.) beantworten Ihnen die Kollegen gerne:

ZDF

Programmservice

55100 Mainz

Fax: 06131/7019515

Tel.: 06131/7019508

E-Mail: [programmservice@zdf.de](mailto:programmservice@zdf.de)

Bitte nennen Sie Ihren vollständigen Namen, Ihre herkömmliche Postadresse, den genauen Sendetitel, das Sendedatum, den gewünschten Träger (Video bzw. DVD) und den Verwendungszweck der Kopie.

Wie bedauern, Ihnen auch heute nicht entscheidend weiterhelfen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre ZDF-Zuschauerredaktion“



**An:**  
**„ZDF**  
**Programmservice**  
55100 Mainz  
Köln, den 27.9.2014

Sehr geehrte Damen und Herren!

Hiermit möchte ich eine Kopie der Diskussionsrunde ‚5 nach 10: Geheimdienste‘ vom 16.2.1984 im DVD-Format bestellen. Ich interessiere mich sehr für das Thema, kenne wohl auch einen der Teilnehmer persönlich und wäre Ihnen wirklich sehr dankbar, wenn Sie mir in dieser Angelegenheit helfen könnten!

Im voraus recht herzlichen Dank für Ihre Bemühungen!

Mit freundlichen Grüßen

Nadja Thelen-Khoder

(Adresse)“

Und dann fuhr ich nach Spanien, um Freunde zu besuchen. Aber der erste Protagonist im Drama ‚Der Freiherr und der Citoyen‘ reiste mit.

### **18. Mit Friedrich August Freiherr von der Heydte in Spanien**

In ‚Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen‘<sup>174</sup> schrieb Friedrich August Freiherr von der Heydte in ‚§3 Offiziere, Priester, Parteifunktionäre, Studenten ...‘ u.a. vom ‚Don-Carlos-Komplex eines jungen Menschen (), der mit zwanzig Jahren überzeugt ist, nicht nur etwas ‚für die Unsterblichkeit‘ zu tun, sondern dabei auch die Welt verändern und verbessern zu müssen. ‚Die Studenten fühlen sich‘ nach einem Wort Hermann Gebharts, das nicht nur für Lateinamerika gilt, ‚als Avantgarde des Volkes‘<sup>175</sup>, und ich hatte den Eindruck, als habe der Professor für Völkerrecht sowie bayerisches Staatsrecht an der Universität Würzburg dabei auch ein ganz kleines Bißchen an seinen ehemaligen Studenten Hans Roth gedacht, der ja gleichzeitig auch noch Offizier war (s.o.). Friedrich August Freiherr von der Heydte sprach von einem ‚Don-Carlos-Komplex‘, und ich hatte mich gefragt, ob er sich in diesem Bild ein bißchen wie **Philipp II.** sah.

Laut Internet hieß mein Freiherr mit vollständigem Namen **Friedrich-August Johannes Wilhelm Ludwig Alfons Maria Freiherr von der Heydte**. Das erinnerte mich an unseren ehemaligen Verteidigungsminister Karl Theodor **Freiherr von und zu Guttenberg**<sup>176</sup>,

---

<sup>174</sup> ‚Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen‘; Band 3 der ‚Würzburger Wehrwissenschaftlichen Abhandlungen‘, Würzburg 1972 (Holzner), neu aufgelegt Wiesbaden 1986 mit einem Vorwort von Lyndon LaRouche von den ‚Patrioten für Deutschland‘

<sup>175</sup> a.a.O. (1972), S. 126

<sup>176</sup> DER SPIEGEL 42/2010



den **Enkel** des gleichnamigen parlamentarischen Staatssekretärs<sup>177</sup> im Bundeskanzleramt während der Amtszeit von Kurt Georg Kiesinger<sup>178</sup>, von dem auch etliche Vornamen die Runde machten. Das Buch „Nach Lektüre vernichten. Der **geheime Nachrichtendienst von CDU und CSU** im Kalten Krieg“ von Stefanie Waske erzählt auch von „Hans Christoph Schenk **Freiherr von Stauffenberg (1911-2005)**“ – ob er auch so viele Vornamen hatte?

Auf der Suche nach dem Menschen Friedrich August Freiherr von der Heydte war ich in Spanien sowieso genau richtig, in der Heimat von Philipp II: und seinem Sohn Carlos, dem Infanten. Und in „Verschwörung im Namen des Kreuzes“<sup>179</sup> hatte ich im Kapitel „Ein klerikaler Amokläufer. Die rechten Umtriebe des Großkreuzritters Friedrich August von der Heydte“ gelesen:

„Die 1955 von Konfrater von der Heydte ins Leben gerufene ‚**Abendländische Akademie**‘ ging aus der 1951 mit materieller Unterstützung des Fürsten Georg von Waldburg zu Zeil und Trauchburg gegründeten ‚**Abendländischen Aktion**‘ hervor, ...“<sup>180</sup> „Nach zum Teil heftigen Angriffen in der Presse zog sich die ‚Akademie‘ zeitweise nach **Madrid** zurück, wo auch das **Europäische Informations- und Dokumentations-Zentrum (CEDI)** residierte, eine Organisation des österreichischen Thronfolgers, CSU-Politikers und Malteserritters **Otto von Habsburg**, dem Freiherr von der Heydte nach eigenem Bekunden ‚in Treue‘ ergeben war. Zu den Veranstaltungen des CEDI in Franco-Spanien reisten regelmäßig faschistische Abgeordnete aus Italien an. Aus Deutschland nahm neben von der Heydte häufiger der Abendländler **Richard Jaeger, Vizepräsident des Deutschen Bundestages**, teil, hin und wieder in Begleitung des Bundesministers im Kabinett Adenauer und Heydte-Parteifreundes **Franz Josef Strauß**“<sup>181</sup>.

„CEDI“ hatte ich noch nie gehört und meine spanischen Freunde auch nicht. Wir suchten gemeinsam im Internet und fanden dort Informationen über das 1952 gegründete „**Centro Europeo de Documentación e Información**“. Bei den Literaturangaben fanden wir u.a. den Artikel „El Centro Europeo de Documentación e Información. Un intento fallido de

<sup>177</sup> Stefanie Waske: „Nach Lektüre vernichten. Der geheime Nachrichtendienst von CDU und CSU im Kalten Krieg“, München 2013 (Carl Hanser Verlag); darüber schreibt sie in der Zeit: <http://www.zeit.de/2012/49/Spionage-CDU-CSU-Willy-Brandt>

<sup>178</sup> siehe auch Beate Klarsfeld

<sup>179</sup> Oliver Schröm und Egmont R. Koch: „Verschwörung im Zeichen des Kreuzes. Die Ritter vom Heiligen Grabe“, München 2002 (Orbis Verlag), Sonderausgabe. Titel der Originalausgabe: „Das Geheimnis der Ritter vom Heiligen Grabe“, Hamburg 1995 (Hoffmann und Campe)

<sup>180</sup> a.a.O., S. 96

<sup>181</sup> a.a.O., S. 97f

aproximación a Europa” von Antonio Moreno Juste, veröffentlicht im Buch „El régimen de Franco (1936-1975)“<sup>182</sup>.

Als ich mir die Seiten kopieren wollte, fiel mein Blick zufällig<sup>183</sup> auf eine Seite des nachfolgenden Artikels von **Carlos Collade Seidel** von der UNED<sup>184</sup>. „En **defensa de occidente**. Perspectivas en las **relaciones del régimen de Franco con los gobiernos democristianos** de Alemania (1949-1966)“<sup>185</sup> [„In der **Verteidigung des Abendlandes**. Perspektiven in den **Beziehungen zwischen Franco und den christdemokratischen Regierungen in Deutschland (1949-1966)**“; eigene Übersetzung] stand auf den nachfolgenden Seiten, und ich danke meinem Gott für den Zufall, daß ich auf Seite 481 auch meinen Freiherrn fand:

„Los ‚cedistas‘ encontraron en la España los años 50 aquella; sana conciencia de Occidente’ que consideraban estar en trance de pederse en sus propios países. Muy significativas son en este contexto diversas declaraciones de destacados miembros del CEDI, como el barón von der Heydte, quién en carta al Ministro de Exteriores al final de su primer viaje a España, concluía diciendo:

*„No sólo las sesiones del Centro Europeo de Documentación, sine toda la estancia en España fue para mí una experiencia única: he visto por primera vez un país que vive de la fe y con la fe informa su política; espero que este país será para una Europa sin fe o, por la menos, con una fe débil, estímulo, ejemplo y base. España es la conciencia católica de Europa.‘ (9)“*

*Fußnote (9) lautet: „Carta del **barón von der Heydte** a Martín Artajo, Maguncia, 19-X-1953, Archivo de la Presidencia de Gobierno (APG) JE, Leg. 18, 1.4. Este tipo de elogios prodogados por políticos europeos no fueron infredquentes en estos años: ...“*

Weiter im Text: „España era por tanto considerada como un oasis en medio de una Europa que estos políticos veían acosada y destabilizada por movimientos y tendencias subversivas. No en vano la casi totalidad de los congresos anuales del CEDI tuvieron lugar en el Monasterio de El Escorial.“<sup>186</sup>

Mit Hilfe meiner Freunde übersetzte ich:

„Die ‚cedistas‘ haben im Spanien der 50er Jahre dieses ‚gesunde Gewissen des Abendlandes‘ gefunden, das sie in Gefahr sahen, in ihren eigenen Ländern verlorenzugehen. Sehr bezeichnend sind in diesem Zusammenhang verschiedene Erklärungen von führenden Mitgliedern von CEDI, wie dem **Freiherrn von der Heydte**, der in einem Brief an den Außenminister am Ende seiner ersten Reise nach Spanien abschließend sagt:

**„Nicht allein die Tagungen des Europäischen Zentrums für Dokumentation, sondern der ganze Aufenthalt in Spanien war für mich eine einzigartige Erfahrung: Ich habe zum ersten Mal ein Land gesehen, das aus dem Glauben lebt und mit dem Glauben seiner Politik Gestalt gibt; ich hoffe, daß dieses Land für ein Europa ohne Glauben oder zum wenigsten einem kraftlosen Glauben eine Anregung, ein Vorbild und eine Basis sein wird. Spanien ist das katholische Gewissen Europas.“ (9)**

Und die Fußnote (9) lautet: „Schreiben von **Freiherr von der Heydte an Martín Artajo**, Maguncia, **19.10.1953**, Archiv des Vorsitzes der Regierung (APG) JE, Leg. 18, 1.4.

<sup>182</sup> Antonio Moreno Juste: „El Centro Europeo de Documentación e Información. Un intento fallido de aproximación a Europa“; in: Javier Tusell, Susana Sueiro, José Marín und Marina Casanova (Hrsg.): „El régimen de Franco (1936-1975)“, Madrid 1993, Bd. 2, S. 459-474

<sup>183</sup> Zufällig? Zufälle sind Wahrnehmungen – das glaube ich immer stärker.

<sup>184</sup> Universidad Nacional de Educación a Distancia

<sup>185</sup> Carlos Collade Seidel, UNED: „En defensa de occidente. Perspectivas en las relaciones del régimen de Franco con los gobiernos democristianos de Alemania (1949-1966)“; in: Javier Tusell, Susana Sueiro, José Marín und Marina Casanova (Hrsg.): „El régimen de Franco (1936-1975)“, Madrid 1993, Bd. 2, S. 475-492

<sup>186</sup> a.a.O., S. 481

Dieser Typ überschwenglicher Lobreden für europäische Politiker ist nicht selten in diesen Jahren: ...”

Weiter im Text: „Deswegen war Spanien angesehen als eine Oase in der Mitte eines Europas, dessen Politiker durch Untergrundbewegungen und umstürzlerische Tendenzen gehetzt und aus dem Gleichgewicht gebracht worden seien. Nicht umsonst fanden fast alle jährlichen Kongresse des CEDI am Ort des Klosters von El Escorial statt.“<sup>187</sup>

Im Kloster von El Escorial? In „Die Verschwörung im Zeichen des Kreuzes“<sup>188</sup> war vom CEDI als „eine(r) Organisation des österreichischen Thronfolgers, CSU-Politikers und Malteserritters Otto von Habsburg, dem Freiherr von der Heydte nach eigenem Bekunden ‚in Treue‘ ergeben war“ die Rede. Aber das Kloster von El Escorial war doch eine andere Hausnummer als der „CSU-Politiker() und Malteserritter() Otto von Habsburg“ - hatte ich jedenfalls gedacht; die Worte vom „österreichischen Thronnachfolger“ hatte ich unterschätzt. Otto von Habsburg.

Eine weitere Literaturangabe des spanischen Wikipedia-Artikels führte zum Buch „Treue Freunde ...“? Westdeutschland und Spanien 1945-1963“ von Birgit Aschmann<sup>189</sup>. Wir fragten uns, weshalb niemand, den wir danach fragten, das 1952 gegründete „Centro Europeo de Documentación e Información“ (CEDI) kannte, auch in Spanien (El Escorial) nicht. Im Buch gab es ein ganzes Kapitel darüber (5.4.3 „Die Abendländische Aktion und das CEDI“, S. 425-435), und weiß Gott nicht nur Friedrich August Freiherr von der Heydte tauchte auf den Seiten 428, 430 und 432 auf (u.a. als „Fallschirmprofessor“).

Ich hatte mich früher gefragt, ob der von Hermann Göring „Rosenkranz-Parachutist“ genannte Friedrich August Freiherr von der Heydte<sup>190</sup> sich ein bißchen wie Philipp II gefühlt haben mochte. Jetzt wußte ich, daß er sich in dem nach dessen Plänen erbauten Kloster mit den 42 Altären jedenfalls sehr wohl gefühlt hat. Was für ein Tagungsort!

„Nicht allein die Tagungen des Europäischen Zentrums für Dokumentation, sondern der ganze Aufenthalt in Spanien war für mich eine einzigartige Erfahrung: Ich habe zum ersten Mal ein Land gesehen, das aus dem Glauben lebt und mit dem Glauben seiner Politik Gestalt gibt; ich hoffe, daß dieses Land für ein Europa ohne Glauben oder zum wenigsten einem kraftlosen Glauben eine Anregung, ein Vorbild und eine Basis sein wird. Spanien ist das katholische Gewissen Europas.“ (Friedrich August Freiherr von der Heydte n den spanischen Außenminister am 19.10.1953).



<sup>187</sup> Carlos Collade Seidel, UNED: „En defensa de occidente. Perspectivas en las relaciones del régimen de Franco con los gobiernos democristianos de Alemania (1949-1966)“; in: Javier Tusell, Susana Sueiro, José Marín und Marina Casanova (Hrsg.): „El régimen de Franco (1936-1975)“, Madrid 1993, Bd. 2, S. 481

<sup>188</sup> Oliver Schröm und Egmont R. Koch: „Verschwörung im Zeichen des Kreuzes. Die Ritter vom Heiligen Grabe“, München 2002 (Orbis Verlag), Sonderausgabe. Titel der Originalausgabe: „Das Geheimnis der Ritter vom Heiligen Grabe“, Hamburg 1995 (Hoffmann und Campe)

<sup>189</sup> Birgit Aschmann: „Treue Freunde ...“? Westdeutschland und Spanien 1945-1963“, Stuttgart 1999 (Franz Steiner Verlag)

<sup>190</sup> zitiert nach H. van Bergh, in: Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Muß ich sterben, will ich fallen ...“? Ein Zeitzeuge erinnert sich“, Berg am See 1987; der Herausgeber „Über den Autor“, S. 7

## **Gladio - das bestgehütete Geheimnis Europas? „Ich glaube, da muß noch mal ein engagierter Staatsanwalt ran!“**

Immer wieder hatte Hans Roth von „Gladio“ geschrieben:

1. „**Politisches Testament**“: „Ich klage an das **geheime Militär-Tribunal von ‚Gladio‘**, das mich in einem geheimen Verfahren aufgrund eines **Inside-Reports** (mit G. Wallraff als Begleiter) wegen ‚**Hochverrats**‘ verurteilte“<sup>191</sup>;
2. „**Erklärung zur letzten Einlassung meiner Kirche, 7.3.2010**“: Da meine Kirche entschieden hat, nicht für mich einzutreten, das Gerichts-Dossier nicht zur Kenntnis zu nehmen und die **gerichtlich geklärten Fälschungs-Vorgänge der „Aktion 76“** (im Auftrag von ‚Gladio‘), für die die hessische CDU Verantwortung trägt, zu ignorieren, ...“<sup>192</sup>;
3. „**Erklärung zu Aktenzeichen 263/18, 24.6.2010**“: „Der ‚Kalte Krieg‘ fand nicht nur im Osten statt. So gut und wichtig und nützlich es war, sich gründlich mit dem Totalitarismus im Osten auseinanderzusetzen, so gut und wichtig und nützlich wäre es, sich mit **totalitären Aspekten im Westen** auseinanderzusetzen, insbesondere mit dem **Archipel ‚Gladio‘**. Dazu nächstens mehr“<sup>193</sup>;
4. Schreiben vom 1.8.2010: „Aus heiterem Himmel in einer Sonntagszeitung (**Journal du Dimanche**) Neues zu ‚Gladio‘ (p. 19); **Ende der General-Zensur?** – „Das ist eins der am besten gehüteten Geheimnisse des Kalten Krieges. Die CIA, später die Nato, haben in Europa ein extrem dichtes Netz eingerichtet, hermetisch abgeschottet ...“<sup>194</sup>;
5. „**Eidesstattliche Erklärung vom 24.5.2011**“: „Nach der Arte-Sendung zu ‚Gladio‘ (15.2.2011) kann niemand mehr sagen: das gibt’s nicht. – Das ist der Satz, den ich immer gehört habe, wenn es um den **wirklichen, wahren Grund meines Berufsverbotes** ging, seit bald vierzig Jahren“<sup>195</sup>;
6. Erklärung vom 9.3.2012: „Im Sommer 2010 wurde in Frankreich in plötzlichen Presse-Berichten ‚das bestgehütete Geheimnis Europas‘ gelüftet, das einer **geheimen europäischen Armee**. Im Sommer 2011 berichtete ‚**Le Monde**‘ aus Anlaß des Todes eines **italienischen Spitzenpolitikers**, der als Innenminister in die Affäre um Aldo Moro verwickelt war und später **Minister- und Staatspräsident wurde, daß und wie er von ‚Gladio‘ rekrutiert worden** war. – Daß ‚Gladio‘ in Europa in den höchsten Sphären des Staates rekrutierte, konnte einstweilen nur in einem Land ohne aktive Struktur berichtet werden“<sup>196</sup>;
7. Brief an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 5.5.2012: „In einem langen Rehabilitations-Gespräch nach einem Sieg in einem ‚30-jährigen Krieg‘ auf dem Rechts-Weg ging es im Wesentlichen um die **geheime Armee ‚Gladio‘** im Hintergrund; auf deren Geschichtsmacht stieß Herr Rau, als er versuchte, der symbolischen Rehabilitierung die wirkliche folgen zu lassen. **Telefonische Mahnungen**, das Recht zu achten, schlug der Hessische Ministerpräsident in den Wind ... G. Wallraff hatte mich einst gebeten, mich  **einzuschleichen in ein geheimes ‚Gladio‘-Lager; er kannte nur einen Offizier, der das konnte**“<sup>197</sup>;

---

<sup>191</sup> siehe Erstes Buch, S. 69

<sup>192</sup> siehe Erstes Buch, S. 91

<sup>193</sup> siehe Erstes Buch, S. 94

<sup>194</sup> siehe Erstes Buch, S. 103

<sup>195</sup> siehe Erstes Buch, S. 108

<sup>196</sup> siehe Erstes Buch, S. 109

<sup>197</sup> siehe Erstes Buch, S. 115

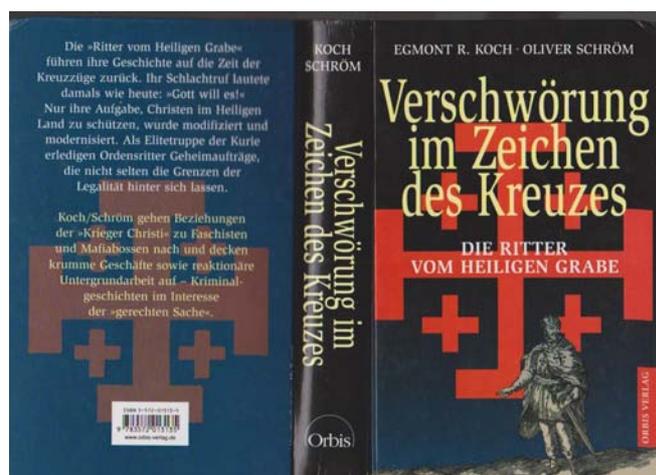
8. Erklärung vom 18.6.2013<sup>198</sup> mit dem Artikel aus der WAZ vom 9.5.2013 „Mein Vater war ein Terrorist“<sup>199</sup>. Darin wird **Gaston Vogel**, Verteidiger eines der Luxemburger Angeklagten, mit den Worten zitiert. „Kramer hat aber eine Fährte gelegt, die wir kannten. **Vielleicht wird man jetzt in Deutschland wach, was Gladio angeht. Und das wäre gut.**“ Und weiter heißt es: „Einer, der von sich sagt, er sei ‚schon seit Jahren, ja Jahrzehnten hinter Gladio her‘, ist der Grünen-Bundestagsabgeordnete **Hans-Christian Ströbele**. Abermals stellte er nun eine kleine Anfrage im Bundestag. ... Ströbele kritisiert, daß es **zum Wies'n-Attentat schon früher Hinweise von italienischen Zeugen auf Gladio** gegeben habe, denen nie nachgegangen wurde. ‚Ich glaube, da muß noch mal ein engagierter Staatsanwalt ran!‘“<sup>200</sup>

Als Herr Roth das erste Mal von „Gladio“ schrieb, hatte ich noch nie etwas davon gehört oder gelesen, und es kam mir zunächst wie die Erfindung eines humanistisch gebildeten Lehrers vor, womöglich noch des Studenten der Evangelischen Religion [„gladio“ (lat.) = durch das Schwert; Mt 26,52: „Converte gladium tuum in locum suum; omnes enim, **qui acceperint gladium, gladio peribunt.**“ = „Tue Dein Schwert an seinen Platz. Denn alle, **die das Schwert ergreifen, werden durch das Schwert umkommen**“]. Inzwischen hatte ich einen kleinen Eindruck davon gewonnen, was die Zeilen aus seiner Erklärung vom 9.3.2012<sup>201</sup> für ihn bedeutet haben mögen:

„Bei der Lektüre im Wohnzimmer des Verfassungsrichters staunte ich über meinen **angeblichen Gefährlichkeitsgrad**: die Klage zielte ins Zentrum der Macht, nach dem Motto: ‚**Wer die Daten hat, hat die Macht.**‘; der staatlich geprüfte ‚**Extremist**‘ müsse ‚mit allen Mitteln‘ bekämpft werden (nicht: mit allen rechtsstaatlichen Mitteln); um ihn verlieren zu lassen, sei die List anzuwenden, **den Prozeß so zu dehnen, daß die Zeitstruktur der Macht die eines Individuallebens zermalm**t.“

Ob „Gladio“ tatsächlich eine wie auch immer geartete Rolle im „Fall“ Hans Roth gespielt haben könnte, wußte ich nicht. Wie hätte ich auch können? Schließlich wird „Gladio“ immer wieder als das „bestgehütete Geheimnis Europas“ bezeichnet. Aber „Gladio“ begegnete mir inzwischen immer öfter:

Im Buch „Verschwörung im Namen des Kreuzes. Die Ritter vom Heiligen Grabe“ (s.o.) von Oliver Schröm und Egmont R. Koch tauchte „Gladio“ auf S. 195 auf.



202

<sup>198</sup> siehe Erstes Buch, S. 121

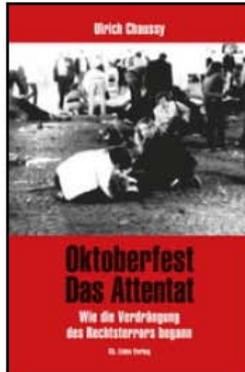
<sup>199</sup> siehe Erstes Buch, S. 123 (Kopie) und S. 249 (Abschrift)

<sup>200</sup> siehe Erstes Buch, S. 250

<sup>201</sup> siehe Erstes Buch, S. 109

<sup>202</sup> Oliver Schröm und Egmont R. Koch: „Verschwörung im Zeichen des Kreuzes. Die Ritter vom Heiligen Grabe“, München 2002 (Orbis Verlag), Sonderausgabe. Titel der Originalausgabe: „Das Geheimnis der Ritter“

Anfang des Jahres war das Buch „Oktoberfest - Das Attentat. Wie die Verdrängung des Rechtsterrors begann“ von Ulrich Chaussy<sup>203</sup> erschienen (s.o.), in dem „Gladio“ auch im Register steht, also leichter zu finden war.



Ulrich Chaussy

### Oktoberfest - Das Attentat

Wie die Verdrängung des Rechtsterrors begann

Das Attentat auf dem Münchner Oktoberfest vom 26. September 1980, das 13 Tote und mehr als 200 Verletzte forderte, war der blutigste Terroranschlag in der Geschichte der Bundesrepublik. Ulrich Chaussys Zweifel an dem Ergebnis der Ermittler, es habe sich um die Tat eines labilen Einzelgängers gehandelt, führten ihn zu Jahrzehnten hartnäckiger Recherche, oft gegen die Widerstände der verantwortlichen Behörden. Immer wieder meldeten sich Hinweisgeber und Zeugen bei ihm - bis heute. Sie verstärken den Eindruck, dass die zuständigen Stellen nicht willens waren, konsequente Ermittlungen in der rechtsextremistischen Szene zu führen, eine erschreckende Parallele zu den Ermittlungsspannen im Fall der NSU-Morde. Chaussys Recherchen führen zu neuen Erkenntnissen, die erstmals in diesem Buch präsentiert werden. Ein Lehrstück des investigativen Journalismus und die Geschichte eines der größten deutschen Kriminalfälle.

»Fast wäre es gelungen, das größte terroristische Verbrechen in der Ges

19.90 EUR

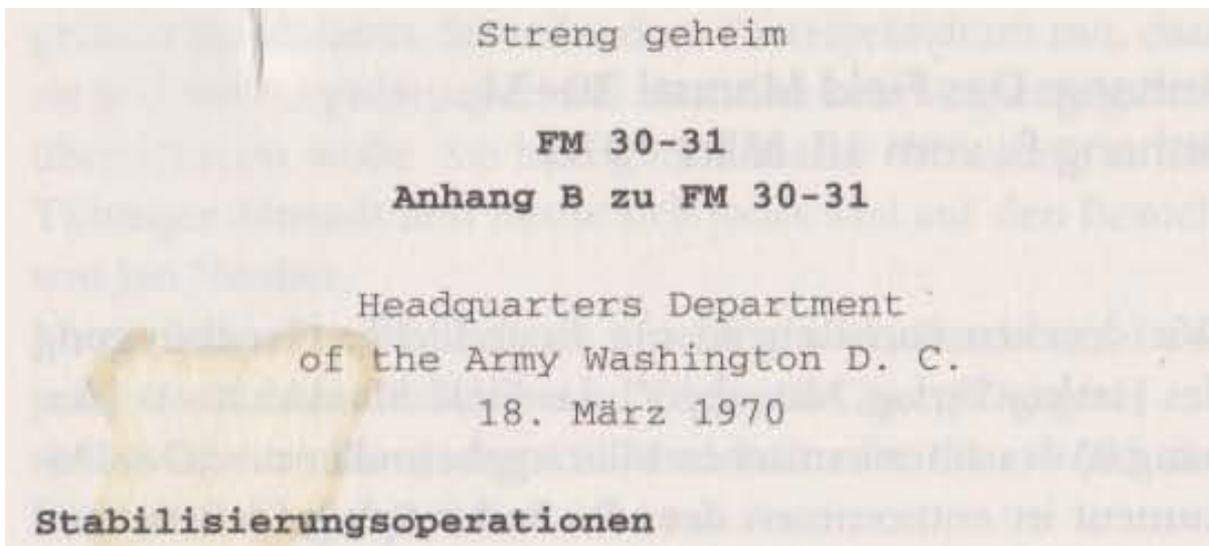
Autor(en):  
Ulrich Chaussy

272 Seiten,

#### Pressestimmen:

Einer der wenigen, der die Legende um den Einzeltäter Gundolf Köhler hartnäckig hinterfragt und immer wieder auf das rechtsextreme Netzwerk rund um die Wehrsportgruppe Hoffmann hingewiesen hat, ist der Münchner Journalist Ulrich Chaussy. Wolfgang Gast, die tageszeitung (taz) ...

Auch Wolfgang Schorlaus „Das München-Komplott“<sup>204</sup> handelt vom Oktoberfest und Vorschriften, die sehr geheim bleiben sollen<sup>205</sup>.



Jetzt fand ich eine parlamentarische Anfrage zu „Gladio“ von Hans-Christian Ströbele:

vom Heiligen Grabe“, Hamburg 1995 (Hoffmann und Campe)

<sup>203</sup> Ulrich Chaussy: „Oktoberfest - Das Attentat. Wie die Verdrängung des Rechtsterrors begann“, Berlin 2014 (Ch. Links Verlag)

<sup>204</sup> Wolfgang Schorlaus: „Das München-Komplott“, 2009, 14. Auflage 2014

<sup>205</sup> Field Manual 30-31, Anhang B vom 18.3.1970; in: Wolfgang Schorlaus: „Das München-Komplott“, 2009, 14. Auflage 2014, S. 316-331



Der Chef des Bundeskanzleramtes

Herrn  
Hans-Christian Ströbele, MdB  
Platz der Republik  
11011 Berlin

Ronald Pofalla MdB  
Bundesminister

HAUSANSCHRIFT Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11012 Berlin

TEL +49 (0) 30 18 400 - 2070

Berlin, 26. März 2013

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihre schriftliche Frage 192 für Monat März 2013

*Inwieweit trifft zu, was am 13.3.2013 im Prozess vor der Luxemburger Kriminalkammer um 18 Bombenanschläge in Luxemburg auf öffentliche Einrichtungen 1984 bis 1986 ein Duisburger ehemaliger Historiker des Deutschen Bundestages eidesstattlich erklärte, nämlich dass sein Vater als Ex-Bundeswehrhauptmann beim Bundesnachrichtendienst (BND) die Operationen von dessen „Gladio-/Stay Behind“ - Truppe geleitet, die entsprechenden Truppen Großbritanniens sowie der Benelux-Länder koordiniert habe und den Ex-Chef der entsprechenden Truppen Luxemburgs („Srel“) beschuldigt habe, durch Einbrüche den Sprengstoff für diese Anschläge beschafft zu haben (vgl. Luxemburger Wort 14.3.2013) sowie zusammen mit ihm dem o. g. BND-Agenten wichtige Beweismittel unterdrückt zu haben, die eigentlich das deutsche Bundeskriminalamt hätte untersuchen sollen (vgl. Luxemburger Tageblatt 14.3.2013), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung hieraus (etwa durch Beiträge zur Wahrheitsfindung in diesem Prozess sowie durch rasche Intensivierung der historischen Erforschung von „Gladio-/Stay Behind“ beim BND)?*

beantworte ich wie folgt:

Eine Prüfung der einschlägigen Unterlagen hat bislang keine Hinweise ergeben, die die in der Frage behaupteten Sachverhalte bestätigen könnten. Ungeachtet dessen hat die Bundesregierung eine weitere Prüfung der Vorwürfe veranlasst. Sollten sich weitere Hinweise ergeben, die die Behauptungen stützen, wird über das weitere Vorgehen zu beraten sein.

Mit freundlichen Grüßen

Abschrift:

„Inwieweit trifft zu, was am 13.3.2013 im Prozess vor der Luxemburger Kriminalkammer um 18 Bombenanschläge in Luxemburg auf öffentliche Einrichtungen 1984 bis 1986 ein Duisburger ehemaliger Historiker des Deutschen Bundestages eidesstattlich erklärte, nämlich dass sein Vater als Ex-Bundeswehrhauptmann beim Bundesnachrichtendienst (BND) die Operationen von dessen ‚Gladio-/Stay Behind‘-Truppe geleitet, die entsprechenden Truppen Großbritanniens sowie der BeNeLux-Länder koordiniert habe und den Ex-Chef der entsprechenden Truppen Luxemburgs („Srel“) beschuldigt habe,

durch Einbrüche den Sprengstoff für diese Anschläge beschafft zu haben (vgl. Luxemburger Wort 14.3.2013) sowie zusammen mit ihm dem o. g. BND-Agenten wichtige Beweismittel unterdrückt zu haben, die eigentlich das deutsche Bundeskriminalamt hätte untersuchen sollen (vgl. Luxemburger Tageblatt 14.3.2013), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung hieraus (etwa durch Beiträge zur Wahrheitsfindung in diesem Prozess sowie durch rasche Intensivierung der historischen Erforschung von ‚Gladio-/Stay behind‘ beim BND?“

Die vierzeilige Antwort von Roland Pofalla beeindruckte mich: „Eine Prüfung der **einschlägigen Unterlagen** hat bislang **keine Hinweise** ergeben, die die in der Frage behaupteten Sachverhalte bestätigen könnten. Ungeachtet dessen hat die Bundesregierung eine weitere Prüfung der Vorwürfe veranlasst. Sollten sich **weitere Hinweise** ergeben, die die Behauptungen stützen, wird über das weitere Vorgehen zu beraten sein“<sup>206</sup>.

Vier Zeilen - das ist nicht viel. Wenn jemand in vier Zeilen zwei Mal ein und dasselbe Wort benutzt, fällt dieses Wort besonders auf. Hier ist es das Wort „Hinweise“: das erste Mal in Verbindung mit „keine“, das zweite Mal in Verbindung mit „weitere“.

Hatte **Ronald Pofalla**, der ehemalige „Chef des Bundeskanzleramts“, nicht im Sommer 2013 nach seiner Reise in die USA auch den „**NSA-Skandal**“ **einfach für beendet erklärt**?

Am 8.4.2014 lief um 2:40 Uhr nachts die 85minütige Dokumentation „Gladio – Geheimarmeen in Europa“<sup>207</sup> von Wolfgang Schoen und Frank Gutermuth (s.o.<sup>208</sup>).

Am 22.9.2014 sendete 3SAT um 20:15 Uhr „Anschlag auf die Republik? Das Oktoberfestattentat 1980“ und im Anschluß um 21:00 Uhr erneut „Gladio – Geheime Armeen in Europa“.

Der Begleittext zum Oktoberfest-Attentat lautete: „Anschlag auf die Republik? Am 26. September 1980 explodiert gegen 22.20 Uhr eine Bombe auf dem Münchner Oktoberfest. Sie tötet 13 Menschen, 211 weitere werden zum Teil schwer verletzt. Es ist das schwerste Bombenattentat in der Geschichte der Bundesrepublik. Der damals 21-jährige Rechtsradikale Gundolf Köhler, der beim Attentat ums Leben kommt, wird von den Behörden als Alleintäter ermittelt: Köhler habe die Tat alleine ausgeführt, politische Motive seien auszuschließen - entscheidend für die Tat seien persönliche Krisen gewesen.

Köhlers Kontakte zur rechtsradikalen Wehrsportgruppe Hoffmann sollen keine Rolle gespielt haben, Hinweise auf weitere Tatbeteiligte werden konsequent ausgeblendet. Von Anfang an gibt es große Zweifel an diesen Ermittlungsergebnissen und der Alleintäterthese.

Verschiedene Opferanwälte arbeiten daran, eine Wiederaufnahme der Ermittlungen zu erreichen. Die Opfer und ihre Angehörigen wollen endlich Klarheit, wer für den Tod und das Leid verantwortlich ist. In der Reportage ‚Anschlag auf die Republik?‘ erzählen Betroffene, wie sich das Attentat aus ihrer Sicht ereignete und wie sich dadurch ihr Leben auf einen Schlag änderte. Die Autoren des Films gehen den vielen offenen Fragen nach, decken die Widersprüche und Ungereimtheiten in der Argumentation der Ermittlungsbehörden auf“<sup>209</sup>.

Der Begleittext zu „Gladio – Geheimarmeen in Europa“ hieß: „Eine Serie von Bombenanschlägen erschüttert Italien von den 1960er bis in die 1980er Jahre. 1969 sterben in Mailand 16 Menschen bei einem Bombenanschlag. Im August 1980 detoniert eine versteckte Zeitbombe im Wartesaal des Bahnhof Central in Bologna. Dabei werden 85 Menschen getötet. Im September des gleichen Jahres gibt es auch in Deutschland Bombenopfer: Beim Münchner Oktoberfestattentat, dem schwersten Anschlag in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte, sterben 13 Menschen.

Im Lauf der Jahre häufen sich die Indizien, daß diese Anschläge in einem Zusammenhang stehen. Alle Täter kamen aus dem Umfeld rechtsradikaler Gruppen. Mehrfach wurde

<sup>206</sup> [http://www2.stroebele-online.de/upload/2013\\_03\\_28\\_gladio\\_in\\_luxemburg\\_antwort.pdf](http://www2.stroebele-online.de/upload/2013_03_28_gladio_in_luxemburg_antwort.pdf)

<sup>207</sup> <http://www.arte.tv/guide/de/040975-000/gladio-geheimarmeen-in-europa#arte-header>

<sup>208</sup> Ende des Ersten Buches, S. 331

<sup>209</sup> <http://www.tvinfo.de/fernsehprogramm/244628217-anschlag-auf-die-republik>

militärischer Sprengstoff benutzt. Die Spuren führen zu einer westeuropäischen geheimen Struktur, koordiniert von der NATO und den nationalen Geheimdiensten - **ohne parlamentarische Kontrolle**. Ihr Name: ‚Stay behind‘, später auch ‚Gladio‘. Die Dokumentation ‚Gladio - Geheimarmeen in Europa‘ versucht herauszufinden, was sich hinter dem geheimnisvollen Namen verbirgt - haben Rechtsextremisten Gladio-Strukturen auch in Deutschland benutzt, um ihre politischen Ziele zu verfolgen?“<sup>210</sup>

**Am 5.10.2014 wurde auf WDR 5 um 11:05 Uhr Ulrich Chaussy Feature „Geheimarmee ‚stay behind‘. Der Staat als Pate des Terrors?“ gesendet<sup>211</sup>. Der Begleittext:** „Der Bombenanschlag von Bologna und das Münchner Oktoberfestattentat: In den achtziger Jahren war das Phantom der Geheimarmee ‚Gladio‘ bzw. seine ‚stay behind‘-Organisationen überall. Gegründet vor allem vom britischen und amerikanischen Geheimdienst CIA.“ Das Sendemanuskript<sup>212</sup> stand ebenso wie das Feature als Audiodatei<sup>213</sup> zum Download zur Verfügung. Wie sind mir der „Hilfeschrei“ des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn in der erregten Bundestagsdebatte zur „Partisanenaffäre“ vom 23.10.1952 unter die Haut gegangen.

In der Geschäftsstelle vom „**Bund Deutscher Jugend / Technischer Dienst (BDJ/TD)**“ war eine „**Proskriptionsliste**“ gefunden worden, auf der 80 Namen **innenpolitischer Gegner verzeichnet** waren, die im Fall des Einmarsches russischer Truppen **liquidiert** werden sollen; SPD-MdB Herbert Wehner, der hessische Innenminister Heinrich Zinnkann (SPD), der bayerische SPD-MdB Waldemar von Knoeringen und viele andere. In der Bundestagsdebatte zitiert Zinn aus einem beschlagnahmten Dokument des BDJ/TD:

„Es trägt die Aufschrift ‚**Maßnahmen zur Bekämpfung innerer Unruhen**‘. Dieses Dokument sieht in zwei getrennten Teilen Maßnahmen vor für die Zeit vor dem Fall X, das heißt vor dem Einmarsch einer fremden Macht, in Friedenszeiten, und Maßnahmen im Fall X. Ich zitiere die Maßnahmen für die Zeit vor dem Fall X: Personenverzeichnisse mit Aufenthalts Orten gefährlicher Elemente aufstellen. **Feststellung der gegnerischen Rädelsführer und deren Charakteristik**. Unterricht im Waffengebrauch. Sprengmitteln zum Soforteinsatz und so weiter. Sofortige Festnahme bekannter Gegner. Nimmt eine Menge eine feindselige Haltung ein, dann Handgranaten oder Leuchtraketen auf die meist hinten stehenden Einpeitscher richten. Schreckschüsse unbedingt vermeiden. Zielen auf die Beine hat größte moralische Wirkung. Alle Anfangsmaßnahmen hart und entschlossen durchführen. **Frühes Blut vermeidet viel Blut.**“

Das Feature von Ulrich Chaussy berichtet, daß der hessische Ministerpräsident Georg August Zinn in seiner Rede darlegte, daß die Amerikaner die **Dokumente über ihre Beziehungen zum „BDJ/TD“ beschlagnahmt** hätten und die deutsche Justiz also keinerlei Zugriff darauf bekommen habe. Weitere Dokumente habe der BDJ-Funktionär Erhard Peters vernichten können, weil die US-Amerikaner ihn versteckt hätten.

Aus der Rede von Georg August Zinn (im Originalton): „Sie werden daher verstehen, wie befremdet und erstaunt ich war, als ich davon erfuhr, daß amerikanische Dienststellen ohne Wissen der Bundesregierung, ohne Wissen einer Länderregierung eine **Geheimorganisation** aufgezogen haben, von der ich auch überzeugt bin, daß die amerikanische Hohe Kommission keine Kenntnis von dem Bestehen oder der Errichtung dieser Organisation gehabt hat.“

<sup>210</sup> <http://www.tvinfo.de/fernsehprogramm/244628219-gladio-geheimarmeen-in-europa>

<sup>211</sup> <http://www.wdr5.de/sendungen/dok5/staybehind100.html>

<sup>212</sup> <http://www.wdr5.de/sendungen/dok5/manuskriptstaybehind100.pdf>

<sup>213</sup> [http://podcast-ww.wdr.de/medstdp/fsk0/53/535864/wdrfeaturedepot\\_2014-10-05\\_00-01.mp3](http://podcast-ww.wdr.de/medstdp/fsk0/53/535864/wdrfeaturedepot_2014-10-05_00-01.mp3)

Ebenso wie der Begriff „**Tension**“, „**Spannung**“. Nie hatte ich mir darüber Gedanken gemacht, daß der Entspannungspolitik von Willy Brandt eine Politik der gezielten Spannung („tension“) vorausgegangen war. Ich mußte das immer wieder nachlesen, ebenso wie den Satz von **Hans-Christian Ströbele**, Abgeordneter der GRÜNEN und langjähriges Mitglied im **Parlamentarischen Kontrollgremium (PKGr)** des Deutschen Bundestages, das die Regierung und ihre Geheimdienste kontrollieren soll: „**Ich sehe mich von der Bundesregierung – und zwar von den verschiedenen Bundesregierungen verschiedener Couleur, muss man sagen, weil das ja über viele Jahre ging, auch falsch informiert, reingelegt und irregeleitet**“<sup>214</sup>.



DOK 5 – Das Feature: 05./06.10.2014

Geheimarmee **STAY BEHIND**.  
Der Staat als Pate des Terrors?

---

ATMO UND ZUSPIELUNG MARKTSCHORGAST ORTSTERMIN; GANG ZUM  
DEPOTFUNDORT; DARÜBER

Am 10.10.2014 strahlte „arte“ ab 20:15 Uhr den 90minütigen Spielfilm „Der blinde Fleck“<sup>215</sup> aus. Der Begleittext zur Sendung: „Am 26. September 1980 explodiert eine Bombe auf dem Münchner Oktoberfest. Es ist einer der schlimmsten Anschläge der Nachkriegszeit in Deutschland, der 13 Menschen das Leben kostet, 211 weitere werden verletzt. Der 21-jährige Geologie-Student Gundolf Köhler, Mitglied der neonazistischen ‚Wehrsportgruppe Hoffmann‘, der selbst Opfer des Attentats wird, soll allein und politisch unmotiviert gehandelt haben. Doch ein Journalist des Bayerischen Rundfunks, Ulrich Chaussy, bezweifelt die Einzeltäter-These und sucht unablässig weiter nach möglichen Hintermännern.“<sup>216</sup>

## **Friedrich August Freiherr von der Heydte und CEDI**

Nachdem ich aus Spanien zurückgekommen war, hatte ich mir so schnell wie möglich Birgit Aschmanns „Treue Freunde...? Westdeutschland und Spanien 1945-1963“<sup>217</sup> besorgt und stürzte mich auf „**Die Abendländische Aktion und das CEDI**“;

---

<sup>214</sup> Ulrich Chaussy: „Geheimarmee ‚stay behind‘. Der Staat als Pate des Terrors?“, Feature, gesendet am 5.10.2014 auf WDR 5, 11:05 Uhr

<sup>215</sup> [http://www.ndr.de/kultur/film/Der-blinde-Fleck\\_derblindefleck109.html](http://www.ndr.de/kultur/film/Der-blinde-Fleck_derblindefleck109.html)

<sup>216</sup> [http://programm.ard.de/TV/arte/der-blinde-fleck/eid\\_2872412950205177](http://programm.ard.de/TV/arte/der-blinde-fleck/eid_2872412950205177)

<sup>217</sup> Birgit Aschmann: „Treue Freunde ...? Westdeutschland und Spanien 1945-1963“, Stuttgart 1999 (Franz Steiner Verlag)

4. Militärische Verbindungen.....	334
4.1 Militärtechnische Kooperation .....	334
4.1.1 Das Werben um deutsche Spezialisten.....	334
4.1.2 Der Fall Messerschmitt.....	336
4.2 Die Ausrüstung deutscher Streitkräfte .....	341
4.2.1 Die Anfänge deutsch-spanischen Waffenhandels .....	341
4.2.2 Das Cetme-Gewehr – die Ausstattung der Bundeswehr .....	346
4.3 Das Wirken des deutschen Militärattachés.....	354
4.3.1 Die Zusammenarbeit der Geheimdienste .....	354
4.3.2 Achim Oster als Militärattaché in Spanien .....	356
4.4 Stützpunkte für die Bundeswehr in Spanien .....	361
4.5 Die Traditionsverbände: Blaue Division und Legion Condor .....	373
4.5.1 Der Beginn der Traditionspflege.....	373
4.5.2 Die Reisen der „Kameraden“ .....	378
4.5.3 Die Versorgung der Kriegsgeschädigten der Blauen Division.....	385
5. Die kulturellen Beziehungen .....	392
5.1 Das Kulturabkommen .....	392
5.2 Kulturelle Begegnungen .....	394
5.3 Die politische Einflußnahme .....	398
5.3.1 Die spanische Kulturpolitik – das Spanienbild in Deutschland ....	399
5.3.2 Die deutsche Kulturpolitik – das Deutschlandbild in Spanien.....	407
5.4 Die Bedeutung von Religion und Kirche .....	419
5.4.1 Die besondere Situation der spanischen Kirche .....	419
5.4.2 Die deutsch-spanischen Begegnungen .....	423
5.4.3 Die Abendländische Aktion und das CEDL.....	425
5.4.4 Die Protestantenfrage .....	435

218

das umfangreiche Personen- und Ortsregister<sup>219</sup>, verzeichnete „**Heydte, Friedrich August Freiherr von 428, 430, 432**“, und so begann ich mit S. 428:

„Daß **prominente Persönlichkeiten aus der bundesrepublikanischen Politik und Gesellschaft** zu ihren Mitgliedern zählten, machte die eigentliche Bedeutung der Abendländischen Akademie aus. Neben Politikern wie Außenminister Heinrich von Brentano, den Bundesministern Wuermeling, Oberländer und von Merkatz, dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Heinrich Hellwege, dem Bundestagsvizepräsidenten Richard Jaeger und anderen Bundestagsabgeordneten gehörten Publizisten wie z.B. Paul Wilhelm Wenger vom Rheinischen Merkur, Juristen wie der Präsident des Bundesgerichtshofes, H. Weinkauff, und Kleriker wie der Erzbischof Jaeger aus Paderborn zu den Kuratoriums-Mitgliedern der Aktion.“

Der Freiherr stand in der an dieser Stelle erscheinenden Fußnote<sup>220</sup> 216: „Edmund Schopen: **Rechristianisierung Europas. Die „Abendländische Akademie“** in München; in: Außenpolitik, Jg. 6, Heft 11 (1955), S. 776-783, hier S. 778. Um nicht zuletzt auch auf dem militärischen Sektor prominente Persönlichkeiten zu gewinnen, trat einer der aktivsten Mitglieder der Abendländischen Akademie, Prof. Friedrich-August Freiherr von der Heydte, 1953 an Hans Speidel heran, um ihm eine Mitgliedschaft im Kuratorium anzutragen. Dieser lehnte jedoch mit dem Hinweis auf seine zeitliche Gebundenheit dankend ab. Vgl. Schreiben von Prof. Dr. Freiherr von der Heydte, 1. Vorsitzender der Abendländischen Akademie, an Hans Speidel vom 25.6.1953 sowie die Antwort von Speidel an von der Heydte vom 8.8.1953; in: MA BW

<sup>218</sup> das im Internet angegebene Kapitel 5.4.3

<sup>219</sup> S. 489-502

<sup>220</sup> Fußnote an Fußnote: „Manchmal sind es die Bilder, Fußnoten und Registereinträge, auf die es ankommt.“

9/1545. Frhr. von der Heydte war ein wichtiges Bindeglied zwischen der katholischen CEDI-Gruppe und den Militärs beider Länder. Er gehörte zur „katholischen Phalanx für den westdeutschen Verteidigungsbeitrag“ und erreichte später in der Bundeswehr den Rang eines Brigadegenerals der Reserve. Vgl. Hans-Erich Volkmann: Die innenpolitische Dimension Adenauerscher Sicherheitspolitik in der EVG-Phase; in: Lutz Köllner, Klaus A. Meier, Wilhelm Meier-Dörnberg und Hans-Erich Volkmann: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, Bd. 2: Die EVG-Phase. München 1990, S. 235-604, S. 556.“

Weiter im Text:

Finanziert wurden die Aktivitäten dieser Vereinigung fast ausschließlich von dem Großgrundbesitzer und Medienmagnaten Georg Fürst von Waldburg zu Zeil und Trauchberg, dem auch der Verlag ‚Neues Abendland‘ gehörte, in dem die gleichnamige Zeitschrift der Aktion und die programmatischen Schriften herausgegeben wurden.“

Fußnote 217: „Mit den Mitteln dieses Financiers sollten auch renommierte Wissenschaftler für Veröffentlichungen im ‚Neuen Abendland‘ gewonnen werden. Z.B. erging ein wohl finanziell lukratives Angebot an Franz Schnabel, der sich allerdings dem Drängen der Abendländer auf Zusammenarbeit entzog; vgl. Schulze 1989, S. 211.“

Weiter:

Einigen der Mitglieder der Abendländischen Aktion gelang es – wohlweislich mit Wissen der Bundesregierung -, über die internationalen Treffen des CEDI in Spanien Kontakte zu spanischen Staatsmännern zu knüpfen.

Das CEDI war 1952 auf Initiative des damaligen Direktors des Hispanischen Kulturinstituts und späteren Ministers Alfredo Sánchez Bella in Santander mit dem Ziel gegründet worden, eine europaweite **Koordinationszentrale aller christlich-abendländisch orientierten Zirkel** zu bilden, um gemeinsam ‚im öffentlichen Leben die grundlegenden Prinzipien der christlichen europäischen Kultur zu verteidigen‘.“

Fußnote 218: „Soweit §3 des Status, in Auszügen wiedergegeben in: Georg von Gaupp-Berghausen: 20 años CEDI. Madrid 1971, S. 21. Ähnlich heißt es unter der Überschrift ‚Buts du CEDI‘ im Jubiläumsband von 1971, daß es den Mitgliedern darum gehe, die Kräfte aller möglichen Länder zu vereinigen, um die moralischen und religiösen Fundamente der christlichen Zivilisation zu verteidigen. Vgl. ebenda, S. 51.“<sup>221</sup>

Nun legte mein Freiherr an Gewicht zu: „Frhr. von der Heydte war ein wichtiges Bindeglied zwischen der katholischen CEDI-Gruppe und den Militärs beider Länder.“ Und in Francos Spanien wollte er 1953 die „Kräfte aller möglichen Länder () vereinigen, um die moralischen und religiösen Fundamente der christlichen Zivilisation zu verteidigen“.

Mit Franco moralische und religiöse Fundamente der christlichen Zivilisation verteidigen?  
Was mochten das für moralische Fundamente sein?

## 21. Die Verteidigung des Abendlandes. Kreuzzüge, Abendländische Aktion und CEDI

Als ich anfang, mich mit dem „Fall“ Hans Roth zu befassen, war es ein Bild, was sich mir immer wieder aufdrängte: **David und Goliath**. Ich wollte dem kleinen David, dem einzelnen Bürger Hans Roth, dem Citoyen, dabei helfen, Gehör zu finden. Denn das ist die Vorbedingung jeglicher Wahrheitsfindung: Zeugen müssen gehört werden. Immer und überall, wo diese freie Äußerung von (Zeit-) Zeugen eingeschränkt ist, wird eine

---

<sup>221</sup> Birgit Aschmann: „Treue Freunde ...“. Westdeutschland und Spanien 1945-1963“, Stuttgart 1999 (Franz Steiner Verlag), S. 428

Wahrheitsfindung zumindest erschwert, schlimmstenfalls verhindert. (Was bedeutete es, wenn meine Bundesregierung die Vernehmung des Zeugen Edward Snowden vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß nach wie vor nicht für erforderlich hielt?)

David war also in meinem Bild klar mit einer Person, einem Menschen belegt. „Goliath“ war für mich anfangs „nur“ so etwas wie „der Staat“ bzw. „das Land Hessen“. Nun **stolperte** ich seit fast sechs Jahren **in diesem Dunkel** herum, und je mehr ich mich einarbeitete, desto öfter begegnen mir manche Namen - vor allem einer, der für mich nun **schlagartig immer größer wurde: Friedrich August Freiherr von der Heydte**. Anscheinend war er auch eine wichtige Figur in dem „Fall“ Hans Roth: „Erinnerungs-Fetzen. Wahrheits-Splitter. – Ein Bericht über Folter-Ausbildung mit vielen Folgen: einem offiziellen Bestreiten mit nachfolgender Rücknahme des Bestreitens, ein Experten-Hinweis: ‚Wer v. d. H. getäuscht hat, hat sein Leben lang nichts mehr zu lachen ...‘, ein Gerücht. ...“ (Erklärung von Hans Roth vom 1.6.2014<sup>222</sup>).

Gerüchte, „Verschwörungstheorien“, Andeutungen – all das mochte ich nicht, und so war gezwungen, immer weiterzulesen. Dieses Lesen und Lernen war für mich wirklich schmerzhaft: David und Goliath waren beide gewachsen, aber erschreckend unverhältnismäßig.

„David“ war zwar zeitweise in aller Munde („Die Geschichte von Hans Roth ist mir noch aus meinen Studententagen bekannt, niemand, der in den siebziger Jahren an der JLU politisch aktiv war, kam an Hans Roth und an dem ‚Fall‘ vorbei, auch wenn es keine persönliche Bekanntschaft gab“ – das war nur eine von mehreren bemerkenswerten Äußerungen bei meiner Suche nach bzw. Bitte um Unterstützung).

Aber in dem Freiherrn war mir **ein Goliath** begegnet, der bei Annäherung exponentiell größer wurde, der wohl in der Geschichte meines Staates eine immense Rolle spielte. Merkwürdig, daß ihn kaum jemand kannte, besonders in Anbetracht so vieler Beförderungen, Orden und Ehrenzeichen, sowohl **militärischer** (u.a. dem „Ritterkreuz“ und der „Silbernen Nahkampfspange“, ranghöchster Militär der Reserve nach seiner Anzeige gegen den „Spiegel“ 1962),



223



224



225



226

<sup>222</sup> siehe Zweites Buch, S. 3; im Netz: <http://www.heise.de/tp/foren/S-Erklaerung-von-Hans-Roth-vom-1-6-2014/forum-152348/msg-25379857/read/>

<sup>223</sup> Wie stolz muß er gewesen sein, wenn er seine Lebenserinnerungen - Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Muß ich sterben, will ich fallen...‘.Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinkel) so anpreist

<sup>224</sup> „Der General-Anzeiger“, Titelgeschichte des SPIEGEL 47/1962 vom 21.11.1962 zur „Spiegel-Affäre“, S. 55-66: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45124776.html>

<sup>225</sup> „Spionage/ von der Heydte: Sofort zuschlagen“ in DER SPIEGEL 15/1970, S. 102f: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45197375.html>

<sup>226</sup> „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“; Band 3 der „Würzburger Wehrwissenschaftlichen Abhandlungen“, Würzburg 1972 (Holzner), neu aufgelegt Wiesbaden 1986 mit einem Vorwort von Lyndon LaRouche von den „Patrioten für Deutschland“

**konfessioneller** („Statthalter der deutschen Statthalterei des Ritterordens vom Heiligen Grabe zu Jerusalem“ und dessen Großkreuz 1958 unter dem Motto: „Deus lo vult“ und „Komtur mit Stern“ des Gregoriusordens im Jahr 1960)

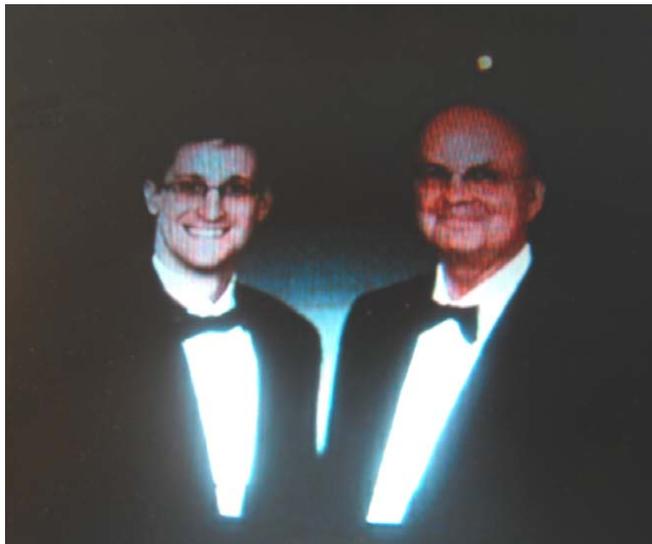


227

sowie **ziviler** Art

- Bayerischer Verdienstorden am 21. Mai 1974
- Großes Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland am 17. März 1987
- Ehrennadel in Gold des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr im Jahr 1987

- jedenfalls nicht in seinen zahlreichen Eigen- bzw. Mitgliedschaften. Aber vielleicht war das ja kein Zufall; vielleicht greift auch hier die Frage: Wer darf oder soll was wann über wen oder was (nicht) wissen? Das ist die zentrale Frage, wenn es um Geheimdienste geht – und ganz besonders, wenn es um militärische Geheimnisse und ihre geheimen Dienste geht.



228

„Deus lo vult“, „Gott will es“ – das ist das Motto der „Ritter vom Heiligen Grabe zu Jerusalem“, dessen „Statthalter der deutschen Statthalterei“ Friedrich August Freiherr von der Heydte war. „Deus lo vult“, „Gott will es“ – das war das Motto des Kreuzzuges von 1099 nach Jerusalem. Ein Kreuzzugsmotto.

Das Wort „Kreuzzug“ verband ich bis 2001 ausschließlich mit Mittelalter. Daß sich heute noch Menschen in diese Tradition stellen, war mir neu.

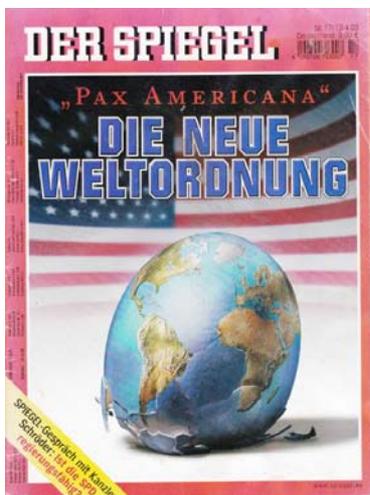
<sup>227</sup> Orden der Ritter **vom Heiligen Grab** zu Jerusalem, lateinisch Ordo Equestris Sancti Sepulcri Hierosolymitani, Ordenskürzel OESSH: <http://www.oessh.net/ueber-den-orden/organisation-des-ordens.html>

<sup>228</sup> Edward Snowden mit Michael Hayden, dem damaligen Chef der NSA. Szene aus „die story: **Jagd auf Snowden** - Wie der Staatsfeind die USA blamierte“, einen Film von John Goetz und Poul-Erik Heilbuth, gesendet am 23.3.2015 in der ARD



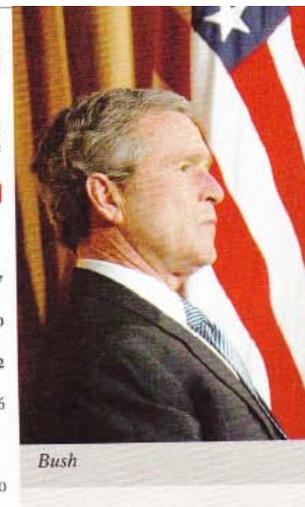
229

Obwohl ich immer noch George W. Bushs Satz „Wir werden den ganzen Nahen Osten neu regeln“ von 2002 in den Ohren hatte und die Warnungen so vieler vor einem „Flächenbrand“, mich auch an seine Liste der „Schurkenstaaten“ erinnerte, zu denen auch Syrien gehörte,



230

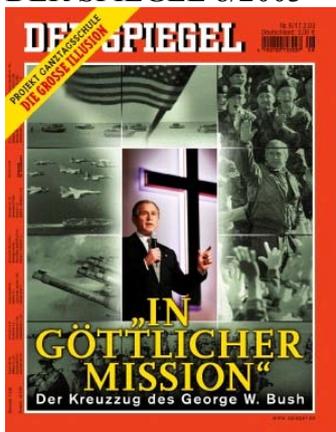
Titel	
Die Weltordnung der Supermacht .....	18
Interview mit Amr Mussa, Generalsekretär der Arabischen Liga, über die Rolle der Amerikaner in Nahost .....	26
Syrien in Washingtons Visier .....	30
Deutschland	
<b>Panorama:</b> Streit zwischen Herzog und Merkel / Ost-Minister machen Front gegen Gerster / Neuer Polizeiskandal im Metzler-Mord? .....	37
<b>Sozialdemokraten:</b> Der ausufernde Kampf um die Reform-„Agenda 2010“ .....	40
Die Altlasten des neuen SPD-Chefs in Schleswig-Holstein .....	42
<b>Bundesregierung:</b> Der frustrierte Chefsekundant Frank-Walter Steinmeier .....	46
<b>Kanzler:</b> SPIEGEL-Gespräch mit Gerhard Schröder über den Sonderparteitag der SPD und die Weltlage nach dem Waffengang am Golf .....	50
<b>Diplomatie:</b> Wie Saddams Berliner	



Bush

und eben auch an sein damals für mich unfaßbares Wort vom „**Kreuzzug** gegen das Böse“.

### DER SPIEGEL 8/2003



<sup>229</sup> 24.05.2013, Kölner Stadt-Anzeiger: „Ritterorden feierte Investitur“. Bildunterzeile: „Der Ritterorden vom Heiligen Grab zu Jerusalem feierte an diesem Wochenende in Köln seine sogenannte Frühjahrsinvestitur: Foto:Peter Rakoczy“: <http://www.ksta.de/koeln/vom-heiligen-grab-ritterorden-feierte-investitur.15187530.22858656.html>

<sup>230</sup> „DER SPIEGEL 17/2003 vom 19.4.2003: „Syrien in Washingtons Visier“

Wie ein Staatsmann von „Kreuzzug“ sprechen konnte – und das auch noch im Zusammenhang mit einem realen Krieg, dem als „**Präventivkrieg**“<sup>231</sup> bezeichneten Angriffskrieg gegen den Irak (siehe Art. 26 GG) –, war mir damals nur erklärbar mit der Tatsache, daß er US-Amerikaner und vielleicht mit der europäischen Geschichte der Kreuzzüge nicht so vertraut war.<sup>232</sup>

**Aber am 19.10.2004 sendete „arte“ ab 20:40 Uhr einen Themenabend über George W. Bushs „Kreuzzug gegen das Böse“. Gesendet wurden die Dokumentationen „Der Jesus-Faktor“ von Raney Aronson (USA 2004, 43 Min. um 20.40 Uhr), „Die Menschenfischer“ von Michaela Kirst und Sabine El Chamaa (Deutschland 2004, 27 Min. um 21.30 Uhr und „Kommt Europa in die Hölle?“ von Robert Cibis und Lilian Franck (Deutschland 2004, 43 Min. um 22 Uhr.**

Die Begleittext<sup>233</sup> zum Themenabend hieß: **„Der Kreuzzug des Präsidenten George W. Bush gegen das Böse ist für 40 Prozent der Amerikaner, die Evangelikalen, der Hauptanlass, ihm ihr Kreuz für seine Wiederwahl am 2. November zu geben. Betrachtet man diese große Wählergruppe der Evangelikalen näher, stellt sich die Frage, ob der Fundamentalismus wirklich nur ein Problem des Islam ist.“** Dann wurde jeder einzelne Film wurde kurz vorgestellt:

#### **1. „Der Jesus-Faktor“ von Raney Aronson (USA 2004):**

„Wie George W. Bush wieder zum Christen wurde und welchen Einfluss diese Entscheidung auf seine politische Karriere hatte: Darauf richtet sich der Focus des Filmes. In Form von Gesprächen mit Freunden der Bush-Familie, Beratern, politischen Analysten und Beobachtern, Auszüge aus Reden, Interviews und Diskussionsrunden mit dem Präsidenten zeigt die Dokumentation George W. Bushs persönlichen religiösen Werdegang und untersucht die Zunahme des politischen Einflusses der 70 Millionen evangelikalen Christen in den USA. Für den Filmautor Raney Aronson steht fest: George W. Bush ist der Präsident in der modernen Geschichte, der sich am offensten zur Religion bekennt.“<sup>234</sup>

#### **2. „Die Menschenfischer“ von Michaela Kirst und Sabine El Chamaa (Deutschland 2004):**

„Alle Menschen sollen zu Christen werden, an ihren Gott und ihre Bibel glauben, welche für sie wortwörtlich stimmt“, heißt es bei der Southern Baptist Convention. Sie ist ein Teil jener evangelikalen Bewegung der USA, deren prominentester ‚Wiedergeborener‘ Präsident George W. Bush ist. Etwa 40 Prozent aller Amerikaner nennen sich Evangelikale oder Wiedergeborene.

Auch Scott Rourk hat ein klares Ziel: Er will eine Kirche am Times Square gründen und ganz New York missionieren. Dafür ist er aus dem Süden der USA angereist, dem so genannten ‚Bibel-Gürtel‘. Hier haben die evangelikalen Kirchen mit erzkonservativen Moralvorstellungen das Sagen. Scotts Vorhaben ist nicht der Alleingang eines Fanatikers. Es ist Teil einer großen ‚nationalen Missionierungs-Kampagne‘ der Southern Baptist Convention, der größten der evangelikalen Kirchen der USA.“<sup>235</sup>

<sup>231</sup> Bei „Präventivkrieg“ mußte ich jetzt an den „Hilfeschrei“ des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn in der erregten Bundestagsdebatte zur „Partisaneaffäre“ vom 23.10.1952 denken, der aus dem Dokument vom Bund Deutscher Jugend / Technischer Dienst (BDJ/TD) vorlas. Die Logik scheint mir die gleiche zu sein: „**Frühes Blut vermeidet viel Blut.**“; zitiert nach Ulrich Chaussys Feature „Geheimarmee ‚stay behind‘. Der Staat als Pate des Terrors?“, gesendet am 5.10.2014 auf WDR 5 um 11:05 Uhr

<sup>232</sup> Die ursprünglichen Bewohner der beiden amerikanischen Kontinente und ihre Nachfahren hatten bzw. haben davon eine klarere Vorstellung.

<sup>233</sup> <http://www.arte.tv/de/kreuzzug-gegen-das-boese/647954,CmC=647970.html>

<sup>234</sup> <http://www.arte.tv/de/kreuzzug-gegen-das-boese/647954,CmC=647970.html>

<sup>235</sup> a.a.O.

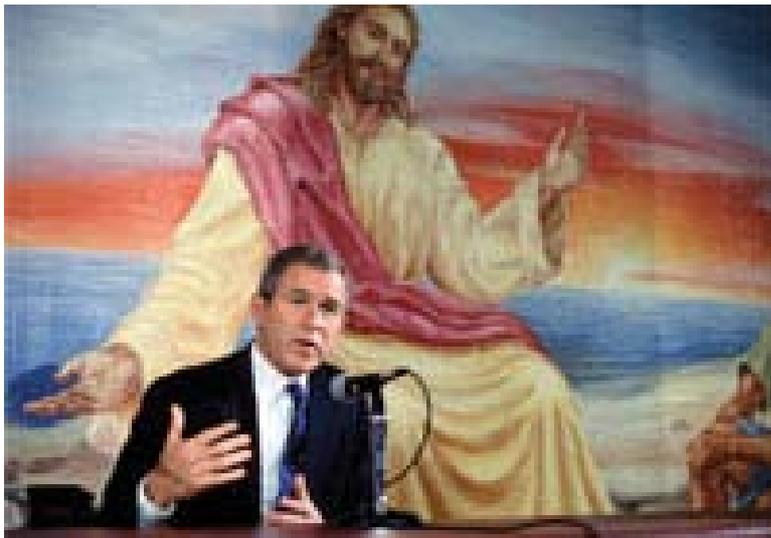
3. „Kommt Europa in die Hölle?“ von Robert Cibis und Lilian Franck (Deutschland 2004).

„Der Film zeigt die Rückkehr einer Weltsicht, die Europa seit der Aufklärung fremd geworden ist. Evangelikale Gruppierungen aus den USA sind weltweit auf dem Vormarsch. Die ‚wiedergeborenen‘ Christen glauben an die nahe Apokalypse und die Wiederkehr Jesu. In der Dynamik der politischen Ereignisse seit den Anschlägen des 11. Septembers erkennen sie die Zeichen ihrer Vorsehung. Ausgehend von den USA tragen Missionare ihre wörtlich verstandene Botschaft der Bibel auch nach Mitteleuropa.

‚Old Europe‘ ist dabei ein harter Brocken. Praktiken, die in den USA als normal gelten, tragen den evangelikalen Gruppierungen diesseits des Atlantiks schnell die stigmatisierende Bezeichnung ‚Sekte‘ ein. Europa sei in punkto Religionsfreiheit ein ‚Entwicklungsland‘, lautet eine verbreitete Ansicht in der Szene. Mehrere Staaten liegen im Rechtsstreit mit Evangelikalen.

Die französische Geheimpolizei soll eine Gemeinde im Elsass aggressiv bespitzelt haben, behauptet deren Geistlicher. Im schwedischen Borgholm will ein evangelikaler Priester nichts getan haben, als aus der Bibel zu predigen. Doch nach einem neuen Gesetz zum Schutz von Minderheiten wurde er wegen Diffamierung Homosexueller zu einem Monat Gefängnis verurteilt.<sup>236</sup>

Besonders dieses Bild fand ich sehr eindrucksvoll:



237

„Der Film zeigt die Rückkehr einer Weltsicht, die Europa seit der Aufklärung fremd geworden ist“, hieß es zu „Kommt Europa in die Hölle?“ von Robert Cibis und Lilian Franck, und bis vor gar nicht langer Zeit hätte ich das Wort „Kreuzzug“ ausschließlich ins Mittelalter verlegt.

Inzwischen hatten mir meine spanischen Freunde erzählt, daß auch **im Europa der jüngeren Geschichte** immer ’mal wieder von einem „Kreuzzug“ gesprochen wurde, den es notwendig zu führen gelte. Nicht nur der Kardinal von Sevilla habe 1931 vom „Kreuzzug“<sup>238</sup> gesprochen, sondern sie hätten alle in der Schule gelernt, daß der spanische „Bürgerkrieg“ – Was hatte die **Bombardierung der spanischen Zivilbevölkerung in Guernica** durch die deutsche „Legion Condor“ 1936<sup>239</sup> mit einem „Bürgerkrieg“ zu tun? - ein notwendiger und erfolgreicher

<sup>236</sup> a.a.O.

<sup>237</sup> Bild zur Dokumentation „Der Jesus-Faktor“ von Raney Aronson (s.o.) auf <http://www.arte.tv/de/kreuzzug-gegen-das-boese/647954.CmC=647970.html>

<sup>238</sup> Santiago Martínez Sánchez: „El Cardenal Pedro Segura y Sáenz (1880-1957)“; Universität Navarra

„Kreuzzug gegen die Roten und die Freimaurer“ („Cruzada contra los rojos y los masónes“) gewesen sei.



240

„Kreuzzüge“ bedeuteten in der Geschichte immer: Es wurde ein „Religionskrieg“ ausgerufen und Menschen wurden zu „Feinden“ erklärt, die es unbarmherzig zu vernichten gelte. Ich kenne keine einzige Religion, die nicht den Wert „Barmherzigkeit“ als einen der höchsten herausstellt, die also nicht vollkommen pervertiert wird durch die Ausrufung eines „Religions-Krieges“. Und wie sich der Kreuzzug von 1099 und seine Parole „Deus lo vult“ („Gott will es“) mit dem christlichen Gebot der Feindesliebe und mit dem ersten Ge- bzw. Verbot („Du sollst den Namen deines Gottes nicht mißbrauchen“) vertragen können soll, wird mir immer ein Rätsel bleiben.

„Kreuzzüge“ gehörten also nicht nur ins Mittelalter, sondern scheinen heute noch in manchen „christlichen“ Köpfen zu wüten. Unfaßbar - was für eine Perversion!

1953 hatte Friedrich August Freiherr von der Heydte an den spanischen Außenminister Martín Artajo geschrieben (s.o.): „Nicht allein die Tagungen des Europäischen Zentrums für Dokumentation, sondern der ganze Aufenthalt in Spanien war für mich eine einzigartige Erfahrung: Ich habe zum ersten Mal ein Land gesehen, das aus dem Glauben lebt und mit dem Glauben seiner Politik Gestalt gibt; ich hoffe, daß dieses Land für ein Europa ohne Glauben oder zum wenigsten einem kraftlosen Glauben eine Anregung, ein Vorbild und eine Basis sein wird. Spanien ist das katholische Gewissen Europas.“<sup>241</sup>

<sup>239</sup> <http://www.dhm.de/lemo/objekte/pict/d2a06029/index.html>

Trotz der Propaganda hatten so viele später nichts gewußt. Und was wissen wir heute?

<sup>240</sup> „Die wirtschaftliche Misere des Landes brachte den liberalen, sozialistischen und radikalsozialistischen Parteien steigenden Zulauf. Die neue republikanische Verfassung bestimmte die Trennung von Staat und Kirche. Im Zuge der weiteren Reformen wurde die Zivilehe sowie die Ehescheidung eingeführt. Im Mai 1932 eröffnete der Kardinal-Primas von Spanien und Erzbischof von Toledo, in einem Hirtenbrief den Widerstand gegen die Republik. Die katholische Kirche Spaniens verstärkte daraufhin ihre Vorwürfe gegen die „roten Antichristen“ und die „Feinde des Königreichs Christi“. Im folgenden Jahre 1933 riefen die spanischen Bischöfe zu einem „heiligen Kreuzzug für die vollständige Wiederherstellung der kirchlichen Rechte“ auf.“; aus: [http://de.wikipedia.org/wiki/Dilectissima\\_nobis](http://de.wikipedia.org/wiki/Dilectissima_nobis)

<sup>241</sup> „Schreiben von Freiherr von der Heydte an Martín Artajo, Maguncia, 19.10.1953, Archiv des Vorsitzes der Regierung (APG) JE, Leg. 18, 1.4. Dieser Typ überschwenglicher Lobreden für europäische Politiker ist nicht selten in diesen Jahren: ...“; aus: Carlos Collade Seidel, UNED: „En defensa de occidente. Perspectivas en las relaciones del régimen de Franco con los gobiernos democristianos de Alemania (1949-1966)“; in: Javier Tusell, Susana Sueiro, José Marín und Marina Casanova (Hrsg.): „El régimen de Franco (1936-1975)“, Madrid 1993, Bd. 2, S. 481. In der Verteidigung des Abendlandes ...

Unter Franco war Spanien „das katholische Gewissen Europas“? Wirklich? Ich konnte es einfach nicht glauben. Und wieder mußte ich an Friedrich Schillers „Don Carlos“ denken, in dem Marquis Posa gegenüber Philipp II. von seinem Spanien sagt:

„So viele reiche, blühende Provinzen!  
Ein kräftiges, ein großes Volk – und auch  
Ein gutes Volk – und Vater dieses Volkes,  
Das, dacht’ ich, das muß göttlich sein! – Da stieß  
Ich auf verbrannte menschliche Gebeine -“<sup>242</sup>

Bis vor kurzem wußte ich nicht, wie real dieses Wort **auch heute noch** ist. Die „Asociación para Recuperación de la Memoria Histórica“ (ARMH)<sup>243</sup> sucht zur Zeit in Spanien mit bloßen Händen



244

und Pinseln

<sup>242</sup> Friedrich Schiller. „Don Carlos“

<sup>243</sup> <http://www.memoriahistorica.org.es>

<sup>244</sup> <http://www.memoriahistorica.org.es/joomla/images/stories/fotos/argomoso/2.jpg>



245

nach Leichen, den unbekanntem Opfern Francos, nach „Verschwundenen“, die u.a. irgendwo in Straßengräben



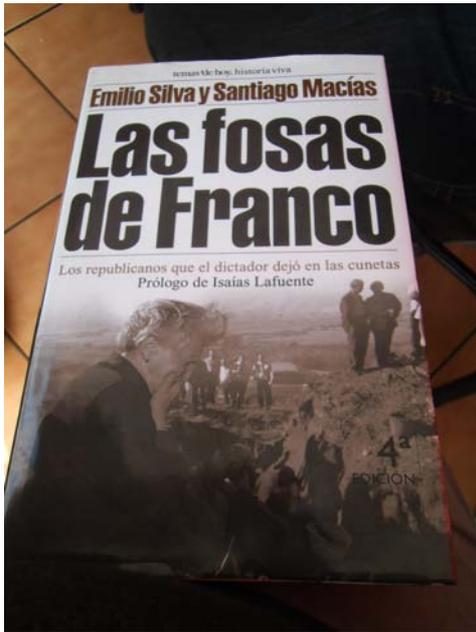
246

verscharrt wurden. Der Präsident der ARMH, Emilio Silvia, schrieb zusammen mit Santiago Macías das Buch „Las fosas de Franco. Los republicanos que el dictador dejó en las cunetas.

<sup>245</sup> <http://www.memoriahistorica.org.es/joomla/images/stories/fotos/vallecillo/4.jpg>

<sup>246</sup> <http://www.memoriahistorica.org.es/joomla/images/stories/fotos/arondiga/6.jpg>

Prólogo de Isaías de Lafuente“ (Die Gräber von Franco. Die Republikaner, die der Diktator in die Straßengräben geworfen hat. Vorwort von Isaías de Lafuente“<sup>247</sup> .



Für wen war Spanien unter Franco „das katholische Gewissen Europas“? Was um Gottes und aller Heiligen Willen ist daran „katholisch“, wenn man die einen Toten so



und die anderen so

---

<sup>247</sup> Madrid 2003



248

behandelt?

Ich konnte die Sätze Friedrich August Freiherr von der Heydtes nicht verstehen:

„Nicht allein die Tagungen des Europäischen Zentrums für Dokumentation, sondern der ganze Aufenthalt in Spanien war für mich eine einzigartige Erfahrung: Ich habe zum ersten Mal ein Land gesehen, das aus dem Glauben lebt und mit dem Glauben seiner Politik Gestalt gibt; ich hoffe, daß dieses Land für ein Europa ohne Glauben oder zum wenigsten einem kraftlosen Glauben eine Anregung, ein Vorbild und eine Basis sein wird. Spanien ist das katholische Gewissen Europas.“<sup>249</sup>

Was war das für ein Glaube? Was waren das für Tagungen, von denen der Freiherr so begeistert war? Ich mußte mich näher mit dem CEDI, dem Centro Europeo de Documentación e Información befassen.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“ (Grundgesetz, Artikel 1). Das ist für mich das wichtigste christliche Gebot, formuliert im Satz „Was immer Ihr einem meiner geringsten Brüder getan habt, das habt Ihr auch mir getan“ (Mt 25, 40) bzw. „Was immer Ihr einem meiner geringsten Brüder nicht getan habt, das habt Ihr auch mir nicht getan“ (Mt 25, 45). Und auch im schönsten Imperativ, den ich kenne: „Liebe Deinen Nächsten als Dich selbst!“ Amen!

## **22. Das CEDI. Europa vom Escorial. Treffen der Eliten in Spanien. Eine freiere Sprache**

<sup>248</sup> <http://www.memoriahistorica.org.es>

<sup>249</sup> „Schreiben von Freiherr von der Heydte an Martín Artajo, Maguncia, 19.10.1953, Archiv des Vorsitzes der Regierung (APG) JE, Leg. 18, 1.4. Dieser Typ überschwenglicher Lobreden für europäische Politiker ist nicht selten in diesen Jahren: ...“; aus: Carlos Collade Seidel, UNED: „En defensa de occidente. Perspectivas en las relaciones del régimen de Franco con los gobiernos democristianos de Alemania (1949-1966)“; in: Javier Tusell, Susana Sueiro, José Marín und Marina Casanova (Hrsg.): „El régimen de Franco (1936-1975)“, Madrid 1993, Bd. 2, S. 481. In der Verteidigung des Abendlandes ...

In „Treue Freunde ...“<sup>250</sup> fand ich Friedrich August Freiherr von der Heydte mehrfach im Kapitel „Die Abendländische Aktion und das CEDI“<sup>251</sup>.

Aber nicht nur den „Fallschirmprofessor“<sup>252</sup>, sondern auch andere neue „alte Bekannte“ traf ich wieder. Besonders beeindruckt hat mich die Anwesenheit bei den Jahrestagungen des CEDI von Prof. Dr. Michael Schmaus, Rektor der Münchener Universität, von Bundestagsvizepräsident Richard Jaeger, Hans-Joachim von Merkatz (später Minister für Bundesratsfragen und der Justiz), Franz Josef Strauß („und die Wertschätzung illustriert, die der ehemalige deutsche Verteidigungsminister in Spanien genöß“; s.u.), Otto Georg Prikham von der Deutschen Bank und den Vertretern des Rheinischen Merkur, Paul Wilhelm Wenger und Otto B. Roegele, die ebenfalls Vorträge im CEDI hielten. „P.W. Wenger war der politische Kommentator, Roegele der Chefredakteur des Rheinischen Merkur“<sup>253</sup>.

Otto B. Roegele war mir schon in Stefanie Waske „Nach Lektüre vernichten. Der **geheime Nachrichtendienst** von CDU und CSU im Kalten Krieg“ aufgefallen. Er steht im Kapitel „**Verdeckte Kontakte**“ gleich zweimal unter „Die Empfänger der Berichte des Stauffenberg-Dienstes Anfang 1971“:

im „**Exklusiv-Verteiler**. Sonderinformationen, meist mit Informantengefährdung“<sup>254</sup> - wie auch MdB CSU Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg (dem Opa unseres ehemaligen Verteidigungsministers), Staatsminister a.D. Dr. Hans Globke (dem Kommentator der „Nürnberger Gesetze“), und Dr. Franz Heubl, Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Freistaates Bayern -

und auch im „**Normal-Verteiler**“<sup>255</sup> – wie auch Dr. Franz Heubl, Monsignore Dr. Karl Forster, Direktor der Katholischen Akademie Bayern und Sekretär der deutschen Bischofskonferenz, Karl Gumbel, Staatssekretär a.D., Dr. Werner Marx, MdB CDU, Dr. Franz Josef Bach, MdB CDU, Dr. Bruno Heck, Generalsekretär der CDU, Dr. Rainer Kesser, Leiter der bayerischen Staatskanzlei und Prinz Casimir zu Sayn-Wittgenstein, CDU Hessen.

Es gibt auch noch „**Erweiterter Verteiler**“ und den „Verteiler zu kirchlichen Themen des Dienstes“. „Die Empfänger sind handverlesene Mitarbeiter der beiden **christlichen Parteien**, deren Bundestagsabgeordnete und konservative Journalisten.“  
unserer Widerstandskräfte d

Nun aber wieder zu Birgit Aschmanns „Treue Freunde ...“. Westdeutschland und Spanien 1945-1963“<sup>256</sup>.

„Der Gefahr der Aushöhlung urch Liberalismus, Materialismus und diesseitiger Egozentrik soll gemeinsam entgegengetreten werden [...] [Auslassung im Buch; eigene Anmerkung] dadurch, daß man die christlichen Werte, die sich seit urdenklichen Zeiten als das beste Sozialgesetz erwiesen haben, wieder in ihr Recht und in ihre Wirklichkeit einsetzt“.

Fußnote 219: „Gustav A. Canaval: ‚Spanien als europäische Kraft. Zum diesjährigen Kongreß des Dokumentations-Zentrums in Madrid‘; in: Salzburger Nachrichten, 3.10.1953...“

Weiter: „Zu diesem Zweck bildeten sich im Laufe der nächsten Jahre in einigen westeuropäischen Ländern nationale Gruppen, deren Delegierte sich in mehr oder weniger wechselnder Besetzung einmal im Jahr zu den Jahrestagungen nach Spanien begaben.“

<sup>250</sup> Birgit Aschmann: „Treue Freunde ...“. Westdeutschland und Spanien 1945-1963“, Stuttgart 1999 (Franz Steiner Verlag)

<sup>251</sup> a.a.O., S. 425-435

<sup>252</sup> Hans Speidel über Friedrich August Freiherr von der Heydte, zitiert nach a.a.O. S. 432

<sup>253</sup> a.a.O., Fußnote 223

<sup>254</sup> Stefanie Waske: „Nach Lektüre vernichten. Der geheime Nachrichtendienst von CDU und CSU im Kalten Krieg“, München 2013 (Carl Hanser Verlag); S. 91

<sup>255</sup> a.a.O., S. 92

<sup>256</sup> Birgit Aschmann: „Treue Freunde ...“. Westdeutschland und Spanien 1945-1963“, Stuttgart 1999 (Franz Steiner Verlag), S. 428f

Fußnote 220: „Vorrangig erscheinen Delegierte aus Spanien, Deutschland, Frankreich und den Benelux-Staaten, die die einzigen Länder waren, in denen sich zunächst aktive nationale Zentren gebildet hatten, vgl. Vortrag von Otto von Habsburg, 3. Jahrestagung 1954; in: Gaupp-Berghausen 1971, S. 63ff.“

Weiter: „Der rechtliche Status des Internationalen Präsidiums wurde 1957 geregelt, als die Organisation zum eingetragenen Verein nach deutschem Recht mit offiziellem Sitz in München erklärt wurde. Praktische Auswirkungen hatte diese Verlagerung nicht, zumal das Generalsekretariat in Madrid blieb: Weiterhin fanden die Jahrestagungen in Spanien statt, doch gibt die juristische Regelung in Deutschland Aufschluß über die umfangreiche Beteiligung deutscher Konservativer an den internationalen Treffen. Schon der Inaugurationskongreß, der vom 17.-22. August 1952 in Santander tagte, hatte unter deutscher Beteiligung stattgefunden, auf die in den folgenden Jahren stets Verlaß war.“

Fußnote 221: „Erschienen waren der Rektor der Münchener Universität, Prof. Dr. Michael Schmaus, und Erich von Waldburg-Zeil. Ebenda, S. 29.“

Weiter: „Seit 1953 trugen mit Regelmäßigkeit deutsche Teilnehmer durch die Übernahme von Referaten zur Gestaltung der Tagungen bei.“

Fußnote 222: „Im Zeitraum von 1852 bis 1971 gab es nur ein einziges Jahr (1962), in dem kein deutscher Redner ans CEDI-Pult trat. Ebenda, S. 24f.“

Weiter: „Schon die Namen der Referenten verdeutlichen, welche Wertschätzung die CEDI-Treffen in Deutschland genossen: Neben den Vertretern des Rheinischen Merkur, Paul Wilhelm Wenger und Otto B. Roegele, traten bis 1963 auch Franz Josef Strauß und Otto Georg Prikham (Deutsche Bank, Frankfurt) an das Rednerpult.“

Fußnote 223: „Ebenda. P.W. Wenger war der politische Kommentator, Roegele der Chefredakteur des Rheinischen Merkur. Zum Vortrag von F.J. Strauß hatte der spanische Informationsminister Fraga Iribarne das Kommen mehrerer Kabinettsmitglieder in Aussicht gestellt, was durchaus unüblich war und die Wertschätzung illustriert, die der ehemalige deutsche Verteidigungsminister in Spanien genoß; vgl. Schreiben von Botschafter von Welck vom 24.5.1963 an das Auswärtige Amt; in: PAAA Ref. 206/180. Tatsächlich hatten sich mehrere spanische Minister und Diplomaten den Vortrag von Strauß, der in Madrid die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Atompools vorschlug, nicht entgehen lassen, vgl. ‚Strauß schlägt europäischen Atompool vor‘, in: FAZ, 9.6.1963, ebenso Süddeutsche Zeitung, 10.5.1963.“

Weiter: „Mehrfach trugen der Bundestagsvizepräsident Richard Jaeger und der Abgeordnete bzw. spätere Minister für Bundesratsfragen und der Justiz, Hans-Joachim von Merkatz, vor, die beide zu den beständigsten Teilnehmern der Tagungen zählten. Nach dem Urteil deutscher Diplomaten kam dem CEDI ‚eine erhebliche politische Bedeutung zu.‘“

Fußnote 224: „Aufzeichnung von Schmidt-Schegel, Bonn 31.5.1957; in: PAAA Ref. 206/42.“

Weiter: „Die politische Brisanz der CEDI-Tagungen lag dabei in spezifischen Eigenheiten der Treffen: Zum einen ergab sich durch die europäisch orientierte Thematik der Versuch, Spanien unabhängig von den europäischen Einigungsbestrebungen, deren offizielle Verhandlungen ohne das iberische Land geführt wurden, in die europäische Politik zu integrieren. Schon die Vehemenz ist auffällig, mit der von Tagungsteilnehmern unterstrichen wurde, daß die Arbeit des CEDI ‚keineswegs als Konkurrenz zu Straßburg‘ gedacht sei, sondern daß ‚parallel zu den Straßburger Bemühungen jene christliche Welt des Abendlandes angesprochen‘ würde, ‚die sich die Rettung des geistigen Erbes und der großen Tradition unseres Kontinentes zur Aufgabe gemacht hat‘.

Fußnote 225: „Chefredakteur Gustav A. Cardenal: ‚Spanien als europäische Kraft. Zum diesjährigen Kongreß des Dokumentations-Zentrums in Madrid‘; in: Salzburger Nachrichten, 3.5.1953; abgedruckt in: Gaupp-Berghausen 1971, S. 44. Zwei Jahre später bekräftigte

Canaval, daß das CEDI sich als eigenständige Institution begreife: ‚Nicht etwa als Gegenbewegung zur Europarat in Straßburg, der parlamentarisch arbeitet, noch zur Europäischen Union, die die älteste Europabewegung ist, oder zur Brüsseler Equipe sind die Zentren entstanden‘; Canaval: ‚Europa vom Escorial‘; in: Salzburger Nachrichten, 11.6.1955; in: Gaupp-Berghausen 1971, S. 87-94, S. 87. Der Vorteil der CEDI-Tagungen lag seiner Ansicht nach im Vergleich zum Austausch in Straßburg im Treffen der Eliten in Spanien: ‚Dieser Umstand bringt naturgemäß eine freiere Sprache mit sich.‘ Vgl. Canaval: ‚Lockung und Gefahr des Atoms‘; in: Salzburger Nachrichten, 16.6.1956; in: Gaupp-Berghausen 1971, S. 119-125, S. 119“

Weiter: „Tatsächlich konnte sich jedoch der deutsche Botschafter Knappstein 1958 des Eindrucks nicht erwehren, daß die spanische CEDI-Prominenz eine Europapolitik verfolge, die sich im Gegensatz zu den Straßburger Vorstellungen und Bestrebungen eines demokratischen Europas befindet.““

Fußnote 226: „Schreiben von Botschafter Knappstein vom 21.4.1958 an das Auswärtige Amt; in: PAAA Ref. 206/165. Knappstein bezog sich dabei auf den früheren Außenminister Martín Artajo, der sich nach seinem Abschied aus dem Ministerium um so mehr für die spanische Europapolitik im CEDI einsetzte. Vgl. ebenda.“<sup>257</sup>

Vor lauter anderer Prominenz und vor allem Otto B. Roegele hatte ich Friedrich August Freiherr von der Heydte gar nicht mehr gefunden. Aber ich war fasziniert: Der Freiherr und der Rheinische Merkur kamen beide in meiner Petition zusammen vor, wo ich aus dem Artikel „Von Bonner Staatsanwälten enttarnt: CDU/CSU und FDP kassierten Millionen aus schwarzen Kassen“<sup>258</sup> zitiere:

„Über die Konten der Staatsbürgerlichen Vereinigung, einer Art ‚Spendensammelbank‘ (Staatsanwaltschaft), floß das Geld von der Großindustrie an die Politiker von CDU/CSU und FDP - zwischen 1969 und 1980 allein 214 Millionen Mark. Besonders reichlich gingen in Wahljahren bei Union und Liberalen die Spenden ein. Im Jahre 1976, als Helmut Kohl 48,6 Prozent erreichte, sammelte die SV die Rekordsumme von 40,2 Millionen Mark. ...

Wenn auch der Zweck des Vereins die allgemeine Förderung des ‚demokratischen Staatswesens‘ war und die Anerkennung der Gemeinnützigkeit wegen ‚Förderung der Erziehung und Volksbildung‘ bestand, verfolgte die SV nur ein Ziel: mit Millionen-Spenden **die SPD von der Macht fernzuhalten**. ...

Die CDU/CSU-Geldmaschine lief erst richtig an, als Mitte der sechziger Jahre zusätzlich zu den ausländischen Instituten ein Helfer angeheuert wurde, der schon 1958 als Rechtsvertreter der Bundesregierung für das Steuerprivileg der Parteien in Karlsruhe gekämpft hatte: Friedrich August Freiherr von der Heydte, damals Staatsrechtler an der Universität Würzburg und dort Leiter eines ‚Instituts für Staatslehre und Politik e. V. (ISP)‘. ...

Der Adelsmann, der seit 1975 als Pensionär und Gelegenheitsanwalt im niederbayerischen Aham an der Vils lebt, hat sich in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte besondere Verdienste erworben. Der jetzt 76jährige brachte es auf Dutzende Orden, Berufungen, Präsidenschaften und Titel. Er war Statthalter der deutschen Statthalterei des Ritterordens vom Heiligen Grabe, ist Ritterkreuzträger mit Eichenlaub, Träger der silbernen Nahkampfspange und Gründungsmitglied der Organisation ‚Rettet die Freiheit‘. ...

Als im Jahre 1972, während des **Wahlkampfs gegen Willy Brandt**, die Staatsbürgerliche Vereinigung Spitzen-Einkünfte von 38,3 Millionen Mark verbuchte,

---

<sup>257</sup> Birgit Aschmann: „Treue Freunde ...“. Westdeutschland und Spanien 1945-1963“, Stuttgart 1999 (Franz Steiner Verlag), S. 428-430

<sup>258</sup> aus DER SPIEGEL 39/1983 vom 26.09.1983 unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14021356.html>

gerieten ISP und SV gegenüber dem Finanzamt in Erklärungsnot. Es mußte nach Gründen gesucht werden, wohin das Geld fließen soll. Es galt, so die SV, „diejenigen Kräfte finanziell zu fördern und zu stützen, die im Rahmen des Grundgesetzes’ versuchten, ‚die Neugestaltung in geordnete Bahnen zu lenken’. ...

Gefördert wurden aus ‚publizistischen Zwecken’ konservative Verlagshäuser wie Springer (90 000 Mark), der **katholische ‚Rheinische Merkur’** (37 000 Mark) und ein ‚Arbeitskreis soziale Marktwirtschaft’ (562 000 Mark). ‚Forschungsaufträge’ und ‚Zuwendungen’ erhielten ein ‚Gestaltkreis im BDI’ (140 000 Mark), ‚Bund Freiheit der Wissenschaft’ (25 000 Mark), ‚Konrad-Adenauer-Stiftung’ (48 000 Mark), ‚Notgemeinschaft für eine freie Universität’ (64 000 Mark), ‚Notopfer Schlesien’ (20 000 Mark) und der ‚Ring Christlich-Demokratischer Studenten’ (120 000 Mark). ...<sup>259</sup>

Gefördert wurde aus „publizistischen Zwecken“ auch der katholische „Rheinische Merkur“. Damals wusste ich noch nichts von CEDI und den Vorträgen, die dort gehalten wurden.

Später heißt es bei Birgit Aschmann in der Fußnote 239: „Zitiert in: Otto B. Roegele: ‚Europa, Deutschland und Berlin. Ergebnisse und Debatten des VIII. Kongresses des Europäischen Dokumentationszentrums’; in: Rheinischer Merkur, 9.10.1959; in: Gaupp-Berghausen 1971, S. 216-220, S. 216. Insbesondere auf dem achten CEDI-Kongreß im September 1959 spielte die Deutschlandproblematik eine wichtige Rolle.“<sup>260</sup>

### 23. Eine interessante Post

„Aus heiterem Himmel“ traf am 13. November 2014 ein Brief ein:

„Deutscher Bundestag  
Petitionsausschuß  
Berlin, 6. November 2014  
Bezug: Mein Schreiben vom 17. Januar 2014  
Referat Pet 1  
Oberamtsrätin Karla Ryborz  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Verfassungsschutz  
Pet 1-18-06-12-000067 (Bitte bei allen Zuschriften angeben)  
Ihre Eingabe für Herrn Hans Roth, F- (Adresse)

Sehr geehrte Frau Thelen-Khoder,  
die aufgrund Ihrer Eingabe eingeleitete Prüfung dauert noch an. Sobald es möglich ist,  
erhalten Sie abschließend Bescheid.  
Ich bitte Sie, sich bis dahin zu gedulden.  
Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag  
Karla Ryborz“

<sup>259</sup> aus „1/3 Graf Lambsdorff, 2/3 Landesverband“ in DER SPIEGEL 39/1983, S. 25-28:

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14021356.html>

<sup>260</sup> Birgit Aschmann: „Treue Freunde ...’. Westdeutschland und Spanien 1945-1963“, Stuttgart 1999 (Franz Steiner Verlag), S. 432



Wie ich zu dieser Ehre kam, weiß ich nicht. Aus Karla Melcher war jedenfalls inzwischen Karla Ryborz geworden. Ob der Petitionsausschuß mir mitteilen wollte, daß „die Sachbearbeiterin“ inzwischen geheiratet hatte? Meinen herzlichen Glückwunsch jedenfalls.

#### **24. Von einem „menschlichen Wunder“, einer „Gummiwand“ und „verschlossenen Türen“ beim Stich-Wort „Geheim“**

Immer wieder trafen alte Dokumente bei mir ein; es gab Menschen, die meine Arbeit unterstützten, die darin bestand, alles zusammenzutragen, was es zum „Fall“ Hans Roth gibt. Manche „Akten und Unterlagen“ schienen mir wichtiger zu sein als andere, aber was das Verrückte war: Je „unwichtiger“, weil „banaler“ und „menschlicher“ manch Anschreiben war, desto aussagekräftiger war es für mich. Wer hatte nicht alles geschrieben, gebeten, erklärt, angefragt, nachgefragt – und immer und immer und immer wieder? Hin und her und her und hin und hin und her und ...

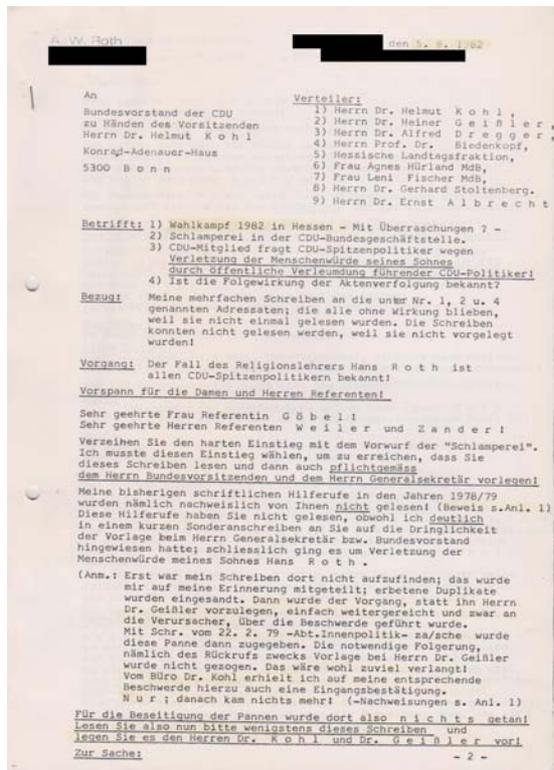
Für mich ist folgender Brief des Vaters von Hans Roth sehr wichtig gewesen. Er legt den Menschen- und Sachverhalt des Sohnes sehr eindringlicher dar, und es waren wieder einzelne Formulierungen, die mich besonders ergriffen haben. (Einige der unterstrichenen gehören dazu, aber die Unterstreichungen im Text sind nicht von mir, sondern von Herrn Roth senior).

Weiter oben<sup>261</sup> habe ich den Brief von Horst Geipel an den Vater von Hans Roth vom 17.8.1982<sup>262</sup> wiedergegeben („Irrtümer und Fehler der verschiedensten Stellen“). Der nun folgende Brief des Vaters an den Bundesvorstand seiner Partei, der CDU, bzw. an den „Verteiler: Herrn Dr. Helmut Kohl, Herrn Dr. Heiner Geißler, Herrn Dr. Alfred Dregger, Herrn Prof. Dr. Biedenkopf, Hessische Landtagsfraktion, Frau Agnes Hürland MdB, Frau

<sup>261</sup> siehe Zweites Buch, S. 83

<sup>262</sup> Brief von Horst Geipel, damals Verfassungsschutzobmann der CDU im Hessischen Landtag, an den Vater von Hans Roth vom 17.8.1982: [http://www.berufsverbote.de/tl\\_files/docs/F-HansRoth\\_Geipel-Brief17-08-82.pdf](http://www.berufsverbote.de/tl_files/docs/F-HansRoth_Geipel-Brief17-08-82.pdf)

Leni Fischer MdB, Herrn Dr. Gerhard Stoltenberg, Herrn Dr. Ernst Albrecht“ vom 5.8.1982 ging wohl unmittelbar diesem Brief voraus.



>An  
Bundesvorstand der CDU  
zu Händen des Vorsitzenden  
Herrn Dr. Helmut Kohl  
Konrad-Adenauer-Haus  
5300 Bonn

Verteiler:

- 1) Herrn Dr. Helmut Kohl
- 2) Herrn Dr. Heiner Geißler,
- 3) Herrn Dr. Alfred Dregger,
- 4) Herrn Prof. Dr. Biedenkopf,
- 5) Hessische Landtagsfraktion,
- 6) Frau Agnes Hürland MdB,
- 7) Frau Leni Fischer MdB,
- 8) Herrn Dr. Gerhard Stoltenberg,
- 9) Herrn Dr. Ernst Albrecht

Betrifft:

- 1) Wahlkampf 1982 in Hessen – Mit Überraschungen? –
- 2) Schlamperei in der CDU-Bundesgeschäftsstelle.
- 3) CDU-Mitglied fragt CDU-Spitzenpolitiker wegen Verletzung der Menschenwürde seines Sohnes durch öffentliche Verleumdung führender CDU-Politiker!
- 4) Ist die Folgewirkung der Aktenverfolgung bekannt?

Bezug:

Meine mehrfachen Schreiben an die unter Nr. 1, 2 u. 4 genannten Adressaten; die alle ohne Wirkung blieben, weil sie nicht einmal gelesen wurden. Die Schreiben konnten nicht gelesen werden, weil sie nicht vorgelegt wurden!

Vorgang:

Der Fall des Religionslehrers Hans Roth ist allen CDU-Spitzenpolitikern bekannt!

Vorspann für die Damen und Herren Referenten!

Sehr geehrte Frau Referentin Göbel!  
Sehr geehrte Herren Referenten Weiler und Zander!

Verzeihen Sie den harten Einstieg mit dem Vorwurf der „Schlamperei“. Ich musste diesen Einstieg wählen, um zu erreichen, dass Sie dieses Schreiben lesen und dann auch pflichtgemäss dem Herrn Bundesvorsitzenden und dem Herrn Generalsekretär vorlegen!

Meine bisherigen schriftlichen Hilferufe in den Jahren 1978/79 wurden nämlich nachweislich von Ihnen nicht gelesen! (Beweis s. Anl. 1)

Diese Hilferufe haben Sie nicht gelesen, obwohl ich deutlich in einem kurzem Sonderanschreiben an Sie auf die Dringlichkeit der Vorlage beim Herrn Generalsekretär bzw. Bundesvorstand hingewiesen hatte; schliesslich ging es um Verletzung der Menschenwürde meines Sohnes Hans Roth.

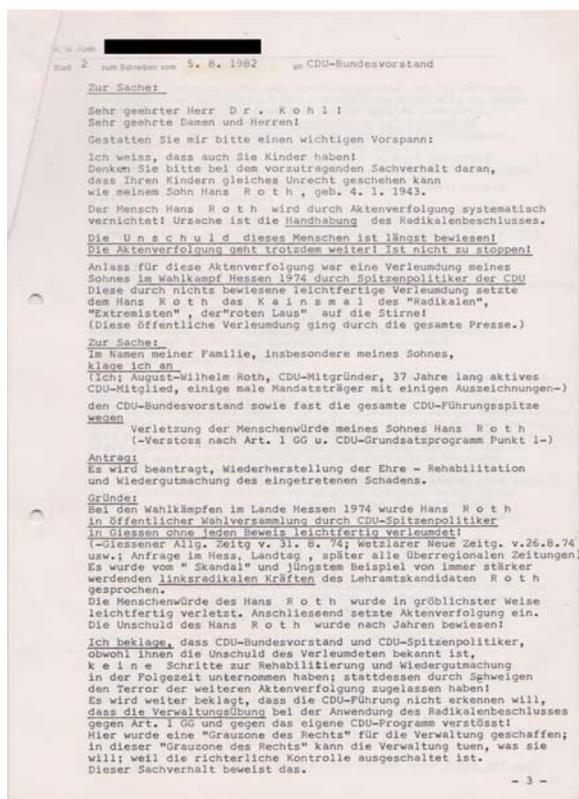
(Anm.: Es war mein Schreiben dort nicht aufzufinden; das wurde mir auf meine Erinnerung mitgeteilt; erbetene Duplikate wurden eingesandt. Dann wurde der Vorgang, statt ihn Herrn Dr. Geißler vorzulegen, einfach weitergereicht und zwar an die Verursacher, über die Beschwerde geführt wurde.

Mit Schr. vom 22. 2. 79 –Abt. Innenpolitik- za/sche wurde diese Panne dann zugegeben. Die notwendige Folgerung, nämlich des Rückrufs zwecks Vorlage bei Herrn Dr. Geißler wurde nicht gezogen. Das wäre wohl zuviel verlangt!

Vom Büro Dr. Kohl erhielt ich auf meine entsprechende Beschwerde hierzu auch eine Eingangsbestätigung.

Nur; danach kam nichts mehr! (-Nachweisungen s. Anl. 1)

Für die Beseitigung der Pannen wurde also nichts getan! Lesen Sie also nun bitte wenigstens dieses Schreiben und legen Sie es den Herren Dr. Kohl und Dr. Geißler vor!



Zur Sache:

Sehr geehrter Herr D r . K o h l !  
Sehr geehrte Damen und Herren!

Gestatten Sie mir bitte einen wichtigen Vorspann:

Ich weiss, dass auch Sie Kinder haben!  
Denken Sie bitte bei dem vorzutragenden Sachverhalt daran, dass Ihren Kindern gleiches Unrecht geschehen kann wie meinem Sohn Hans Roth, geb. 4. 1. 1943.

Der Mensch Hans Roth wird durch Aktenverfolgung systematisch vernichtet! Ursache ist die Handhabung des Radikalenbeschlusses.

Die Unschuld dieses Menschen ist längst bewiesen!  
Die Aktenverfolgung geht trotzdem weiter! Ist nicht zu stoppen!

Anlass für diese Aktenverfolgung war eine Verleumdung meines Sohnes im Wahlkampf Hessen 1974 durch Spitzenpolitiker der CDU. Diese durch nichts bewiesene leichtfertige Verleumdung setzte dem Hans Roth das Kainsmal des „Radikalen“, „Extremisten“, der „roten Laus“ auf die Stirne!  
(Diese öffentliche Verleumdung ging durch die gesamte Presse.)

Zur Sache:

Im Namen meiner Familie, insbesondere meines Sohnes,  
klage ich an  
(Ich; August-Wilhelm Roth, CDU-Mitbegründer, 37 Jahre lang aktives CDU-Mitglied, einige male Mandatsträger mit einigen Auszeichnungen-)  
den CDU-Bundesvorstand sowie fast die gesamte CDU-Führungsspitze

wegen

Verletzung der Menschenwürde meines Sohnes Hans Roth (Verstoss nach Art. 1 GG u. CDU-Grundsatzprogramm Punkt 1-)

Antrag:

Es wird beantragt, Wiederherstellung der Ehre – Rehabilitation und Wiedergutmachung des eingetretenen Schadens.

Gründe:

Bei den Wahlkämpfen im Lande Hessen wurde Hans Roth in öffentlicher Wahlversammlung durch CDU-Spitzenpolitiker in Giessen ohne jeden Beweis leichtfertig verleumdet!

(Giessener Allg. Zeitg v. 31. 8. 74; Wetzlarer Neue Zeitg. V. 26. 8. 74 usw.; Anfrage im Hess. Landtag, später alle überregionalen Zeitungen)

Es wurde vom „Skandal“ und jüngstem Beispiel von immer stärker werdenden linksradiakalen Kräften des Lehramtskandidaten Roth gesprochen.

Die Menschenwürde des Hans Roth wurde in gröblichster Weise leichtfertig verletzt.

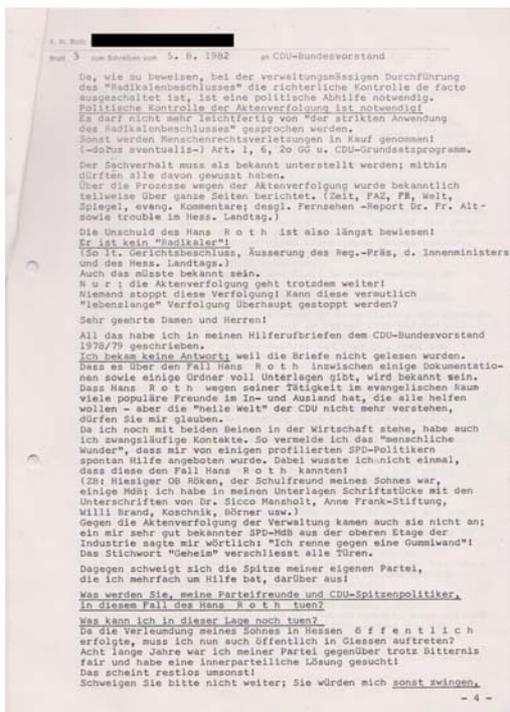
Anschliessend setzte Aktenverfolgung ein. Die Unschuld des Hans Roth wurde nach Jahren bewiesen!

Ich beklage, dass CDU-Bundesvorstand und CDU-Spitzenpolitiker, obwohl ihnen die Unschuld des Verleumdeten bekannt ist, keine Schritte zur Rehabilitierung und Wiedergutmachung in der Folgezeit unternommen haben; stattdessen durch Schweigen den Terror der weiteren Aktenverfolgung zugelassen haben!

Es wird weiter beklagt, dass die CDU-Führung nicht erkennen will, dass die Verwaltungsausübung bei der Anwendung des Radikalenbeschlusses gegen Art. 1 GG und gegen das eigene CDU-Programm verstösst!

Hier wurde eine „Grauzone des Rechts“ für die Verwaltung geschaffen; in dieser „Grauzone des Rechts“ kann die Verwaltung tun, was sie will; weil die richterliche Kontrolle ausgeschaltet ist.

Dieser Sachverhalt beweist das.



Da, wie zu beweisen, bei der verwaltungsmässigen Durchführung des „Radikalenbeschlusses“ die richterliche Kontrolle de facto ausgeschaltet ist, ist eine politische Abhilfe notwendig.  
Politische Kontrolle der Aktenverfolgung ist notwendig!

Es darf nicht mehr leichtfertig von „der strikten Anwendung des „Radikalenbeschlusses“ gesprochen werden.

Sonst werden Menschenrechtsverletzungen in Kauf genommen!

(-dolus eventualis-) Art. 1, 6, 20 GG u. CDU-Grundsatzprogramm.

Der Sachverhalt muss als bekannt unterstellt werden; mithin dürften alle davon gewusst haben.

Über die Prozesse wegen der Aktenverfolgung wurde bekanntlich teilweise über ganze Seiten berichtet. (Zeit, FAZ, FR, Welt, Spiegel, evang. Kommentare; desgl. Fernsehen – Report Dr. Fr. Alt – sowie trouble im Hess. Landtag.)

Die Unschuld des Hans Roth ist also längst bewiesen!

Er ist kein „Radikaler“!

(So lt. Gerichtsbeschluss, Äusserung des Reg.-Präs., d. Innenministers und des Hess. Landtags.)

Auch das müsste bekannt sein.

Nur; die Aktenverfolgung geht trotzdem weiter!

Niemand stoppt diese Verfolgung! Kann diese vermutlich „lebenslange“ Verfolgung überhaupt gestoppt werden?

Sehr geehrte Damen und Herren!

All das habe ich in meinen Hilferufen dem CDU-Bundesvorstand 1978/79 geschrieben.

Ich bekam keine Antwort; weil die Briefe nicht gelesen wurden. Dass es über den Fall Hans Roth inzwischen einige Dokumentationen sowie einige Ordner voll Unterlagen gibt, wird bekannt sein. Dass Hans Roth wegen seiner Tätigkeit im evangelischen Raum viele populäre Freunde im In- und Ausland hat, die alle helfen wollen – aber die „heile Welt“ der CDU nicht mehr verstehen, dürfen Sie mir glauben.

Da ich noch mit beiden Beinen in der Wirtschaft stehe, habe auch ich zwangsläufige Kontakte. So vermelde ich das „menschliche Wunder“, dass mir von einigen profilierten SPD-Politikern spontan Hilfe angeboten wurde. Dabei wusste ich nicht einmal, dass diese den Fall Hans Roth kannten!

(ZB: Hiesiger OB Röken, der Schulfreund meines Sohnes war, einige MdB; ich habe in meinen Unterlagen Schriftstücke mit den Unterschriften von Dr. Sicco Mansholt, Anne Frank-Stiftung, Willi Brand [Willy Brandt; eigene Anmerkung], Koschnik, Börner usw.) Gegen die Aktenverfolgung der Verwaltung kamen auch sie nicht an; ein mir sehr gut bekannter SPD-MdB aus der oberen Etage der Industrie sagte mir wörtlich: „Ich renne wie gegen eine Gummwand“! Das Stichwort „Geheim“ verschliesst alle Türen.

Dagegen schweigt sich die Spitze meiner eigenen Partei, die ich mehrfach um Hilfe bat, darüber aus!

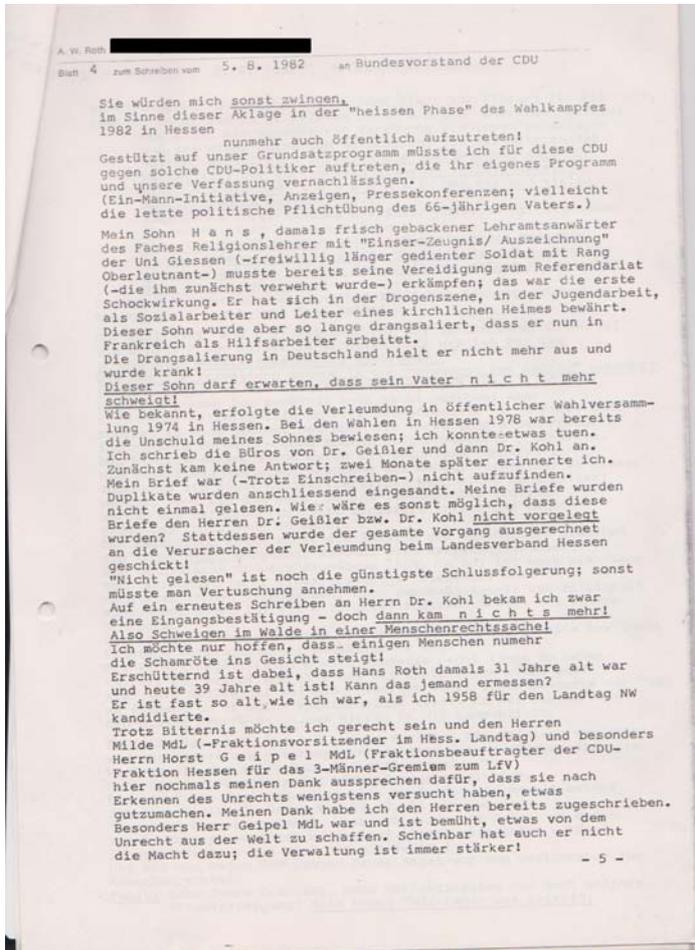
Was werden Sie, meine Parteifreunde und CDU-Spitzenpolitiker, in diesem Fall des Hans Roth tun?

Was kann ich in dieser Lage noch tun?

Da die Verleumdung meines Sohnes in Hessen öffentlich erfolgte, muss ich nun auch öffentlich in Giessen auftreten? Acht lange Jahre war ich meiner Partei gegenüber trotz Bitternis fair und habe eine innerparteiliche Lösung gesucht!

Das scheint restlos umsonst!

Schweigen Sie bitte nicht weiter; Sie würden mich sonst zwingen, im Sinne dieser Anklage in der „heissen Phase“ des Wahlkampfes 1982 in Hessen nunmehr auch öffentlich aufzutreten!



Gestützt auf unser Grundatzprogramm müsste ich für diese CDU gegen solche CDU-Politiker auftreten, die ihr eigenes Programm und unsere Verfassung vernachlässigen.  
(Ein-Mann-Initiative, Anzeigen, Pressekonferenzen; vielleicht die letzte politische Pflichtübung eines 66-jährigen Vaters.)

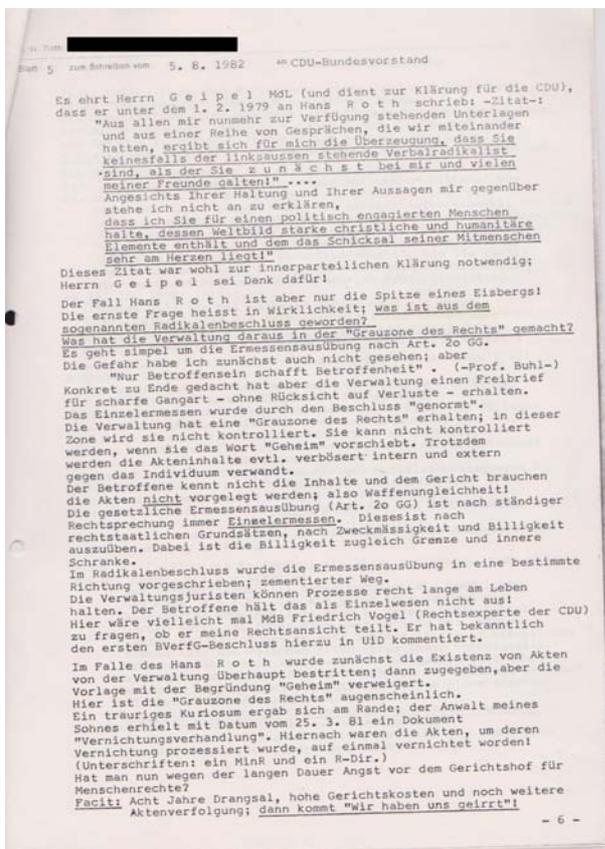
Mein Sohn Hans, damals frisch gebackener Lehramtsanwärter des Faches Religionslehrer [gemeint ist Religion bzw. Evangelische Theologie; eigene Anmerkung] mit „Einser-Zeugnis/ Auszeichnung“ der Uni Giessen (-freiwillig länger gedienter Soldat mit Rang Oberleutnant-) musste bereits seine Vereidigung zum Referendariat (-die ihm zunächst verwehrt wurde-) erkämpfen; das war die erste Schockwirkung: Er hat sich in der Drogenszene, in der Jugendarbeit, als Sozialarbeiter und Leiter eines kirchlichen Heimes bewährt. Dieser Sohn wurde aber so lange drangsaliiert, dass er nun in Frankreich als Hilfsarbeiter arbeitet. Die Drangsalierung in Deutschland hielt er nicht mehr aus und wurde krank!  
Dieser Sohn darf erwarten, dass sein Vater nicht mehr schweigt!

Wie bekannt, erfolgte die Verleumdung in öffentlicher Wahlversammlung 1974 in Hessen. Bei den Wahlen in Hessen 1978 war bereits die Unschuld meines Sohnes bewiesen; ich konnte etwas tun. Ich schrieb die Büros von Dr. Geißler und dann Dr. Kohl an. Zunächst bekam ich keine Antwort; zwei Monate später erinnerte ich. Mein Brief war (-Trotz Einschreiben-) nicht aufzufinden. Duplikate wurden anschliessend eingesandt. Meine Briefe wurden nicht einmal gelesen. Wie wäre es sonst möglich, dass diese Briefe den Herren Dr. Geißler bzw. Dr. Kohl nicht vorgelegt wurden? Stattdessen wurde der gesamte Vorgang ausgerechnet an die Verursacher der Verleumdung beim Landesverband Hessen geschickt! „Nicht gelesen“ ist noch die günstigste Schlussfolgerung; sonst müsste man Vertuschung annehmen.

Auf ein erneutes Schreiben an Herrn Dr. Kohl bekam ich zwar eine Eingangsbestätigung – doch dann kam nichts mehr! Also Schweigen im Walde in einer Menschenrechtssache! Ich möchte nur hoffen, dass einigen Menschen nunmehr die Schamröte ins Gesicht steigt! Erschütternd ist dabei, dass Hans Roth damals 31 Jahre alt war und heute 39 Jahre alt ist! Kann das jemand ermessen?

Er ist fast so alt wie ich war, als ich 1958 für den Landtag NW kandidierte.

Trotz Bitternis möchte ich gerecht sein und den Herren Milde MdL (-Fraktionsvorsitzender im Hess. Landtag) und besonders Herrn Horst Geipel MdL (Fraktionsbeauftragter der CDU-Fraktion Hessen für das 3-Männer-Gremium zum LfV) hier nochmals meinen Dank aussprechen dafür, dass sie nach Erkennen des Unrechts wenigstens versucht haben, etwas gutzumachen. Meinen Dank habe ich den Herren bereits zugeschrieben. Besonders Herr Geipel MdL war und ist bemüht, etwas von dem Unrecht aus der Welt zu schaffen. Scheinbar hat er auch nicht die Macht dazu: die Verwaltung ist immer stärker!



Es ehrt Herrn Geipel MdL (und dient zur Klärung für die CDU), dass er unter dem 1. 2. 1979 an Hans Roth schrieb: -Zitat:-

„Aus allen mir nunmehr zur Verfügung stehenden Unterlagen und aus einer Reihe von Gesprächen, die wir miteinander hatten, ergibt sich für mich die Überzeugung, dass Sie keinesfalls der linksausen stehende Verbalradikalist sind, als der Sie zunächst bei mir und vielen meiner Freunde galten! ....

Angesichts Ihrer Haltung und Ihrer Aussagen mir gegenüber stehe ich nicht an zu erklären, dass ich Sie für einen politisch engagierten Menschen halte, dessen Weltbild starke christliche und humanitäre Elemente enthält und dem das Schicksal seiner Mitmenschen sehr am Herzen liegt!“

Dieses Zitat war wohl zur innerparteilichen Klärung notwendig; Herrn Geipel sei Dank dafür!

Der Fall Hans Roth ist aber nur die Spitze eines Eisbergs! Die ernste Frage heisst in Wirklichkeit; was ist aus dem sogenannten Radikalenbeschluss geworden?

Was hat die Verwaltung daraus in der „Grauzone des Rechts“ gemacht?

Es geht simpel um die Ermessensausübung nach Art. 20 GG.

Die Gefahr habe ich zunächst auch nicht gesehen; aber „Nur Betroffensein schafft Betroffenheit“. (-Prof. Buhl-)

Konkret zu Ende gedacht hat aber die Verwaltung einen Freibrief für scharfe Gangart – ohne Rücksicht auf Verluste – erhalten. Das Einzelermessen wurde durch den Beschluss „genormt“. Die Verwaltung hat eine „Grauzone des Rechts“ erhalten; in dieser Zone wird sie nicht kontrolliert. Sie kann nicht kontrolliert werden, wenn sie das Wort „Geheim“ vorschiebt. Trotzdem werden die Akteninhalte evtl. verbösert intern und extern gegen das Individuum verwandt.

Der Betroffene kennt nicht die Inhalte und dem Gericht brauchen die Akten nicht vorgelegt zu werden; also Waffenungleichheit!

Die gesetzliche Ermessensausübung (Art. 20 GG) ist nach ständiger Rechtsprechung immer Einzelermessen. Dieses ist nach rechtsstaatlichen Grundsätzen, nach Zweckmässigkeit und Billigkeit auszuüben. Dabei ist die Billigkeit zugleich Grenze und innere Schranke.

Im Radikalenbeschluss wurde die Ermessensausübung in eine bestimmte Richtung vorgeschrieben; zementierter Weg.

Die Verwaltungsjuristen können Prozesse recht lange am Leben halten. Der Betroffene hält das als Einzelwesen nicht aus!

Hier wäre vielleicht mal MdB Friedrich Vogel (Rechtsexperte der CDU) zu fragen, ob er meine Rechtsansicht teilt. Er hat bekanntlich den ersten BverfG-Beschluss hierzu in UiD kommentiert.

Im Falle des Hans Roth wurde zunächst die Existenz von Akten von der Verwaltung überhaupt bestritten; dann zugegeben, aber die Vorlage mit der Begründung „Geheim“ verweigert.

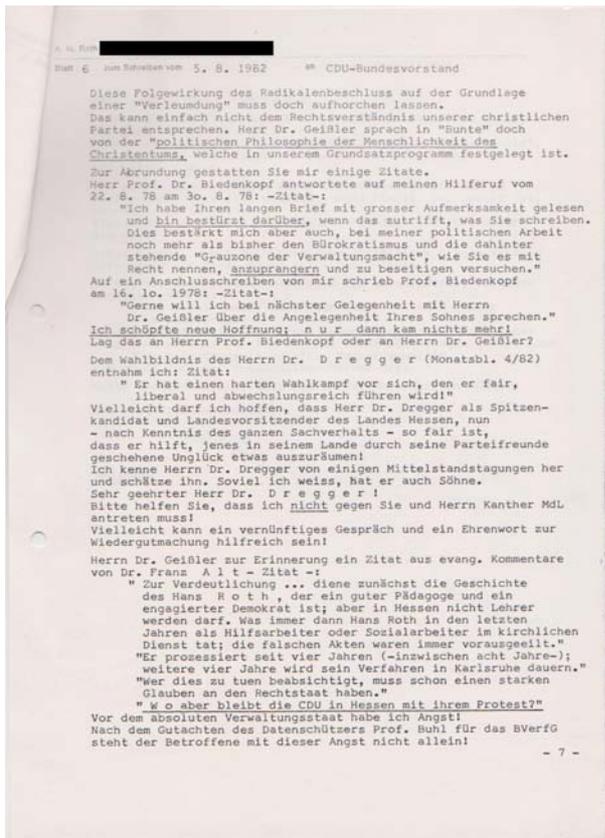
Hier ist die „Grauzone des Rechts“ augenscheinlich.

Ein trauriges Kuriosum ergab sich am Rande; der Anwalt meines Sohnes erhielt mit Datum vom 25. 3. 81 ein Dokument „Vernichtungsverhandlung“. Hiernach waren die Akten, um deren Vernichtung prozessiert wurde, auf einmal vernichtet worden!

(Unterschriften: ein MinR und ein R-Dir.)

Hat man nun wegen der langen Dauer Angst vor dem Gerichtshof für Menschenrechte?

Facit: Acht Jahre Drangsal, hohe Gerichtskosten und noch weitere Aktenverfolgung; dann kommt „Wir haben uns geirrt“!



Diese Folgewirkung des Radikalenbeschluss auf der Grundlage einer „Verleumdung“ muss doch aufhorchen lassen.

Das kann einfach nicht dem Rechtsverständnis einer christlichen Partei entsprechen. Herr Dr. Geißler spricht in „Bunte“ doch von der „politischen Philosophie der Menschlichkeit des Christentums“, welche in unserem Grundsatzprogramm festgelegt ist.

Zur Abrundung gestatten Sie mir einige Zitate.

Herr Prof. Dr. Biedenkopf antwortete auf meinen Hilferuf vom 22. 8. 78 am 30. 8. 78: -Zitat-:  
„Ich habe Ihren langen Brief mit grosser Aufmerksamkeit gelesen und bin bestürzt darüber, wenn das zutrifft, was Sie schreiben. Dies bestärkt mich aber auch, bei meiner politischen Arbeit noch mehr als bisher den Bürokratismus und die dahinter stehende „Grauzone der Verwaltungsmacht“, wie Sie es mit Recht nennen, anzuprangern und zu beseitigen versuchen.“

Auf ein Anschlusschreiben von mir schrieb Prof. Biedenkopf am 16. 10. 1978: -Zitat-:

„Gerne will ich bei nächster Gelegenheit mit Herrn Dr. Geißler über die Angelegenheit Ihres Sohnes sprechen.“

Ich schöpfte neue Hoffnung; nur dann kam nichts mehr!

Lag das an Herrn Prof. Biedenkopf oder an Herrn Dr. Geißler?

Dem Wahlbildnis des Herrn Dr. Dregger (Monatsbl. 4/82) entnahm ich: Zitat:

„Er hat einen harten Wahlkampf vor sich, den er fair, liberal und abwechslungsreich führen wird!“

Vielleicht darf ich hoffen, dass Herr Dr. Dregger als Spitzenkandidat und Landesvorsitzender des Landes Hessen, nun – nach Kenntnis des ganzen Sachverhalts – so fair ist, dass er hilft, jenes in seinem Lande durch seine Parteifreunde geschehene Unglück etwas auszuräumen!

Ich kenne Herrn Dr. Dregger von einigen Mittelstandstagungen her und schätze ihn. Soviel ich weiss, hat er auch Söhne.

Sehr geehrter Herr Dr. Dregger!

Bitte helfen Sie, dass ich nicht gegen Sie und Herrn Kanther MdL antreten muss!

Vielleicht kann ein vernünftiges Gespräch und ein Ehrenwort zur Wiedergutmachung hilfreich sein!

Herr Dr. Geißler zur Erinnerung ein Zitat aus evang. Kommentare von Dr. Franz Alt – Zitat: „Zur Verdeutlichung ... diene zunächst die Geschichte des Hans Roth, der ein guter Pädagoge und ein engagierter Demokrat ist; aber in Hessen nicht Lehrer werden darf. Was immer dann Hans Roth in den letzten Jahren als Hilfsarbeiter oder Sozialarbeiter im kirchlichen Dienst tat; die falschen Akten waren immer vorausgeilte.“

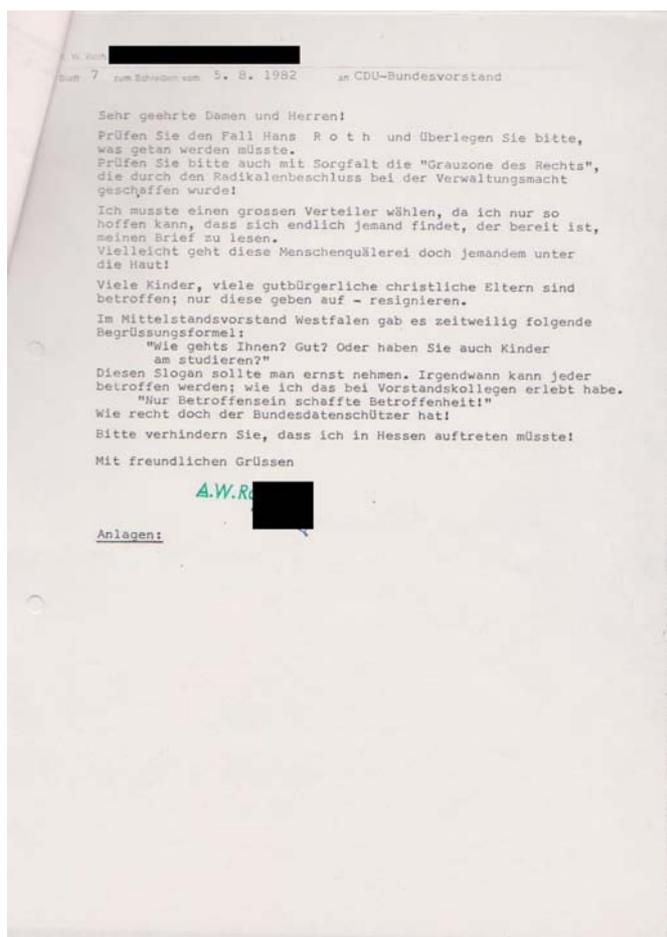
„Er prozessiert seit vier Jahren (-inzwischen acht Jahre-); weitere vier Jahre wird sein Verfahren in Karlsruhe dauern.“

„Wer dies zu tun beabsichtigt, muss schon einen starken Glauben an den Rechtsstaat haben.“

„Wo aber bleibt die CDU in Hessen mit ihrem Protest?“

Vor dem absoluten Verwaltungsstaat habe ich Angst!

Nach dem Gutachten des Datenschützers Prof. Buhl für das BverfG steht der Betroffene mit dieser Angst nicht allein!



Sehr geehrte Damen und Herren!

Prüfen Sie den Fall Hans Roth und überlegen Sie bitte, was getan werden müsste.

Prüfen Sie bitte auch mit Sorgfalt die „Grauzone des Rechts“, die durch den Radikalenbeschluss bei der Verwaltungsmacht geschaffen wurde!

Ich musste einen grossen Verteiler wählen, da ich nur so hoffen kann, dass sich endlich jemand findet, der bereit ist, meinen Brief zu lesen.  
Vielleicht geht diese Menschenquälerei doch jemandem unter die Haut!

Viele Kinder, viele gutbürgerliche christliche Eltern sind betroffen; nur diese geben auf – resignieren.

Im Mittelstandsvorstand Westfalen gab es zeitweilig folgende Begrüßungsformel:

„Wie geht’s Ihnen? Gut? Oder haben Sie auch Kinder am studieren?“

Diesen Slogan sollte man ernst nehmen. Irgendwann kann jeder betroffen werden; wie ich das bei Vorstandskollegen erlebt habe.

„Nur Betroffensein schaffte Betroffenheit!“

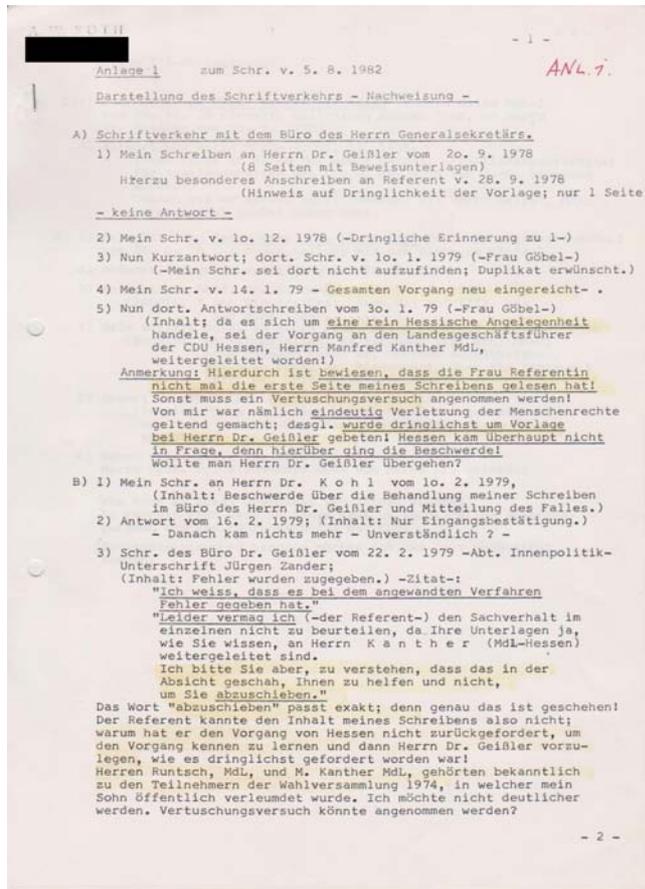
Wie recht doch der Bundesdatenschützer hat!

Bitte verzeihen Sie, dass ich in Hessen auftreten müsste!

Mit freundlichen Grüßen

A. W. Roth

### Anlagen:



Anlage 1 zum Schr. v. 5. 8. 1982

Darstellung des Schriftverkehrs – Nachweisung –

A) Schriftverkehr mit dem Büro des Herrn Generalsekretärs.

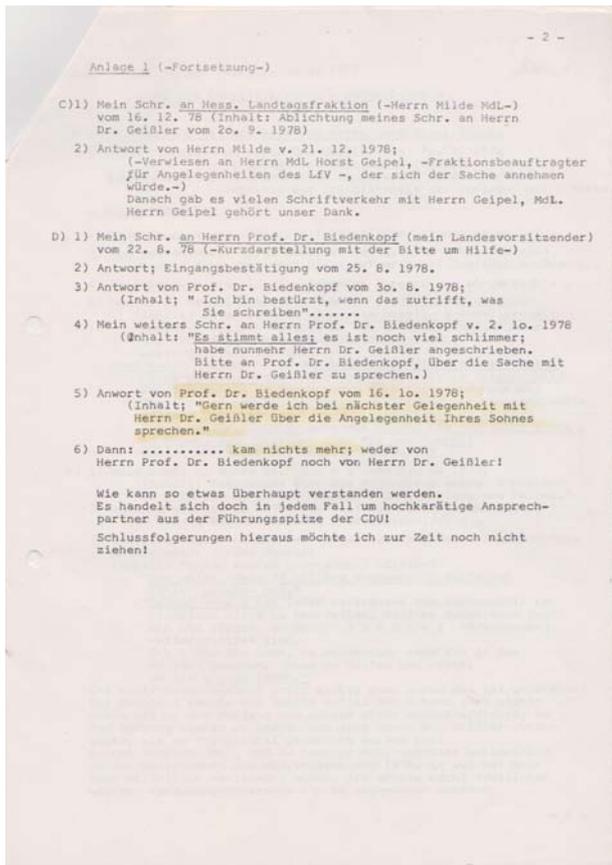
- 1) Mein Schreiben an Herrn Dr. Geipler vom 20. 9. 1978  
(8 Seiten mit Beweisunterlagen)  
Hierzu besonderes Anschreiben an Referent v. 28. 9. 1978  
(Hinweis auf Dringlichkeit der Vorlage; nur 1 Seite)  
- keine Antwort -
- 2) Mein Schr. v. 10. 12. 1978 (-Dringliche Erinnerung zu 1-)  
Nun Kurzantwort; dort. Schr. v. 10. 1. 1979 (-Frau Göbel-)  
(-Mein Schr. sei dort nicht aufzufinden; Duplikat erwünscht.)  
Mein Schr. v. 14. 1. 79 – Gesamten Vorgang neu eingereicht - .
- 3) Nun dort. Antwortschreiben vom 30. 1. 79 (-Frau Göbel-)  
(Inhalt; da es sich im eine rein Hessische Angelegenheit handle, sei der Vorgang an  
den Landesgeschäftsführer der CDU Hessen, Herrn Manfred Kanther MdL,  
weitergeleitet worden!)  
Anmerkung: Hierdurch ist bewiesen, dass die Frau Referentin nicht mal die erste Seite  
meines Schreibens gelesen hat! Sonst muss ein Vertuschungsversuch angenommen  
werden! Von mir war nämlich eindeutig Verletzung der Menschenrechte geltend  
gemacht; desgl. wurde dringlichst um Vorlage bei Herrn Dr. Geißler gebeten! Hessen  
kam überhaupt nicht in Frage, denn hierüber ging die Beschwerde!  
Wollte man Herrn Dr. Geißler übergehen?

B)

- 1) Mein Schr. an Herrn Dr. Kohl vom 10. 2. 1979,  
Inhalt: Beschwerde über die Behandlung meiner Schreiben im Büro des Herrn Dr.  
Geißler und Mitteilung des Falles.)
- 2) Antwort vom 16. 2. 1979; (Inhalt: Nur Eingangsbestätigung.)  
- Danach kam nichts mehr – Unverständlich ? –
- 3) Schr. des Büro Dr. Geißler vom 22. 2. 1979 –Abt. Innenpolitik-  
Unterschrift Jürgen Zander;  
(Inhalt: Fehler wurde zugegeben.) –Zitat-:  
„Ich weiss, dass es bei dem angewandten Verfahren Fehler gegeben hat.“  
„Leider vermag ich (-der Referent-) den Sachverhalt im einzelnen nicht zu beurteilen,  
da Ihre Unterlagen ja, wie Sie wissen, an Herrn Kanther (MdL Hessen) weitergeleitet  
worden sind.  
Ich bitte Sie aber, zu verstehen, dass das in der Absicht geschah, Ihnen zu helfen und  
nicht, um Sie abzuschieben.“

Das Wort „abzuschieben“ passt exakt; denn genau das ist geschehen! Der Referent kannte  
den Inhalt meines Schreibens also nicht; warum hat er den Vorgang von Hessen nicht  
zurückgefordert, um den Vorgang kennen zu lernen und dann Herrn Dr. Geißler  
vorzulegen, wie es dringlichst gefordert worden war!

Herren Runtsch, MdL, und M. Kanther MdL, gehörten bekanntlich zu den Teilnehmern  
der Wahlversammlung 1974, in welcher mein Sohn öffentlich verleumdet wurde. Ich  
möchte nicht deutlicher werden. Vertuschungsversuch könnte angenommen werden?



C)

- 1) Mein Schr. an Hess. Landtagsfraktion (-Herrn Milde MdL-) vom 16. 12. 78 (Inhalt: Ablichtung meines Schr. an Herrn Dr. Geißler vom 20. 9. 1978)
- 2) Antwort von Herrn Milde v. 21. 12. 1978;  
(-Verwiesen an Herrn MdL Horst Geipel, -Fraktionsbeauftragter für Angelegenheiten des LfV -, der sich der Sache annehmen würde.-)  
Danach gab es vielen Schriftverkehr mit Herrn Geipel, MdL. Herrn Geipel gehört unser Dank.

D)

- 1) Mein Schr. an Herrn Prof. Dr. Biedenkopf (mein Landesvorsitzender) vom 22. 8. 78 (-Kurzdarstellung mit der Bitte um Hilfe-)
- 2) Antwort; Eingangsbestätigung vom 25. 8. 1978.
- 3) Antwort von Prof. Dr. Biedenkopf vom 30. 8. 1978;  
(Inhalt; „Ich bin bestürzt, wenn das zutrifft, was Sie schreiben“.....)
- 4) Mein weiteres Schr. an Herrn Prof. Dr. Biedenkopf v. 2. 10. 1978  
(Inhalt: „Es stimmt alles; es ist noch viel schlimmer; habe nunmehr Herrn Dr. Geißler angeschrieben. Bitte an Prof. Dr. Biedenkopf, über die Sache mit Herrn Dr. Geißler zu sprechen.)
- 5) Antwort von Prof. Dr. Biedenkopf vom 16. 10. 1978;  
(Inhalt; „Gern werde ich bei nächster Gelegenheit über die Angelegenheit Ihres Sohnes sprechen.“)
- 6) Dann: ..... kam nichts mehr; weder von Herrn Prof. Dr. Biedenkopf noch von Herrn Dr. Geißler!

Wie kann so etwas überhaupt verstanden werden.

Es handelt sich doch in jedem Fall um hochkarätige Ansprechpartner aus der

Führungsspitze der CDU!

Schlussfolgerungen hieraus möchte ich zur Zeit noch nicht ziehen!<<sup>264</sup>

- „CDU-Mitglied fragt CDU-Spitzenpolitiker wegen **Verletzung der Menschenwürde seines Sohnes durch öffentliche Verleumdung führender CDU-Politiker!**“
- „Ich beklage, daß CDU-Bundesvorstand und CDU-Spitzenpolitiker, obwohl ihnen die **Unschuld des Verleumdeten bekannt** ist, keine Schritte zur Rehabilitation und Wiedergutmachung in der Folgezeit unternommen haben; stattdessen durch Schweigen den **Terror der weiteren Aktenverfolgung** zugelassen haben!“
- „Gegen die Aktenverfolgung der Verwaltung kamen auch sie nicht an; ein mir sehr gut bekannter SPD-MdB aus der oberen Etage der Industrie sagte mir wörtlich: **„Ich renne wie gegen eine Gummiwand“! Das Stichwort ‚Geheim‘ verschliesst alle Türen.**“
- „Ich mußte einen grossen Verteiler wählen, da ich nur so hoffen kann, daß sich endlich jemand findet, der bereit ist, meinen Brief zu lesen. Vielleicht geht diese **Menschenquälerei** doch jemandem unter die Haut!“

Ein Vater bittet für seinen Sohn – ein erschütterndes Dokument! Bald war Totensonntag, und ich dachte an unsere Brüder und Schwestern, die verstorben sind, u.a. auch an diesen Vater („Dieser Sohn darf erwarten, dass sein Vater nicht mehr schweigt!“), dessen Schmerz mir mit jeder Zeile ins Herz sticht. Die Schilderungen seiner Versuche, Gehör zu finden und eine ernsthafte Antwort zu bekommen, fielen vielen meiner Erfahrungen der letzten nun bald sechs Jahre vis-à-vis – so sehr, wie ich es in unserem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat niemals für möglich gehalten hatte. Dabei betone ich, daß ich mich nicht nur an die CDU, sondern auch an die SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die FDP, „Die Linke“, die Evangelische Kirche, die Petitionsausschüsse des Deutschen Bundestages und des Hessischen Landtages und zahlreiche Medien gewandt hatte, immer und immer wieder.

## **25. Sofern es die Rechts- und Materiallage erlaubt - die Suche nach einer Fernsehsendung. Fortsetzung**

„Fortsetzung“ bezieht sich auf den Wechsel der o.a. Briefe:

1. vom 5.7.2014 an Zweites Deutsches Fernsehen, 55100 Mainz:  
Frage nach einer „Gesprächsrunde, die von Klaus Bresser geleitet wurde und an der auch Hans Roth teilgenommen hat“ am 16.2.1984 zum Thema „demokratische Kontrolle von Geheimdiensten“ (genauer Titel, Sendezeit und Dauer waren mir unbekannt)<sup>265</sup>;
2. vom 9.7.2014 von Zweites Deutsches Fernsehen, Hauptabteilung Kommunikation, Zuschauerredaktion:  
„Am 16.02.1984 konnten wir in unseren Datenbanken keine Gesprächsrunde von Klaus Bresser mit dem Gesprächsteilnehmer Hans Roth ausfindig machen“<sup>266</sup>;

---

<sup>264</sup> Brief von Hans Roths Vater an den Parteivorstand der CDU, namentlich an Herrn Dr. Helmut Kohl, Herrn Dr. Heiner Geißler, Herrn Dr. Alfred Dregger, Herrn Prof. Dr. Biedenkopf, Frau Agnes Hürland MdB, Frau Leni Fischer MdB, Herrn Dr. Gerhard Stoltenberg, Herrn Dr. Ernst Albrecht sowie die Hessische Landtagsfraktion, vom 5.8.1982: [http://www.brufsvverbote.de/tl\\_files/docs/F-HansRoth\\_BriefVater.pdf](http://www.brufsvverbote.de/tl_files/docs/F-HansRoth_BriefVater.pdf)

<sup>265</sup> siehe Zweites Buch, S. 103

<sup>266</sup> siehe Zweites Buch, S. 104

3. vom 1.8.2014 an Zweites Deutsches Fernsehen, Anstalt des öffentlichen Rechts:  
„Wahrscheinlich war meine Angabe ‚mit Klaus Bresser als Moderator‘ falsch“<sup>267</sup>;
4. vom 11.8.2014 von Zweites Deutsches Fernsehen, Hauptabteilung Kommunikation, Zuschauerredaktion:  
„Nach erneuter Recherche konnten wir am 16.02.1984 die Diskussionsrunde „5 nach 10: Geheimdienste“ ausfindig machen ... Sofern es die Rechts- und Materiallage erlaubt – was jeweils im Einzelfall geprüft werden muß - können Sie direkt bei uns eine Videokopie oder DVD einer im ZDF ausgestrahlten Sendung bestellen“<sup>268</sup>;
5. vom 27.9.2014 an ZDF, Programmservice:  
„Hiermit möchte ich eine Kopie der Diskussionsrunde „5 nach 10: Geheimdienste“ vom 16.2.1984 im DVD-Format bestellen.“<sup>269</sup>

Das war noch immer der letzte Stand der Dinge; leider hatte ich noch keine Antwort auf meine Bestellung erhalten.

Also begab ich mich selbst auf die Suche nach dieser Sendung. Im Internet fand ich unter dem Suchbegriff „5 nach 10 am 16.2.1984 Thema Geheimdienste“ zunächst das Wochenprogramm von Montag, dem 13., bis Sonntag, dem 19.2.1984 in DER SPIEGEL 7/1984<sup>270</sup>, das für Donnerstag, den 16.2., u.a. auf die Sendung „22.05 Uhr. ZDF. 5 nach 10. Thema: Geheimdienste - Wer kontrolliert wen?“ hinwies:

Regisseurin Karin Brandauer habe das Lebensgefühl der Zeit exakt getroffen,		21.45 Uhr. Nord III. Letztes Jahr in Marienbad	
190			
<b>Donnerstag, 16. 2.</b>	Seit 1981 fielen rund 400 Spanier einer Speiseölvergiftung zum Opfer. Über die Hintergründe des Skandals berichtet Gisela Reich.	Sendung anlässlich der 34. Internationalen Filmfestspiele Berlin.	
8.50 Uhr. ARD. Olympische Winterspiele	21.00 Uhr. ZDF. Aus Forschung und Technik	22.05 Uhr. ZDF. 5 nach 10	Thema: Geheimdienste – Wer kontrolliert wen?
Ski nordisch, Eisschnelllauf, Riesenschlalom der Herren, Damen-Eiskunstlauf ab 16.55 Uhr. Berichte des Olympia-Studios um 19.00 Uhr, Herren-Kür im Eiskunstlauf ab 21 Uhr.	Schwerpunktsendung über den Goldrausch im brasilianischen Urwald.	23.00 Uhr. West III. Kino 84	Berichte über die beiden Schauspieler Bruno Ganz und Klaus Löwitsch sowie ein Porträt des Filmkritikers Hans Christoph Blumenberg, der zur Zeit seinen ersten Spielfilm dreht („1000 Augen“).
20.18 Uhr. ARD. Die spanische Krankheit	21.30 Uhr. Nord III. Kultur aktuell: Film		
<b>Freitag, 17. 2.</b>	die von Jean Negulesco (USA 1953).	22.00 Uhr. Nord III. NDR-Talkshow	Mit der amerikanischen Sängerin Eartha Kitt (siehe Seite 178), dem Showmaster Rudi Carrell, dem Fernsehstar des Jah-
8.50 Uhr. ZDF. Olympische Winterspiele			

271

Ein weiterer Link führte zum gesamten Fernsehprogramm dieses Donnerstages<sup>272</sup>: sowohl dem Vormittagsprogramm von ARD und ZDF<sup>271</sup> als auch den Sendungen von ARD, ZDF sowie den Dritten Programmen (West 3, Nord 3, Hessen 3) und „RTL plus“, jeweils bis zum Sendeschluß. (Das waren noch Zeiten!)

Demnach stand für 22:05 Uhr die Sendung „5 nach 10. Geheimdienste: Wer kontrolliert wen? Gesprächsleitung: Alexander Niemetz und Klaus Bresser“ auf dem Programm.

Anscheinend hatte sich Hans Roth doch nicht geirrt, als er mir sagte, daß Klaus Bresser damals die Gesprächsleitung gehabt habe. (Bisher hat sich Hans Roth genau einmal geirrt: Als er meinte, Heinrich Böll habe zu ihm gesagt. „Ihr Fall ist wichtiger als meiner.“ Nach den Dokumentationen hat der Literaturnobelpreisträger aber nicht gesagt, sein Fall sei „wichtiger“, sondern „ernster“, mit der Begründung, daß er selbst ja seinen Beruf als Schriftsteller weiterhin ausüben konnte.)

<sup>267</sup> siehe Zweites Buch, S. 105

<sup>268</sup> siehe Zweites Buch, S. 106

<sup>269</sup> siehe Zweites Buch, S. 107

<sup>270</sup> <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-65917026.html>

<sup>271</sup> <http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/65917026> (Ausschnitt)

<sup>272</sup> <http://www.tvprogramme.net/80/1984/19840216.htm>



15.40	Videotext für alle
15.57	Programmservice
16.00	heute
16.04	Religionen 5teilige Reihe Heute: 2. Christen Ein Film von Adolf Holl (Wh. von 1981)
16.34	heute-Schlagzeilen
16.35	Kuschelbären 13teilige Puppentrickserie 7. Teil: Einladung bei Wichtelpetermännchen
17.00	heute / Aus den Ländern
17.15	Tele-Illustrierte Zu Gast: Nicolas de Angelis
17.50	Flohmarkt 21teilige Serie Heute: 21. Der blaue Hut (letzte Folge) INFO: Ab nächsten Donnerstag zeigt das ZDF sechs alte Folgen der Zeichentrickserie "Tom & Jerry" auf diesem Sendeplatz!
18.15	heute-Schlagzeilen
18.20	Mann, halt die Luft an! 20teilige englische Serie mit David Jason Heute: 14. Zwischen Gips und weißem Kittel <i>Peter liegt im Krankenhaus und ist der Willkür der Schwestern ausgesetzt.</i>
18.45	Werbefernsehen
18.57	Programmservice
19.00	heute
19.30	Günter Pfitzmann: Lach mal wieder Szenen - Sketche - Witze
20.30	Die unglaubliche Show ...präsentiert von Bob Lockwood in den Rollen von Liza Minnelli, Marilyn Monroe, Shirley Bassey u. a.
21.00	Aus Forschung und Technik Vorgesehene Beiträge: Die Jagd nach Gold / Baumsterben in den Tropen / Eisernernte für die Zukunft
21.45	heute-journal
22.05	5 nach 10 Geheimdienste: Wer kontrolliert wen? Gesprächsleitung: Alexander Niemetz und Klaus Presser
23.35	(ca.) heute
23.40	(ca.) Sendeschluss

273

Ich war sehr erstaunt:

Nach diesem Programm aus der „Hör zu“ im Internet hatte also der spätere ZDF-Intendant **Klaus Bresser**, der ein paar Jahre später auch noch selbst abgehört wurde [„BKA enthüllt: Telekom bespitzelte Ex-ZDF-Chefredakteur. Das gehe aus einem Bericht des Bundeskriminalamtes (BKA) für die Bonner Staatsanwaltschaft hervor, die wegen der Affäre gegen mehrere Beschuldigte ermittelt. Bresser: „Ein ungeheuerlicher Vorgang“<sup>274</sup>], am **16.2.1984 die Gesprächsrunde „Geheimdienste: Wer kontrolliert wen?“** zusammen mit Alexander Niemetz geleitet. In meinem Brief vom 5. Juli hatte ich nach einer „Gesprächsrunde, die von **Klaus Bresser** geleitet wurde“ gefragt und angegeben, daß es „um die demokratische **Kontrolle von Geheimdiensten**“ ging. Das „Zweite Deutsches Fernsehen. Anstalt des öffentlichen Rechts. Hauptabteilung Kommunikation“ hatte mir am

<sup>273</sup> <http://www.tvprogramme.net/80/1984/19840216.htm>

<sup>274</sup> <http://www.merkur-online.de/aktuelles/welt/telekom-bespitzelte-ex-zdf-chefredakteur-508144.html>

9. Juli geantwortet: „Alle Sendungen unseres Programms werden nach den genauen **Ausstrahlungstiteln und Sendedatum** registriert. ... **Am 16.02.1984** konnten wir in unseren Datenbanken keine Gesprächsrunde von Klaus Bresser ... ausfindig machen.“ Wie konnte das sein – bei einem so prominenten Gesprächsleiter und einem so aktuellen Thema?

Ende September hatte ich nun also „eine Kopie der Diskussionsrunde ‚5 nach 10: Geheimdienste‘ vom 16.2.1984 im DVD-Format“ bestellt, der Oktober war vergangen und nichts hatte ich gehört. Am 1.11.2014 wandte ich mich erneut an das

„ZDF  
Programmservice  
55100 Mainz

Sehr geehrte Damen und Herren!

Hiermit möchte ich einen Sendemitschnitt der Diskussionsrunde ‚5 nach 10‘ zum Thema ‚Geheimdienste: Wer kontrolliert wen?‘ vom 16.2.1984 unter der Gesprächsleitung von Alexander Niemetz und Klaus Bresser im DVD-Format bestellen. Ich interessiere mich sehr für das Thema und kenne einen der Teilnehmer persönlich.

Leider habe ich auf meine erste Bestellung vom 27. Juli noch keine Antwort erhalten. Bitte teilen Sie mir recht bald mit, woran das wohl liegen mag.

Nach dem ‚NSA-Skandal‘ ist das Thema der ‚demokratischen Kontrolle‘ ja sehr aktuell. Wie stolz können Sie sein, daß Sie sich schon vor 30 Jahren dafür interessiert haben! Ist es vielleicht sogar möglich, diese Sendung in Ihre Mediathek einzustellen?

Im voraus recht herzlichen Dank für Ihre Bemühungen!

Mit freundlichen Grüßen“

Diesmal erhielt ich die Antwort schnell:

„Zweites Deutsches Fernsehen  
Hauptabteilung Kommunikation  
Zentrale Aufgaben/ Programmservice  
Sachbearbeiter, Angebot, Angeb.-Nr., Leistungs-Nr., Datum: 11.11.2014

Sehr geehrte Frau Thelen-Khoder,

wir danken für Ihr Interesse am ZDF-Programm und sind gerne bereit, Ihnen eine DVD-R der unten genannten Sendung zu überlassen. Die von Ihnen angefragte Kopie muß individuell angefertigt werden, da wir leider keine Mitschnitte bevorraten dürfen. Die durch diese Einzelanfertigung entstehenden Kosten müssen wir Ihnen in Rechnung stellen. Sollten Sie an der Bestellung des unten genannten Beitrags interessiert sein, bitten wir um Überweisung eines Betrags in Höhe von EUR 55,00 auf u.a. Konto.

In der Regel können wir Ihnen die Kopie in ca. 1 – 2 Wochen nach Zahlungseingang zur Verfügung stellen. Allerdings kann es in Einzelfällen auch etwas länger dauern, z. B. wenn das Ausgangsmaterial hausintern benötigt wird.

Pos., Lieferung/Leistung, Betrag, Endbetrag, sofort fällig ohne Abzug.  
Bei Zahlung geben Sie bitte den Verwendungszweck ... [eine 18stellige Mischung auf Zahlen und Buchstaben, die nichts mit der Angebots- oder Leistungs-Nr. oder dem Datum gemeinsam hat] bei der Überweisung an.

Wir möchten Sie darauf hinweisen, daß es sich bei der anzufertigenden Kopie um eine Privatkopie im Rahmen des § 53 Abs. 1 Urhebergesetz handelt, die von Ihnen nur zum persönlichen eigenen Gebrauch verwendet werden darf. Es ist daher nicht gestattet, die Kopie zu anderen Zwecken außerhalb dessen zu verwenden, wie z.B. zum Verleih, zur Vorführung, zum Verkauf (auch nicht für Internetauktionen) oder zur Weitergabe an Dritte etc. Ebenfalls

nicht gestattet ist, die Kopie zu bearbeiten, zu kürzen, zu ergänzen oder in sonstiger Weise zu verändern. Wir bitten um Verständnis für diesen Hinweis.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.

(Name und Unterschrift)“



An

„Zweites Deutsches Fernsehen  
Hauptabteilung Kommunikation  
Zentrale Aufgaben/ Programmservice  
z. Hd. (Sachbearbeiter)  
55100 Mainz

Angeb.-Nr., Leistungs-Nr.

5 nach 10, Thema Geheimdienste: Wer kontrolliert wen?

Köln, den 18.11.2014

Sehr geehrter Herr (Sachbearbeiter)!

Dank für Ihr Angebot vom 11.11.2014. Das Geld müßte spätestens heute bei Ihnen eingegangen sein.

Sie schreiben: „In der Regel können wir Ihnen die Kopie in ca. 1 – 2 Wochen nach Zahlungseingang zur Verfügung stellen. Allerdings kann es in Einzelfällen auch etwas länger dauern, z.B. wenn das Ausgangsmaterial hausintern benötigt wird.“

Was mag wohl „etwas länger“ meinen? Und ist es Ihnen bitte möglich, mir mitzuteilen, falls die Sendung hausintern benötigt wird? Bitte verübeln Sie mir meine Nachfrage nicht.

Im voraus recht herzlichen Dank für Ihre Bemühungen und Ihr Verständnis!

Mit freundlichen Grüßen“

Schade, daß für mich allein eine aufwendig produzierte Einzelkopie angefertigt werden mußte. Spätestens seit den ersten Enthüllungen von Edward Snowden am 6.6.2013 („NSA-Skandal“) war das Thema „Geheimdienste“ bzw. „ihre demokratische Kontrolle“

doch nun wirklich ein gesamtgesellschaftliches und brennend aktuelles Thema, von dem jeder Bürger unmittelbar betroffen war. Da wunderte es mich sehr, daß ältere Sendungen anscheinend gar nicht in Datenbanken berücksichtigt und auch nicht schnell und einfach der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wurden. Das ZDF war doch eine „Anstalt des öffentlichen Rechts“ – und genau darum ging es ja. Das wäre doch eine Sendung für die Mediathek. Aber: „Wir möchten Sie darauf hinweisen, daß es sich bei der anzufertigenden Kopie um eine Privatkopie im Rahmen des § 53 Abs. 1 Urhebergesetz handelt, die von Ihnen nur zum persönlichen eigenen Gebrauch verwendet werden darf.“ Wie schade - und ich dachte wieder an Wolfgang Michals Artikel „Überwachung und Verfassungsrecht. Die Kränkung der Demokraten“ vom 5.8.2013<sup>275</sup> und die Strafanzeige gegen die Bundesregierung<sup>276</sup>.

Gott sei dank wurde die Sendung nicht als „Ausgangsmaterial hausintern benötigt“. Zu meiner großen Freude bekam ich auf den Tag genau innerhalb der angekündigten Zwei-Wochen-Frist den Sendemitschnitt als zwei DVD von 93 und 45 Minuten Länge zugeschickt. Im Halbkreis saßen von links nach rechts nebeneinander:

Hans Roth, vorgestellt als **„Lehrer und Bundeswehroffizier Hans Roth, verfolgt als Verfassungsfeind“**;

Walter Böhm, ehemaliger parlamentarischer Verbindungsmann des DGB in Bonn (1976: **„Super-Spion“**);

Helga Schuchardt, Kultursenatorin in Hamburg, FDP (mit 50000 Anderen auf einer Liste **„Basiskartei Zersetzung“**, weil sie sich gegen eigene Universitäten der Bundeswehr ausgesprochen hatte);

Martin Hirsch, ehemaliger Bundesverfassungsrichter;

Richard Meier, ehemaliger Präsident des Bundesverfassungsschutzes;

Alexander Niemetz, Gesprächsleiter;

Klaus Bresser, Gesprächsleiter;

Christian Lochte, damals amtierender Leiter des Hamburger Verfassungsschutzes;

Heribert Hellenbroich, damals amtierender Präsident des Bundesverfassungsschutzes;

Karl Miltner, damals Mitglied im Parlamentarischen Kontrollgremium;

Willfried Penner, ehemaliger Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium;

Klaus Stern, damals Verfassungsrechtler an der Universität Köln.

Als musikalisches Rahmenprogramm tritt Heinz Rudolph Kunze mit seiner Gruppe „Verstärkung“ auf.

Beim ersten Ansehen blieb mir eines besonders im Gedächtnis: Hans Roth sprach von „der Schlüsselkategorie“ im „Orwell-Jahr“ 1984: „Kalter Schweiß. Den habe ich gehabt. Und damit wollte ich nicht leben.“

## **26. „Wie? Das soll die Antwort sein auf meine Frage?“ Helmut Kohl an den Vater von Hans Roth am 28.8.1987**

Eben<sup>277</sup> habe ich den Brief des Vaters von Hans Roth an den Vorstand seiner Partei (Verteiler: Herrn Dr. Helmut Kohl, Herrn Dr. Heiner Geißler, Herrn Dr. Alfred Dregger, Herrn Prof. Dr. Biedenkopf, Hessische Landtagsfraktion, Frau Agnes Hürland MdB, Frau

<sup>275</sup> [http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/ueberwachung-und-verfassungsrecht-die-kraenkung-der-demokraten-12369328-p2.html?printPagedArticle=true#pageIndex\\_2](http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/ueberwachung-und-verfassungsrecht-die-kraenkung-der-demokraten-12369328-p2.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2)

<sup>276</sup> [https://digitalcourage.de/sites/default/files/media/ueberwachung/strafanzeige\\_gegen\\_bundesregierung\\_durch\\_digitalcourage\\_ilmr\\_ccc.pdf](https://digitalcourage.de/sites/default/files/media/ueberwachung/strafanzeige_gegen_bundesregierung_durch_digitalcourage_ilmr_ccc.pdf)

<sup>277</sup> S. 135ff

Leni Fischer MdB, Herrn Dr. Gerhard Stoltenberg, Herrn Dr. Ernst Albrecht) wiedergegeben.  
<sup>278</sup> Ob der nun folgende Brief des damaligen Bundeskanzlers Dr. h.c. Helmut Kohl an den Vater die einzige Antwort des Parteivorsitzenden an „Ich; August-Wilhelm Roth, CDU-Mitbegründer, 37 Jahre lang aktives CDU-Mitglied, einige male Mandatsträger mit einigen Auszeichnungen“ war, weiß ich nicht. Aber selten hat mich ein Antwortschreiben so berührt.

Und zwar nicht deswegen, weil der Satz „Mit entscheidend für unsere **Glaubwürdigkeit** wird der Stil und Geist sein, ...“ wie die Faust aufs Auge zum damaligen Wahlkampf in Schleswig-Holstein (Uwe Barschel<sup>279</sup> - Björn Engholm) paßt.

**DER SPIEGEL**  
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

---

**SPIEGEL** *Titel*

---

## **Waterkantgate: „Beschaffen Sie mir eine Wanze“**

An Eides Statt versichert einer der engsten Mitarbeiter des Kieler Ministerpräsidenten Uwe Barschel, der CDU-Spitzenkandidat höchstpersönlich habe den Auftrag erteilt, das angeblich „ausschweifende“ Sexualeben seines „homosexuellen“ SPD-Gegenspielers Björn

Engholm auszusplonieren, und selber einen gegen Engholm gerichteten anonymen Brief entworfen. Noch letzte Woche habe der Christdemokrat seinen Vertrauten beauftragt, eine Abhör-Wanze zu besorgen, deren Einsatz der SPD hätte angelastet werden können.

280

---

<sup>278</sup> Im Netz auf [http://www.berufsverbote.de/tl\\_files/docs/F-HansRoth\\_BriefVater.pdf](http://www.berufsverbote.de/tl_files/docs/F-HansRoth_BriefVater.pdf)

<sup>279</sup> DER SPIEGEL 39/1987 vom 21.09.1987: „Waterkantgate: Einer hat beim Beten gelogen. Während Ministerpräsident Uwe Barschel in Kiel um sein politisches Überleben kämpfte und die schleswig-holsteinische Justiz Räume des SPIEGEL-Verlages durchsuchte, tauchten im Fall Waterkantgate neue Zeugen und Dokumente auf. Sie zeigen, allen Dementis zum Trotz: Mit politischen Intrigen und gefälschten Papieren hat Barschels Kieler Regierungszentrale Kandidaten konkurrierender Parteien diffamiert oder sogar zum Rücktritt gedrängt - ein Skandal ohne Beispiel in der Geschichte des westdeutschen Parlamentarismus.“; <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13524964.html>

280

**DER SPIEGEL 38/1978: „Waterkantgate: Beschaffen Sie mir eine Wanze. An Eides Statt versichert einer der engsten Mitarbeiter des Kieler Ministerpräsidenten Uwe Barschel, der CDU-Spitzenkandidat höchstpersönlich habe den Auftrag erteilt, das angeblich ‚ausschweifende‘ Sexualeben seines ‚homosexuellen‘ SPD-Gegenspielers Björn Engholm auszusplonieren, und selber einen gegen Engholm gerichteten anonymen Brief entworfen. Noch letzte Woche habe der Christdemokrat seinen Vertrauten beauftragt, eine Abhör-Wanze zu besorgen, deren Einsatz der SPD hätte angelastet werden können.“** (<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13524175.html>)



281

Sondern deswegen:

Da bittet ein Vater für seinen Sohn, spricht von „Verletzung der Menschenwürde seines Sohnes durch öffentliche Verleumdung führender CDU-Politiker“, „Unschuld des Verleumdeten“, „Terror der weiteren Aktenverfolgung“ und „Menschenquälerei“, davon, daß seine „Hilferufe“ „nicht einmal gelesen wurden“, „weil sie nicht vorgelegt wurden“, von „Schlamperei“ und „Pannen“ (seine Schreiben seien „einfach weitergereicht (worden) und zwar an die Verursacher, über die Beschwerde geführt wurde“), davon, daß „Der Mensch Hans Roth () durch Aktenverfolgung systematisch vernichtet (wurde)“, von „trouble im Hess. Landtag“, zitiert einen ihm sehr gut bekannten „SPD-MdB aus der oberen Etage der Industrie“ mit den Worten „Ich renne wie gegen eine Gummwand“ und stellt fest „Das Stichwort ‚Geheim‘ verschliesst alle Türen“ - und da bekommt er solch eine Antwort.

Mir fiel wieder ein Klassiker ein: „Wie? Das soll die Antwort sein auf meine Frage?“, fragt Sultan Saladin in Gotthold Ephraim Lessings „Nathan der Weise“.

Das war die Antwort?

„Mit entscheidend für unsere Glaubwürdigkeit wird der Stil und Geist sein, ..., Deshalb ist es wichtig, daß wir in den Unionsparteien Solidarität beweisen und Disziplin wahren. ... Über allen Diskussionen dürfen auch nicht die großen Erfolge unserer Politik in Vergessenheit geraten. ... Ich halte es auch für gut, daß wir uns auf unserem Parteitag im kommenden Jahr besonders dem Schutz des ungeborenen Lebens widmen wollen.“

Da bittet ein Vater um den Schutz eines auch durch ihn geborenen Lebens, und das war die Antwort seines Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers?

„Wie? Das soll die Antwort sein auf meine Frage?“

„Wohlan!

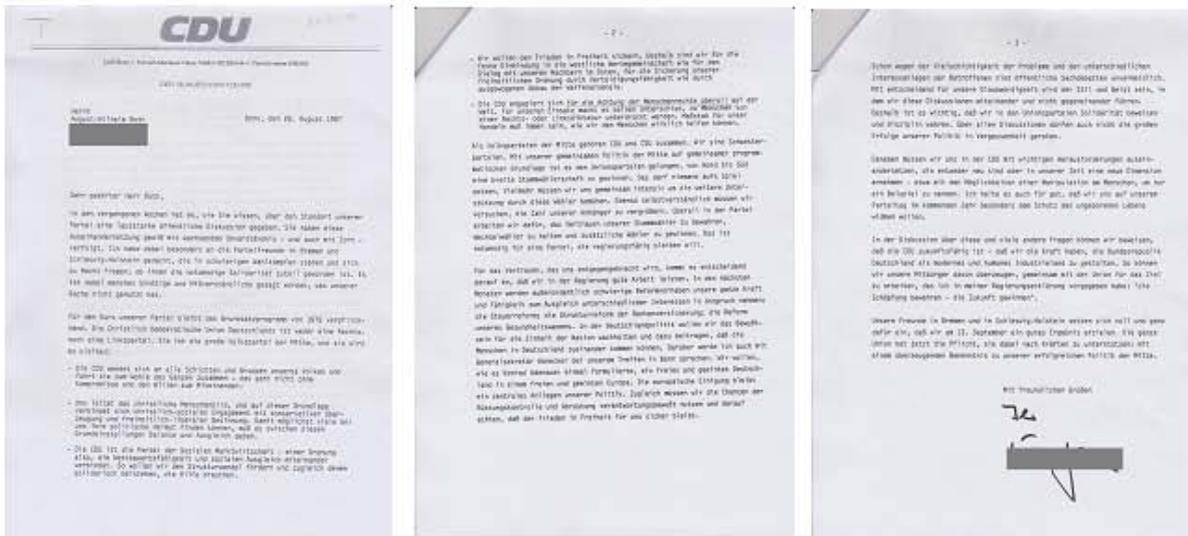
Es eifre jeder seiner unbestochenen  
von Vorurteilen freien Liebe nach!

Es strebe jeder von euch im die Wette,  
die Kraft des Steins in seinem Ring an' Tag  
zu legen! komme dieser Kraft mit Sanftmut,  
mit herzlicher Verträglichkeit, mit Wohltun,  
mit innigster Ergebenheit in Gott  
zu Hilf! Und wenn sich dann der Steine Kräfte  
bei Euren Kindes-Kindeskindern äußern: ...<sup>282</sup>

<sup>281</sup> <http://www.spiegel.de/spiegel/print/index-1987.html>

<sup>282</sup> Gotthold Ephraim Lessing: „Nathan der Weise“, 3. Aufzug, 7. Szene; aus der „Ringparabel“

„Und wenn sich dann der Steine Kräfte bei Euren Kindes-Kindeskindern äußern, ...“ – was dann?



„CDU  
5300 Bonn 1, Konrad-Adenauer-Haus  
Der Bundesvorsitzende  
Bonn, den 28. August 1987

Sehr geehrter Herr Roth,  
in den vergangenen Wochen hat es, wie Sie wissen, über den Standort unserer Partei eine lautstarke öffentliche Diskussion gegeben. Sie haben diese Auseinandersetzung gewiß mit wachsendem Unverständnis – und auch mit Zorn – verfolgt. Ich habe dabei besonders an die Parteifreunde in Bremen und Schleswig-Holstein gedacht, die in schwierigen Wahlkämpfen stehen und sich zu Recht fragen, ob ihnen die notwendige Solidarität zuteil geworden ist. Es ist dabei manches Unnötige und Mißverständliche gesagt worden, was unserer Sachen nicht genutzt hat.

Für den Kurs unserer Partei bleibt das Grundsatzprogramm von 1978 verpflichtend. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist weder eine Rechts- noch eine Linkspartei. Sie ist die große Volkspartei der Mitte, und sie wird es bleiben:

- Die CDU wendet sich an alle Schichten und Gruppen unseres Volkes und führt sie zum Wohle des Ganzen zusammen – und das geht nicht ohne Kompromisse und den Willen zum Miteinander.
- Uns leitet das christliche Menschenbild, und auf dieser Grundlage verbindet sich christlich-soziales Engagement mit konservativer Überzeugung und freiheitlich-liberaler Gesinnung. Damit möglichst viele bei uns ihre politische Heimat finden können, muß es zwischen diesen Grundeinstellungen Balance und Ausgleich geben.
- Die CDU ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft – einer Ordnung also, die Wettbewerbsfähigkeit und sozialen Ausgleich miteinander verbindet. So wollen wir den Strukturwandel fördern und zugleich denen solidarisch beistehen, die Hilfe brauchen.

(S.2:)

- Wir wollen den Frieden in Freiheit sichern. Deshalb sind wir für die feste Einbindung in die westliche Wertegemeinschaft wie für den Dialog mit unseren Nachbarn im Osten, für die Sicherung unserer freiheitlichen Ordnung durch Verteidigungsfähigkeit wie durch ausgewogenen Abbau der Waffenarsenale.

- Die CDU engagiert sich für die Achtung der Menschenrechte überall auf der Welt. Für unseren Einsatz macht es keinen Unterschied, ob Menschen von einer Rechts- oder Linksdiktatur unterdrückt werden. Maßstab für unser Handeln muß immer sein, wie wir den Menschen wirklich helfen können.

Als Volksparteien der Mitte gehören CDU und CSU zusammen. Wir sind Schwesterparteien. Mit unserer gemeinsamen Politik der Mitte auf gemeinsamer programmatischer Grundlage ist es den Unionsparteien gelungen, von Nord bis Süd eine breite Stammwählerschaft zu gewinnen. Das darf niemand aufs Spiel setzen. Vielmehr müssen wir uns gemeinsam intensiv um die weitere Unterstützung durch diese Wähler bemühen. Ebenso selbstverständlich müssen wir versuchen, die Zahl unserer Anhänger zu vergrößern. Überall in der Partei arbeiten wir dafür, das Vertrauen unserer Stammwähler zu bewahren, Wechselwähler zu halten und zusätzliche Wähler zu gewinnen. Das ist notwendig für eine Partei, die regierungsfähig bleiben will.

Für das Vertrauen, das uns entgegengebracht wird, kommt es entscheidend darauf an, daß wir in der Regierung gute Arbeit leisten. In den nächsten Monaten werden außerordentlich schwierige Reformvorhaben unsere ganze Kraft und Fähigkeit zum Ausgleich unterschiedlicher Interessen in Anspruch nehmen: die Steuerreform; die Strukturreform der Rentenversicherung; die Reform unseres Gesundheitswesens. In der Deutschlandpolitik wollen wir das Bewußtsein für die Einheit der Nation wach halten und dazu beitragen, daß die Menschen in Deutschland zueinander kommen können. Darüber werde ich auch mit Generalsekretär Honecker bei unserem Treffen in Bonn sprechen. Wir wollen, wie es Konrad Adenauer einmal formulierte, ein freies und geeintes Deutschland in einem freien und geeinten Europa. Die europäische Einigung bleibt ein zentrales Anliegen unserer Politik. Zugleich müssen wir die Chancen der Rüstungskontrolle und Abrüstung verantwortungsbewußt nutzen und darauf achten, daß der Frieden für uns sicher bleibt.

(S. 3:)

Schon wegen der Vielschichtigkeit der Probleme und der unterschiedlichen Interessenlagen der Betroffenen sind öffentliche Sachdebatten unvermeidlich. Mit entscheidend für unsere Glaubwürdigkeit wird der Stil und Geist sein, in dem wir diese Diskussionen miteinander und nicht gegeneinander führen. Deshalb ist es wichtig, daß wir in den Unionsparteien Solidarität beweisen und Disziplin wahren. Über allen Diskussionen dürfen auch nicht die großen Erfolge unserer Politik in Vergessenheit geraten.

Daneben müssen wir uns in der CDU mit wichtigen Herausforderungen auseinandersetzen, die entweder neu sind oder in unserer Zeit eine neue Dimension annehmen – etwa mit der Möglichkeit einer Manipulation am Menschen, um nur ein Beispiel zu nennen. Ich halte es auch für gut, daß wir uns auf unserem Parteitag im kommenden Jahr besonders dem Schutz des ungeborenen Lebens widmen wollen.

In der Diskussion über diese und viele andere Fragen können wir beweisen, daß die CDU zukunftsfähig ist – daß wir die Kraft haben, die Bundesrepublik Deutschland als modernes und humanes Industrieland zu gestalten. So können wir unsere Mitbürger davon überzeugen, gemeinsam mit der Union für das Ziel zu arbeiten, das ich in meiner Regierungserklärung vorgegeben habe: ‚die Schöpfung bewahren – die Zukunft gewinnen‘.

Unsere Freunde in Bremen und in Schleswig-Holstein setzen sich voll und ganz dafür ein, daß wir am 13. September ein gutes Ergebnis erzielen. Die ganze Union hat jetzt die Pflicht, sie dabei nach Kräften zu unterstützen: mit einem überzeugenden Bekenntnis zu unserer erfolgreichen Politik der Mitte.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr  
H. Kohl“

Wie mag sich der Vater von Hans Roth nur gefühlt haben, als er diese Antwort bekam?

## 27. Hans Roth am 20.11.2014: ... an die freie Welt glauben ...

„Glauben

An Gott glauben, an das Gute im Menschen glauben, an die freie Welt glauben. – Ein junger Christ-Demokrat aus dem Osten fragt am Telefon einen Freund, was zu tun sei, nachdem er von der Verhaftung eines Bekannten erfahren hat; die Stimme eines Dritten, eines stillen Mitarbeiters der ‚Firma‘, schaltet sich ein und lässt wissen: ‚einfach vorsichtig sein ...‘. Der junge Mann, sein Name ist Ernst Benda, flüchtet umgehend in den Westen, in die freie Welt.

Diese surrealistische Anekdote aus dem Jahr 1948 findet sich wieder in einem soeben erschienenen historischen Essay (Anne Applebaum, Rideau de Fer, Paris 2014). – Der junge Mann macht im Westen Karriere als christdemokratischer Politiker, wird Innenminister der BRD und als Bundesverfassungsgerichtspräsident oberster Hüter der ‚freiheitlich-demokratischen Grundordnung‘, wie dieser mythische Archetyp immer wieder genannt wurde.

Hans im Glück begegnet diesem Spitzenpolitiker der Bundesrepublik zweimal: ein erstes Mal, als er erleben muss, wie seine vom gesetzlichen Richter angenommene Verfassungs-Beschwerde entgegen den Bestimmungen des Verfassungsgerichtsgesetzes vom Präsidenten abgelehnt wird; ein zweites Mal, als ein Verfassungsrichter ihm ein geheimes Buch seines Präsidenten zu lesen gibt, in dem er findet, dass ‚Extremisten mit allen Mitteln zu bekämpfen sind‘, dass es im vorliegenden Prozess um demokratische Kontrolle geheimer Dienste ‚um eine zentrale Machtfrage geht‘, dass ‚die Zeitstruktur des Individuums keine Chance hat gegen die der Macht‘.

So werden Lebensentwürfe zerstört – von jemandem, dessen Lebensentwurf unmöglich zu realisieren war. So wird ein Stück Leben genommen (heiteres Berufsverboteraten: Was bin ich nicht?); so wird man gezwungen, ein neues zu erfinden. Und so wird man mit einer ganzen Batterie von Glaubens-Fragen konfrontiert, wie z.B. dieser: Warum wird Surrealistisches geglaubt, aber nichts Realistisches? Hans im Glück offenbarten sich im Laufe seines überlangen Kämpfens um eine bestimmte demokratische Kontrolle im Geheim-Bereich Bundesminister, Geheimdienstchefs und Verfassungsschutz-Obleute, erklärten ihm seinen Gefährlichkeitsgrad und das Wunder seines Überlebens, rieten ihm, ‚vorsichtig‘ zu sein und in ein anderes Land zu gehen. Was nie geglaubt wurde: Im Krieg wird Gott und der Achse des Guten geglaubt, also der ‚freien Welt‘.

Wenn wir daran nicht mehr glauben, sind wir ein Stück weitergekommen, meinte Spinoza. Und Kant entwickelte in seiner ‚Kritik der reinen Vernunft‘ den Gedanken, dass Transzendenz nichts Vorgegebenes ist, sondern ein aktiver Vorgang, ein epigenetisches Abarbeiten der Vernunft zwischen neuronalen Strukturen und biologisch Verankertem. – Heute würde er sagen: Solange wir in Gehäusen der Hörigkeit leben und glauben, was die Macht von sich gibt (ohne zu fragen, woher die Definitions-Macht in Sachen ‚Extremist‘ kommt), leben wir in einer neuronal geschlossenen Gesellschaft, die mehr mit Kriegs-Zuständen zu tun hat als mit demokratischen Verhältnissen.

Menschen mit Rissen und Ritzen, Fehlern und Schwächen erinnern sich daran, dass es im Kern der Demokratie, im Hin und Her der Vernunft-Bildung zwischen ‚parrhésia‘ und ‚agora‘ keinen Ort der Macht gibt. Für Radikal-Demokraten ist der Ort der Macht leer, auch wenn laute Flötenspieler und Phantomangestellte das Gegenteil behaupten.

20.11.2014

Hans Roth“

## Carl Schmitts kategoriale Definitionen, F.A.v.d.H. und der Glauben an eine freie Welt

Im Film „Fritz Bauer. Tod auf Raten“ erzählt Fritz Bauer, wie er als Sechsjähriger seine Mutter gefragt habe, was Gott sei. Das könne sie ihm vielleicht nie sagen, antwortete die Mutter; aber sie könne ihm einen Satz sagen, der für sein ganzes Leben reiche: „Was Du nicht willst, daß man Dir tu’, das füg’ auch keinem Ander’n zu.“  
Amen.

Es gibt aber Gedankengebäude, die ohne „Feinde“ nicht leben können; immer muß es irgendeinen „Feind“ geben, gegen den man „kämpfen“, gegen den man sich verteidigen muß. „Für die Zukunft hoffe ich, daß nicht nur meine Söhne und Enkel im Sinne des alten Familienlieds leben“, schreibt Friedrich August Freiherr von der Heydte in „Muß ich sterben, will ich fallen“. Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich<sup>283</sup> (s.o.), und ein Vers davon lautet:

„Zeigt dem Feind: Hier ficht ein Heydte,  
Seinen tapfern Ahnen gleich,  
Ritterlich für Pflicht und Ehre,  
Für das Heil’ge Röm’sche Reich:  
Pflicht und Ehr  
Ruft zur Wehr  
Ge’n den Feind zu reiten“.

Inzwischen habe ich Friedrich August Freiherr von der Heydte so oft geschrieben, daß mir hin und wieder die Abkürzung F.A.v.d.H. gestattet sei. Feindschaften und ihre Feind-Bilder werden also vererbt, und was es mit dem „Heiligen Römischen Reich (Deutscher Nation)“



284

<sup>283</sup> Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Muß ich sterben, will ich fallen...‘.Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“  
Berg am See 1987 (Vowinckel)

<sup>284</sup> Meyers Großes Taschenlexikon, 1995 („Kreuzzüge“)

auf sich hat, schrieb mein geliebter Staatsanwalt in „Die **Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns**“ unter „VII.“:

„Tendenzen, die Freiheit abzuschaffen, gab es vor allem in Italien, in Deutschland, in Rußland, in Spanien und in Portugal ... Diese fünf Länder sind ehemalige Weltreiche, die aber den Anschluß an den modernen Imperialismus nicht gefunden oder verloren haben. Man könnte also ihren **Rückgriff auf archaische Weltreichvorstellungen** als Ersatz für das Scheitern ihrer imperialen Bestrebungen in der Neuzeit verstehen, als eine Art Cäsarentum, das sie dem modernen Kolonialismus der anderen Staaten entgegensetzten. Die faschisierten Länder West- und Osteuropas sind genau diejenigen, die sich als Erben des römischen Cäsarentums und berufen fühlten, das Weltreich der Cäsaren fortzusetzen.

In Westeuropa bestimmte während des ganzen Mittelalters die Idee des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation die große Politik. Die Deutschen glaubten, eine Mission zu haben, das römische Kaiserreich zu erhalten und fortzusetzen. Ähnliches finden wir in Osteuropa, in Russland. Das römische Weltreich war zum Schluß geteilt; es gab einen westlichen Teil, dessen Mittelpunkt Rom war, und einen östlichen, dessen Zentrum sich in Byzanz befand. Das byzantinisch-römische Erbe wurde von den russischen Zaren übernommen. Ein guter Teil des russischen Nationalismus und der Vorstellung der Weltmission des Russentums hat hier seine Quelle. Auch Spanien und Portugals Geschichte stand im Bannkreis solcher Ideen, und Mussolini ist nie müde geworden, an das alte Rom zu erinnern.

Das alte Rom war cäsarisch, nicht demokratisch ...“<sup>285</sup>

Gedankengebäude, die ohne „Feinde“ nicht leben können, stehen einer „Kultur des Friedens“ diametral entgegen, die davon lebt, daß der Andere ein Mensch wie man selbst ist. So lehrte es schon der jüdische Rabbi, nach dem die Christen sich benennen und den die Muslime als den Propheten Isa verehren. Auf den Punkt gebracht heißt seine Er-Lösung: „Liebet Eure Feinde.“

„Feinde“ implizieren Feind-Bilder. In „Das Bild ‚des Anderen‘. Politische Wahrnehmung im 19. und 20. Jahrhundert“<sup>286</sup> zitiert Ludger Kühnhardt in seinem Beitrag „Wahrnehmung als Methode. Mentalität, Kultur und Politik ‚des Anderen‘ vor neuen Herausforderungen“ u.a. **Carl Schmitt**:

„**Feind**“, so schreibt der 1932, ‚ist also nicht der Konkurrent oder der Gegner im allgemeinen. Feind ist auch nicht der private Gegner, den man unter Antipathiegefühlen haßt. Feind ist nur eine wenigstens eventuell, d.h. der realen Möglichkeit nach kämpfende Gesamtheit von Menschen, die einer ebensolchen Gesamtheit gegenübersteht. Feind ist nur der öffentliche Feind, weil alles, was auf eine solche Gesamtheit von Menschen, insbesondere auf ein ganzes Volk Bezug hat, dadurch öffentlich wird.‘ [Fußnote 36: ‚Carl Schmitt, *Der Begriff des Politischen*, Berlin 1979 (Neuaufgabe des Textes von 1932), S. 29]“

Weiter im Text: „Schmitt gehört zu den Vielgescholtenen. Dabei sind seine kategorialen Definitionen eindeutiger als die vieler anderer. War es nur ein unbedachter Übersetzungsfehler, als Samuel Huntingtons ‚Clash of Civilizations‘ fälschlicherweise als ‚Kampf der Kulturen‘ ins Deutsche übertragen wurde? Oder sollte hier vom deutschen Übersetzer, Verleger oder sonst irgendjemandem unter bewußter Mißachtung der Absicht des Autors an die niederen, raubtierhaften Instinkte möglicher Leser appelliert werden? Denn ‚Kampf‘ ist schließlich etwas kategorial anderes als ‚Zusammenprall‘ – oder um es mit dem äußerst präzisen Carl Schmitt zu sagen:

„Zum Begriff des Feindes gehört die im Bereich des Realen liegende Eventualität eines Kampfes. Bei diesem Wort ist von allen zufälligen, der geschichtlichen Entwicklung

<sup>285</sup> Fritz Bauer: „Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns“, Stuttgart 1965 (Europäische Verlagsanstalt)

<sup>286</sup> Birgit Aschmann und Michael Salewski /Hrsg.): „Das Bild ‚des Anderen‘. Politische Wahrnehmung im 19. und 20. Jahrhundert“, Stuttgart 2000

unterworfenen Änderungen der Kriegs- und Waffentechnik abzusehen. Krieg ist bewaffneter Kampf zwischen organisierten politischen Einheiten, Bürgerkrieg bewaffneter Kampf innerhalb einer (dadurch aber problematisch werdenden) politischen Einheit ... Ebenso wie das Wort Feind, ist hier das Wort Kampf im Sinne einer seinsmäßigen Ursprünglichkeit zu verstehen. Es bedeutet nicht Konkurrenz, nicht den ‚rein geistigen‘ Kampf der Diskussion, nicht das symbolische ‚Ringeln‘. Das schließlich jeder Mensch irgendwie immer vollführt, weil nun einmal das ganze menschliche Leben ein ‚Kampf‘ und jeder Mensch ein ‚Kämpfer‘ ist. Die Begriffe Freund, Feind und Kampf erhalten ihren realen Sinn dadurch, daß sie insbesondere auf die reale Möglichkeit der physischen Tötung Bezug haben und behalten. [Fußnote 37: ‚Ebenda, S. 33‘] Dies genau will Samuel Huntington nicht, weder subjektiv noch gar als ‚Ziel‘ der weltpolitischen Kontroversen des 21. Jahrhunderts. Auch Buchtitel gehören zur Politik der Wahrnehmungen, zum Streit um Begriffe und Vorstellungen, um Perzeptionen und Handlungsimpulse gegenüber ‚den Anderen‘.<sup>287</sup>

Carl Schmitts „Der Begriff des Politischen“ aus dem Jahr **1932** (ein Jahr vor der Machtübergabe an die Nationalsozialisten; „weil nun einmal das ganze menschliche Leben ein ‚Kampf‘ und jeder Mensch ein ‚Kämpfer‘ ist. Die Begriffe Freund, **Feind** und Kampf erhalten ihren realen Sinn dadurch, daß sie insbesondere **auf die reale Möglichkeit der physischen Tötung Bezug** haben und behalten“) wurde 1979 neu aufgelegt? Warum?

Zu 1932 und Carl Schmitt hatte ich „Schmitt, Carl. NS-Rechtstheoretiker“ in Ernst Klees „Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945“<sup>288</sup> im Ohr. 1979 wurde viel von „**Verfassungsfeinden**“ gesprochen, einer davon sollte Hans Roth sein. **Verfassungs-Feinde**. Was ist das für ein entsetzliches Wort, wenn man Carl Schmitts kategoriale Definition zugrundelegt.

Zu Carl Schmitt schrieb mein Freiherr 1987: „Er war zweifellos ein interessanter und fesselnder Gelehrter, ... Tatsache ist jedoch, daß sich Carl Schmitt 1933 vom Elan der nationalsozialistischen Bewegung beeinflussen – ja, vielleicht sogar mitreißen – ließ“<sup>289</sup>. Warum wurde sein Buch von 1932 im Jahr 1979 neu aufgelegt? Verfassungs-Feinde? Staats-Feinde? Feinde der freiheitlich-demokratischen Grundordnung?

**Fritz Bauers** Büchlein „Die **Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns**“<sup>290</sup> wurde noch immer nicht neu aufgelegt. Er schrieb: „Eine Politik im Dienste des Rechts eines jeden auf Glück wird aber nicht nur in politischen Zirkeln, durch Diskussionen und Wahlen getrieben. Jede Stunde des Alltags gibt allen Gelegenheit dazu, zu Hause, bei der Arbeit, auf der Straße, im Umgang und in Zusammenarbeit mit den Menschen aller Stände, Rassen und Weltanschauungen. Goethe hat einmal gesagt: ‚Der Zweck des Lebens ist das Leben selbst.‘ Leben meint Leben und Lebenlassen, heißt das Leben und alle Menschen lieben. Das ist, gerade weil es mitunter recht schwerfällt, jedenfalls heroischer, als die Menschen zu quälen, zu plagen und totzuschlagen.“ Amin!

Glaube. Liebe. Hoffnung. Ich bin ein Amateur [amare = lieben] unseres Rechtsstaates, dessen oberster Grundsatz lautet: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ (GG, Art. 1,1)

Manches im „Fall“ Roth erinnert mich an den Film „The Hurricane“ von Norman Jewison mit Denzel Washington über den unschuldig inhaftierten Boxer Rubin „Hurricane“ Carter; seine

---

<sup>287</sup> a.a.O., S. 15f

<sup>288</sup> siehe Zweites Buch, S. 71

<sup>289</sup> Friedrich August Freiherr von der Heydte: „ ‚Muß ich sterben, will ich fallen...‘. Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel), S. 42

<sup>290</sup> Fritz Bauer: „Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns“, Stuttgart 1965 (Europäische Verlagsanstalt)

Anwälte, die sich seit über zehn Jahren für ihn bemühen, sagen zu drei Kanadiern und einem Jungen, die „jetzt“ alles für ihn tun wollen:

„In diesen Jahren hat es außerdem viele Menschen gegeben mit guten Absichten. Ganz verschiedene Leute: berühmte, berüchtigte oder weder noch, Boxer, Popstars, Schriftsteller, Schauspieler, Journalisten etc., alles tapfere Menschen, die ihre Zeit geopfert und ihren Ruf riskiert haben, zumindest einige. Menschen wie Sie. Und so, wie sie kommen, gehen sie, einer wie der andere. Kein Mensch hält durch. Niemand hat den nötigen Atem. Niemand hat die Ausdauer. Das Ganze ist zu schwierig. Es geht quälend langsam. Und allen hat es das Herz gebrochen. Allen ist das Herz gebrochen.“

Wer von „Feinden“ spricht, löst Assoziationsketten aus, die aus einzelnen Menschen eine „kämpfende Gesamtheit von Menschen“ machen, „die einer ebensolchen Gesamtheit gegenübersteht“. Eine freie Welt fragt aber immer nach der Würde des Einzelnen, die von und vor einer Gesamtheit geschützt werden muß.  
Ich wollte weiter an eine freie Welt glauben.

## 29. Carl Schmitt in Spanien. Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet

Hans Roth erhielt als Oberleutnant der Reserve den Befehl, mit Soldaten gegen Demonstranten im eigenen Land vorzugehen. Diesem Befehl aus der Familie der „Notstandsgesetze“ verweigerte er den Gehorsam.

Im „**Notstand**“ oder „**Verteidigungsfall**“<sup>291</sup> werden in der Verfassung sonst garantierte Grundrechte außer Kraft gesetzt. Derjenige, der den „Notstand“ oder „Verteidigungsfall“ erklären oder ausrufen kann, bestimmt also über die Anwendung oder Aufhebung von Grund- bzw. Menschenrechten. Was das selbst mit einer Demokratie machen kann, die das „Streben nach Glück“ als Menschenrecht in ihrer Verfassung verankert hat, sahen wir in diesen Tagen wieder an den USA, die nach den grauenhaften Terroranschlägen vom 11.9.2001 ihren „**Kreuzzug gegen das Böse**“ begonnen hatten.

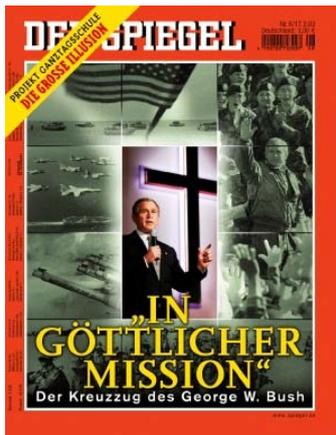
DER SPIEGEL 51/2014



Zwar waren Veröffentlichungen über Folter seitens der USA nicht neu: Kaum hatte die Idee vom „Krieges gegen den internationalen Terrorismus“ oder „Kreuzzug gegen das Böse“ Platz gegriffen,

DER SPIEGEL 8/2003

<sup>291</sup> vgl. Ernst Benda: „Verteidigungsfall und Bundesverfassungsgericht“, in: Festschrift für Friedrich August (Freiherr) von der Heydte: „Um Recht und Freiheit“, Berlin 1977 (Duckler & Humblot)



war immer wieder von Folter berichtet worden:

DER SPIEGEL 19/2004



DER SPIEGEL 36/2004



DER SPIEGEL 45/2004



DER SPIEGEL 8/2006



Es war von Murat Kurnaz und seinen fünf Jahren Haft auf Guantanomobay, Kuba berichtet worden und auch von Abu Ghuraib in Bagdad. Jedes Mal war die Aufregung groß gewesen, aber immer wurde von Einzelfällen gesprochen worden: entweder waren einzelne Menschen zu tragischen Opfern geworden, oder die Folterer waren Einzeltäter gewesen. Zwar hatte der „Stern“ Nr. 19 vom 4.5.2005 in seinem Artikel „Foltern auf Befehl“ schon geschrieben:

„Alberto Gonzales, ein alter Freund des US-Präsidenten seit gemeinsamen Tagen in Texas, gilt als geistiger Architekt der so genannten torture memos. Nach dem 11. September und der Invasion Afghanistans suchen die Amerikaner nach neuen Wegen, Informationen über mögliche Terroranschläge von festgenommenen Al-Qaeda-Mitgliedern zu bekommen. Im Laufe der folgenden Monate wird die Militärgerichtsbarkeit systematisch unterhöhlt. Der Bush-Berater Gonzales läßt im Justizministerium Schriftsätze anfertigen, in denen etwa steht, daßs die USA beim ‚war on terror‘ nicht an die Genfer Konvernton gebunden seien.

Er selbst nennt sie ‚obsolet‘ in einem Krieg wie diesem. Die Genfer Konvention datiert aus einer Zeit, als sich Länder gegenseitig bekriegten. Ist al Qaeda etwa ein Land? Also. Die Rechtsgelehrten John Yoo und Jay S. Bybee tippen reihenweise Memoranden. Sie bezeichnen Kriegsgefangene nicht als Kriegsgefangene, sondern als ‚illegal enemy combatants‘ oder ‚unlawful combatants‘ oder ‚enemy prisoners of war‘, illegale Kämpfer und Feinde, für die internationales Recht nicht gelte. Außenministerium und Militärs im Pentagon sind empört und mahnen wiederholt, die Genfer Konvention nicht zu unterwandern. William Taft, Rechtsberater im State Departement warnt Yoo und Gonzales sogar, dass Präsident Bush vom ‚Rest der Welt als Kriegsverbrecher angesehen werden könnte‘.

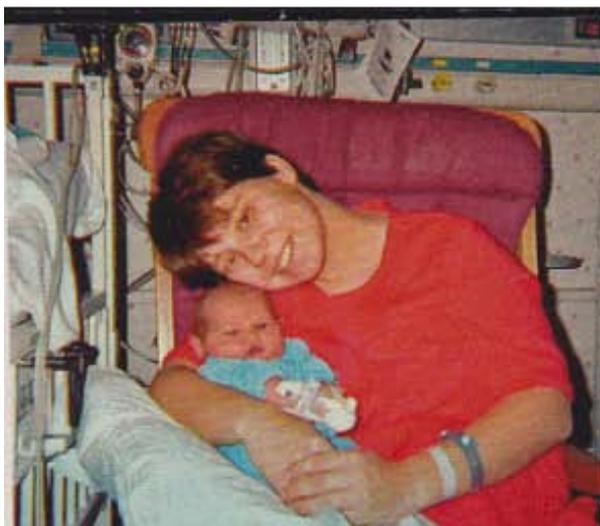
Aber es ist zu spät. George W. Bush unterzeichnet im Frühjahr 2002 die neue Doktrin und macht damit mehr als 200 Jahre amerikanischen Militärrechts zunichte. Nach dem neuen

Duktus dürfen die Gefangenen so behandelt werden, dass Schmerz ‚in der Intensität im Äquivalent bis hin zum Organversagen oder Tod vertretbar ist‘. Im Militärjargon heißt das ‚The gloves come off‘, weg mit den Samthandschuhen. Die Anweisungen erreichen zunächst Afghanistan, später den US-Militärstützpunkt Guantanamo auf Kuba. Und schließlich auch den Irak.<sup>292</sup>

Aber erstens war das ja unter George W. Bush gewesen,



und zweitens beschäftigte sich der Artikel vorwiegend mit einer jungen Soldatin, die zusammen mit dem Vater ihres Babies sichtlich Freude beim Foltern gehabt hatte, also mit einer Einzeltäterin. Wie hatten mich diese Bilder damals berührt:



Diesmal war es anders: Mit der Veröffentlichung von DER SPIEGEL 51/2014

<sup>292</sup> „Stern“ Nr. 19 vom 4.5.2005, S. 66



293

gab es keine Möglichkeit mehr, von „Einzelfällen“ oder von „Fehlern und Irrtümern“ zu sprechen. Die Sätze schockierten, weil sie eine schockierende Wahrheit offenbarten, ohne eine Möglichkeit zur Flucht vor ihr. Nein, das waren alles keine Einzelfälle gewesen:

- „USA Amerikas Abgrund: Der Folterbericht des Senats legt schonungslos offen, wie das Land nach dem 11. September 2001 seine Werte verriet - und bis heute mit den Folgen seines moralischen Versagens ringt“<sup>294</sup>;
- „Interview - ‚Der Bericht soll Wut erzeugen‘: James Mitchell, der Erfinder des Folterprogramms, über die Anschuldigungen gegen die CIA sowie ihn selbst“<sup>295</sup>;
- „Terror - Lieber nicht nachfragen: Die Empörung deutscher Politiker über den CIA-Bericht ist scheinheilig“<sup>296</sup>;
- „‚Wir gaben ihm ein Handtuch‘. Der ehemalige FBI-Beamte Ali Soufan über seine Proteste gegen die Foltermethoden, Amateure innerhalb der CIA und seine eigenen Erfahrungen mit dem hochrangigen Qaida-Gefangenen Abu Zubaydah“<sup>297</sup>.

Das gleiche Heft berichtete:

- „NSA-Affäre. Operation Globe. Der Bundesnachrichtendienst (BND) hat mit einem weiteren großen US-amerikanischen Geheimdienst kooperiert, um Daten in Deutschland abzugreifen“<sup>298</sup>;
- „Datenschutz. Kampf gegen Windmühlen“<sup>299</sup>;
- „Zeitgeschichte. Nazi beim BND“<sup>300</sup> und
- „Populismus. Neue deutsche Welle. Wutbürger und **Rechtsextreme formieren sich** zu einer Protestbewegung und kämpfen **gegen eine vermeintliche Islamisierung des Abendlandes**. Ist die seit einiger Zeit gefeierte Weltoffenheit der Deutschen schon wieder Geschichte?“<sup>301</sup>.

Und ich dachte an die Tagesschau vom 12.12.2014: „Das Bundesverfassungsgericht hat die Klage der Opposition in Berlin zur Zeugenvernehmung des früheren US-Geheimdienstmitarbeiters Edward Snowden in Deutschland abgewiesen. ‚Die Anträge sind unzulässig‘, teilte das Gericht in Karlsruhe mit. Es sieht sich als nicht zuständig an. Dies sei Sache des Bundesgerichtshofs. Die Opposition im Bundestag wollte vor dem Bundesverfassungsgericht eine Vernehmung Snowdens in Deutschland erzwingen. Daher hatte sie im September Organklage in Karlsruhe gegen die Bundesregierung und den Untersuchungsausschuss eingereicht. Grüne und Linkspartei werfen der Regierung und der

<sup>293</sup> DER SPIEGEL 51/2014 vom 15.12.2014: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/index-2014-51.html>

<sup>294</sup> <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-130878633.html>

<sup>295</sup> <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-130878634.html>

<sup>296</sup> <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-130878635.html>

<sup>297</sup> <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-130878636.html>

<sup>298</sup> <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-130878577.html>

<sup>299</sup> <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-130878578.html>

<sup>300</sup> <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-130878584.html>

<sup>301</sup> <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-130878591.html>

schwarz-roten Mehrheit im Ausschuss vor, kein Interesse an der Aufklärung zu haben und die Vorgänge um den US-Geheimdienst NSA verdunkeln zu wollen.“<sup>302</sup>

Im „**Notstand** oder „**Verteidigungsfall**“ werden in der Verfassung sonst garantierte Grundrechte außer Kraft gesetzt. Derjenige, der den „Notstand“ oder „Verteidigungsfall“ erklären oder ausrufen kann, bestimmt also über die Anwendung oder Aufhebung von Grund- bzw. Menschenrechten. Was das selbst mit einer Demokratie machen kann, die das „Streben nach Glück“ als Menschenrecht in ihrer Verfassung verankert hat, mußte ich in diesen Tagen endgültig begreifen.

### 30. Carl Schmitt und Donoso Cortés

Seitdem ich mich wegen **Friedrich August Freiherr von der Heydte** und seinen **internationalen Aktivitäten im CEDI auch nach Spanien** hatte begeben müssen, begegnen mir manche Namen immer wieder, darunter war auch **Carl Schmitt**. Bereits angegeben habe ich die Stellen in

- „ ‚Muß ich sterben, will ich fallen‘. Ein Zeitzeuge erinnert sich“ von Friedrich August Freiherr von der Heydte<sup>303</sup> („Er war zweifellos ein **interessanter und fesselnder Gelehrter**, ...“),
- „Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945“ von Ernst Klee<sup>304</sup> („Internierung bis Mai 1947. Danach ohne Amt, aber **einflußreicher Strippenzieher**“) und
- „Das Bild ‚des Anderen‘. Politische Wahrnehmung im 19. und 20. Jahrhundert“, hrsg. von Birgit Aschmann und Michael Salewski<sup>305</sup> („weil nun einmal das ganze menschliche Leben ein ‚Kampf‘ und jeder Mensch ein ‚Kämpfer‘ ist. Die Begriffe Freund, Feind und Kampf erhalten ihren realen Sinn dadurch, daß sie insbesondere auf **die reale Möglichkeit der physischen Tötung** Bezug haben und behalten“).

Auch in „ ‚Treue Freunde...‘. Westdeutschland und Spanien 1945-1963“ von Birgit Aschmann<sup>306</sup> kommt Carl Schmitt vor:

„Überdies profilierten sich deutsche Akademiker in der Verbreitung des Gedankengutes von Spaniern, die **autoritären Staatsmodellen verhaftet** waren. Insbesondere Carl Schmitt, dessen Wirken vom um internationale Reputation bemühten spanischen Außenministerium mit besonderer Skepsis verfolgt wurde, machte die Lehren des Spaniers Donoso Cortés durch eine Publikation aus dem Jahre 1950 bekannt.“

Dazu Fußnote 72: „Vgl. **Carl Schmitt: Donoso Cortés in gesamteuropäischer Interpretation**. Vier Aufsätze. Köln 1950. Sein Unbehagen über den deutschen Gelehrten, ‚der augenblicklich zu Vorträgen in Madrid weilt und dessen *totalitäre Auffassung von Staatsautorität* ihm von der Nazizeit her in schlechter Erinnerung‘ sei, äußerte der spanische Außenminister in einem vertraulichen Gespräch mit seinem Freund Rudolf Salat, dem provisorischen Leiter der Kulturabteilung im Auswärtigen Amt; vgl. Aufzeichnung von Salat, 4.5.1951, betr.: Aussprache mit dem spanischen Außenminister; in: PAAA Ref. 206/43. Das Gedankengut von Donoso Cortés floß später vielfach in die Überlegungen im Kreise der **CEDI-Teilnehmer** ein, vgl. u.a. Otto B. Roegele: Die Reichen und die armen Völker; in Rheinischer Merkur, 27.6.1962.“<sup>307</sup>

Und wieder ist auch Otto B. Roegele und sein Rheinischer Merkur dabei.

<sup>302</sup> <http://www.tagesschau.de/inland/klage-snowden-vernehmung-abgewiesen-101.html>

<sup>303</sup> Berg am See 1987

<sup>304</sup> Frankfurt am Main 2005, <sup>4</sup>2013 (Fischer Taschenbuch)

<sup>305</sup> Stuttgart 2000

<sup>306</sup> Stuttgart 1999 (Franz Steiner Verlag)

Auch in „Geheimsache NSU. Zehn Morde, von Aufklärung keine Spur“, hrsg. von Andreas Förster<sup>308</sup>, gibt es Carl Schmitt. Neben Beiträgen des Herausgebers, Frank Brunner, Esther Dischereit (Epilog), Manfred Gnjjidic, Anton Hunger, Thomas Moser, Rainer Nübel, Thumilian Selvakumaran und Ahmet Senyurt schreibt auch Hajo Funke, und zwar „Jenseits des Rechts. Der Sieg der Geheimdienste über Parlament und Öffentlichkeit. Brandstifter mit Staatsauftrag und die Blockade der Aufklärung. Kritische Bestandsaufnahme eines Politikwissenschaftlers“<sup>309</sup>. Er schreibt:

„... Die bereits bisher höchst lückenhafte Kontrolle der Verfassungsschutzämter durch Ministerien und parlamentarische Gremien bleibt ineffizient. So sollen kriminelle Nazis, die vom Verfassungsschutz als V-Leute geführt werden, de facto weiter Straffreiheit genießen. Beispielsweise stellt die Bund-Länder-Kommission fest, es gebe ‚gesetzgeberischen Bedarf, bundesweit einheitliche Rahmenbedingungen beim Einsatz menschlicher Quellen zur verdeckten Informationsgewinnung zu schaffen‘. Konkret sollen Staatsanwaltschaften die Möglichkeit haben, von der Verfolgung von Vergehen und Verbrechen abzusehen, die V-Leute ‚in Erfüllung eines nachrichtendienstlichen Auftrags‘ begehen. Selbst ein Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz oder die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung können dann folgenlos bleiben.

Begründet wird dieser Quellenschutz mit dem ‚**Staatswohl**‘ – einem Begriff, der aus dem frühen 19. Jahrhundert stammt. Im aktuellen Kontext der durch den NSU-Untersuchungsausschuss aufgedeckten rechtswidrigen Praktiken der Geheimdienste wird er herangezogen, um Gesetzesbrüche und Straftaten im Geiste eines **Maßnahmenstaates** zu legitimieren. In einem Maßnahmenstaat entscheidet das Führungspersonal nicht nach Rechtsvorschriften, sondern danach, was in der jeweiligen Situation politisch zweckmäßig ist. Der faschistische Staatsrechtler Carl Schmitt brachte das so auf den Punkt: ‚Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet.‘

Genau das wird mit der geplanten Reform der Sicherheitsbehörden faktisch erreicht. Indem die **V-Leute vor Strafverfolgung weitgehend geschützt** sind, erhalten sie eine von außen unkontrollierte Macht über einen **rechtsfreien Ausnahmezustand**. Ohne jede wirkliche Analyse der Mordserie und des staatlichen ‚Versagens‘ wird ein Abgrund **an geheimen Parallelstrukturen im Staat rechtlich etabliert**. Kaum zu fassen ist, daß selbst die Innenminister der SPD-geführten Länder diese autoritären Bestrebungen kritiklos hinnehmen. Was hier versucht wird, ist ein **autoritärer Rückfall in vordemokratische Zeiten**. Letztlich zielen die Vorschläge von BLK und Bundesinnenministerium darauf ab, das Schattenreich der Sicherheitsbehörden nicht nur zu erhalten, sondern auszubauen – ohne wirksame Transparenz und Kontrolle.

Natürlich sei das ein ‚Grauzone‘, erklärte ein konservativer Staatsrechtler, der ungenannt bleiben möchte, gegenüber dem Autor. Andererseits definiere sich ‚ein Staat, erst recht ein starker Staat, auch durch einen starken Geheimdienst‘. Es bedürfe aber um so mehr – im Sinne des Rechtsstaats – einer entsprechend intensiven und effizienten Kontrolle durch die Exekutive, durch die parlamentarischen Kontrollstrukturen und durch die Öffentlichkeit, so der Experte. Wenn diese Kontrolle nicht funktioniert, verhindert wird oder sogar durch legalisierte Straffreiheit für Informanten ausgeschlossen ist, dann führt das zu einer Krise der staatlichen Kernfunktionen. Der Staatsrechtler Ulrich Preuß bezeichnet eine solche **permanente Unkontrollierbarkeit als ‚permanenten Ausnahmezustand‘**. Die permanente Unkontrollierbarkeit stehe außerhalb der Normalität bzw. der Normalitätsvorstellung des Rechtsstaates. Es entsteht eine Institution außerhalb des Rechts. Obwohl formell in die

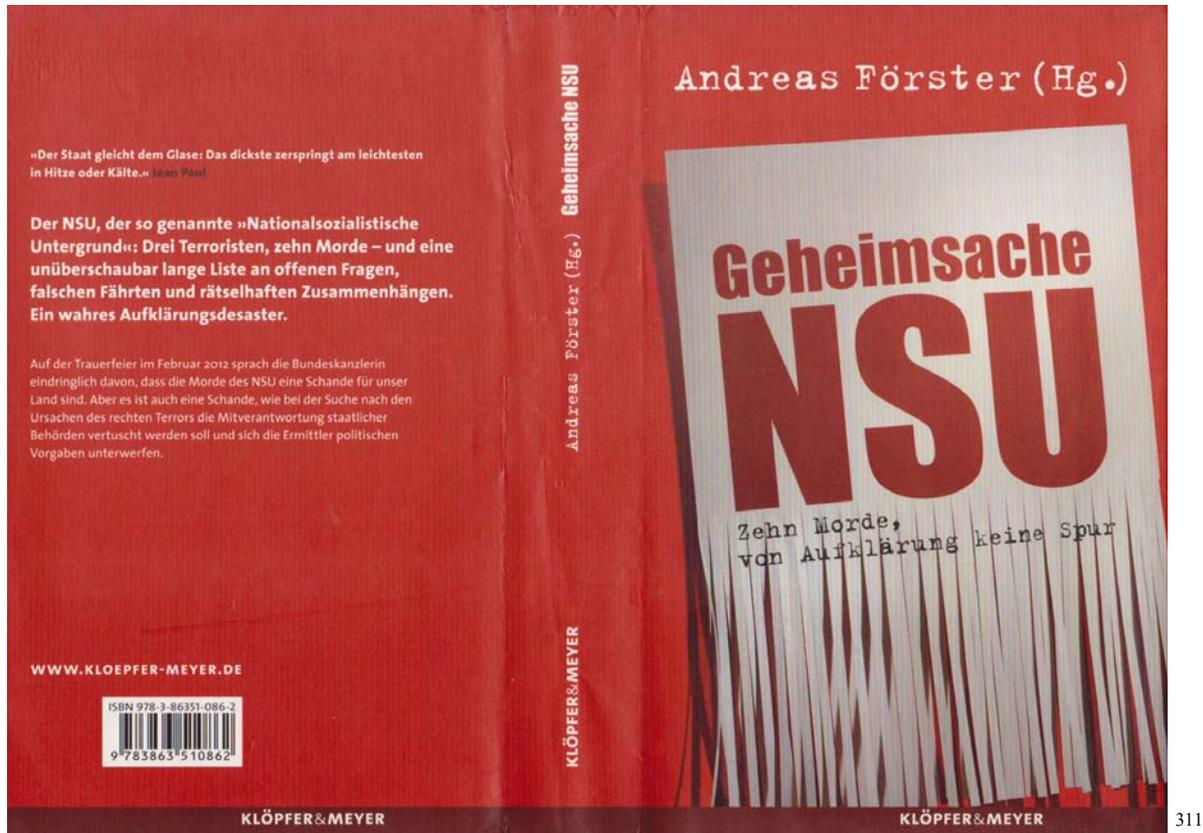
<sup>307</sup> Birgit Aschmann: „Treue Freunde ...“. Westdeutschland und Spanien 1945-1963“, Stuttgart 1999 (Franz Steiner Verlag), S. 403

<sup>308</sup> Andreas Förster (Hrsg.): „Geheimsache NSU. Zehn Morde, von Aufklärung keine Spur“, Tübingen 2014

<sup>309</sup> a.a.O., S. 225-242

Legalitätsstruktur des Rechtsstaats quasi-legalisiert, ist sie de facto nicht in die Struktur des Rechtsstaats eingefügt. ...

„Es bedürfe aber um so mehr – im Sinne des Rechtsstaats – einer entsprechend intensiven und effizienten Kontrolle durch die Exekutive, durch die parlamentarischen Kontrollstrukturen und durch die Öffentlichkeit, so der Experte.“<sup>310</sup>



311

Und hier fielen mir wieder die Worte von Hans-Christian Ströbele in Ulrich Chaussys Feature „Geheimarmee ‚stay behind‘. Der Staat als Pate des Terrors?“ ein, dem langjährigen Mitglied im Parlamentarischen Kontrollgremium (PKGr) des Deutschen Bundestages, das die Regierung und ihre Geheimdienste kontrollieren soll: „Ich sehe mich von der Bundesregierung – und zwar von den verschiedenen Bundesregierungen verschiedener Couleur, muß man sagen, weil das ja über viele Jahre ging, auch falsch informiert, reingelegt und irregeleitet“<sup>312</sup>.

„Geheimdienste: Wer kontrolliert wen?“<sup>313</sup>

Geheimdienste werden oft auch „Sicherheitsdienste“ genannt. „Sicherheit“? Wer oder was kann denn in diesem Zusammenhang noch wessen sicher sein?

### 31. Entscheidungen, die im Zeitablauf durchaus eine veränderte Bewertung erfahren können

<sup>310</sup> a.a.O., S. 238

<sup>311</sup> Andreas Förster (Hrsg.): „Geheimsache NSU. Zehn Morde, von Aufklärung keine Spur“; Tübingen 2014

<sup>312</sup> Ulrich Chaussys: „Geheimarmee ‚stay behind‘. Der Staat als Pate des Terrors?“, Feature, gesendet am 5.10.2014 auf WDR 5, 11:05 Uhr

<sup>313</sup> ZDF, „5 nach 10“ am 16.2.1986, mit Klaus Bresser und Hans Roth

**Freundliche Grüße von der Gummiwand<sup>314</sup> 1996-2003<sup>315</sup>  
Fünf Briefe an den Bruder von Hans Roth<sup>316</sup>**

1)  
„Roland Koch  
Mitglied des Hessischen Landtags  
Vorsitzender der CDU-Fraktion  
30. April 1996  
K/ra



Sehr geehrter Herr Roth,  
für Ihren Brief vom 17. April 1996 danke ich Ihnen.  
Ich habe für die von Ihnen vorgetragene Überlegung großes Verständnis und kann sehr gut das große Engagement verstehen, mit dem Sie für Ihren Bruder eintreten.  
Es gehört für mich jedoch zu den Erfahrungen, die ich in meinem bisherigen politischen Leben gemacht habe, daß es eine ganze Reihe von Entscheidungen gibt, die im Zeitablauf durchaus eine veränderte Bewertung erfahren können. Ich möchte Sie aber ganz herzlich um Verständnis dafür bitten, daß ich mich außerstande sehe, mit nichts anderem als der sehr

<sup>314</sup> „Gegen die Aktenverfolgung der Verwaltung kamen auch sie nicht an; ein mir sehr gut bekannter SPD-MdB aus der oberen Etage der Industrie sagte mir wörtlich: ‚Ich renne wie gegen eine Gummiwand?! Das Stichwort ‚Geheim‘ verschliesst alle Türen‘, hatte der Vater von Hans Roth am 6.8.1982 an den Parteivorstand seiner Partei geschrieben; siehe S. 139 und [http://www.berufsverbote.de/tl\\_files/docs/F-HansRoth\\_BriefVater.pdf](http://www.berufsverbote.de/tl_files/docs/F-HansRoth_BriefVater.pdf)

<sup>315</sup> „Ich glaube nicht, daß es ein ganz so spannender Fall ist. Ich jedenfalls kenne den Vorgang im Augenblick nicht. Punkt.“ Roland Koch in der „Report Mainz“-Sendung vom 1.12.2008:

<http://www.swr.de/report/-/id=233454/did=4124472/pv=video/gp1=4248512/nid=233454/1nob9as/index.html>

<sup>316</sup> „Akten und Unterlagen, aus denen sich die näheren Umstände rekonstruieren ließen, sind nicht mehr verfügbar. Aus diesem Grunde sind Herr Hans Roth und sein Bruder Klaus Roth von den zuständigen hessischen Behörden mehrfach aufgefordert worden, Unterlagen oder Gerichtsentscheidung vorzulegen, die eine wie auch immer geartete Wiedergutmachung rechtfertigen könnten, bislang ohne Erfolg.“ Roland Koch im Brief an mich vom 5.1.2009: [http://www.berufsverbote.de/tl\\_files/docs/F-HansRoth\\_Koch2009.pdf](http://www.berufsverbote.de/tl_files/docs/F-HansRoth_Koch2009.pdf)

kurzen Information aus Ihrem freundlichen Brief eine Beurteilung der sehr konkreten Situation Ihres Bruders vornehmen zu können.

Ich möchte Sie, sehr geehrter Herr Roth, dafür um Verständnis bitten und verbleibe Mit freundlichen Grüßen

(R. Koch)“

**Roland Koch am 30.4.1996: „daß es eine ganze Reihe von Entscheidungen gibt, die im Zeitablauf durchaus eine veränderte Bewertung erfahren können“**

2)

„Der Hessische Ministerpräsident

23. Januar 2003



Sehr geehrter Herr Roth,

für Ihr freundliches Schreiben vom 5. Januar 2003, in dem Sie sich wegen Ihres Herrn Bruders an mich gewandt haben, nebst dem anliegenden Schreiben des Herrn Bundespräsidenten danke ich Ihnen sehr.

Um auf die darin angesprochenen Fragen eingehen zu können, sind Nachfragen bei anderen Stellen notwendig. Dies wird eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen, wofür ich Sie um Ihr Verständnis bitte. Sobald mir die benötigten Informationen vorliegen, werde ich mich wieder bei Ihnen melden.

Bis dahin wünsche ich Ihnen für das neue Jahr Gesundheit, Glück und Erfolg und verbleibe für heute

Mit freundlichen Grüßen

Roland Koch“

**Roland Koch am 23.1.2003: „nebst dem anliegenden Schreiben des Herrn Bundespräsidenten ... Sobald mir die benötigten Informationen vorliegen“**

3)

„Hessisches Ministerium der Justiz

Postfach 3169  
D-65021 Wiesbaden  
Aktenzeichen: 3133/1E – III/9 – 41/03  
Bearbeiterin: Frau Weisbart  
Telefon: (0611) 32-2808  
Datum: 24. Januar 2003  
Betr.: Ihr Schreiben an den Hessischen Ministerpräsidenten vom 05.01.2003



Sehr geehrter Herr Roth,  
die Staatskanzlei hat mir Ihr o.g. Schreiben mit der Bitte übergeben, aus fachlicher Sicht hierzu Stellung zu nehmen.  
Ihrem Schreiben habe ich entnommen, daß Ihr Bruder, Herr Hans Roth, verurteilt wurde und dass gegenüber Ihrem Bruder ein Verbot verhängt wurde, den von ihm erlernten Beruf auszuüben.  
Ich wäre Ihnen für die Übersendung von Unterlagen, die Aufschluss über ein mögliches Strafverfahren gegen Ihren Bruder oder ein verwaltungsrechtliches Verfahren geben könnten, insbesondere möglicher Gerichtsbeschlüsse oder Urteile dankbar.  
Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag  
(Weisbart)“

**Hessisches Justizministerium am 24.1.2003: „Ich wäre Ihnen für die Übersendung von Unterlagen ... insbesondere möglicher Gerichtsbeschlüsse oder Urteile dankbar.“**

4)  
„Hessisches Ministerium der Justiz  
Postfach 3169  
D-65021 Wiesbaden  
Aktenzeichen: 3133/1E – III/9 – 41/03

Bearbeiterin: Frau Weisbart  
Telefon (0611) 32-2808  
Telefax (0611) 32-2868  
Datum 10. April 2003 /Pm  
Betr.: Ihr Schreiben vom 3.4.2003



Sehr geehrter Herr Roth,  
ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 3. April und die übersandten Unterlagen, die ich selbstverständlich Ihrem Wunsch entsprechend an den Herrn Ministerpräsidenten weitergeleitet habe.  
Im Weiteren hat mir das Bundespräsidialamt, wie in Ihrem Schreiben vom 17. Februar angeregt, eine Anzahl von Unterlagen zur Verfügung gestellt, die ich ebenfalls an die Hessische Staatskanzlei weitergeleitet habe.  
Ich gehe davon aus, daß eine Antwort an Sie nunmehr von dort erfolgen wird und verbleibe mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag  
(Weisbart)“

**Hessisches Justizministerium am 10.4.2003: „Unterlagen, die ich ... weitergeleitet habe ... Bundespräsidialamt ... eine Anzahl von Unterlagen ..., die ich ebenfalls an die Hessische Staatskanzlei weitergeleitet habe.“**

5)

„Der Hessische Ministerpräsident  
Hessische Staatskanzlei  
Postfach 3147  
65021 Wiesbaden  
Wiesbaden, den 12. Juli 2005



Sehr geehrter Herr Roth,  
für die in Sachen Ihres Bruders Hans Roth an mich gerichteten Schreiben, zuletzt vom 28. Juni 2005, danke ich Ihnen. Es ist – auch für mich – keineswegs einfach, die Geschehnisse, die Ihren Bruder betroffen haben und zeitlich weit zurückliegen, zumindest als Revue wieder gegenwärtig werden zu lassen. Bürokratie ist nun einmal Bürokratie: Ressortzuständigkeiten sind zu beachten, Akten sind in Staatsarchive gegeben oder aktenordnungsgemäß vernichtet worden oder oder ... – Der Zeit sind wir alle unterworfen, und die Zeit der Geltung von ‚Radikalen-Erlassen‘ war eine andere als die heutige. Das ist auch die Schwierigkeit, vor der eine – wie auch immer geartete - ‚Wiedergutmachung‘ stünde: Ein Geschehen, das der Historie angehört, kann nicht irgendwie erneut gestaltet werden; es ist zur Kenntnis zu nehmen und mag kommentiert werden. Doch habe ich beispielsweise von Verfassungen wegen keine Befugnis, irgendwelche hessischer Staatsgewalt zugehörige verwaltungsgerichtlichen Entscheidungen, die heute ergehen oder vor Jahrzehnten ergangen sind, abzuändern oder aufzuheben. So bleibt mir einzig die Möglichkeit, Sie damit zu verträsten, daß sich gewiss bei geeigneter Gelegenheit einmal ein Kontakt mit Ihrem Herrn Bruder herstellen und das Gespräch mit ihm als Citoyen führen lassen wird. Ich werde es im Auge behalten und verbleibe  
mit freundlichen Grüßen  
Roland Koch“

**Roland Koch am 12.7.2005: „Bürokratie ist nun einmal Bürokratie ... Akten sind in Staatsarchive gegeben oder aktenordnungsgemäß vernichtet worden oder oder ... - Zeit der Geltung von ‚Radikalen-Erlassen‘ ... verträsten ... gewiss bei geeigneter Gelegenheit ... Gespräch mit ihm als Citoyen ... Ich werde es im Auge behalten“**

Der damalige Hessische Ministerpräsident in der Sendung von „Report Mainz“ am 1.12.2008: „Ich glaube nicht, daß es ein ganz so spannender Fall ist. Ich jedenfalls kenne den Vorgang im Augenblick nicht. Punkt.“



317

„Akten sind in Staatsarchive gegeben oder aktenordnungsgemäß vernichtet worden oder ...“

1981:



318

1986:

## Der Lehrer Hans Roth kämpfte zwölf Jahre lang um sein Recht

Jetzt schrieb der Minister: „Es gab nie einen Grund, an Ihrer Verfassungstreue zu zweifeln oder Sie als Extremist einzustufen“

MARBURG. Hans Roth hat sein Ziel erreicht: der 43jährige gelehrte Hauptschullehrer für Religion und Sozialkunde, der in den 70er Jahren in die Mühlen des hessischen Verfassungsschutzes geraten war und zwölf Jahre um Recht und Würde vor Gericht gestritten hat, fühlt sich jetzt vom hessischen Innenminister Horst Winterstein „voll rehabilitiert“. Der Minister versichert ihm in einem persönlichen Schreiben vom 12. März dieses Jahres, daß es „niemals einen Grund gab, an Ihrer Verfassungstreue zu zweifeln oder Sie als Extremist einzustufen“.

Damit neigt sich eine zumindest in Hessen wohl beispiellose Geschichte dem Ende zu. Hans Roth, der während der Anhe- rung vor dem verurteilten Roth Dokumenten unter anderem Flugblätter, die Hans Roths Kandidatur für zwei kurzweilige Studentengruppen im Jahre 1971 gegen eine lautete auf den Namen „Sozialistische Front Gießen – Spartakus“ zu verwechseln mit der DKP nahebestanden und der DKP nahebestanden und der DKP nahebestanden MSB Spartakus. Von der studentischen Liste war Roth vor den Konventen allerdings längst wieder gestrichen worden, weil den Wortführern eine Solidaritätsklärung von ihm mit den aufstrebenden Gruppen nicht paßte.

le, wo Roth unterrichten sollte, nicht weiterreichte. Im Juni 1975 schließlich erhielt Hans Roth von Amts wegen die un- ständig formulierte Erklärung aus dem Regierungspräsidium, daß „an seinem Verhältnis zu den verfassungsmäßigen Prinzipien Zweifel als nicht vorliegend erachtet werden“. Bereits im Oktober hatte der frischgebackene Beamte auf Probe, von dem seine ehemaligen Professoren ein „fein- sinniges literarisches Empfinden sowie eine humane und pädagogische Grund- einstellung“ in Erinnerung behielten, auf Offenlegung und Vernichtung der über- ihm existierenden Verfassungsschutzakte von dem Kasseler Verwaltungsgericht ge- klagt und damit bewußt einen langen In- stanzenzug in Kauf genommen. Die

hin zur Examinationsarbeit, die einfach ver- schwand und nie mehr auftauchte. Am Ende wurde ihm eröffnet, daß es für ihn keine Anstellung als Lehrer gebe – trotz der Abschlußquote „Gut“ und des dama- ligen Mangels an Religionslehrern. End- gültig wurde die Übernahme ins Beam- tenverhältnis zur Jahreswende 1977/78 abgelehnt als der Kasseler RP – dem Hans Roth offensichtlich noch immer nicht ganz geheuer war – meinte, dem fast 35jährigen die für eine Lehrkraft im hessischen Schuldienst erforderliche Eignung“ abspredchen zu müssen. Roth lasse „ein Mindestmaß an positiver Grund- haltung gegenüber dem künftigen Dienst- herrn“ vermissen.

319

317 Hans Roth in „Report Baden Baden“ vom 31.10.1978: Sendung „Report Baden Baden“ von 1978 <http://www.swr.de/report/-id=233454/did=4124476/pv=video/gp1=4247576/nid=233454/1xu68mf/index.html>  
318 „Verfassungsschutz steckte Dossier freiwillig in den Reißwolf. Gerichtsverfahren über Vorlage und Vernichtung geheimer Akten über einen Lehramtskandidaten war noch nicht abgeschlossen“, Frankfurter Rundschau vom 13.5.1981 (Titelseite)  
319 Jörg Feuck: „Der Lehrer Hans Roth kämpfte zwölf Jahre lang um sein Recht“, „Frankfurter Rundschau“ vom 15.3.1986

Roland Koch am 30.4.1996: „daß es eine ganze Reihe von Entscheidungen gibt, die im Zeitablauf durchaus eine veränderte Bewertung erfahren können“

Roland Koch am 23.1.2003: „nebst dem anliegenden Schreiben des Herrn Bundespräsidenten ... Sobald mir die benötigten Informationen vorliegen“

Hessisches Justizministerium am 10.4.2003: „Unterlagen, die ich ... weitergeleitet habe ... Bundespräsidialamt ... eine Anzahl von Unterlagen ..., die ich ebenfalls an die Hessische Staatskanzlei weitergeleitet habe.“

Roland Koch am 12.7.2005: „Zeit der Geltung von ‚Radikalen-Erlassen‘ ... vertrösten ... gewiss bei geeigneter Gelegenheit ... Ich werde es im Auge behalten“

Roland Koch in Report Mainz am 1.12.2008<sup>320</sup>: „Ich glaube nicht, daß es ein ganz so spannender Fall ist. Ich jedenfalls kenne den Vorgang im Augenblick nicht. Punkt.“

Roland Koch am 5.1.2009<sup>321</sup>: „Ausweislich der mir vorliegenden Unterlagen ... Akten und Unterlagen, aus denen sich die näheren Umstände rekonstruieren ließen, sind nicht mehr verfügbar.“

„Der Zeit sind wir alle unterworfen, und die Zeit der Geltung von ‚Radikalen-Erlassen‘ war eine andere als die heutige. Das ist auch die Schwierigkeit, vor der eine – wie auch immer geartete - ‚Wiedergutmachung‘ stünde: **Ein Geschehen, das der Historie angehört**, kann nicht irgendwie erneut gestaltet werden; es ist zur Kenntnis zu nehmen und mag kommentiert werden.“



Diese Zeilen erinnerten mich an die „Zeitmaschine“, von der Johannes Rau am 15.8.2002 an Herrn Roth schrieb: „Ich habe mir nun alles einmal in Ruhe angesehen und fand mich dabei wie mit einer Zeitmaschine in jene Jahre versetzt, deren Übertreibungen ich schon damals kritisierte und deren überspitzte Atmosphäre heute **nur noch schwer zu verstehen** ist.“<sup>322</sup>

Nur, daß diese Briefe nicht in einer „überspitzte(n) Atmosphäre“, die „heute nur noch schwer zu verstehen ist“, geschrieben wurden, sondern in einer, die ich **überhaupt nicht verstehe**:

„Der Zeit sind wir alle unterworfen, und die Zeit der Geltung von ‚Radikalen-Erlassen‘ war eine andere als die heutige. Das ist auch die Schwierigkeit, vor der eine – wie auch immer geartete - ‚Wiedergutmachung‘ stünde: **Ein Geschehen, das der Historie angehört**, kann nicht irgendwie erneut gestaltet werden; es ist zur **Kenntnis zu nehmen** und mag kommentiert werden.“

**„Ein Geschehen, das der Historie angehört“? Ein lebender Mensch! Als ob ein Mensch ad acta gelegt werden soll. „Bürokratie ist nun einmal Bürokratie“? Unfaßbar!**

Und ich klammerte mich mit Händen und Füßen an mein Grundgesetz und dachte an Fritz Bauer und sein Landgericht Braunschweig:

<sup>320</sup> <http://www.swr.de/report/-/id=233454/did=4124472/pv=video/gp1=4248512/nid=233454/1nob9as/index.html>

<sup>321</sup> Brief von Roland Koch an mich; siehe S. und [http://www.berufsverbote.de/tl\\_files/docs/F-HansRoth\\_Koch2009.pdf](http://www.berufsverbote.de/tl_files/docs/F-HansRoth_Koch2009.pdf)

<sup>322</sup> siehe S. und [http://aljas.files.wordpress.com/2008/12/hans\\_roth\\_artikel\\_briefe.pdf](http://aljas.files.wordpress.com/2008/12/hans_roth_artikel_briefe.pdf)



323

Fritz Bauer wollte aufklären. „Der größte lebende Zeuge ... für ein besseres Deutschland“, der „größte Botschafter, den die Bundesrepublik hatte“<sup>324</sup>, wußte, daß nur wirkliche Wahrheitsfindung menschliche Zustände schaffen kann und daß die Justiz keine vornehmere Aufgabe haben kann.

Nach den obigen Briefen mußte ich statt dessen an Heiner Dahls Feature „Deals. Gerechtigkeit als Handelsware“<sup>325</sup> denken, das mich außerordentlich schockiert hatte. Darin sagt Jens Rohde: „Ich habe über meinen Anwalt dann transportieren lassen, daß ich alles daran setzen möchte, diese **Vorwürfe von A bis Z haarklein transparent zu machen**, also daß ich ein akutes Mitteilungsbedürfnis hätte. Mit diesen Worten ist er noch mal in den Gerichtssaal zurück gegangen und kam dann wiederum mit der Information zurück, daß er sagte, also es hat keinen Sinn, **die Staatsanwaltschaft hat kein Interesse an etwaigen Aussagen** und würde das im Übrigen als Schutzbehauptung oder Lüge werten, alles, was ich von mir gebe.“ Ähnliches hatte ich auch von bzw. über Hans Roth gelesen („Halluzinationen“<sup>326</sup> ...).

Das hessische Justizministerium am 24.1.2003 an Claus Roth: die **Staatskanzlei** hat mir Ihr o.g. Schreiben mit der **Bitte** übergeben, **aus fachlicher Sicht hierzu Stellung zu nehmen**. ... Ich wäre Ihnen für die Übersendung von Unterlagen, ..., insbesondere möglicher Gerichtsbeschlüsse oder Urteile dankbar.“ Sowohl Claus Roth als auch das **Bundespräsidialamt** schickten Unterlagen. Woraufhin sich das hessische Justizministerium am 10.4.2003 bedankte und mitteilte, es habe die Unterlagen „an die Hessische Staatskanzlei weitergeleitet“. Was war das? Was passierte hier? **Was bedeutete das?**

An dieser Stelle fielen mir dann auch die Worte des damaligen Vorsitzenden der Gießener CDU, MdL Wilhelm Runtsch, ein, der laut „Gießener Allgemeine Zeitung“ vom 31.8.1974 von einem „**Ausdruck eines bedenklich gestörten Verhältnisses zu den Rechtsnormen des Grundgesetzes**“ und von einer „**für jeden Demokraten alarmierenden Entwicklung**“ sprach; er bezog sich allerdings damals auf den damaligen Hessischen Ministerpräsidenten Albert Geiwald und „den Fall des Lehramtskandidaten Roth“<sup>327</sup>.

MP Roland Koch am 12. Juli 2005<sup>328</sup>: „So bleibt mir einzig die Möglichkeit, Sie damit zu vertrösten, daß sich gewiss bei geeigneter Gelegenheit einmal ein Kontakt mit Ihrem Herrn Bruder herstellen und das Gespräch mit ihm als Citoyen führen lassen wird. Ich werde es im Auge behalten und verbleibe mit freundlichen Grüßen Roland Koch“. **Der gleiche Mensch**

<sup>323</sup> Art. 1,1 wurde am Landgericht Braunschweig auf Betreiben von Fritz Bauer angebracht

<sup>324</sup> Robert Kempner, stellvertretender Hauptankläger der USA beim Nürnberger Prozeß über Fritz Bauer

<sup>325</sup> WDR 5, „Dok 5“ vom 10.11.2013; <http://www.wdr5.de/sendungen/dok5/deals126.html>

<sup>326</sup> Schreiben aus dem Bundesverteidigungsministerium an Hans Roth vom 21. Oktober 1975

(„Halluzinationen“); aus der „Dokumentation zu Hans Roth. „Es gab nie einen Grund, an Ihrer Verfassungstreue zu zweifeln““, S. 12: [http://aljas.files.wordpress.com/2008/12/hans\\_roth\\_blaue\\_mappe1.pdf](http://aljas.files.wordpress.com/2008/12/hans_roth_blaue_mappe1.pdf)

<sup>327</sup> [http://aljas.files.wordpress.com/2008/12/hans\\_roth\\_artikel\\_briefe.pdf](http://aljas.files.wordpress.com/2008/12/hans_roth_artikel_briefe.pdf)

<sup>328</sup> siehe S.

**über den gleichen Menschen** in „Report Mainz“ vom 1.12.2008<sup>329</sup>: „Ich glaube nicht, daß es ein ganz so spannender Fall ist. Ich jedenfalls kenne den Vorgang im Augenblick nicht. Punkt.“

In seinem Brief an unseren Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 5.5.2012 schrieb Hans Roth: „Das Veto des Hessischen Ministerpräsidenten nach der telefonischen Warnung, Verfassungsbruch zu begehen, wiederholte sich nach dem Fernseh-Bericht; die Folge war diesmal eine öffentliche Internet-Aussprache voller heiligem Zorn bei allen Protagonisten von ‚parrhesia‘ und ‚agora‘. – Ich schwieg dazu; ich hatte ja vorher einem bibelfesten Bundespräsidenten gesagt, was ich zum heiligen Zorn in Mt. 10 zu sagen hatte, mit dem abschließenden Satz: ‚Der Mann dient fremden Herren.‘ – Mit einer – nur für Experten erkennbaren – ‚Gladio‘-Warnung endete die Debatte.“

Daß mein Bundespräsident in seiner Weihnachtsansprache ebenfalls aus Mt 10 zitierte<sup>330</sup>, fand ich sehr schön:

„Die Botschaft ‚Fürchtet euch nicht!‘ dürfen wir auch als Aufforderung verstehen, unseren Werten, unseren Kräften und übrigens auch **unserer Demokratie zu vertrauen**. Und wir haben es doch schon erfahren: **Wer sich den Herausforderungen stellt, findet auch Lösungen**. Gerade jetzt, 25 Jahre nach der Friedlichen Revolution, **erinnern wir daran, daß sich die Verhältnisse zum Besseren wenden lassen**.“

Das gefiel mir viel besser als Roland Kochs „Der Zeit sind wir alle unterworfen, und die Zeit der Geltung von ‚Radikalen-Erlassen‘ war eine andere als die heutige. Das ist auch die Schwierigkeit, vor der eine – wie auch immer geartete - ‚Wiedergutmachung‘ stünde: Ein Geschehen, das der Historie angehört, kann nicht irgendwie erneut gestaltet werden; es ist zur Kenntnis zu nehmen und mag kommentiert werden.“

Denn von Verhältnissen, die sich zum Besseren wenden ließen, hatte auch Alfred Grosser in seinem Brief an Roland Koch vom 7.12.2008 geschrieben:

„Sehr verehrter Herr Ministerpräsident! Lieber Herr Koch!  
Es wird bald eine ARD-Sendung über das Schicksal von Hans ROTH geben (‚Report‘ Autor Ulrich Neumann). In meinem Gespräch, das einen Beitrag darstellt, sage ich wieder einmal, dass ich immer noch nicht verstehen kann, wieso nach Jahrzehnten Hans Roth, mit dem ich in ständiger Verbindung bin, auf Lebenszeit ‚berufsverboten‘ ist und in kümmerlichen Lebensbedingungen sich in Frankreich beheimatet fühlen muss (wo er übrigens schöne, wenn auch erfolglose Bücher über französische Landschaften veröffentlicht).  
Wäre es nicht der gegebene Moment für den heutigen (und zukünftigen!!!) hessischen Ministerpräsidenten, Hans ROTH, dessen Fall Sie ja kennen, zu rehabilitieren?  
In dieser Hoffnung und mit dem Wunsch Ihnen bald wieder einmal begegnen zu dürfen, verbleibe ich  
avec mon fidèle et cordial dévouement  
Ihr  
(Alfred Grosser)<sup>331</sup>“

### **Hans Roth, 31.12.2014: Der Staat und Ziegenkäse in Mangoldblättern**

„Staat

Zu einem gelungenen Staats-Verbrechen gehören ein strikt beachtetes Regelwerk und ein doppeltes und dreifaches Verriegeln und Verrammeln von Türen und Toren zu jedwedem Mitleid. - So sah es, so etwa formulierte es der Polit-Strategie Richelieu; dem katholischen

<sup>329</sup> <http://www.swr.de/report/-/id=233454/did=4124472/pv=video/gp1=4248512/nid=233454/1nob9as/index.html>

<sup>330</sup> <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/12/141225-Weihnachtsansprache-2014.html>

<sup>331</sup> siehe Erstes Buch S. 31 und [http://aljas.files.wordpress.com/2008/12/hans\\_roth\\_artikel\\_briefe.pdf](http://aljas.files.wordpress.com/2008/12/hans_roth_artikel_briefe.pdf)

Kardinal, den man auch als Ministerpräsidenten bezeichnen kann, ging es in erster Linie um das Auslöschen und Auslichtern der protestantischen ‚Ketzerei‘; in zweiter Linie ging es ihm – in absolutistischem Kontext – um das Ausschalten absolutistischer Willkür. Also nicht mehr: ‚Ab zum Schafott!‘, sondern: ‚Hin zum Prozeß‘ war die neue Devise; Richelieu konzeptualisierte die Rechtsstaats-Verheißung der aristotelischen Linken seiner Zeit als Staatsrechts-Versprechen.

Kann das wahr sein?

Staat und Wahrheit sind antinomische Begriffe; immer und überall hat die griechische ‚parrhesia‘, das freie und mutige Aussprechen einer Wahrheit in Richtung öffentliche Aussprache, die Macht des Staates gestört. Und zwar so sehr, daß da manchmal – siehe Sokrates – der Tod auf den wartete, der den Mut zur Wahrheitsfindung hatte, gegen die Macht und die Nacht seiner Zeit.

Descartes, einer der mutigen Vertreter klarer Gedanken, definierte seine Wahrheitssuche als die ‚eines Menschen, der einsam in der Finsternis vorwärtsgeht‘. Vom Schicksal des Sokrates traumatisiert, akzeptierte er für sich, daß seine ‚parrhesia‘ vor ihm da war, daß er nur geboren war, diese zu verkörpern. – H. Arendt ersetzte das Bild von der ‚Finsternis‘ durch das von der ‚Krypta‘, in die alle die verschlagen sind, die mit dieser schweren Verwundung durch politische Entscheidungsträger nicht zurechtkommen und die sich darum in die Konsense von öffentlichen Intellektuellen oder Staats-Philosophen flüchten.

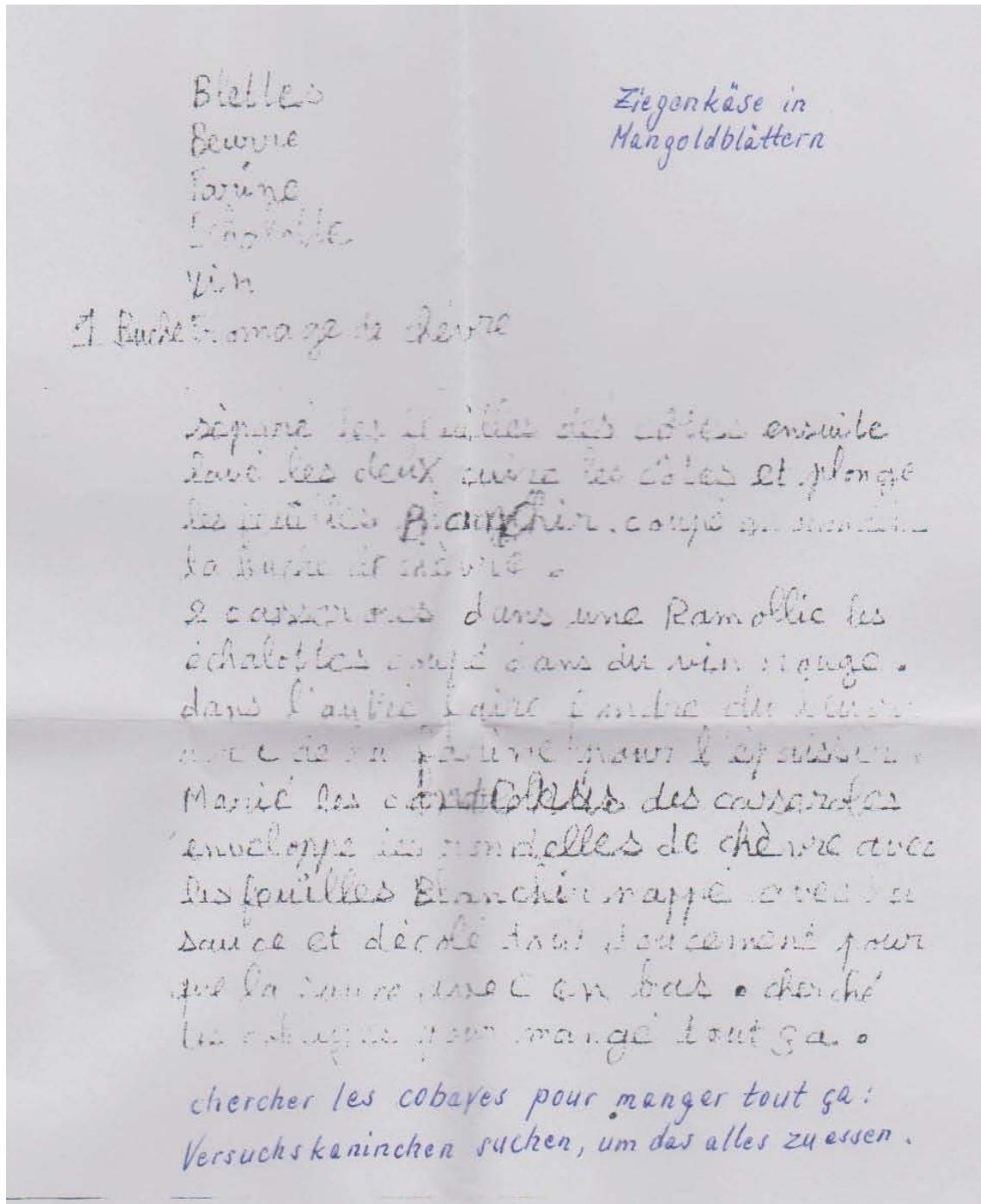
‚Wovor hast du Angst, feige Kreatur?‘, fragte Cervantes im ‚Don Quichote‘. ‚Worüber weinst du, Herz ohne Rüstung?‘ – Ob er an Sokrates dachte?

Das war der Anfang von Philosophie, von Demokratie: keine Angst haben. – Die Fortsetzung folgte mit Platon, dem schwer gebeutelten Sokrates-Schüler: die Autorität des Arguments erfinden, um dem Argument der Autorität etwas entgegenzusetzen. Gegen die Macht- und Gewalt-Autorität des Staates, die immer wieder die weiße Flagge des Feindes zeigt und entsprechend handelt, eine ganz andere erfinden, eine human schöne, eine langfristig überlegene des grenzüberschreitenden Nachdenkens.

Ganz nebenbei erfand Platon auch den Begriff der Hölle. Er meinte damit vermutlich jene gesammelten Regelwerke, mit denen der Staat zwischen Gewehrläufen und Banknoten auf einen fest verankerten Glauben setzen kann, in dem 50 Millionen den Lügen des Staates glauben und weniger als 50 Menschen den eidesstattlich versicherten Wahrheitsfindungen von Hans im Glück. Womit, wie es der Richelieu-Nachfolger Benda in seinem geheimen Buch zum Roth-Prozess sagt, die Zeit-Struktur der Staats-Macht die eines Menschenlebens besiegt.

Zu Platons Illusion meinte Aristoteles in seiner ‚Nikomachischen Ethik‘: Wozu sind wir nütze? – Eine Frage. – Eine Antwort: im toten Winkel der Macht Rückzugsorte für die Seele finden, das Leben in seiner Ganzheit umarmen, in einfachen Sätzen Leben und Tod zusammendenken. Wie bei jener vielfach behinderten jungen Frau, die soeben gestorben ist und die das wunderbare Wort vom ‚Versuchskaninchen‘ hinterlassen hat – in einem Koch-Buch, in dem sie von jahrelangem gemeinsamen Kochen mit Hans im Glück berichtet. – Sind wir das nicht alle: Versuchskaninchen unseres Lebens?“

Und dazu gehört das Rezept für „Ziegenkäse in Mangoldblättern“ mit dem Schluß:  
„chercher les cobayes pour manger tout ça: Versuchskaninchen suchen, um das alles zu essen“



### 33. Staat und Wahrheit dürfen keine „antinomischen Begriffe“ sein

Mehrfach hatte ich das Gefühl gehabt, daß mir meine Republik unter den Füßen wegbröselte. Aber immer wieder hörte ich von diesen wunderbaren Menschen, die immer wieder mit Mitteln des Rechtsstaates und der Wahrheitsfindung an eben diese Republik herantraten., um sie in die Pflicht zu nehmen.

Die Tagesschau berichtete am 11.12.2014: „Im Fall des Oktoberfest-Attentats aus dem Jahr 1980 hat die Bundesanwaltschaft die Ermittlungen wieder aufgenommen: Das teilte

Generalbundesanwalt Harald Range in Karlsruhe mit. Es gebe eine neue, bisher unbekannte Zeugin, deren Aussage auf mögliche Mitwisser hindeuten. Die Ermittlungen werden sich Range zufolge aber nicht auf diese Frau allein beschränken. ‚Wir werden allen Ansatzpunkten erneut und umfassend nachgehen.‘“ Rechtsanwalt Werner Dietrich und dem Journalisten Ulrich Chaussy war es zu verdanken, daß der größte Terroranschlag in der Bundesrepublik Deutschland vielleicht doch noch aufgeklärt wird. ‚Dietrich hatte im September seinen dritten Wiederaufnahmeantrag gestellt. Darin benannte er unter anderem fünf neue Zeugen. Der Antrag sei offensichtlich so fundiert gewesen, ‚daß sie nicht dran vorbei konnten‘, so Dietrich.“<sup>332</sup>

In Ulrich Chaussys Feature ‚Geheimarmee ‚stay behind‘. Der Staat als Pate des Terrors?‘<sup>333</sup> und seinem Buch **„Oktoberfest - Das Attentat. Wie die Verdrängung des Rechtsterrors begann“**<sup>334</sup> gab es weiß Gott schon genug Indizien für eine Wiederaufnahme der Ermittlungen. Nicht nur der Tod Franz Lauterjungs war merkwürdig. Auf **S. 219f** zitiert Ulrich Chaussy aus einem **Ermittlungsbericht des damaligen Generalbundesanwalts Kurt Rebmann**: Wiedergegebene Aussagen ‚lassen es vielmehr zumindest möglich erscheinen, daß er [Heinz Lembke] von einer verstandesmäßig nicht völlig fassbaren Furcht vor einem russischen Überfall durchdrungen und entschlossen war, den erwarteten Eindringlingen als Einzelkämpfer oder **Führer von Partisanen** Widerstand entgegenzusetzen. Zu diesem Zweck könnte er die in den Erddepots gefundenen Kampfmittel gesammelt und vergraben haben.“ Und Ulrich Chaussy schreibt dazu: ‚Was **Rebmann in seiner Einstellungsverfügung** als psychopathologische Grille, als Paranoia ... darstellte, ..., entsprach haargenau dem durchaus rationalen Szenario der ‚stay behind‘-Planer, die im Gürtel entlang der Grenze zu den damaligen Staaten des Warschauer Paktes ein ganzes Netz solcher ‚Stay-behind-Stützpunkte errichteten. Mag die gesamte **Gladio-Strategie** paranoid gewesen sein. Sie existierte ...‘<sup>335</sup>.

‚Gott gebe, daß es nicht noch weiterer Morde und Terroranschläge bedarf, bis auch der Letzte sieht, daß Manches wohl mit Manchem zusammenhängt‘, dachte ich, als ich auf der ‚Tagesschau“-Seite im Artikel **„Anschläge in Europa. Die blutige Spur des rechten Terrors“** las: ‚Rechtsextremer und rassistischer Terror ist kein neues Phänomen in Europa. Dabei wurden bereits Hunderte Menschen getötet. Allein in München starben im Jahr 1980 beim Oktoberfestattentat 13 Menschen durch eine Bombe ... Deutschland - mindestens 23 Tote ... Italien – 87 Tote ... Norwegen – 77 Tote ... Ungarn – sechs Tote ... Österreich – vier Tote ... Großbritannien – drei Tote ... Anm. der Red.: Wir haben hier die Opferzahlen von Anschlägen und Mordserien zusammengestellt. Nicht eingerechnet sind einzelne Opfer rechtsextremer Gewalttaten. Vor allem in Deutschland wurden **seit der Wiedervereinigung Dutzende Menschen von Neonazis getötet. Die Angaben schwanken zwischen 46 Opfern, so die Angabe der Bundesregierung, und 182 Toten.** ...‘<sup>336</sup>

Es war wohl kein Zufall, daß recht unterschiedlich berichtet wurde. Als eine Handvoll Jugendlicher sich orangene Westchen anzogen, ‚Scharia-Police‘ draufschrieben und Frauen sagten, sie sollten ein Kopftuch tragen, war die Aufregung enorm, und auch der Allerletzte erhielt den gesellschaftlichen Auftrag von höchster Stelle, dazu Stellung zu beziehen. Als sich

<sup>332</sup> Tagesschau vom 11.12.2014 zur Wiederaufnahme der Ermittlungen zum Oktoberfestattentat vom 26.9.1980: <http://www.tagesschau.de/inland/oktoberfest-attentat-ermittlungen-101.html>

<sup>333</sup> Ulrich Chaussys Feature ‚Geheimarmee ‚stay behind‘. Der Staat als Pate des Terrors?‘, gesendet am 5.10.2014 auf WDR 5 um 11:05 Uhr

<sup>334</sup> Ulrich Chaussy: ‚Oktoberfest - Das Attentat. Wie die Verdrängung des Rechtsterrors begann‘, Berlin 2014, Ch. Links Verlag ([http://christoph-links-verlag.de/index.cfm?inhalt=detail&nav\\_id=1&titel\\_id=757](http://christoph-links-verlag.de/index.cfm?inhalt=detail&nav_id=1&titel_id=757))

<sup>335</sup> a.a.O., S. 219f

<sup>336</sup> ‚Anschläge in Europa. Die blutige Spur des rechten Terrors‘: <http://www.tagesschau.de/inland/rechtsterrorismus100.html>

aber unsere Bundesanwaltschaft beharrlich weigerte, Indizien nachzugehen oder Zeugen zu vernehmen, hörte man sehr selten davon.

Ein ganzes Jahrzehnt lang wurde der Terror des „Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)“ mit dem ungeheuerlichen Wort „Döner-Morde“ verharmlost und Angehörige als mögliche Täter verdächtigt. Was würden die Nebenkläger im „NSU-Prozeß“ noch alles tun müssen, eh auch hier gründlich ermittelt würde<sup>337</sup>? Auch hier „Der Staat als Pate des Terrors?“<sup>338</sup>

Wie viele Strafanzeigen gegen die Bundesregierung<sup>339</sup> mußten wohl noch gestellt werden, bis Edward Snowden endlich als Zeuge im „NSA-Skandal“ gehört würde? Seine Tausende von Dokumenten sind wie Röntgenbilder: Man ist angewiesen auf Fachleute, die sie zu lesen verstehen, die auf Einzelheiten hinweisen, die Auskunft darüber geben können, was die dunklen oder hellen Stellen darauf bedeuten - angewiesen auf Enthüller wie Edward Snowden, die uns als Zeugen zur Verfügung stehen könnten, wenn man sie denn ließe.

Am 16.12.2014 und 6.1.2015 sendete „arte“ die 97minütige Dokumentation „Schweig, Verräter! Whistleblower im Visier“ von James Spione<sup>340</sup>. Der Film begleitet Jesselyn Radack, Thomas Drake, der im Sommer vorm NSA-Untersuchungsausschuß aussagte, und John Kiriakou, der für zwei Jahre ins Gefängnis mußte. Im Begleittext hieß es: „Edward Snowden ... ist in Gesellschaft einer Vielzahl von ehemaligen Geheimdienstfunktionären, die ‚Top Secret‘-Informationen öffentlich machten. ... Ihre Überzeugung und ihr Mut hat sie zu Helden der Menschlichkeit gemacht – und zugleich ins soziale Abseits gestellt. Im Alltag Morddrohungen, Hetze und Schikane ausgesetzt, wird ihnen vor Gericht der Prozess gemacht. Weil sie ihrem Gewissen folgten und nicht wegsehen konnten, als Folter salonfähig wurde, ... , gelten sie heute als Straftäter. ... Wer die Wahrheit kennt und ausspricht, begibt sich in große Gefahr.“

**„Wer die Wahrheit kennt und ausspricht, begibt sich in große Gefahr.“ Konnte das alles wahr sein? War das der „Freie Westen“, waren das unsere „westlichen Werte“?**

Tief traurig machten mich nicht nur die Bilder des Familienvaters John Kiriakou und seiner kleinen Kinder,



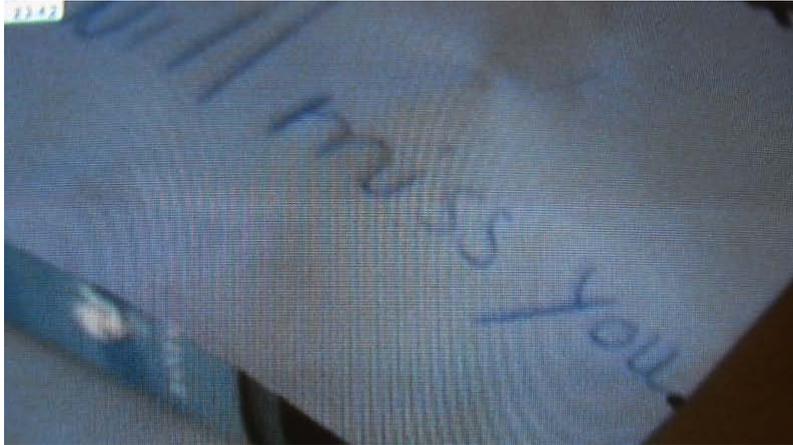
von denen er sich nun für viele Monate trennen mußte, weil er für die Wahrheit ins Gefängnis kam, und die ihm Brieflein schrieben, die er wohl mitnehmen würde.

<sup>337</sup> Andreas Förster (Hrsg.): „Geheimsache NSU. Zehn Morde, von Aufklärung keine Spur“, Tübingen 2014

<sup>338</sup> Ulrich Chaussys: „Geheimarmee ‚stay behind‘. Der Staat als Pate des Terrors?“, Feature, gesendet am 5.10.2014 auf WDR 5, 11:05 Uhr

<sup>339</sup> [https://digitalcourage.de/sites/default/files/media/ueberwachung/strafanzeige\\_gegen\\_bundesregierung\\_durch\\_digitalcourage\\_ilmr\\_ccc.pdf](https://digitalcourage.de/sites/default/files/media/ueberwachung/strafanzeige_gegen_bundesregierung_durch_digitalcourage_ilmr_ccc.pdf)

<sup>340</sup> James Spione: „Schweig, Verräter! Whistleblower im Visier“, gesendet am 16.12.2014 und 6.1.2015 auf „arte“; 97minütige Dokumentation; <http://www.arte.tv/guide/de/051400-000/schweig-verraeter>



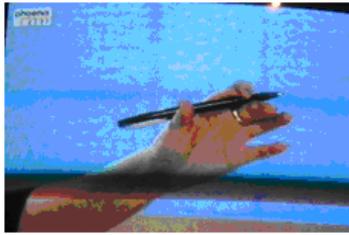
341

Besonders erschütternd fand ich die Szenen aus einer Sendung im US-amerikanischen Fernsehen:



War John Kiriakou zunächst noch charmant und guter Hoffnung, schien sich die Interviewerin sichtlich immer wohler und John Kiriakou immer unglücklicher zu fühlen, und das letzte Bild am Schluß der Sendung hinterließ in mir deutlich den Eindruck, als habe hier gerade ein Kampf mit einem eindeutigen Sieger und einem eindeutigen Verlierer stattgefunden, und keine Sendung, die dem „Ex-CIA Officer sentenced to 30 months in prison for leaking information“ (Unterzeile zum obigen Bild aus dem Film) Gelegenheit gegeben hätte, die Öffentlichkeit darüber zu informieren, wofür man in den USA für 30 Monate ins Gefängnis geschickt werden kann.

<sup>341</sup> Szene aus James Spione: „Schweig, Verräter! Whistleblower im Visier“, gesendet am 16.12.2014 und 6.1.2015 auf „arte“; 97minütige Dokumentation; <http://www.arte.tv/guide/de/051400-000/schweig-verraeter>



In diesen Tagen hatte ich enorme Probleme, mit diesen Neuigkeiten, diesen Schicksalen umzugehen. Immer mehr Insider kamen an eine Grenze, wo sie „nicht mehr mitmachen“ wollten. Der Senat hatte in seinem Folterbericht festgestellt, daß die USA foltern ließen -

DER SPIEGEL 51/2014



und trotzdem mußten Menschen, die eben das, also einfach nur die Wahrheit sagten, in den USA ins Gefängnis?

In seiner „Eidesstattlichen Erklärung vom 24.5.2011“ schreibt Hans Roth: „Nach der Arte-Sendung zu ‚Gladio‘ (15.2.2011) kann niemand mehr sagen: das gibt’s nicht. – Das ist der Satz, den ich immer gehört habe, wenn es um den wirklichen, wahren Grund meines Berufsverbotes ging, seit bald vierzig Jahren“<sup>342</sup>; am 9.3.2012: „Daß ‚Gladio‘ in Europa in den höchsten Sphären des Staates rekrutierte, konnte einstweilen nur in einem Land ohne aktive Struktur berichtet werden“<sup>343</sup>; in seinem Brief an den Bundespräsidenten vom 5.5.2012<sup>344</sup>: „G. Wallraff hatte mich einst gebeten, mich einzuschleichen in ein geheimes ‚Gladio‘-Lager; er kannte nur einen Offizier, der das konnte“; am 1.6.2014: „Ein Bericht über Folter-Ausbildung mit vielen Folgen: .... Wer v. d. H. getäuscht hat, hat sein Leben lang nichts mehr zu lachen ...“, ein Gerücht...“<sup>345</sup>

Nur ein Gerücht? „Das Gerücht, zu einem falschen Aktenmenschen verdichtet, wird Gegenstand eines geheimen Verhörs, mehrerer Berufsverbote, staatlicher und kirchlicher, mehrerer Umzüge: wer will schon einen ‚Kommunisten‘, einen ‚Extremisten‘ beherbergen, auf den immer wieder hingewiesen wird, telefonisch und schriftlich?“<sup>346</sup>

Irgend etwas mußte auch hier noch aufgeklärt werden. Zeitzeugen wurden gebraucht. Wie konnte es nur sein, daß sich immer wieder Menschen „interessiert“, „betroffen“, „entsetzt“, „erschüttert“ zeigen – und dann plötzlich nicht mehr antworteten?

Wie mochte sich John Kiriakou fühlen, wie Edward Snowden und wie Hans Roth, der zum „Fall“ gemacht und dem nach 45 Jahren noch immer keine „Wiedergutmachung“ für das mehrfach an ihm begangene Unrecht zuteil wurde? Was soll jemand denken, der schon vor Jahrzehnten von „Gladio“ gesprochen und dem jahrzehntelang niemand geglaubt hat? Geheimdienste, Sicherheitsdienste, verdeckte Operationen - was war damals wirklich passiert?

<sup>342</sup> siehe Erstes Buch S. 108; auch in „Aljas Blog: Der Fall Hans Roth“ unter <http://aljas.wordpress.com/2008/12/02/der-fall-hans-roth/> und im „Forum“ zur Sendung „Report Mainz“ vom 1.12.2008 unter <http://www.swr.de/forum/read.php?2,34480>

<sup>343</sup> siehe Erstes Buch S. 109 sowie a.a.O.

<sup>344</sup> siehe Erstes Buch S. 191ff bzw. meine zweite Petition als PDF auf [http://www.gew-hessen.de/fileadmin/user\\_upload/themen/berufsverbot/hans\\_roth\\_zweite\\_petition.pdf](http://www.gew-hessen.de/fileadmin/user_upload/themen/berufsverbot/hans_roth_zweite_petition.pdf), dort S. 68-70

<sup>345</sup> siehe Zweites Buch S. 3 bzw. <http://www.heise.de/tp/foren/S-Erklaerung-von-Hans-Roth-vom-1-6-2014/forum-152348/msg-25379857/read/>

<sup>346</sup> a.a.O.

### 34. Beschluss des Hessischen Landtags vom 17.12.2014 zur Petition Nr. 04961/18

Und meine Republik bröselte so langsam vor sich hin; am 8. Januar fand ich folgende Mitteilung in meinem Briefkasten:



347

>Hessischer Landtag

Präsident

Bereich Petitionen

Postfach 3240

65022 Wiesbaden

auf dem Briefpapier: Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden, Durchwahl: 0611 350237,  
Telefax: 0611 350 459, E-Mail: [petitionen@ltg.hessen.de](mailto:petitionen@ltg.hessen.de), URL: [www.hessischer-landtag.de](http://www.hessischer-landtag.de)  
Aktenzeichen: 4961/18

18.12.2014

Frau

Nadja Thelen-Khoder (Adresse)

**Beschluss des Hessischen Landtags vom 17.12.2014 zur Petition Nr. 04961/18**

Eingabe vom 06.09.2013 für Hans Roth

Sehr geehrte Frau Thelen-Khoder,

mit Ihrer Petition begehren Sie erneut die Rehabilitierung von Herrn Hans Roth durch das Hessische Kultusministerium und haben weitere umfangreiche Unterlagen vorgelegt.

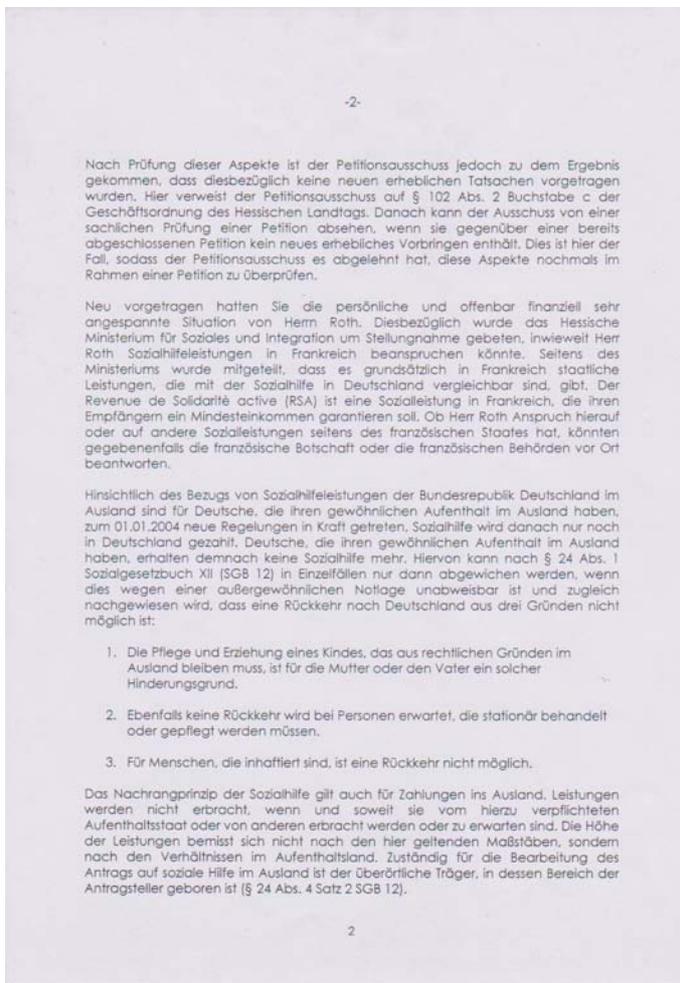
<sup>347</sup> Ablehnung. Beim Hessischen Landtag „erledigt“: [http://berufsverbote.de/tl\\_files/docs/F-HansRoth\\_PetitionHessen\\_Ablehnung.pdf](http://berufsverbote.de/tl_files/docs/F-HansRoth_PetitionHessen_Ablehnung.pdf)

Der Petitionsausschuss des Hessischen Landtages hat sich mit Ihrer erneuten Eingabe ausführlich befasst. Das Ergebnis der Beratungen teile ich Ihnen im Folgenden mit:

Sie bitten erneut um Rücknahme der Formulierung, dass Herr Roth die „charakterliche Reife nicht besitzt“, wie es im Widerspruchsbescheid vom 13.09.1978 formuliert wurde. Herr Roth fordere seit dreißig Jahren seine Rehabilitation und bitte um Schadensersatz. Für Sie stelle sich die Frage, warum er nicht evangelische Religion und Sozialkunde unterrichten dürfe und wer welche Artikel gefälscht habe.

Dieser Vortrag war bereits Gegenstand der abgeschlossenen Petition 263/18, die der Hessische Landtag der Landesregierung mit der Bitte überwiesen hatte, Sie über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten. Den Beschluss des Hessischen Landtags hatte das Hessische Kultusministerium mit Schreiben vom 18.08.2010 ausgeführt. Zur Vermeidung von Wiederholungen erlaube ich mir, hierauf Bezug zu nehmen.

Mit der Beschlussfassung zur Petition 263/18 und der Ausführung des Beschlusses sind Sie nicht einverstanden.



Nach Prüfung dieser Aspekte ist der Petitionsausschuss jedoch zu dem Ergebnis gekommen, dass diesbezüglich keine neuen erheblichen Tatsachen vorgetragen wurden. Hier verweist der Petitionsausschuss auf § 102 Abs. 2 Buchstabe c der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags. Danach kann der Ausschuss von einer sachlichen Prüfung einer Petition absehen, wenn sie gegenüber einer bereits abgeschlossenen Petition kein neues erhebliches Vorbringen enthält. Dies ist hier der Fall, sodass der Petitionsausschuss es abgelehnt hat, diese Aspekte nochmal im Rahmen einer Petition zu überprüfen.

Neu vorgetragen hatten Sie die persönliche und offenbar finanziell sehr angespannte Situation von Herrn Roth. Diesbezüglich wurde das Hessische Ministerium für Soziales und

Integration um Stellungnahme gebeten, inwieweit Herr Roth Sozialhilfeleistungen in Frankreich beanspruchen könnte. Seitens des Ministeriums wurde mitgeteilt, dass es grundsätzlich in Frankreich staatliche Leistungen, die mit der Sozialhilfe in Deutschland vergleichbar sind, gibt. Der Revenue de Solidarité active (RSA) ist eine Sozialleistung in Frankreich, die ihren Empfängern ein Mindesteinkommen garantieren soll. Ob Herr Roth Anspruch hierauf oder auf andere Sozialleistungen des französischen Staates hat, könnten gegebenenfalls die französische Botschaft oder die französischen Behörden vor Ort beantworten.

Hinsichtlich des Bezugs von Sozialhilfeleistungen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland sind für Deutsche, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland haben, zum 01.01.2004 neue Regelungen in Kraft getreten. Sozialhilfe wird danach nur noch in Deutschland gezahlt. Deutsche, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland haben, erhalten demnach keine Sozialhilfe mehr. Hiervon kann nach § 24 Abs. 1 Sozialgesetzbuch XII (SGB 12) in Einzelfällen nur dann abgewichen werden, wenn dies wegen einer außergewöhnlichen Notlage unabweisbar ist und zugleich nachgewiesen wird, dass eine Rückkehr nach Deutschland aus drei Gründen nicht möglich ist:

1. Die Pflege und Erziehung eines Kindes, das aus rechtlichen Gründen im Ausland bleiben muss, ist für die Mutter oder den Vater ein solcher Hintergrund.
2. Ebenfalls keine Rückkehr wird bei Personen erwartet, die stationär behandelt oder gepflegt werden müssen.
3. Für Menschen, die inhaftiert sind, ist eine Rückkehr nicht möglich.

Das Nachrangprinzip der Sozialhilfe gilt auch für Zahlungen ins Ausland. Leistungen werden nicht erbracht, wenn und soweit sie vom hierzu verpflichteten Aufenthaltsstaat oder von anderen erbracht werden oder zu erwarten sind. Die Höhe der Leistungen bemisst sich nicht nach den hier geltenden Maßstäben, sondern nach den Verhältnissen im Aufenthaltsland. Zuständig für die Bearbeitung des Antrags auf soziale Hilfe im Ausland ist der überörtliche Träger, in dessen Bereich der Antragsteller geboren ist (§ 24 Abs. 4 Satz 2 SGB 12).



Für Deutsche, die bereits für die Jahre 2002 und 2003 ohne Unterbrechung Hilfe erhalten haben und in dem Aufenthaltsstaat über eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung

verfügen, enthält § 132 SGB 12 eine Übergangsregelung. Dieser Personenkreis erhält bei fortdauernder Bedürftigkeit weiterhin Sozialhilfe.

Für Deutsche im Ausland, die zwar am 31.12.2003 Sozialhilfe bezogen haben, aber nicht unter die vorgenannten drei Ausnahmen fallen bzw. die Sozialhilfe nicht schon 2002 und 2003 durchgehend im Ausland bezogen haben, ist der Anspruch auf Sozialhilfe zum 01.04.2004 weggefallen.

Hinsichtlich der möglichen Einsicht in die Herrn Roth betreffenden Unterlagen im Hauptstaatsarchiv konnte folgendes ermittelt werden:

Eine persönliche Einsichtnahme von Herrn Roth in seine ihn betreffenden Unterlagen ist nach dem Hessischen Archivgesetz grundsätzlich zulässig, soweit sichergestellt ist, dass schutzwürdige Belange Dritter nicht beeinträchtigt werden.

Nach § 15 Abs. 1 des Hessischen Archivgesetzes (HArchivG) ist einer betroffenen Person im Sinne von § 2 Abs. 1 des Hessischen Datenschutzgesetzes in der derzeit geltenden Fassung ohne Rücksicht auf die in § 13 Abs. 1 und 2 festgesetzten Schutzfristen auf Antrag Auskunft über die im Archivgut zu ihrer Person enthaltenen Daten zu erteilen. Statt einer Auskunft kann das öffentliche Archiv auch Einsicht in die Unterlagen gewähren. Zuvor muss allerdings sichergestellt werden, dass Herr Roth sich im allgemeinen Nutzungsantrag schriftlich verpflichtet, schutzwürdige Belange natürlicher oder juristischer Personen Dritter zu wahren.

Sollte eine andere Person für Herrn Roth die Akte nutzen wollen, müsste diese eine Einverständniserklärung von Herrn Roth vorlegen (§ 13 Abs. 6 HArchivG) oder einen Schutzfristenverkürzungsantrag stellen (§ 13 Abs. 5 HArchivG).

Aufgrund der unterschiedlichen Schutzfristenregelungen des Hessischen Archivgesetzes für die Nutzung der betreffenden Unterlagen wird im Einzelnen wie folgt informiert:

1. Abt. 901 (Verwaltungsgericht Wiesbaden) Nr. 605, Laufzeit: 1974-1975

Verwaltungsstreitverfahren des Hans Roth ./ Land Hessen, vertreten durch den HMDI wegen Vernichtung von Unterlagen des Landesamtes für Verfassungsschutz (Az. I/2 E 210/74). Beendigung des Verfahrens nach Klagerücknahme vom 17.02.1975.

Bei diesen Verfahrensakten des Verwaltungsgerichts Wiesbaden handelt es sich um personenbezogenes Schriftgut gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 HArchivG. Es bezieht sich nach seiner Zweckbestimmung auf den Betroffenen selbst. Dem Betroffenen selbst ist nach § 15 Abs. 1 HArchivG Einsicht in die Unterlagen zu gewähren. Sollte eine andere Person für Herrn Roth die Akten nutzen wollen, müsste diese eine Einverständniserklärung von Herrn Roth vorlegen (§ 13 Abs. 6 HArchivG) oder einen Schutzfristenverkürzungsantrag stellen (§ 13 Abs. 5 HArchivG).

2. Abt. 504 (Kultusministerium) Nr. 8984, Laufzeit 1986

In der Akte befindet sich die Beantwortung einer Kleinen Anfrage des Abg. Messinger (GRÜNE) zur „Dokumentation zu Hans Roth“ vom Mai 1985. Diese unterliegt noch einer Schutzfrist nach § 13 Abs. 1 HArchivG, da sie vor weniger als 30 Jahren geschlossen wurde. Auch werden durch eine Einsichtnahme schutzwürdige Rechte Dritter berührt. Zum Fall Roth enthält die Akte nur wenige Blätter über eine Kleine Anfrage im Landtag. Dem Betroffenen selbst ist nach § 15 Abs. 1 HArchivG Einsicht in die Unterlagen zu gewähren. Sollte eine andere Person für Herrn Roth die Akten nutzen wollen, müsste diese eine Einverständniserklärung von Herrn Roth vorlegen (§ 13 Abs. 6 HArchivG) oder einen Schutzfristenverkürzungsantrag stellen (§ 13 Abs. 5 HArchivG). Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass schutzwürdige Belange Dritter gewahrt bleiben. Die Kleine Anfrage zum Fall Roth könnte Herrn Roth ggf. in Kopie zur Verfügung gestellt werden.

2. Abt. 504 (Kultusministerium) Nr. 8984, Laufzeit 1986  
In der Akte befindet sich die Beantwortung einer Kleinen Anfrage des Abg. Messinger (GRÜNE) zur „Dokumentation zu Hans Roth“ vom Mai 1985. Diese unterliegt noch einer Schutzfrist nach § 13 Abs. 1 HArchivG, da sie vor weniger als 30 Jahren geschlossen wurde. Auch werden durch eine Einsichtnahme schutzwürdige Rechte Dritter berührt. Zum Fall Roth enthält die Akte nur wenige Blätter über eine Kleine Anfrage im Landtag. Dem Betroffenen selbst ist nach § 15 Abs. 1 HArchivG Einsicht in die Unterlagen zu gewähren. Sollte eine andere Person für Herrn Roth die Akten nutzen wollen, müsste diese eine Einverständniserklärung von Herrn Roth vorlegen (§ 13 Abs. 6 HArchivG) oder einen Schutzfristenverkürzungsantrag stellen (§ 13 Abs. 5 HArchivG). Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass schutzwürdige Belange Dritter gewahrt bleiben. Die Kleine Anfrage zum Fall Roth könnte Herrn Roth ggf. in Kopie zur Verfügung gestellt werden.
3. Abt. 502 (Ministerpräsident – Staatskanzlei) Nr. 7704, Laufzeit: 1977  
Die Akte enthält das Urteil des Verwaltungsgerichts Kassel vom 13.01.1977 im Verwaltungsstreitverfahren zwischen Herrn Roth und dem Land Hessen, vertreten durch den HMDI wegen Vernichtung von Unterlagen des Verfassungsschutzes (Az. IV E 497/76) Beschluss des Verwaltungsgerichtshofs in derselben Sache vom 04.02.1977 (Az. VI TE 44/76). Hierbei handelt es sich um eine Sammelakte mit BVerfG-Entscheidungen zum Radikalenerlass. Die Akte ist älter als 30 Jahre und kann nach § 12 HArchivG grundsätzlich genutzt werden. Bei Einsichtnahme in die gesamte Akte durch Herrn Roth wäre zu berücksichtigen, dass schutzwürdige Belange Dritter berührt werden. Es müsste sichergestellt werden, dass Herr Roth sich im allgemeinen Nutzungsantrag schriftlich verpflichtet, schutzwürdige Belange Dritter zu wahren. Das Urteil des Verwaltungsgerichts Kassel vom 13.01.1977 im Verwaltungsstreitverfahren zwischen Herrn Roth und dem Land Hessen könnte Herrn Roth ggf. in Kopie zur Verfügung gestellt werden.
4. Abt. 502 (Ministerpräsident – Staatskanzlei) Nr. 5097, Laufzeit: 1979  
Zum Fall Roth enthält die Akte nur 3 Blätter einer Korrespondenz zwischen Ministerpräsident Bömer und Prof. Gollwitzer. Die Akte ist älter als 30 Jahre und kann nach § 12 HArchivG grundsätzlich genutzt werden. Bei Einsichtnahme in die gesamte Akte ist allerdings zu berücksichtigen, dass schutzwürdige Belange Dritter berührt werden. Diese Blätter könnten Herrn Roth ggf. in Kopie zur Verfügung gestellt werden.  
Es müsste auch in diesem Fall sichergestellt werden, dass der Antragsteller sich im allgemeinen Nutzungsantrag schriftlich verpflichtet, schutzwürdige Belange Dritter zu wahren.
5. Abt. 502 (Ministerpräsident – Staatskanzlei) Nr. 7094-7097 (2 Bde.), Laufzeit: 1975-1976; 1977-1980

3. Abt. 502 (Ministerpräsident – Staatskanzlei) Nr. 7704, Laufzeit 1977  
Die Akte enthält das Urteil des Verwaltungsgerichts Kassel vom 13.01.1977 im Verwaltungsstreitverfahren zwischen Herrn Roth und dem Land Hessen, vertreten durch den HMDI wegen Vernichtung von Unterlagen des Verfassungsschutzes (Az. IV E 497/76) Beschluss des Verwaltungsgerichtshofs in derselben Sache vom 04.02.1977 (Az. VI TE 44/76). Hierbei handelt es sich um eine Sammelakte mit BVerfG-Entscheidungen zum Radikalenerlass. Die Akte ist älter als 30 Jahre und kann nach § 12 HArchivG grundsätzlich genutzt werden. Bei Einsichtnahme in die gesamte Akte durch Herrn Roth wäre zu berücksichtigen, dass schutzwürdige Belange Dritter berührt werden. Es müsste sichergestellt werden, dass Herr Roth sich im allgemeinen Nutzungsantrag schriftlich verpflichtet, schutzwürdige Belange Dritter zu wahren. Das Urteil des Verwaltungsgerichts Kassel vom 13.01.1977 im Verwaltungsstreitverfahren

zwischen Herrn Roth und dem Land Hessen könnte Herrn Roth ggf. in Kopie zur Verfügung gestellt werden.

4. Abt. 502 (Ministerpräsident – Staatskanzlei) Nr. 5097, Laufzeit: 1979

Zum Fall Roth enthält die Akte nur 3 Blätter einer Korrespondenz zwischen Ministerpräsident Börner und Prof. Gollwitzer. Die Akte ist älter als 30 Jahre und kann nach § 12 HArchivG grundsätzlich genutzt werden. Bei Einsichtnahme in die gesamte Akte ist allerdings zu berücksichtigen, dass schutzwürdige Belange Dritter berührt werden. Diese Blätter könnten Herrn Roth ggf. in Kopie zur Verfügung gestellt werden.

Es müsste auch in diesem Fall sichergestellt werden, dass der Antragsteller sich im allgemeinen Nutzungsantrag schriftlich verpflichtet, schutzwürdige Belange Dritter zu wahren.

5. Abt. 502 (Ministerpräsident – Staatskanzlei) Nr. 7094-7097 (2 Bde.), Laufzeit: 1975-1976; 1977-1980

Die Bände betreffen ausschließlich die Verfassungsbeschwerde des Hans Roth wegen der vom Hessischen Verwaltungsgerichtshof bestätigten verweigten Vorlage von Unterlagen des Verfassungsschutzes durch den HMdI (Az. I BvR 231/77); Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 10.05.1979:

Verfassungsbeschwerde nicht zur Entscheidung abgenommen. Darin auch:

- Beschluss des Verwaltungsgerichts Kassel vom 09.09.1976 in dem Zwischenstreit zwischen Roth und dem HMdI wegen Vorlage von Akten (Az. IV E 368/75).

- Beschluss des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs in derselben Sache vom 04.02.1977 (Az. VI TE 444/76).

Nach eingehender Prüfung wurde festgestellt, dass die Akte auf S. 235-237 eine Protokollnotiz über eine Besprechung beim Bundesministern des Innern vom 10.10.1977 enthält. Diese Blätter wurden vom BMdI mit dem Stempel „VS-Nur für den Dienstgebrauch“ versehen und haben damit der untersten Stufe der Geheimhaltung unterlegen, als sie in das Hauptstaatsarchiv übernommen wurden. Somit wäre bei den Bänden Nr. 7094-7095 von einer verlängerten Schutzfrist nach § 13 Abs. 1 Satz 2 HArchivG auszugehen. Dem Betroffenen selbst ist nach § 15 Abs. 1 HArchivG Einsicht in die Unterlagen zu gewähren. Sollte eine andere Person für Herrn Roth die Akten nutzen wollen, müsste diese eine Einverständniserklärung von Herrn Roth vorlegen (§ 13 Abs. 6 HArchivG) oder einen Schutzfristenverkürzungsantrag stellen (§ 13 Abs. 5 HArchivG). Der Umfang der Bände beträgt insgesamt rund 750 Seiten. Davon Kopien anzufertigen, wäre nicht nur wegen des Verwaltungsaufwandes und der damit verbundenen Kosten problematisch, sondern da in diesem Fall nicht gewährleistet werden kann, dass schutzwürdige Belange des Betroffenen und Dritter ausreichend gewahrt bleiben (§ 9 Abs. 1 NutzungsO (StAnz. 3/2014 S. 49)).

6. Abt. 1306 (Sammlung Reinhart Christof Bartholomäi), Nr. 11, Laufzeit: 1978

Der Sammlungsbestand enthält einen Schriftsatz der Staatskanzlei aus dem Nachlass Bartholomäi zur Verfassungsbeschwerde des Hans Roth. Die Akte ist generell unbeschränkt nutzbar. Dieser Schriftsatz könnte Herr Roth ggf. in Kopie zur Verfügung gestellt werden. Es müsste allerdings auch in diesem Fall sichergestellt werden, dass der Antragsteller sich im allgemeinen Nutzungsantrag schriftlich verpflichtet, schutzwürdige Belange Dritter zu wahren.

7. Staatsarchiv Marburg Best. 280 (Verwaltungsgericht Kassel) Nr. 3351, 3477, 3604, Laufzeit: 1976-1982; 1975-1979; 1981-1982.

Alle drei Verfahrensakten unterliegen noch der personenbezogenen Schutzfrist (10 Jahre nach dem Tod bzw. 100 Jahre nach der Geburt des Betroffenen) nach § 13 Abs. 2 HArchivG). Dem Betroffenen selbst ist nach § 15 Abs. 1 HArchivG Einsicht in die

Unterlagen zu gewähren. Sollte eine andere Person für Herrn Roth die Akten nutzen wollen, müsste diese eine Einverständniserklärung von Herrn Roth vorlegen (§ 13 Abs. 6 HArchivG) oder einen Schutzfristenverkürzungsantrag stellen (§ 13 Abs. 5 HArchivG). Von diesen Akten (insgesamt etwa 400 Seiten) Kopien anzufertigen, wäre nicht nur wegen des Verwaltungsaufwandes und der damit verbundenen Kosten problematisch, sondern da auch in diesem Fall nicht gewährleistet werden kann, dass schutzwürdige Belange des Betroffenen und Dritter ausreichend gewahrt bleiben (§ 9 Abs. 1 NutzungsO).

Die Bände betreffen ausschließlich die Verfassungsbeschwerde des Hans Roth wegen der vom Hessischen Verwaltungsgerichtshof bestätigten verweigerten Vorlage von Unterlagen des Verfassungsschutzes durch den HMDI (Az. I BvR 231/77); Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 10.05.1979: Verfassungsbeschwerde nicht zur Entscheidung angenommen. Darin auch:

- Beschluss des Verwaltungsgerichts Kassel vom 09.09.1976 in dem Zwischenstreit zwischen Roth und dem HMDI wegen Vorlage von Akten (Az. IV E 368/75).
- Beschluss des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs in derselben Sache vom 04.02.1977 (Az. VI TE 444/76).

Nach eingehender Prüfung wurde festgestellt, dass die Akte auf S. 235-237 eine Protokollnotiz über eine Besprechung beim Bundesministerium des Innern vom 10.10.1977 enthält. Diese Blätter wurden vom BMDI mit dem Stempel "VS-Nur für den Dienstgebrauch" versehen und haben damit der untersten Stufe der Geheimhaltung unterlegen, als sie in das Hauptstaatsarchiv übernommen wurden. Somit wäre bei den Bänden Nr. 7094-7095 von einer verlängerten Schutzfrist nach § 13 Abs.1 Satz 2 HArchivG auszugehen. Dem Betroffenen selbst ist nach § 15 Abs. 1 HArchivG Einsicht in die Unterlagen zu gewähren. Sollte eine andere Person für Herrn Roth die Akten nutzen wollen, müsste diese eine Einverständniserklärung von Herrn Roth vorlegen (§ 13 Abs. 6 HArchivG) oder einen Schutzfristenverkürzungsantrag stellen (§ 13 Abs. 5 HArchivG). Der Umfang der Bände beträgt insgesamt rund 750 Seiten. Davon Kopien anzufertigen, wäre nicht nur wegen des Verwaltungsaufwandes und der damit verbundenen Kosten problematisch, sondern da in diesem Fall nicht gewährleistet werden kann, dass schutzwürdige Belange des Betroffenen und Dritter ausreichend gewahrt bleiben (§ 9 Abs. 1 NutzungsO (StAnz. 3/2014 S. 49)).

6. Abt. 1306 (Sammlung Reinhart Christof Bartholomäi), Nr. 11, Laufzeit: 1978  
Der Sammlungsbestand enthält einen Schriftsatz der Staatskanzlei aus dem Nachlass Bartholomäi zur Verfassungsbeschwerde des Hans Roth. Die Akte ist generell unbeschränkt nutzbar. Dieser Schriftsatz könnte Herr Roth ggf. in Kopie zur Verfügung gestellt werden. Es müsste allerdings auch in diesem Fall sichergestellt werden, dass der Antragsteller sich im allgemeinen Nutzungsantrag schriftlich verpflichtet, schutzwürdige Belange Dritter zu wahren.
7. Staatsarchiv Marburg Best. 280 (Verwaltungsgericht Kassel) Nr. 3351, 3477, 3604, Laufzeit: 1976-1982; 1975-1979; 1981-1982.  
Alle drei Verfahrensakten unterliegen noch der personenbezogenen Schutzfrist (10 Jahre nach dem Tod bzw. 100 Jahre nach der Geburt des Betroffenen) nach § 13 Abs. 2 HArchivG. Dem Betroffenen selbst ist nach § 15 Abs. 1 HArchivG Einsicht in die Unterlagen zu gewähren. Sollte eine andere Person für Herrn Roth die Akten nutzen wollen, müsste diese eine

Herr Roth kann als Betroffener alle oben aufgeführten Akten, die noch besonderen Schutzfristen unterliegen, einsehen. Zuvor muss allerdings sichergestellt werden, dass Herr Roth sich im allgemeinen Nutzungsantrag schriftlich verpflichtet, schutzwürdige Belange natürlicher oder juristischer Personen Dritter zu wahren.

Sein Recht auf Einsichtnahme begründet sich auf § 15 Abs. 1 des Hessischen Archivgesetzes. Sollte eine andere Person für Herrn Roth die Akten nutzen wollen, müsste diese eine Einverständniserklärung von Herrn Roth vorlegen (§ 13 Abs. 6 HArchivG) oder einen Schutzfristenverkürzungsantrag stellen (§ 13 Abs. 5 HArchivG).

Die Übersendung von Kopien an Herrn Roth wäre in den Fällen Ziffer 1, 5 und 7 nicht nur wegen des Verwaltungsaufwandes und der damit verbundenen Kosten problematisch, sondern da auch in diesen Fällen nicht gewährleistet werden kann, dass schutzwürdige Belange des Betroffenen und Dritter ausreichend gewahrt bleiben (§ 9 Abs. 1 NutzungsO (StAnz. 3/2014 S. 49)).

Auf Grund der getroffenen Feststellungen und Beratungen hat der Petitionsausschuss daher beschlossen, Ihre Petition nach Prüfung der Sach- und Rechtslage für erledigt zu erklären. Diesen Beschluss hat der Hessische Landtag in seiner 31. Plenarsitzung am 17.12.2014 bestätigt, sodass das Petitionsverfahren hiermit abgeschlossen ist.

Ihnen und Herrn Roth wünsche ich für die Zukunft alles Gute.

Mit freundlichen Grüßen

Norbert Kartmann

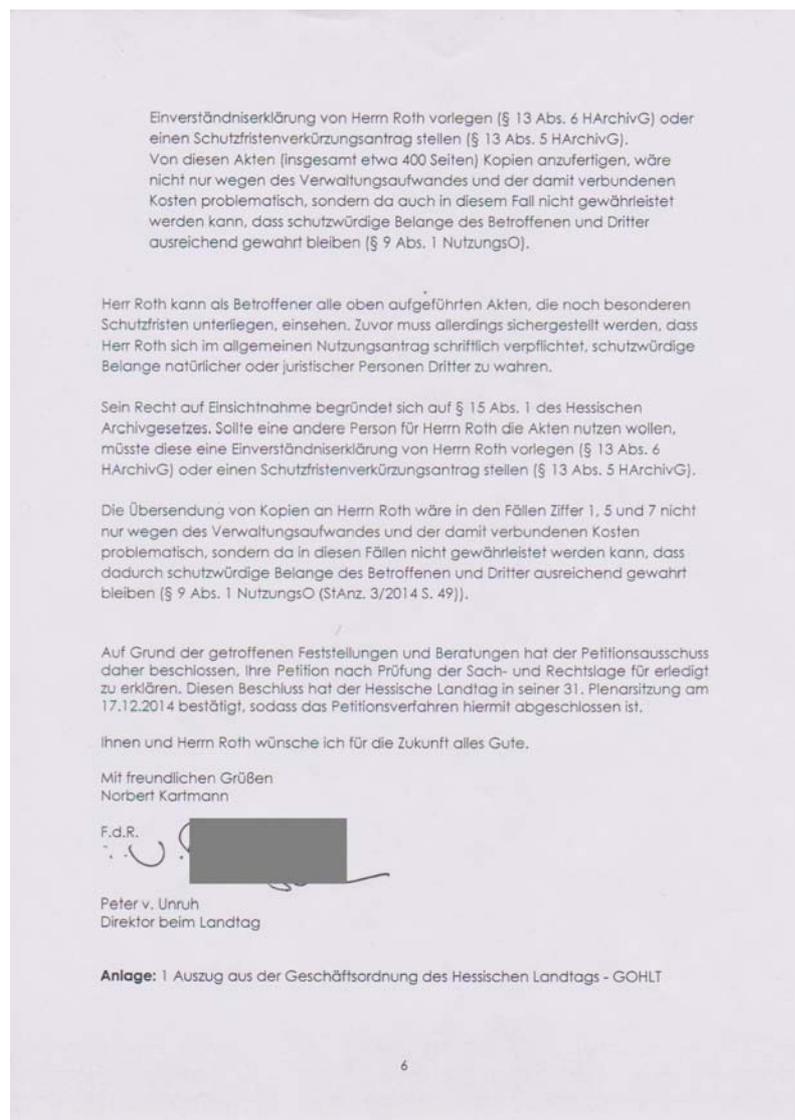
F.d.R.

(Unterschrift)

Peter v. Unruh

Direktor beim Landtag

Anlage: 1 Auszug aus der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags – GOHLT



**§ 101**

**Beschlussfassung über Petitionen**

(1) Über Petitionen wird in der Regel in folgender Weise entschieden:

1. Die Petition wird für ungeeignet zu einer sachlichen Behandlung erklärt.
  2. Die Petition wird mit der Beschlussfassung des Landtags über einen Gesetzentwurf oder über einen anderen, in der Empfehlung bezeichneten Gegenstand für erledigt erklärt.  
Geschäftsordnung des Hessischen Landtags 26
  3. Die Petition wird der Landesregierung
    - a) zur Berücksichtigung, falls der Ausschuss nach eingehender Prüfung der Sach- und Rechtslage die Erfüllung des Anliegens der Petentin oder des Petenten für geboten hält,
    - b) zur Erwägung, falls der Ausschuss die Erfüllung des Anliegens der Petentin oder des Petenten befürwortet, sofern einzelne zum Zeitpunkt der Abgabe der Ausschussempfehlung noch offenstehende Fragen zugunsten des Anliegens beantwortet werden können,
    - c) als Material, falls das geltende Recht die an sich wünschenswerte Erfüllung des Anliegens nicht zulässt, jedoch geprüft werden soll, ob die Petition Anlass gibt, entgegenstehende Bestimmungen zu ändern oder auf ihre Änderung hinzuwirken,
    - d) mit der Bitte, die Petentin oder den Petenten über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten, überwiesen.
  4. Die Petition wird für erledigt erklärt, da dem Anliegen der Petentin oder des Petenten bereits Rechnung getragen worden ist.
  5. Die Petition wird nach Prüfung der Sach- und Rechtslage für erledigt erklärt.
  6. Die Petition wird einem anderen, in der Empfehlung bezeichneten Ausschuss als Material überwiesen.
  7. Die Petition wird dem Deutschen Bundestag oder einem anderen Landesparlament überwiesen.
- (2) Die Petentin oder der Petent und in den Fällen des Abs. 1 Nr. 3 die Landesregierung werden von der Präsidentin oder dem Präsidenten über die Entscheidung des Landtags unterrichtet. Die Entscheidungen nach Abs. 1 Nr. 1, Nr. 4 bis 6 sollen begründet werden.

**§ 102**

**Absehen von der sachlichen Behandlung**

- (1) Der Ausschuss soll sich mit der Petition sachlich nicht befassen, wenn
- a) ihre Behandlung einen rechtswidrigen Eingriff in ein schwebendes gerichtliches Verfahren bedeuten würde. Ein rechtswidriger Eingriff liegt nicht in der Behandlung von Beschwerden gegen Richter, deren Überprüfung im Wege der Dienstaufsicht nach § 26 Abs. 2 des Deutschen Richtergesetzes möglich ist, oder in der Einflussnahme auf die der parlamentarischen Kontrolle des Landtags unterstehenden Verfahrensbeteiligten, soweit sie befugt sind, auf Grund ihres gerichtlich nicht oder nur beschränkt überprüfbares Ermessens zu handeln,
  - b) es sich um ein rechtskräftig abgeschlossenes gerichtliches Verfahren handelt und das Vorbringen die Wiederaufnahme des Verfahrens oder eine Abänderung der Entscheidung des Gerichts oder eines gerichtlichen Vergleichs bezweckt,
  - c) es sich um eine Angelegenheit handelt, die Gegenstand eines staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahrens ist; die sachliche Prüfung ist jedoch zulässig, soweit sich die Eingabe gegen die verzögerliche Behandlung des Ermittlungsverfahrens richtet,
  - d) der Vorgang Gegenstand eines parlamentarischen Untersuchungsverfahrens nach Artikel 92 HV ist oder war.
- (2) Der Ausschuss kann von einer sachlichen Prüfung der Petition absehen, wenn
- a) sie nicht mit dem Namen oder der vollständigen Anschrift der Petentin oder des Petenten versehen, unleserlich oder unverständlich ist,
  - b) sie durch die Form oder den Inhalt ein Strafgesetz verletzt,
  - c) sie gegenüber einer bereits abgeschlossenen Petition kein neues erhebliches Vorbringen enthält,
  - d) sie sich gegen eine behördliche Entscheidung richtet, falls die oder der Berechtigte von möglichen Rechtsbehelfen keinen Gebrauch gemacht hat, obwohl dies ihr oder ihm möglich und zumutbar ist oder gewesen wäre. Ist der Rechtsbehelf bereits eingelegt, so soll sich die Überprüfung darauf beschränken, ob über den Rechtsbehelf innerhalb einer angemessenen Zeit entschieden wurde. Das Recht des Landtags, auf eine mögliche Abänderung einer Ermessensentscheidung unabhängig von der noch ausstehenden Entscheidung über Rechtsbehelfe hinzuwirken, bleibt unberührt,
  - e) sie zurückgezogen wurde.
- (3) Die Petentin oder der Petent werden von der Präsidentin oder dem Präsidenten unterrichtet, warum der Landtag von der sachlichen Behandlung der Petition abgesehen hat. Das gilt nicht im Falle des Abs. 2 Buchstabe e).

**§ 101**

**Beschlussfassung über Petitionen**

(1) Über Petitionen wird in der Regel in folgender Weise entschieden:

1. Die Petition wird für ungeeignet zu einer sachlichen Behandlung erklärt.
2. Die Petition wird mit der Beschlussfassung des Landtags über einen Gesetzentwurf oder über einen anderen, in der Empfehlung bezeichneten Gegenstand für erledigt erklärt.  
Geschäftsordnung des Hessischen Landtags 26

3. Die Petition wird der Landesregierung

a) zur Berücksichtigung, falls der Ausschuss nach eingehender Prüfung der Sach- und Rechtslage die Erfüllung des Anliegens der Petentin oder des Petenten für geboten hält,

b) zur Erwägung, falls der Ausschuss die Erfüllung des Anliegens der Petentin oder des Petenten befürwortet, sofern einzelne

zum Zeitpunkt der Abgabe der Ausschussempfehlung noch offenstehende Fragen zugunsten des Anliegens beantwortet werden können,

c) als Material, falls das geltende Recht die an sich wünschenswerte Erfüllung des Anliegens nicht zulässt, jedoch geprüft werden soll, ob die Petition Anlass gibt, entgegenstehende Bestimmungen zu ändern oder auf ihre Änderung hinzuwirken,

d) mit der Bitte, die Petentin oder den Petenten über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten, überwiesen.

4. Die Petition wird für erledigt erklärt, da dem Anliegen der Petentin oder den Petenten bereits Rechnung getragen worden ist.

5. Die Petition wird nach Prüfung der Sach- und Rechtslage für erledigt erklärt.

6. Die Petition wird einem anderen, in der Empfehlung bezeichneten Ausschuss als Material überwiesen.

7. Die Petition wird dem Deutschen Bundestag oder einem anderen Landesparlament überwiesen.

(2) Die Petentin oder der Petent und in den Fällen des Abs. 1 Nr. 3 die Landesregierung werden von der Präsidentin oder dem Präsidenten über die Entscheidung des Landtags unterrichtet. Die Entscheidungen nach Abs. 1 Nr. 1, Nr. 4 bis 6 sollen

begründet  
werden.

## **§ 102**

### **Absehen von der sachlichen Behandlung**

(1) Der Ausschuss soll sich mit der Petition sachlich nicht befassen, wenn

a) ihre Behandlung einen rechtswidrigen Eingriff in ein schwebendes gerichtliches Verfahren bedeuten würde. Ein rechtswidriger Eingriff liegt nicht in der Behandlung von Beschwerden gegen Richter, deren Überprüfung im Wege der Dienstaufsicht nach § 26 Abs. 2 des Deutschen Richtergesetzes möglich ist, oder in der Einflussnahme auf die der parlamentarischen Kontrolle des Landtags unterstehenden Verfahrensbeteiligten, soweit sie befugt sind, auf Grund ihres gerichtlich nicht oder nur beschränkt überprüfbaren Ermessens zu handeln,

b) es sich um ein rechtskräftig abgeschlossenes gerichtliches Verfahren handelt und das Vorbringen die Wiederaufnahme des Verfahrens oder eine Abänderung der Entscheidung des Gerichts oder eines gerichtlichen Vergleichs bezweckt,

c) es sich um eine Angelegenheit handelt, die Gegenstand eines staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahrens ist; die sachliche Prüfung ist jedoch zulässig, soweit sich die Eingabe gegen die verzögerliche Behandlung des Ermittlungsverfahrens richtet,

d) der Vorgang Gegenstand eines parlamentarischen Untersuchungsverfahrens nach Artikel 92 HV ist oder war.

(2) Der Ausschuss kann von einer sachlichen Prüfung der Petition absehen, wenn

a) sie nicht mit dem Namen oder der vollständigen Anschrift der Petentin oder des Petenten versehen, unleserlich oder unverständlich ist,

b) sie durch die Form oder den Inhalt ein Strafgesetz verletzt,

c) sie gegenüber einer bereits abgeschlossenen Petition kein neues erhebliches Vorbringen enthält,

d) sie sich gegen eine behördliche Entscheidung richtet, falls die oder der Berechtigte von möglichen Rechtsbehelfen keinen Gebrauch gemacht hat, obwohl dies ihr oder ihm möglich und zumutbar ist oder gewesen wäre. Ist der Rechtsbehelf bereits eingelegt, so soll sich die Überprüfung darauf beschränken, ob über den Rechtsbehelf innerhalb einer angemessenen Zeit entschieden wurde. Das Recht des Landtags, auf eine mögliche Abänderung einer Ermessensentscheidung unabhängig von der noch ausstehenden Entscheidung über Rechtsbehelfe hinzuwirken, bleibt unberührt, e) sie zurückgezogen wurde.

(3) Die Petentin oder der Petent werden von der Präsidentin oder dem Präsident unterrichtet, warum der Landtag von der sachlichen Behandlung der Petition abgesehen hat. Das gilt nicht im Falle des Abs. 2 Buchstabe e).<sup>348</sup>

Dafür, daß so gar keine Akten und Unterlagen mehr da sein sollten, gab es doch aber eine ganze Menge.

Es gab also „Akten und Unterlagen beim Verwaltungsgericht Wiesbaden, Abt 901, Nr. 605, Laufzeit: 1974-1975 zum Verwaltungsstreitverfahren des Hans Roth ./ Land Hessen, vertreten durch den **HMdI wegen Vernichtung von Unterlagen des Landesamtes für Verfassungsschutz** (Az. I/2 E 210/74). Beim Kultusministerium, Abt. 504, Nr. 8984, Laufzeit 1986 zur **Kleinen Anfrage des Abg. Messinger (GRÜNE)** zur „Dokumentation zu Hans Roth“ vom Mai 1985, beim Ministerpräsident – Staatskanzlei, Abt. 502, Nr. 7704, Laufzeit 1977 mit dem Urteil des Verwaltungsgerichts Kassel vom 13.01.1977 im Verwaltungsstreitverfahren zwischen Herrn Roth und dem Land Hessen, vertreten durch den **HMdI wegen Vernichtung von Unterlagen des Verfassungsschutzes** (Az. IV E 497/76) und dem Beschluss des Verwaltungsgerichtshofs in derselben Sache vom 04.02.1977 (Az. VI TE 44/76). Sammelakte mit **BVerfG-Entscheidungen zum Radikalenerlass**. Dasselbst Nr. 5097, Laufzeit: 1979 eine Akte mit 3 Blättern einer **Korrespondenz zwischen Ministerpräsident Börner und Prof. Gollwitzer**. Dasselbst Nr. 7094-7097 (2 Bde.), Laufzeit: 1975-1976; 1977-1980 zur Verfassungsbeschwerde des Hans Roth wegen der vom Hessischen Verwaltungsgerichtshof bestätigten **verweigten Vorlage von Unterlagen des Verfassungsschutzes durch den HMdI** (Az. I BvR 231/77). Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 10.05.1979, die **Verfassungsbeschwerde nicht zur Entscheidung anzunehmen**. Darin auch den Beschluss des Verwaltungsgerichts Kassel vom 09.09.1976 in dem Zwischenstreit zwischen Roth und dem HMdI **wegen Vorlage von Akten** (Az. IV E 368/75) und den Beschluss des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs in derselben Sache vom 04.02.1977 (Az. VI TE 444/76). Nach eingehender Prüfung wurde festgestellt, dass die Akte auf **S. 235-237** eine Protokollnotiz über eine **Besprechung beim Bundesministern des Innern vom 10.10.1977 enthält. Diese Blätter wurden vom BMdI mit dem Stempel „VS-Nur für den Dienstgebrauch“ versehen und haben damit der untersten Stufe der Geheimhaltung unterlegen**, als sie in das Hauptstaatsarchiv übernommen wurden; in der Sammlung Reinhart Christof Bartholomäi, Abt. 1306, Nr. 11, Laufzeit: 1978 mit einem **Schriftsatz der Staatskanzlei aus dem Nachlass Bartholomäi zur Verfassungsbeschwerde** des Hans Roth; beim Verwaltungsgericht Kassel, Staatsarchiv Marburg Best. 280, Nr. 3351, 3477, 3604, Laufzeit: 1976-1982; 1975-1979; 1981-1982.

Mir fielen drei Briefe dazu ein:

- der Brief des damaligen Hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch an mich vom 5.1.2009: „Der Fall Roth ist indessen anders gelagert als Sie denken. Ausweislich der mir vorliegenden Unterlagen ist Herr Hans Roth auf eigenen Wunsch mit Wirkung vom 31. Juli 1979 aus dem hessischen Schuldienst ausgeschieden. Akten und

<sup>348</sup> Ablehnung. Beim Hessischen Landtag „erledigt“: [http://berufsverbote.de/tl\\_files/docs/F-HansRoth\\_PetitionHessen\\_Ablehnung.pdf](http://berufsverbote.de/tl_files/docs/F-HansRoth_PetitionHessen_Ablehnung.pdf)

Unterlagen, aus denen sich die näheren Umstände rekonstruieren ließen, sind nicht mehr verfügbar<sup>349</sup>;

- der Brief der damaligen Kultusministerin Dorothea Henzler vom 17.4.2009: „Eine intensive Recherche in den Archiven des Hessischen Kultusministeriums hat ergeben, dass sich dort keinerlei Behördenakten mehr befinden, die über den Personalvorgang des Herrn Hans Roth auch nur ansatzweise informieren könnten.“<sup>350</sup>;
- der Brief vom DEUTSCHER BUNDESTAG. Petitionsausschuss. Martina Swanson vom 2.6.2009: „Ich würde auch vermuten, dass der frühere Bundespräsident Johannes Rau, der sich ja sehr für Herrn Roth eingesetzt hat, im Falle einer wie auch immer gearteten Beteiligung der Bundesregierung erfolgreicher gewesen wäre bzw. sich nicht auf einen Appell an die hessische Landesregierung beschränkt hätte. Ich hoffe, dass Ihnen der Petitionsausschuss des Landes Hessens hier weiterhelfen kann.“

Meine Hoffnung ruhte nun zunächst auf dem Petitionsausschuß meines Bundestages. Militär, Verfassungsschutz, der **Bundesminister des Innern („VS – Nur für den Dienstgebrauch“)** und Hans Roths schutzwürdige Belange gehörten ja schließlich in seinen Zuständigkeitsbereich.

---

<sup>349</sup> siehe Erstes Buch, S. 22f und [http://www.berufsverbote.de/tl\\_files/docs/F-HansRoth\\_Koch2009.pdf](http://www.berufsverbote.de/tl_files/docs/F-HansRoth_Koch2009.pdf)

<sup>350</sup> siehe Erstes Buch, S. 73f und [http://berufsverbote.de/tl\\_files/docs/F-HansRoth\\_KMBrief2009.pdf](http://berufsverbote.de/tl_files/docs/F-HansRoth_KMBrief2009.pdf)